



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

(Spät-)Aussiedler in Deutschland

Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse

Susanne Worbs

Eva Bund

Martin Kohls

Forschungsbericht 20

Christian Babka von Gostomski



(Spät-)Aussiedler in Deutschland

Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse

Forschungsbericht 20

Susanne Worbs

Eva Bund

Martin Kohls

Christian Babka von Gostomski



Dr. Christoph Bergner

Vorwort des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

1953 trat das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und 1993 die Neuordnung der Aussiedlerzuwanderung im Zuge des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes in Kraft, die die heutigen Grundlagen der Aussiedleraufnahme und der Aussiedlerintegration legten. Insofern ist 2013 das Jahr des 60-jährigen Bestehens des BVFG und des 20. Jahrestages seiner Neuordnung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Diese Jahrestage bieten einen Anlass, der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung und der (Spät-)Aussiedlerintegration eine Publikation des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu widmen.

Die Bundesregierung bekennt sich nach wie vor zur besonderen Verantwortung für die Gruppe der (Spät-)Aussiedler. Trotz der im Vergleich zu den 1990er Jahren stark zurückgegangenen Aussiedlerzahlen ist die Zuwanderung und in zunehmendem Maße die Beheimatung dieser Menschen ein wichtiges Anliegen unserer Integrationspolitik. Um dem historischen Auftrag in diesem Bereich der Bevölkerungspolitik gerecht zu werden, wurden 2013 die Aufnahmeanforderungen an die Aussied-

lungsberechtigten durch eine breite Mehrheit des Deutschen Bundestages neu reguliert. Damit sollen vor allem die Familientrennungen behoben werden, die aufgrund gesetzlicher Hürden in der Vergangenheit häufig auftraten. Die positiven Integrationsperspektiven dieser nachzukommenden Personen leiten sich auch aus den insgesamt guten Erfahrungen mit der Aufnahme der Spätaussiedler aus den vergangenen 20 Jahren ab, die in der vorliegenden Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse beleuchtet werden.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Studienanalyse ist – Spätaussiedler sind im Verhältnis zu der relativ kurzen Aufenthaltsdauer in Deutschland gut integriert, wofür die in der Publikation zusammengefassten Studien eine Reihe an Erklärungen liefern. Dieses Ergebnis bestärkt die Politik in der Annahme, Spätaussiedler seien ein Gewinn für Deutschland und das Bemühen um ihre Aussiedlung und Integration war und ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Als Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist mir wichtig zu betonen, dass Spätaussiedler eine besondere Gruppe zugewanderter Mitbürger sind, die berechnete Motive für ihre Zuwanderung haben und auch eigene Motive für die Integration mitbringen, die mitunter die Erklärung für ihr gutes und „geräuschloses“ Einleben liefern.

Diese Erfolgsgeschichte verdient eine größere Aufmerksamkeit in unserer Gesellschaft. Ein Beitrag dazu soll die vorliegende Publikation sein.



Dr. Christoph Bergner

Zentrale Ergebnisse

- Seit 1950 sind etwa 4,5 Millionen Menschen als Aussiedler bzw. Spätaussiedler nach Deutschland gekommen. Bis Ende der 1980er Jahre dominierten dabei Polen und Rumänien als Herkunftsländer, seit 1990 die (ehemalige) Sowjetunion. Insbesondere seit 2006 ist ein starker Rückgang der Zuzugszahlen zu beobachten. Durch die gesetzliche Begrenzung der Spätaussiedlereigenschaft auf Personen, die bis Ende 1992 geboren wurden, ist in absehbarer Zeit mit einem Auslaufen dieser Zuwanderungsform zu rechnen.
- Im Jahr 2011 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa 3,2 Millionen (Spät-)Aussiedler und mit ihnen eingereiste Angehörige im Bundesgebiet. Ihr Durchschnittsalter ist vergleichsweise hoch, ebenso der Anteil der verheirateten Personen und von Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Fast drei Viertel der (Spät-)Aussiedler in Deutschland wohnen in den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen, weniger als fünf Prozent in den neuen Bundesländern ohne Berlin.
- (Spät-)Aussiedler und ihre Nachkommen zeigen eine insgesamt relativ vorteilhafte Struktur ihrer schulischen und beruflichen Qualifikationen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf einfachen und mittleren Schul- und Berufsabschlüssen, während der Anteil der Abiturienten und Akademiker etwas unterdurchschnittlich ausfällt. Hierbei spielen auch Einflüsse des Bildungssystems der Herkunftsländer eine Rolle. Bei der jüngeren Generation, insbesondere den Frauen, ist ein klarer Trend zu höheren Bildungsabschlüssen zu verzeichnen.
- (Spät-)Aussiedler sind in hohem Maße auf dem deutschen Arbeitsmarkt aktiv. Ihre Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit ist insgesamt verhältnismäßig gering, scheint jedoch insbesondere ältere Menschen und Personen ohne beruflichen Abschluss zu betreffen, aber auch Akademiker, die Schwierigkeiten haben, ihr Qualifikationsniveau in eine adäquate Beschäftigung umzusetzen. Die berufliche Stellung von erwerbstätigen (Spät-)Aussiedlern, besonders der Männer, konzent-

riert sich stark auf Tätigkeiten als (Fach-)Arbeiter im produzierenden Gewerbe. Unklar bleibt bisher das Ausmaß prekärer Beschäftigung in Zeit- bzw. Leiharbeit. Selbständigkeit spielt eine geringere Rolle, wofür sozialisationsbedingte Ursachen in Betracht kommen.

- Die Einkommenssituation von (Spät-)Aussiedlern ist durch eine „mittlere“ Position geprägt, was ihren Bildungs- und Berufsqualifikationen entspricht. Diese und ihre starke Erwerbsorientierung prägen auch die Einkommensquellen: In hohem Maße wird der Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit bzw. bei der älteren Generation durch Renten bestritten. Allerdings zeigt sich auch, dass (Spät-)Aussiedler in nicht unerheblichem Maße armutsgefährdet sind. Davon scheinen insbesondere ältere Menschen und unter diesen wiederum Frauen und nach 1990 zugewanderte Personen betroffen zu sein. Daneben gibt es Hinweise, dass auch Kinder und Jugendliche aus (Spät-)Aussiedlerfamilien verstärkt von Armut bedroht sind.
- (Spät-)Aussiedler leben innerhalb ihrer regionalen Konzentration in den großen Flächen-Bundesländern Westdeutschlands vielfach in kleineren und mittleren Städten, weniger in großstädtischen Agglomerationen. Daten zur innerstädtischen Segregation sind nur ungenügend vorhanden, weisen jedoch auf einen eher durchschnittlichen bis niedrigen Segregationsgrad hin. Es besteht eine erkennbare Neigung zur Schaffung von Wohneigentum mit hoher Neubautätigkeit insbesondere seit den 1990er Jahren. Der Anteil von (Spät-)Aussiedlern in prekären Wohnverhältnissen – Sozialwohnungen oder sogar Wohnungslosigkeit – scheint rückläufig zu sein.
- (Spät-)Aussiedler weisen für die politische Partizipation in Deutschland günstige Voraussetzungen auf, da sie im Regelfall rasch die deutsche Staatsangehörigkeit und damit die vollen Beteiligungsrechte erwerben. Die selbst zugewanderten Personen scheinen jedoch relativ stark von Sozialisationserfahrungen in den Herkunftsländern geprägt zu sein, die dazu führen, dass politisches Interesse und entsprechende Aktivitäten in Deutschland eher gering ausfallen. Es besteht traditionell eine starke Bindung an die Unionsparteien. Studien aus jüngerer Zeit zeigen jedoch diesbezüglich Öffnungstendenzen.

- Zum zivilgesellschaftlichen Engagement von (Spät-)Aussiedlern liegen insgesamt sehr wenig belastbare Erkenntnisse vor. Ein solches Engagement scheint überwiegend im sozialen Nahbereich, im Rahmen landmannschaftlicher Organisation sowie in religiösen Gemeinden stattzufinden. Daneben sind (Spät-)Aussiedler auch im deutschen Vereinssport vergleichsweise aktiv, was mit dem ursprünglich speziell für sie geschaffenen Programm "Integration durch Sport" in Zusammenhang steht.
- Die Familie nimmt im sozialen Netzwerk von (Spät-)Aussiedlern eine zentrale Rolle ein. Zwischen den Generationen scheinen tendenziell stärkere Erwartungen an die Familienmitglieder und stärkere Verpflichtungsnormen als bei Personen ohne Migrationshintergrund zu bestehen. Die eigene Gruppe ist ein wichtiges Element im persönlichen Netzwerk und auch Ehepartner/innen werden überwiegend innerhalb dieses Kreises ausgewählt. (Spät-)Aussiedler berichten vergleichsweise selten von Diskriminierungserfahrungen. Auffällig ist das vergleichsweise hohe gegenseitige Misstrauen von (Spät-)Aussiedlern und Personen türkischer Herkunft als den beiden größten Zuwanderergruppen in Deutschland.
- (Spät-)Aussiedler schätzen ihre deutschen Sprachkenntnisse im Vergleich mit anderen Migrantengruppen verhältnismäßig hoch und für Alltagssituationen in überwiegenderem Maße als genügend ein. Dennoch können mangelnde Sprachkenntnisse immer noch Barrieren im Bildungsbereich und bei der sozialen Interaktion darstellen. Auch wenn die Sprache des Herkunftslandes in den Familien von (Spät-)Aussiedlern oft einen hohen (symbolischen) Stellenwert hat, nehmen entsprechende Kenntnisse tendenziell ab.
- Bei der Mediennutzung von (Spät-)Aussiedlern ist – wie auch in der Gesamtbevölkerung – Fernsehen das wichtigste Alltagsmedium, während Radio und Tageszeitungen seltener in Anspruch genommen werden. Der deutschsprachige Gebrauch dieser Medien sowie des Internets scheint dominant zu sein, was aber nicht ausschließt, dass es insbesondere im russischsprachigen Bereich heimatsprachige „Inseln“ der Mediennutzung gibt.

- (Spät-)Aussiedler weisen keinen grundsätzlich schlechteren Gesundheitszustand auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, ihre Sterberisiken sind sogar geringer. Ihr etwas höherer Krankenstand gegenüber Personen mit Migrationshintergrund insgesamt ist auf das höhere Durchschnittsalter zurückzuführen. Differenziert nach Geschlechtern zeigt sich, dass bei männlichen (Spät-)Aussiedlern der Genuss hochprozentiger Alkoholika und das Rauchen stärker verbreitet sind, während bei den Frauen Übergewicht häufiger ist, die Raucheranteile aber deutlich geringer sind. Ein bei (Spät-)Aussiedlern spezifisch erhöhtes Gesundheitsrisiko sind zudem Tuberkuloseerkrankungen.
- Die im Vergleich zu einheimischen Altersgenossen etwas höhere, doch tendenziell rückläufige Gewaltbereitschaft und Rauschgiftkriminalität bei jugendlichen – meist männlichen – (Spät-)Aussiedlern sollte nicht als Herkunftseffekt, sondern vor dem Hintergrund problematischer Lebenslagen verstanden werden. Als Klienten wie auch als professionell Tätige bei Angeboten der psychosozialen Versorgung sind (Spät-)Aussiedler eher unterrepräsentiert. Neben der Klientel von jugendlichen (Spät-)Aussiedlern sollten auch klinische Störungsbilder bei Angehörigen der älteren Generation, die im Zusammenhang mit Migrations- und Trennungserfahrungen stehen können, Beachtung finden.
- Mit Blick auf die Identitätsentwicklung befindet sich insbesondere die ältere Generation in einem Spannungsverhältnis zwischen der Eigenwahrnehmung als Deutsche und der tatsächlichen Erfahrung der Differenzen mit der Kultur der Mehrheitsbevölkerung in Deutschland. Die jüngere Gruppe der (Spät-)Aussiedler steht vor spezifischen Herausforderungen, da sie nur noch begrenzt als „geschädigte“ deutsche Volkszugehörige wahrgenommen werden. Diskrepanzen mit Blick auf die kulturelle Zugehörigkeit können in der Adoleszenz zu Formen verstärkter Selbstethnisierung, zum Verstecken von Identitätsanteilen und gesteigerter Suche nach Anerkennung führen.
- Der Großteil der (Spät-)Aussiedler gehört christlichen Glaubensgemeinschaften an, diejenigen aus der ehemaligen Sowjetunion überwiegend der evangelischen Glaubensrichtung. Durch die religiöse Verfolgung in der ehemaligen Sowjetunion vollzog sich in russlanddeutschen Hausgemeinschaften eine Isolierung gegenüber kirchlichen Wandlungsprozessen. Die nach der Aussiedlung erfahre-

nen Unterschiede zu deutschen Kirchengemeinden veranlassten viele Russlanddeutsche dazu, eigenständige oder freikirchliche Gemeinden zu bilden. Neben segregativen Tendenzen scheint die Religion jedoch auch integrationsförderliche Aspekte zu beinhalten, indem Kirchengemeinden beispielsweise identitätsstabilisierende „Übergangsräume“ bereitstellen.

- Im Vergleich mit anderen Zuwanderergruppen haben (Spät-)Aussiedler am häufigsten langfristige Zukunftspläne für ein Leben in Deutschland, sind zufriedener mit ihrer Lebenssituation und beurteilen das Integrationsklima – auch im Vergleich mit der Mehrheitsbevölkerung – überdurchschnittlich häufig positiv. Die Integrationsverantwortung schreiben (Spät-)Aussiedler vor allem den Zuwanderern selbst zu und verhältnismäßig selten der Mehrheitsbevölkerung oder dem deutschen Staat.

Inhaltsübersicht

	Vorwort	5
	Zentrale Ergebnisse	7
	Einleitung	18
1	Zuwanderung und Aufnahme von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland: Begriffsdefinitionen, gesetzliche Grundlagen und Verfahren	21
2	Die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen in Zahlen	28
3	(Spät-)Aussiedler in Deutschland: Soziodemographische Charakteristika	37
4	Neuere Daten und Forschungsergebnisse zur Integration	45
5	Rück- und Ausblick	201
	Literatur	203
	Verzeichnisse	230
	Publikationen der Forschungsgruppe	236

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	5
	Zentrale Ergebnisse	7
	Einleitung	18
1	Zuwanderung und Aufnahme von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland: Begriffsdefinitionen, gesetzliche Grundlagen und Verfahren	21
2	Die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen in Zahlen	28
3	(Spät-)Aussiedler in Deutschland: Soziodemographische Charakteristika	37

4	Neuere Daten und Forschungsergebnisse zur Integration	45
4.1	Schulische und berufliche Qualifikation, Übergang in den Arbeitsmarkt	45
4.1.1	Schulische Bildung	46
4.1.2	Berufliche Bildung und Übergang in den Arbeitsmarkt	56
4.2	Arbeitsmarktbeteiligung	64
4.3	Einkommen und Armutsgefährdung	81
4.4	Räumliche Verteilung und Wohnsituation	97
4.4.1	Räumliche Verteilung	98
4.4.2	Wohnsituation	107
4.5	Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation	114
4.5.1	Politische Partizipation	116
4.5.2	Zivilgesellschaftliche Partizipation	121
4.6	Soziale Kontakte, Netzwerke, Diskriminierung	124
4.6.1	Struktur der sozialen Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern	126
4.6.2	Familiale Beziehungen	128
4.6.3	Freundschaftsbeziehungen	131
4.6.4	Partnerschaften, Eheschließungen und bestehende Ehen	133
4.6.5	Diskriminierung von und Ethnozentrismus bei (Spät-)Aussiedlern	134

4.7	Sprachkenntnisse und Spracherwerb	140
4.7.1	Deutschkenntnisse von (Spät-)Aussiedlern	142
4.7.2	Bedeutung der Herkunftssprache und Mehrsprachigkeit	145
4.8	Mediennutzung	148
4.8.1	Mediennutzung erwachsener (Spät-)Aussiedler	149
4.8.2	Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen	153
4.9	Gesundheit und Sterblichkeit	160
4.10	Kriminalität und abweichendes Verhalten	167
4.10.1	Hellfeldstudien	167
4.10.2	Dunkelfeldstudien	171
4.10.3	(Jugendliche) Aussiedler im Strafvollzug/Gebrauch von illegalen Drogen	173
4.11	Soziale Arbeit, Mentoring, Beratung	175
4.11.1	Psychosoziale Versorgung von (Spät-)Aussiedlern	176
4.11.2	Bedeutung von sozialen Netzwerken und Mentoring	179
4.12	Akkulturation und Identitätsentwicklung	182
4.12.1	Bedeutung des Migrationskontextes	183
4.12.2	Einflussfaktoren bei der Identitätsentwicklung	185
4.13	Religiöses Leben	190
4.13.1	Religiöse Orientierungen von (Spät-)Aussiedlern im Migrationskontext	191
4.13.2	Zusammenhang von Religiosität und Integration	194
4.14	Lebenszufriedenheit und Beurteilung der Integrationspolitik in Deutschland	196
4.14.1	Lebenszufriedenheit, „Integrationsklima“ und Bleibeabsichten	197
4.14.2	Beurteilung der Integrationspolitik und der öffentlichen Integrationsdiskussion	198

5	Rück- und Ausblick	201
	Literatur	203
	Abkürzungsverzeichnis	230
	Abbildungsverzeichnis	232
	Tabellenverzeichnis	234
	Publikationen der Forschungsgruppe	236

Einleitung

Die Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern¹ sowie ihrer Familienangehörigen hat seit jeher im Migrationsgeschehen der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Rolle gespielt. Bei diesen Menschen „handelt es sich um Personen deutscher Herkunft, die in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben. Sie wurden aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit massiv verfolgt und noch Jahrzehnte nach Kriegsende zum Teil erheblich benachteiligt“ (BMI 2011: 138). Deutschland hat für diesen Personenkreis eine historisch bedingte Verantwortung übernommen, die sich in Artikel 116 Abs.1 des Grundgesetzes ausdrückt. Danach ist Deutscher im Sinne des Grundgesetzes auch, wer als Flüchtling oder Vertriebener² deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Die nach wie vor wichtigste gesetzliche Grundlage der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung, das Bundesvertriebenengesetz (BVFG)³ vom 19. Mai 1953, ist dementsprechend auch ausdrücklich „kein Instrument zur Steuerung der Zuwanderung [...], sondern nach wie vor ein Instrument zur Kriegsfolgenbewältigung“ (BMI 2011: 138).

- 1 Im Folgenden wird, wenn beide Gruppen – vor und nach 1993 zugewanderte Personen – gemeint sind, der Ausdruck „(Spät-)Aussiedler“ verwendet. „Aussiedler“ meint dementsprechend Personen, die vor dem 01.01.1993 auf vertriebenenrechtlicher Grundlage nach Deutschland kamen, „Spätaussiedler“ (ohne Klammerschreibweise) alle danach Zugewanderten. In der Literatur werden allerdings häufig die Termini „Aussiedler“ oder „Spätaussiedler“ als Oberbegriffe verwendet, ohne Bezugnahme auf die juristische Grundlage der Unterscheidung. Da sich nicht immer klar zuordnen lässt, wann die Personen zugewandert sind, die in der jeweiligen Studie untersucht wurden, wird in solchen Fällen die Terminologie der Autoren übernommen. Dadurch kann es auch zu uneinheitlicher Schreibweise innerhalb einzelner Kapitel kommen.
- 2 In dieser Studie wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit in der Regel auch bei nicht geschlechtsneutralen Bezeichnungen nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist dabei mit eingeschlossen.
- 3 Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, BGBl. Teil I (1953), Nr. 22, S. 201ff.

Die Präsenz deutscher Volkszugehöriger und ihrer Nachkommen in ost- und südosteuropäischen Staaten geht z.T. auf Jahrhunderte zurückliegende Migrationsbewegungen zurück (Weiß 2013b: 30; Weber 2009). Die Darstellung in dieser Studie konzentriert sich auf die Zuwanderung dieser Personengruppen nach Deutschland ab 1950 sowie auf aktuelle Forschungsergebnisse zu ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft. Dafür werden vorliegende neuere Untersuchungen sowie eigene Auswertungen vor allem aus dem Mikrozensus, in dem seit 2007 (Spät-)Aussiedler und ihre mit eingereisten Ehegatten und Abkömmlinge eindeutig zu identifizieren sind, herangezogen. Die Forschung über Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland reicht selbstverständlich deutlich weiter zurück; verwiesen sei hier beispielhaft auf die Darstellungen bei Bade (1990; 1994), Bade/Oltmer (1999) sowie auf die umfangreiche Bibliographie von Reitemeier (2009).

Im Kapitel 1 erfolgt zunächst eine genauere Definition der verwendeten Begriffe (Aussiedler, Spätaussiedler, deutscher Volkszugehöriger) sowie eine Darstellung der maßgeblichen gesetzlichen Grundlagen und des Aufnahmeverfahrens für diese Zuwanderergruppe. Im Kapitel 2 werden die Wanderungsbewegungen seit 1950 in Zahlen gefasst und die Zusammensetzung der (Spät-)Aussiedlermigration nach den einzelnen Herkunftsländern bzw. -regionen analysiert. Kapitel 3 bietet anhand von Daten des Mikrozensus 2011 einen Überblick zu den sozio-demographischen Charakteristika der gegenwärtig in Deutschland lebenden (Spät-)Aussiedlerbevölkerung. Im Kapitel 4 werden aktuelle Forschungsergebnisse zur Integration, untergliedert nach insgesamt 14 Themenbereichen, dargestellt. Dabei wird überwiegend Literatur berücksichtigt, die ab dem Jahr 2007 erschienen ist.⁴ Als grundsätzliche Herangehensweise wird weiterhin nicht nach Herkunftsregionen und Zuwanderungszeitpunkt der (Spät-)Aussiedler unterschieden, sondern sie werden als Gesamtgruppe betrachtet. Entsprechende Differenzierungen in der Literatur, sofern sie erkennbar sind, finden aber Berücksichtigung in der Darstellung.

Bei eigenen Auswertungen des Mikrozensus wird auf die entsprechenden Fachserien des Statistischen Bundesamtes zur „Bevölkerung mit Migra-

4 Ausnahmen finden sich vor allem in Themenbereichen, für die keine oder nur wenige amtliche Daten vorliegen und wo dementsprechend auf z.T. ältere Arbeiten aus der empirischen Sozialforschung zurückgegriffen werden muss.

tionshintergrund“ zurückgegriffen, die Berechnungen zu verschiedenen Integrationsindikatoren erlauben. Dabei werden die (Spät-)Aussiedler grundsätzlich den Personen ohne Migrationshintergrund und den Personen mit Migrationshintergrund gegenübergestellt, wobei sie in letzterer Kategorie selbst enthalten sind. Es wäre auch möglich gewesen, bei einer Reihe von Indikatoren die (Spät-)Aussiedler aus der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund „herauszurechnen“ und damit ihre Position noch deutlicher herauszustellen. Dieses Vorgehen hat jedoch zwei Nachteile: Zum einen ist ein solches „Herausrechnen“ anhand der Angaben in den Fachserien nicht für alle gewählten Indikatoren möglich, beispielsweise nicht bei den Armutsgefährdungsquoten. Zum anderen werden in der sonstigen Fachliteratur (Spät-)Aussiedler häufig ebenfalls nur als eine Unterkategorie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dargestellt, ohne dass sich diese um die (Spät-)Aussiedler „bereinigen“ ließe. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde deshalb entschieden, in diesem Bericht einheitlich auf Vergleiche mit den Personen ohne und mit Migrationshintergrund abzustellen.

1 Zuwanderung und Aufnahme von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland: Begriffsdefinitionen, gesetzliche Grundlagen und Verfahren

Spätaussiedler sind nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) deutsche Volkszugehörige, die unter einem Kriegsfolgenschicksal gelitten haben und die im BVFG benannten Aussiedlungsgebiete (insbesondere die Republiken der ehemaligen Sowjetunion, aber auch eine Reihe weiterer Staaten)⁵ nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten einen ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland genommen haben (BMI/BAMF 2013: 46). Personen, die bis Ende 1992 auf Basis des BVFG zuwanderten, werden als Aussiedler bezeichnet (die gesetzliche Grundlage dafür war § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG). Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992⁶ wurde diese Rechtsfigur durch die des Spätaussiedlers abgelöst. Zugleich kann, wer nach dem 31. Dezember 1992 geboren ist, kein Spätaussiedler mehr sein (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 BVFG), wodurch es in absehbarer Zeit zu einem Auslaufen dieser Zuwanderungsform nach Deutschland kommen wird.

Deutscher Volkszugehöriger im Sinne des BVFG ist, „wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis

5 Benannt sind im BVFG (§ 1 Abs. 2 Nr. 3): „... die ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China“.

6 Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgenrechtssetzungen, BGBl. Teil I (1992), Nr. 58, S. 2094ff.

durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird“ (§ 6 Abs. 1 BVFG). Dies gilt für Personen, die bis einschließlich des 31. Dezember 1923 geboren wurden. Für nach dem 31. Dezember 1923 geborene Personen, die sog. „Spätgeborenen“, ist § 6 Abs. 2 BVFG maßgeblich, der durch das Spätaussiedlerstatusgesetz (SpStatG) vom 30. August 2001⁷ sowie aktuell durch das 10. Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (10. BVFGÄndG)⁸ neu gefasst wurde. Nach der neuen Fassung des § 6 Abs. 2 BVFG kann als Spätaussiedler aufgenommen werden, wer von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt, sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zum deutschen Volkstum bekannt und sein Bekenntnis bestätigt hat durch die Fähigkeit, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können. Nach dem 10. BVFGÄndG kann ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum durch Nationalitätenerklärung oder „auf andere Weise“ erfolgen, insbesondere auch durch den Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse entsprechend dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) oder durch den Nachweis familiär vermittelter Deutschkenntnisse.

§ 5 des BVFG regelt Ausschlussstatbestände für den Spätaussiedlerstatus. Danach kann unter anderem kein Spätaussiedler sein, wer in den Aussiedlungsgebieten der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewaltherrschaft erheblich Vorschub geleistet hat oder wer die Aussiedlungsgebiete wegen einer drohenden strafrechtlichen Verfolgung aufgrund eines kriminellen Delikts verlassen hat. Durch das Siebte Gesetz zur Änderung des BVFG vom 16. Mai 2007 wurden die Ausschlussgründe erweitert (eine vollständige Auflistung findet sich in BMI 2011: 142). Zur Feststellung dieser erweiterten Ausschlussgründe muss das Bundesverwaltungsamt (BVA) seither im Aufnahmeverfahren den Bundesnachrichtendienst, das

7 Gesetz zur Klarstellung des Spätaussiedlerstatus, BGBl. Teil I (2001), Nr. 46, S. 2266.

8 Der Deutsche Bundestag hat den entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesrates (BT-Drs. 17/10511), der durch einen erfolgreichen Änderungsantrag der Regierungsfractionen im Innenausschuss deutlich erweitert wurde, am 13.06.2013 angenommen. Das 10. BVFGÄndG wurde am 13.09.2013 im Bundesgesetzblatt verkündet und trat am 14.09.2013 in Kraft (BGBl. Teil I (2013), Nr. 56, S. 3354f.).

Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst, die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt beteiligen, wenn die zu überprüfende Person das 16. Lebensjahr vollendet hat (§ 28 BVFG).

Hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung und -integration wurde bereits auf einige maßgebliche Regelungen – insbesondere Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) sowie das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) – verwiesen. Ergänzend sind noch folgende Regelungen in der chronologischen Reihenfolge ihres Erlasses zu nennen:

Bereits 1989 trat das **Wohnortzuweisungsgesetz (WoZuG)**⁹ in Kraft, das nach mehrfachen Änderungen bis Ende 2009 galt. Es diente dem Ziel, „im Interesse der Schaffung einer ausreichenden Lebensgrundlage den (Spät-)Aussiedlern in der ersten Zeit nach ihrer Aufnahme im Geltungsbereich des Gesetzes zunächst die notwendige Fürsorge einschließlich vorläufiger Unterkunft zu gewährleisten und zugleich eine Überlastung von Ländern, Trägern der Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch, Trägern der Sozialhilfe sowie von Gemeinden durch eine angemessene Verteilung entgegenzuwirken“ (§ 1 WoZuG, zitiert in Haug/Sauer 2007: 12). Hintergrund dieses Gesetzes war die feststellbare regionale bzw. kommunale Konzentration von (Spät-)Aussiedlern durch den Zuzug zu bereits in Deutschland lebenden Verwandten und Bekannten, insbesondere mit dem Anstieg der Zuwanderungszahlen seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, der entgegengewirkt werden sollte. Deshalb wurden (Spät-)Aussiedler für eine festgelegte Zeit einem bestimmten Wohnort zugewiesen. Dabei handelte es sich zunächst um zwei Jahre, dann um eine unbefristete Zeit und schließlich seit dem Jahr 2000 um drei Jahre (Haug/Sauer 2007: 12). Ausnahmen wurden nur gewährt, wenn die betreffenden Personen an einem selbst gewählten Wohnort einen Arbeitsplatz und eine eigene Wohnung nachweisen konnten. Nur am zugewiesenen Wohnort erhielten sie Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) bzw. SGB XII (Sozialhilfe), ansonsten nur die unabweisbar gebotene Hilfe nach dem SGB XII, die im Wesentlichen die Verpflegungs- und die Rückreisekosten an den zugewiesenen Wohnort umfasste (Haug/Sauer 2007: 12). Seit der

9 Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aussiedler und Übersiedler, BGBl. Teil I (1989), Nr. 35, S. 1378f.

Aufhebung des Wohnortzuweisungsgesetzes können Spätaussiedler ihren Wohnort im Bundesgebiet frei und ohne sozialrechtliche Nachteile wählen. Dessen ungeachtet existiert aber weiterhin eine Verteilung der neu einreisenden Personen auf die Bundesländer, die das Bundesverwaltungsamt nach dem so genannten „Königsteiner Schlüssel“ vornimmt (vgl. § 8 BVFG sowie Kapitel 4.4).

Mit dem **Aussiedleraufnahmegesetz** vom 28. Juni 1990¹⁰ wurde das formalisierte, zweistufige Aufnahmeverfahren eingeführt, das bis heute für Spätaussiedler gültig ist (BMI/BAMF 2013: 46).¹¹ Die erste Stufe umfasst das vom Bundesverwaltungsamt durchgeführte Aufnahmeverfahren im Herkunftsland, bei dem das Vorliegen der Aufnahmevoraussetzungen bzw. die Spätaussiedlereigenschaft des Antragstellers vorläufig überprüft und durch Erteilung eines Aufnahmebescheides bejaht wird. Nur in besonderen Härtefällen kann die Erteilung eines Aufnahmebescheides noch nach Verlassen des Herkunftsgebietes erfolgen, wenn sich die betreffende Person bereits im Bundesgebiet aufhält (BMI 2011: 139f.).

Wesentlich für die Bestimmung der Spätaussiedlereigenschaft ist das Kriegsfolgenschicksal, also erlittene Benachteiligungen und deren Nachwirkungen aufgrund der deutschen Volkszugehörigkeit (§ 4 BVFG). Bei Antragstellern aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion werden solche Benachteiligungen gesetzlich unterstellt (§ 4 Abs. 1 BVFG), allerdings seit 2007¹² nicht mehr bei Antragstellern aus den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, da diese inzwischen zur Europäischen Union gehören (BMI/BAMF 2013: 47). Personen aus diesen Herkunftsländern, ebenso wie aus den übrigen Aussiedlungsgebieten außerhalb der ehemaligen Sowjetunion, müssen im Aufnahmeverfahren glaubhaft machen, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach entsprechenden Benachteiligungen oder deren Nachwirkungen ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG).¹³ Des Weiteren ist im Aufnahmeverfahren zu prüfen, ob die

10 Gesetz zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler, BGBl. Teil I (1990), Nr. 32, S. 1247f.

11 Zu den Abläufen der Aussiedlung vor dem Aussiedleraufnahmegesetz siehe Hensen (2009: 49).

12 Siebtes Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16.05.2007, BGBl. Teil I, Nr. 21, S. 748ff.

13 Diese Bestimmung wurde für Aussiedlungswillige aus Ländern außerhalb der ehemaligen Sowjetunion bereits mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, das am 01.01.1993 in Kraft trat, eingeführt.

Voraussetzung der deutschen Volkszugehörigkeit erfüllt ist. Da die meisten Antragsteller inzwischen nach dem 31. Dezember 1923 geboren sein dürften (sog. „Spätgeborene“, vgl. die einleitenden Begriffsdefinitionen), ist für diesen Nachweis unter anderem notwendig, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können.¹⁴ Seit 1997 werden zur Feststellung der sprachlichen Aufnahmevoraussetzungen flächendeckend Anhörungen der Spätaussiedlerbewerber in den Aussiedlungsgebieten durchgeführt (BMI/BAMF 2013: 48). Begonnen wurde mit diesen Anhörungen bereits 1996 (Hensen 2009: 56f.).

Ehegatten und Abkömmlinge des Spätaussiedlers können unter bestimmten Voraussetzungen in den Aufnahmebescheid einbezogen werden; das Rechtsinstitut der „Einbeziehung“ wurde ebenso wie das Konzept „Spätaussiedler“ mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz geschaffen (Hensen 2009: 54). Das Bundesvertriebenengesetz kennt seither keine Generationenbegrenzung mehr, daher können z.B. auch Enkel des ursprünglichen Antragstellers im Bundesgebiet Aufnahme finden. Die Einbeziehungs Voraussetzungen für Angehörige wurden durch das **Zuwanderungsgesetz** vom 30. Juli 2004 und 2013 durch das Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (vgl. Fußnote 8) neu gefasst. Eine Einbeziehung war nach dem Zuwanderungsgesetz nur noch möglich, wenn:

- der Spätaussiedlerbewerber selbst sie ausdrücklich beantragt und das Herkunftsgebiet noch nicht verlassen hat;
- für die einzubeziehenden Personen kein Ausschlussgrund nach § 5 BVFG vorliegt;
- Ehegatten seit mindestens drei Jahren mit dem Antragsteller verheiratet sind;
- Ehegatten und Abkömmlinge Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen (Kompetenzstufe A1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen). Der entsprechende Sprachtest ist beliebig oft wiederholbar.

¹⁴ Zu den Anforderungen an dieses Gespräch und die dazu ergangene Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts siehe BMI (2011: 141).

Wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt waren, konnten die Angehörigen nicht einbezogen werden und mussten sich dem „normalen“ Familiennachzugsverfahren nach dem Aufenthaltsrecht unterziehen. Dazu gehört seit 2007 für den nachreisenden nichtdeutschen Ehegatten ebenfalls ein Sprachnachweis, der allerdings nicht verlangt wird, wenn der Ehegatte zur Ausübung der Personensorge für einbezogene Kinder einreisen will (Hensen 2009: 59). Mit dem am 14. September 2013 in Kraft getretenen 10. BVFGÄndG wurde jedoch die Zusammenführung von Spätaussiedlerfamilien in wesentlichen Punkten erleichtert. So ist künftig eine nachträgliche Einbeziehung von Ehegatten und Abkömmlingen in den Aufnahmebescheid möglich, auch wenn kein Härtefall vorliegt. Es besteht kein zwingendes Erfordernis einer gemeinsamen Aussiedlung mehr. Zudem müssen minderjährige Abkömmlinge des Spätaussiedlers keinen Sprachnachweis mehr erbringen; dasselbe gilt für Personen mit körperlichen, geistigen und seelischen Krankheiten (bisher nur für Personen mit Behinderungen).¹⁵

Auf der Grundlage des Aufnahmebescheids für Spätaussiedler wird ein Visum zur Einreise in das Bundesgebiet erteilt, da es sich bei den Inhabern der Aufnahme- bzw. der Einbeziehungsbescheide für Angehörige im Regelfall (noch) nicht um deutsche Staatsangehörige handelt. Sie benötigen daher gemäß der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 AufenthG) einen Titel für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet. Nach der Einreise beginnt die zweite Stufe des Aufnahmeverfahrens, die endgültige Statusfeststellung, die ebenfalls durch das Bundesverwaltungsamt erfolgt. Das (positive) Ergebnis der so genannten Bescheinigungsverfahren nach § 15 BVFG für die Spätaussiedler selbst (§ 15 Abs. 1) und ihre Angehörigen (§ 15 Abs. 2) ist für Staatsangehörigkeitsbehörden und alle Behörden und Stellen verbindlich, die für die Gewährung von Rechten oder Vergünstigungen an Spätaussiedler nach dem BVFG oder anderen Gesetzen zuständig sind (§ 15 Abs. 1 Satz 4, § 15 Abs. 2 Satz 3 BVFG). Mit dem Ausstellen der Bescheinigungen nach § 15 Abs. 1 oder 2

15 Vgl. Pressemitteilung des BMI vom 19.06.2013 „Reform des Bundesvertriebenengesetzes erleichtert Aufnahme von Spätaussiedlern und ihren Angehörigen“ sowie die BT-Drs. 17/13937.

BVFG erwerben Spätaussiedler und ihre Angehörigen zugleich automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 StAG). Diese Regelung gilt seit dem 1. August 1999; zuvor war ein förmliches Einbürgerungsverfahren notwendig. Dementsprechend sind Spätaussiedler ab dem Jahr 2000 auch nicht mehr in der amtlichen Einbürgerungsstatistik enthalten.

2 Die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen in Zahlen

Statistische Daten des Bundesverwaltungsamtes zur Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern nach Deutschland liegen seit dem Jahr 1950 vor (Hensen 2009: 47 sowie Lederer 1997: 231). Bis einschließlich 2012 sind rund 4,5 Millionen Menschen in die Bundesrepublik gekommen, der größere Teil von ihnen – rund 2,5 Millionen – seit dem Jahr 1990. Seit dieser Zeit, also dem Ende des Kalten Krieges, hat sich auch die Zusammensetzung der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Herkunftsländern deutlich verändert. Tabelle 2-1 zeigt zunächst eine Übersicht für die gesamte betrachtete Periode.

Tabelle 2-1: Die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern insgesamt und nach den wichtigsten Herkunftsländern, 1950-2012

	1950-1989	1990-2000	2001-2012	Gesamt 1950-2012
Polen	1.238.312	204.562	2.296	1.445.170
Rumänien	242.322	186.901	1.046	430.269
(Ehem.) Sowjetunion*	255.301	1.724.665	381.519	2.361.485
Sonstige Länder	263.756	8.663	115	272.534
Insgesamt	1.999.691	2.124.791	384.976	4.509.458

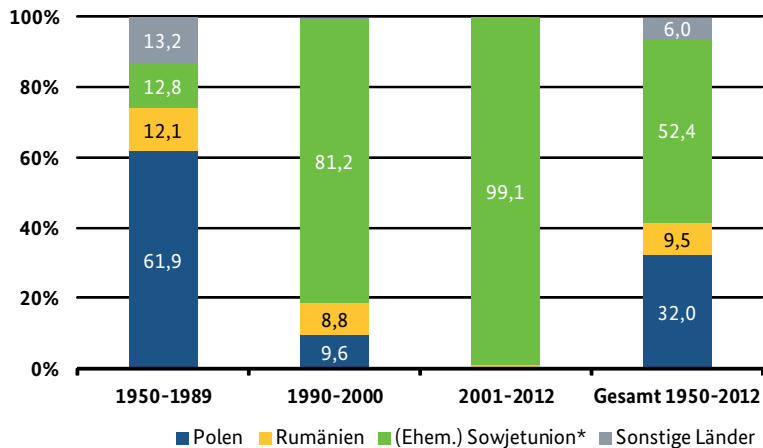
* Die Sowjetunion hat sich am 21.12.1991 aufgelöst.
Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Lederer (1997: 231f.), BMI/BAMF (2013: 62) sowie Bundesverwaltungsamt.

Die Zuwanderung bis einschließlich 1989, die insgesamt rund zwei Millionen Menschen umfasste, kam zu mehr als 60 % aus Polen. Rumänien, die seinerzeit noch bestehende Sowjetunion sowie alle anderen Staaten (unter anderem die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien) hatten

jeweils einen Anteil von etwa 13 %. Das Jahrzehnt danach, von 1990 bis 2000, war hingegen stark vom (Spät-)Aussiedlerzuzug aus der ehemaligen Sowjetunion geprägt. Mehr als 1,7 Millionen Menschen, über 80 % der Gesamtzahl, kamen aus diesem Gebiet, nur noch jeweils knapp 10 % aus Polen und Rumänien. In dieser Periode wurden – trotz Kontingentierungen des Zuzugs¹⁶ – mehr Menschen als (Spät-)Aussiedler in Deutschland aufgenommen als in den fast vierzig Jahren zuvor insgesamt.

Seit dem Jahr 2001 ist der Anteilswert der Spätaussiedlerzuzüge aus der ehemaligen Sowjetunion weiter auf fast 100 % gestiegen, jedoch bei einer insgesamt stark zurückgehenden Zahl. Abbildung 2-1 verdeutlicht noch einmal die sich wandelnde Herkunftsländer-Zusammensetzung.

Abbildung 2-1: Zusammensetzung der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach den wichtigsten Herkunftsländern, 1950-2012



Anteile unter 1 % werden nicht ausgewiesen.

* Die Sowjetunion hat sich am 21.12.1991 aufgelöst.

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Lederer (1997: 231f.), BMI/BAMF (2013: 62) sowie Bundesverwaltungsamt.

¹⁶ Ab 1993 galt eine Beschränkung auf 226.000 aufzunehmende Personen pro Jahr, mit einer zulässigen Abweichung von zehn Prozent nach oben oder unten. Ab dem Jahr 2000 wurde diese Zahl nochmals auf 100.000 Personen gesenkt (Hensen 2009: 54). Nach Angaben dieses Autors war es (mindestens) in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verbreitete Praxis, dass Personen mit Aufnahmebescheiden zunächst nicht aussiedelten, sondern die weitere Entwicklung in den Herkunftsländern abwarteten und die Aufnahmebescheide als „Sicherheitspapiere“ nutzten (Hensen 2009: 55).

Neben dem Wandel bei den Herkunftsländern hat sich innerhalb der zuwandernden Gruppe eine weitere Veränderung vollzogen: Der Anteil der Spätaussiedler in eigener Person (nach § 4 Abs. 1 oder 2 BVFG) betrug im Jahr 1993 78 %, im Jahr 2004 lag er bei nur noch 19 %.¹⁷ Dementsprechend stieg der Anteil der in die Aufnahmebescheide einbezogenen Ehegatten und Abkömmlinge (§ 7 Abs. 2 BVFG) sowie sonstiger Angehöriger (§ 8 Abs. 2 BVFG) stark an. Seit dem Jahr 2005 ist mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wieder eine Verschiebung der Relation zugunsten der Spätaussiedler in eigener Person zu verzeichnen; ihr Anteil an der Zuwanderung des Jahres 2011 betrug 28 %. Die gewandelte Zusammensetzung seit den 1990er Jahren wird in der Literatur mit einer Zunahme von Integrations- und Sprachproblemen in Verbindung gebracht.¹⁸

Die nachfolgenden Tabellen 2-2 und 2-3 zeigen die (Spät-)Aussiedlerzuwanderung ab 1950 nach einzelnen Jahren sowie ab 1992 zusätzlich differenziert nach den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

17 Quelle dieser Angaben ist das Bundesverwaltungsamt. Siehe auch Hensen (2009: 57).

18 Dies insbesondere im Vergleich mit der bis Ende der 1980er Jahre dominierenden Zuwanderung von Aussiedlern aus Polen und Rumänien, bei denen die Integration weitgehend reibungslos verlief (Klekowski von Koppenfels 2008: 104 und 108ff.). Thematisiert wurde bereits in den 1990er Jahren die Situation der Kinder und Jugendlichen aus (Spät-)Aussiedlerfamilien (Dietz/Roll 1998), die z.T. gegen ihren Willen aus den Herkunftsländern mitgenommen wurden, „*too young to be able to choose to stay but too old to benefit from the socializing influence of the German educational system*“ (Klekowski von Koppenfels 2008: 113). Auch Hensen (2009: 55) spricht für den Zeitraum 1996-2004 der Spätaussiedlerzuwanderung davon, dass das Integrationsthema immer mehr in den Vordergrund gerückt sei, begründet unter anderem durch „die Bildung von Ansiedlungsschwerpunkten im Westen Deutschlands und zunehmende Sprachprobleme“.

Tabelle 2-2: Zuzug von Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern, 1950-1989

Herkunftsland	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Polen	31.761	10.791	194	147	664	860	15.674	98.290	117.550	16.252
Rumänien	13	1.031	26	15	8	44	176	384	1.383	374
Sowjetunion	0	1.721	63	0	18	154	1.016	923	4.122	5.563
Sonstige	15.723	11.222	13.086	15.248	14.734	14.730	14.479	14.349	9.173	6.261
Insgesamt	47.497	24.765	13.369	15.410	15.424	15.788	31.345	113.946	132.228	28.450

Herkunftsland	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Polen	7.739	9.303	9.657	9.522	13.611	14.644	17.315	10.856	8.435	9.536
Rumänien	2.124	3.303	1.675	1.321	818	2.715	609	440	614	2.675
Sowjetunion	3.272	345	894	209	234	366	1.245	1.092	598	316
Sonstige	6.034	4.210	4.189	4.431	6.179	6.617	9.024	14.087	13.750	17.512
Insgesamt	19.169	17.161	16.415	15.483	20.842	24.342	28.193	26.475	23.397	30.039

Herkunftsland	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Polen	5.624	25.241	13.482	8.903	7.825	7.040	29.364	32.857	36.102	36.274
Rumänien	6.519	2.848	4.374	7.577	8.484	5.077	3.766	10.989	12.120	9.663
Sowjetunion	342	1.145	3.420	4.493	6.541	5.985	9.704	9.274	8.455	7.226
Sonstige	6.959	4.403	2.619	2.090	1.657	1.555	1.568	1.131	1.446	1.724
Insgesamt	19.444	33.637	23.895	23.063	24.507	19.657	44.402	54.251	58.123	54.887

Herkunftsland	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Polen	26.637	50.983	30.355	19.121	17.455	22.075	27.188	48.419	140.226	250.340
Rumänien	15.767	12.031	12.972	15.501	16.553	14.924	13.130	13.990	12.902	23.387
Sowjetunion	6.954	3.773	2.071	1.447	913	460	753	14.488	47.572	98.134
Sonstige	2.713	2.668	2.772	1.856	1.538	1.509	1.717	1.626	1.973	5.194
Insgesamt	52.071	69.455	48.170	37.925	36.459	38.968	42.788	78.523	202.673	377.055

Quelle: Lederer (1997: 231f.) nach Daten des Bundesverwaltungsamts.

Tabelle 2-3: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern, 1990-2012 (Teil 1)

Herkunftsland	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Polen	133.872	40.131	17.749	5.431	2.440	1.677	1.175	687	488	428	484
Rumänien	111.150	32.184	16.154	5.811	6.615	6.519	4.284	1.777	1.005	855	547
(Ehem.) Sowjetunion*	147.950	147.333	195.629	207.347	213.214	209.409	172.181	131.895	101.550	103.599	94.558
davon aus:											
Estland	-	-	446	283	366	363	337	136	69	116	80
Lettland	-	-	334	266	267	360	248	124	147	183	182
Litauen	-	-	200	166	243	230	302	176	163	161	193
Armenien	-	-	6	22	83	42	16	29	47	66	58
Aserbaidschan	-	-	52	39	53	44	25	20	4	30	20
Georgien	-	-	283	514	155	165	127	72	72	52	29
Kasachstan	-	114.426	113.288	121.517	117.148	92.125	73.967	51.132	49.391	45.657	
Kirgisistan	-	12.620	12.373	10.847	8.858	7.467	4.010	3.253	2.742	2.317	
Moldau	-	950	950	1.139	965	748	447	243	369	413	361
Russische Föd.	-	55.882	67.365	68.397	71.685	63.311	47.055	41.054	45.951	41.478	
Tadschikistan	-	3.305	3.305	4.801	2.804	1.834	870	415	203	112	62
Turkmenistan	-	304	304	322	485	587	463	442	365	255	239
Ukraine	-	2.700	2.700	2.711	3.139	3.650	3.460	3.153	2.983	2.762	2.773
Usbekistan	-	3.946	3.946	3.882	3.757	3.468	2.797	1.885	1.528	1.193	920
Weißrussland	-	175	175	176	136	227	186	168	161	172	189
Sonstige Länder**	4.101	2.347	1.033	299	322	293	111	60	37	34	26
Insgesamt	397.073	221.995	230.565	218.888	222.591	217.898	177.751	134.419	103.080	104.916	95.615

Tabelle 2-3: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern, 1990-2012 (Teil 2)

Herkunftsland	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Polen	623	553	444	278	80	80	70	44	45	34	33	12
Rumänien	380	256	137	76	39	40	21	16	23	15	21	22
(Ehem.) Sowjetunion*	97.434	90.587	72.289	58.728	35.396	7.626	5.695	4.301	3.292	2.297	2.092	1.782
davon aus:												
<i>Estland</i>	77	79	69	47	32	0	5	3	12	7	3	1
<i>Lettland</i>	115	44	45	51	43	10	6	5	2	2	10	8
<i>Litauen</i>	97	178	123	87	30	14	9	9	16	3	6	0
<i>Armenien</i>	52	92	25	4	10	4	1	6	19	0	10	2
<i>Aserbaidschan</i>	54	23	32	43	34	0	10	10	0	0	1	0
<i>Georgien</i>	27	35	35	41	22	3	13	0	15	3	0	5
<i>Kasachstan</i>	46.178	38.653	26.391	19.828	11.206	1.760	1.279	1.025	836	508	616	422
<i>Kirgisistan</i>	2.020	2.047	2.040	1.634	840	183	211	124	115	95	65	97
<i>Moldau</i>	186	449	281	220	130	26	31	39	18	17	1	0
<i>Russische Föd.</i>	43.885	44.493	39.404	33.358	21.113	5.189	3.735	2.682	1.935	1.462	1.257	1.119
<i>Tadschikistan</i>	56	32	26	27	15	6	10	11	2	6	8	0
<i>Turkmenistan</i>	190	126	120	168	72	23	2	2	2	4	0	1
<i>Ukraine</i>	3.176	3.179	2.711	2.299	1.306	314	244	216	266	160	90	118
<i>Usbekistan</i>	990	844	714	646	307	62	96	121	44	12	9	6
<i>Weißrussland</i>	331	313	273	275	236	32	43	41	10	18	16	3
Sonstige Länder**	47	20	15	11	7	1	6	1	0	4	2	1
Insgesamt	98.484	91.416	72.885	59.093	35.522	7.747	5.792	4.362	3.360	2.350	2.148	1.817

* Die Sowjetunion hat sich am 21.12.1991 aufgelöst.

** Umfasst die ehemalige CSFR, das ehemalige Jugoslawien, Ungarn, „sonstige Gebiete“ sowie die Vertriebenen, die über das sonstige Ausland nach Deutschland kamen.

Quelle: Bundesverwaltungsamt. Ab 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.

Die Entwicklung nach einzelnen Jahren zeigt zunächst, dass bis 1987 zumeist (mit Ausnahme der Jahre 1957 und 1958) deutlich unter 100.000 Aussiedler nach Westdeutschland kamen. Ab Mitte der 1970er Jahre ist eine Stabilisierung auf dem Niveau von durchschnittlich 50.000 Zuzügen pro Jahr zu verzeichnen. 1988 kam es – parallel zu den politischen Öffnungsprozessen in der ehemaligen Sowjetunion – zu einem sprunghaften Anstieg auf über 200.000 Zuzüge. In diesem Jahr wurde auch der erste Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, berufen (Hensen 2009: 51). Nach einer weiteren Steigerung auf 377.000 Zuzüge im Jahr 1989 wurde schließlich 1990 der Höhepunkt mit 397.000 Zuzügen erreicht (Tabelle 2-3). Flankiert von der Verabschiedung des Aussiedleraufnahmegesetzes, wodurch ein formalisiertes Verfahren bereits in den Herkunftsländern eingeführt wurde, sowie durch die erste Kontingentierung mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz ab 1993 gingen die Zuwanderungszahlen von Spätaussiedlern wieder zurück. Sie blieben aber die gesamten 1990er Jahre auf einem Niveau von über 100.000 jährlich. Innerhalb des nunmehr dominierenden Herkunftsgebietes, der ehemaligen Sowjetunion, waren bzw. sind vor allem Kasachstan und die Russische Föderation Hauptaussiedlungsgebiete.

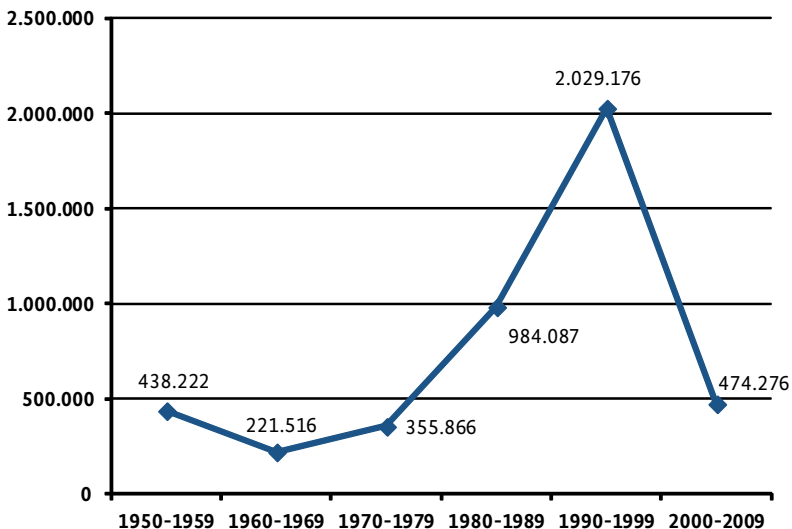
Ab dem Jahr 2000 sank die Zahl der Zugänge auf unter 100.000 (wiederum angestoßen von einer entsprechenden Kontingentierung).¹⁹ Ein besonders starker Bruch ist im Jahr 2006 zu verzeichnen, offenbar in Folge des Zuwanderungsgesetzes und der damit geänderten Einbeziehungsvoraussetzungen für Ehegatten und Abkömmlinge. Seitdem liegen die Zuwanderungszahlen bei unter 10.000 Personen jährlich und sind in den Jahren 2010/2011 auf nur noch etwas über 2.000 Personen gefallen. Für 2012 lag die Zahl bei 1.817. Der stetige Rückgang der Spätaussiedlerzahlen ist vor allem auf die Verschärfung der gesetzlichen Aufnahmevoraussetzungen zurückzuführen. Auch die politische und gesellschaftliche Konsolidierung in den Herkunftsstaaten sowie der Rückgang der Zahl aussiedlungsberechtigter Personen können zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Es bleibt abzuwarten, ob die am 13. Juni 2013 vom Deutschen Bundestag mit dem 10. BVFGÄndG beschlossenen Erleichterungen – sowohl bei der Aufnahme von Spätaussiedlern als auch bei der Einbeziehung von Ehegatten

19 Grundlage dafür war das Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts – Haushaltssanierungsgesetz – vom 22.12.1999, BGBl. Teil I, Nr. 58, S. 2534ff.

und Abkömmlingen (vgl. Kapitel 1) – in den kommenden Jahren wieder zu einer Steigerung der Zuwanderung führen.

Abbildung 2-2 verdeutlicht noch einmal graphisch den Verlauf der Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern ab dem Jahr 1950 anhand der kumulierten Zahlen für Zehn-Jahres-Zeiträume bis zum Jahr 2009.

Abbildung 2-2: Verlauf der Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern nach Deutschland seit 1950 (kumulierte Zehn-Jahres-Zeiträume)



Quelle: Bundesverwaltungsamt. Eigene Berechnung und Darstellung.

Das Statistische Bundesamt beziffert anhand des Mikrozensus 2011 die Zahl der in Deutschland lebenden, selbst zugewanderten (Spät-)Aussiedler und ihrer mit eingereisten Angehörigen mit rund 3,2 Millionen und stellt fest, dass sich damit „noch gut 71 % aller 4,5 Millionen insgesamt seit 1950 zugewanderten Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland aufhalten“ (Statistisches Bundesamt 2012: 7). Die Differenz zwischen Zuwanderungs- und Bestandszahl von 1,3 Millionen Personen dürfte sich zum größeren Teil aus Sterbefällen zusammensetzen und zu einem geringeren Teil aus rück- oder weitergewanderten Personen. Denkbar ist aber auch eine Untererfassung des Bestandes von (Spät-)Aussiedlern im Mikrozensus, beispielsweise weil der entsprechende Status in der Befragung bewusst oder

unbewusst nicht angegeben wird, oder aus stichprobensystematischen Gründen (Seifert 2008: 12f.).

Zur Rück- und Weiterwanderung von (Spät-)Aussiedlern finden sich in der Literatur vereinzelte, aber nicht näher belegte Hinweise (Klekowski von Koppenfels 2008: 116) und insgesamt nur sehr wenige Beiträge (Schönhuth 2008a/b; Baraulina 2013), die insgesamt keine abschließende Beurteilung erlauben, ob es sich um ein quantitativ bedeutsames Phänomen handelt. Insbesondere existieren auch keine belastbaren Zahlenangaben, was hauptsächlich darin begründet liegt, dass (Spät-)Aussiedler in der deutschen Wanderungsstatistik nicht als solche identifizierbar sind. Sie gehen ohne weiteren Hinweis als deutsche Staatsangehörige in die Erhebungen ein. Daten zur Absicht von (Spät-)Aussiedlern und ihren Nachkommen, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, sprechen allerdings gegen die Annahme einer starken Rückwanderung, insbesondere auch bei der jüngeren Generation (vgl. Kapitel 4.14.1).

3 (Spät-)Aussiedler in Deutschland: Soziodemographische Charakteristika

Die Daten dieses Kapitels beruhen auf Auswertungen der Fachserie „Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2011“ (Statistisches Bundesamt 2012). Der Mikrozensus ist die jährliche amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland mit einem Auswahlatz von 1 % der Bevölkerung. Da die gesamte Wohnbevölkerung Auswahlgrundlage des Mikrozensus ist und Auskunftspflicht besteht, können auch für Ausländer bzw. seit 2005 für „Personen mit Migrationshintergrund“²⁰ repräsentative Aussagen getroffen werden. Seit dem Jahr 2007 wird im Rahmen des Mikrozensus explizit gefragt, ob eine zugewanderte Person die deutsche Staatsangehörigkeit als (Spät-)Aussiedler erworben hat. Dementsprechend wird diese Personengruppe in den Auswertungen der jährlichen Fachserien explizit ausgewiesen und es stehen eine Reihe von soziodemographischen und sozioökonomischen Indikatoren zur Verfügung, auch im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen.

Diese Daten werden im Folgenden zunächst genutzt, um Charakteristika der (Spät-)Aussiedler wie Gesamtzahl, Herkunftsländer, Alters- und Geschlechtsstruktur, Familienstand und Lebensformen darzustellen. Weitere Daten des Mikrozensus finden Eingang in die folgenden Kapitel dieses

20 Dazu zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2012: 6). Dementsprechend sind Personen ohne Migrationshintergrund alle diejenigen, auf die keines dieser Merkmale zutrifft. Die hier interessierende Gruppe der (Spät-)Aussiedler und ihre mit eingereisten Angehörigen sind eine Teilkategorie der Personen mit Migrationshintergrund.

Berichts. Dabei handelt es sich stets um Angaben für die selbst zugewanderten (Spät-)Aussiedler und die mit ihnen eingereisten Ehegatten und Abkömmlinge (Statistisches Bundesamt 2012: 7). Nicht berücksichtigt sind dementsprechend in Deutschland geborene Nachkommen.

Gesamtzahl und Herkunftsländer/frühere Staatsangehörigkeit

2011 haben hochgerechnet 3.213.000 Personen angegeben, als (Spät-)Aussiedler oder deren mit eingereiste Angehörige nach Deutschland gekommen zu sein. Wie bereits im Kapitel 2 erörtert, ergibt dies im Vergleich mit der Gesamt-Zuwanderungszahl der Periode 1950 bis 2011 von etwa 4,5 Millionen eine Differenz von 1,3 Millionen Personen, die durch zwischenzeitliche Sterbefälle, Rück- und Weiterwanderungen sowie möglicherweise durch eine Untererfassung dieser Personengruppe im Mikrozensus erklärt werden kann.

Der Bestandwert von 3.213.000 Personen verteilt sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wie folgt auf frühere Staatsangehörigkeiten bzw. Herkunftsländer:

Tabelle 3-1: Zusammensetzung der (Spät-)Aussiedlerpopulation nach früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2011

Ehem. Sowjetunion gesamt	1.447.000
<i>darunter:</i>	
<i>Russische Föderation</i>	<i>612.000</i>
<i>Kasachstan</i>	<i>575.000</i>
<i>Ukraine</i>	<i>40.000</i>
Polen	579.000
Rumänien	213.000
Andere Länder/ohne Angabe*	974.000
Gesamt	3.213.000

* Seitens des Statistischen Bundesamtes werden nur die Zahlen für die Länder in den oberen Zeilen der Tabelle ausgewiesen. Die Zahl für „andere Länder/ohne Angabe“ wurde selbst durch Differenzbildung berechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012).

Vergleicht man diese Angaben mit der Struktur bei der Zuwanderung, wie sie in Tabelle 2-1 dargestellt wurde, zeigen sich allerdings gewisse Inkonsistenzen. So liegen bei der ehemaligen Sowjetunion sowie bei Polen und Rumänien die Bestandszahlen jeweils deutlich unter den Zuwanderungszahlen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß (ehemalige Sowjetunion: minus 39 %, Polen: minus 60 %, Rumänien: minus 50 %). Diese Abweichung ist der Richtung nach plausibel wegen der oben angesprochenen Faktoren Sterblichkeit, Rückwanderung und mögliche Untererfassung in der Erhebung. Auch erscheint es einleuchtend, dass die bereits länger zurück liegende Zuwanderung von Aussiedlern aus Polen und Rumänien, die hauptsächlich bis Ende der 1980er Jahre stattfand, 2011 zu stärker nach unten abweichenden Bestandszahlen führt, weil diese Migranten wegen ihres höheren Alters eher schon verstorben sein werden als die Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion. Nicht erklärbar ist jedoch die Tatsache, dass bei der verbleibenden Kategorie der übrigen Herkunftsländer die Bestandszahl des Mikrozensus gegenüber den Wanderungszahlen um 257 % erhöht ist. Ein möglicher Grund hierfür könnte sein, dass sich Zuwanderer aus anderen Staaten irrtümlich dem (Spät-)Aussiedlerstatus zugeordnet haben, weil ihnen die rechtliche Bedeutung dieser Kategorie unbekannt ist. Diese Ursache wird auch von Seifert (2008: 11f.) bei seiner Analyse von Mikrozensusdaten 2007 für Nordrhein-Westfalen angeführt. Er spricht insgesamt davon, dass "die Zusammensetzung der Aussiedlergruppe nach Herkunftsländern nicht plausibel [ist]" (Seifert 2008: 22), was auch für die hier vorliegenden Daten konstatiert werden muss. Dessen ungeachtet bleibt der Mikrozensus jedoch aufgrund seiner Stichprobengröße und der Auskunftspflicht für die Befragten die zuverlässigste Datenquelle auf Bundesebene zur Gruppe der (Spät-)Aussiedler.

Geschlechterverteilung

Die Geschlechterverteilung der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung ist laut Mikrozensus weitgehend ausgeglichen: 48 % Männern (1.541.000 Personen) stehen 52 % Frauen (1.672.000 Personen) gegenüber. Auch in der Gesamtbevölkerung gibt es etwas mehr Frauen als Männer. Die ähnliche Struktur bei den (Spät-)Aussiedlern lässt sich mit der zumeist im Familienverband erfolgten Zuwanderung erklären, wodurch sich die "normale" Geschlechtsstruktur widerspiegelt. Hingegen ist etwa Arbeitsmigration zumindest in ihrer Frühphase zumeist durch einen Männer-Überschuss gekennzeichnet.

Durchschnittsalter bei Einreise und durchschnittliche Aufenthaltsdauer

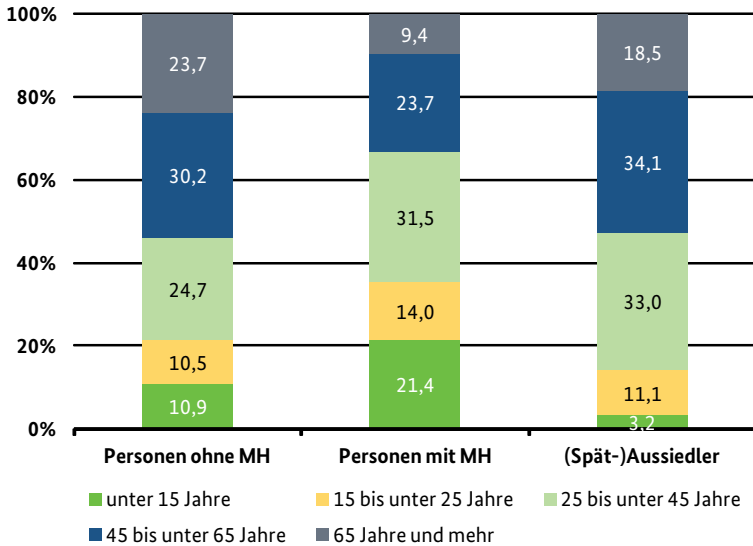
(Spät-)Aussiedler und ihre Angehörigen waren bei der Einreise im Durchschnitt 24,4 Jahre alt (alle Zuwanderer: 24,1 Jahre) und halten sich im Durchschnitt seit 23,1 Jahren in Deutschland auf (alle Zuwanderer: 21,8 Jahre). Beide Werte sind also unauffällig bzw. liegen nur leicht über dem Durchschnitt.

Durchschnittsalter insgesamt und Verteilung auf Altersgruppen

Im Jahr 2011 waren (Spät-)Aussiedler und ihre Angehörigen durchschnittlich 46,7 Jahre alt. Dieser Wert liegt etwas über dem aller Zuwanderer (45,1 Jahre) und auch über dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (46,1 Jahre). Personen mit Migrationshintergrund insgesamt sind hingegen deutlich jünger mit durchschnittlich 35,2 Jahren.

Die folgende Abbildung 3-1 zeigt die Altersstruktur der 2011 in Deutschland lebenden (Spät-)Aussiedler und ihrer Angehörigen im Detail, verglichen mit den Personen mit und ohne Migrationshintergrund insgesamt. Wie sich schon aufgrund der Werte für das Durchschnittsalter vermuten ließ, ist die (Spät-)Aussiedlerpopulation etwas stärker in den mittleren und höheren Altersgruppen vertreten, insbesondere bei den 25- bis unter 45-Jährigen und den 45- bis unter 65-Jährigen. Insgesamt ähnelt ihre Altersstruktur stärker der von Personen ohne als der von Personen mit Migrationshintergrund (mit ähnlicher Aussage: Baumann/Mika 2012: 127). Der besonders geringe Anteil der unter 15-Jährigen ist auf die im Mikrozensus angewandte Definition der (Spät-)Aussiedler zurückzuführen, nach der in Deutschland geborene Nachkommen nicht berücksichtigt sind. Personen mit Migrationshintergrund insgesamt sind hingegen in dieser Altersgruppe stark vertreten²¹ und weisen dafür den geringsten Anteil von 45-Jährigen und Älteren auf.

²¹ Hier sind auch die in Deutschland geborenen Kinder von (Spät-)Aussiedlern mit enthalten.

Abbildung 3-1: Altersstruktur der Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung und Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Doppelte Staatsangehörigkeit

Nach den Daten des Mikrozensus 2011 besitzen 474.000 der rund 3,2 Millionen (Spät-)Aussiedler neben dem deutschen noch einen ausländischen Pass, vermutlich zumeist den des Landes, das sie im Wege der Aussiedlung verlassen haben. Der prozentuale Anteil der Doppelstaater an der gesamten (Spät-)Aussiedlerbevölkerung liegt damit bei 14,8 %. Dies ist ein vergleichsweise hoher Wert im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund (0,2 %) und mit Migrationshintergrund insgesamt (8,5 %). Für einzelne Herkunftsländer bzw. -regionen der (Spät-)Aussiedler werden sogar noch höhere Werte erreicht, insbesondere auch für die drei wichtigsten: Russische Föderation (26,3 %), Polen (22,2 %) und Rumänien (18,6 %). Da aus methodischen Gründen²² davon ausgegangen werden muss, dass

²² Insbesondere, dass das Vorhandensein einer weiteren Staatsangehörigkeit neben der deutschen den Befragten des Mikrozensus entweder nicht bewusst ist oder aus Angst vor Nachteilen verschwiegen wird (Diefenbach/Weiß 2006: 21).

die Zahl der Doppelstaater im Mikrozensus insgesamt – also für alle Bevölkerungsgruppen – unterschätzt wird, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass die absolute Zahl und der Anteil der (Spät-)Aussiedler mit mehr als einem Pass wahrscheinlich sogar noch höher sind. Der Grund für diese Besonderheit dürfte darin liegen, dass (Spät-)Aussiedler nach § 7 StAG kraft Gesetzes mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, ohne dass sie die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben müssen. Dies galt auch schon vor Inkrafttreten des aktuell gültigen Staatsangehörigkeitsgesetzes, als noch ein förmliches Einbürgerungsverfahren nötig war (Lederer 1997: 57). Allerdings kann das Recht des jeweiligen Herkunftsstaates vorsehen, dass mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit die bisherige verlorengeht.

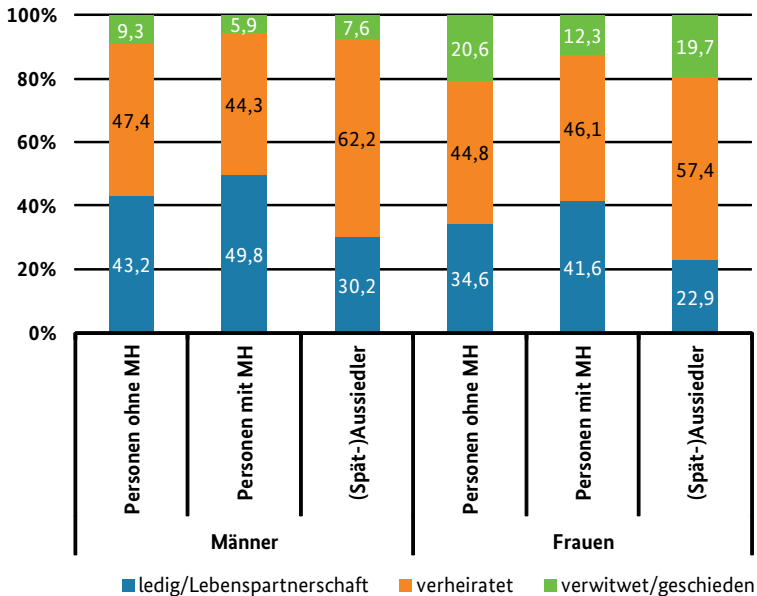
Familienstand und Lebensformen

Abbildung 3-2 zeigt, dass (Spät-)Aussiedler beiderlei Geschlechts überdurchschnittlich häufig verheiratet sind.²³ Dies gilt sowohl im Vergleich zu Personen mit Migrationshintergrund als auch zu denen ohne. Weniger als ein Drittel sind ledig oder Teil einer Lebenspartnerschaft; dies ist der niedrigste Wert aller verglichenen Gruppen. Dieses Resultat dürfte allerdings zum Teil auch ein Effekt der Altersstruktur sein, da ja in der Gruppe der (Spät-)Aussiedler im Mikrozensus nur selbst zugewanderte Personen enthalten sind.

Der Anteil der verwitweten oder geschiedenen Personen bei den (Spät-)Aussiedlern bewegt sich etwa auf dem Niveau der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dabei dürfte es sich vorwiegend um ältere Menschen handeln, was angesichts der zuvor analysierten Ähnlichkeit der Altersstruktur beider Gruppen auch plausibel erscheint. Analog dazu ist der hohe Anteil von Ledigen bei den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt darauf zurückzuführen, dass diese im Durchschnitt deutlich jünger sind.

23 Ob die Ehepartner dabei überwiegend innerhalb oder außerhalb der eigenen Gruppe gewählt werden, wird im Kapitel 4.6.4 analysiert.

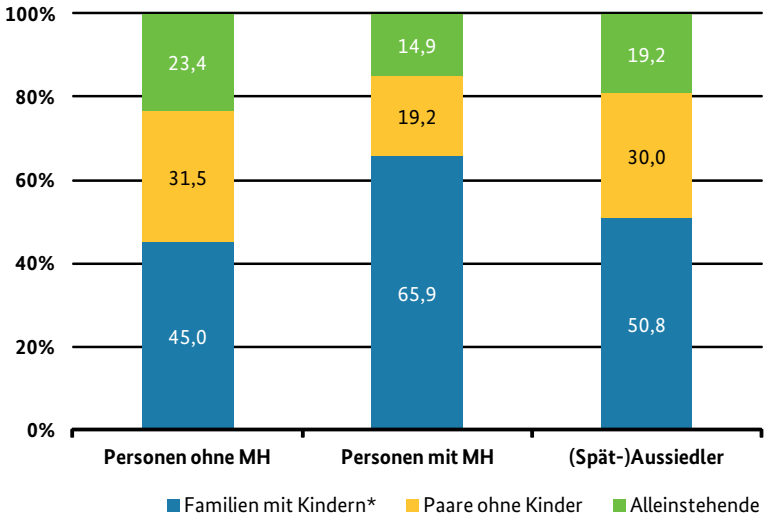
Abbildung 3-2: Familienstand der Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung und Darstellung. MH = Migrationshintergrund

Die unterschiedlichen Muster beim Familienstand spiegeln sich auch in den Lebens- bzw. Haushaltsformen wider (Abbildung 3-3). Mehr als 80 % der (Spät-)Aussiedler leben in Haushalten mit mindestens zwei Personen. Der Anteil der Lebensformen mit Kindern liegt für diese Gruppe mit 51 % über dem Wert für Personen ohne Migrationshintergrund, aber unterhalb des Wertes für Personen mit Migrationshintergrund insgesamt. Alleinstehende wiederum sind bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund am häufigsten anzutreffen, aber auch fast jeder fünfte (Spät-)Aussiedler befindet sich in dieser Kategorie. In beiden Gruppen dürfte es sich gemäß der Altersstruktur bei den Alleinstehenden vorwiegend um ältere Menschen, vor allem Frauen, handeln (vgl. die Abbildungen 3-1 und 3-2).

Abbildung 3-3: Lebensformen der Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2011



* Umfasst Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende.
 Bezugsgröße sind Privathaushalte am Hauptwohnsitz.
 Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung und Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Bei den Familien mit Kindern unter 18 Jahren weisen (Spät-)Aussiedler²⁴ eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,9 auf. Bei Personen ohne Migrationshintergrund liegt dieser Wert bei 1,7, bei Personen mit Migrationshintergrund bei 2,0. Auch bei der Differenzierung der Kinderzahl liegen die (Spät-)Aussiedler näher an der zuletzt genannten Gruppe: In 37,9 % der Fälle lebt bei ihnen ein Kind unter 18 Jahren in der Familie, bei 62,1 % sind es zwei oder mehr Kinder. Bei den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt sieht die Verteilung ähnlich aus (35,2 % ein Kind, 64,8 % zwei oder mehr Kinder), während in den Familien ohne Migrationshintergrund zu 43,8 % nur ein Kind lebt und zu 56,2 % zwei oder mehr Kinder. (Spät-)Aussiedler neigen also, ebenso wie Personen mit Migrationshintergrund in ihrer Gesamtheit, stärker zu Mehr-Kind-Familien als die einheimische Bevölkerung.

²⁴ Die Differenzierung der Gruppen erfolgt hier nach dem Migrationsstatus der Bezugsperson der jeweiligen Lebensform.

4 Neuere Daten und Forschungsergebnisse zur Integration

4.1 Schulische und berufliche Qualifikation, Übergang in den Arbeitsmarkt

Schulische und berufliche Bildungsabschlüsse sind in Deutschland eine wichtige Eingangsvoraussetzung für die Partizipation am Arbeitsmarkt und damit für die gesamtgesellschaftliche Integration. Deshalb stehen diese Themen auch am Anfang der Analysen zur Integration von (Spät-)Aussiedlern. Zunächst werden zu Beginn der Unterkapitel jeweils eigene Auswertungen zu den Schul- und Berufsabschlüssen anhand des Mikrozensus 2011 vorgestellt, wobei – wie schon im Kapitel 3 – Vergleiche mit den Personen ohne und mit Migrationshintergrund insgesamt angestellt werden. Dies ermöglicht eine bessere Einordnung der Resultate für die (Spät-)Aussiedler. Um einer Verzerrung durch die Tatsache, dass in dieser Gruppe per definitionem nur selbst zugewanderte Personen enthalten sind, entgegenzuwirken, werden nur die Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren betrachtet. Ohne diese Altersbeschränkung wären die Ergebnisse wegen der unterschiedlichen Anteile der Personen, die sich noch in Ausbildung befinden, kaum vergleichbar. Dies betrifft zumeist Menschen unter 25 Jahren, die bei den (Spät-)Aussiedlern aufgrund der genannten definitorischen Bestimmung im Mikrozensus verhältnismäßig wenig anzutreffen sind (vgl. Abbildung 3-1).

Weitere empirisch basierte Studien zur schulischen und beruflichen Bildung von (Spät-)Aussiedlern basieren teilweise ebenfalls auf dem Mikrozensus (Schäfer/Brückner 2008; Woellert et al. 2009; BMFSFJ 2011; Gresch/Kristen 2011; Söhn 2011; Flake 2013; Weiß 2013b), daneben auch auf dem Sozio-ökonomischen Panel (Fuchs/Sixt 2008; Tucci 2008; 2011) oder Erhebungen wie dem „Übergangspanel“ des Deutschen Jugendinstituts (Lex 2007; Kuhnke/Schreiber 2008a/b; Eulenberger 2013). Daneben finden die Daten der Deutschen Rentenversicherung (Mika et al. 2010) und eine auf qualitativen Interviews basierende Studie (Schmidt-Bernhardt 2008)

Verwendung, um die schulische und berufliche Qualifikation von (Spät-)Aussiedlern und ihren Nachkommen zu beleuchten.

4.1.1 Schulische Bildung

Tabelle 4-1: Höchster allgemeiner Schulabschluss bei Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011

		ohne Abschluss	Hauptschule	Realschule o. ä./ Polytechnische Oberschule	Fachhochschulreife/ Abitur o.ä.
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	1,8 %	30,7 %	33,4 %	34,1 %
	weiblich	1,4 %	26,9 %	41,7 %	30,0 %
	insgesamt	1,6 %	28,8 %	37,5 %	32,1 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	11,6 %	36,8 %	21,8 %	29,8 %
	weiblich	14,7 %	29,2 %	23,7 %	32,4 %
	insgesamt	13,2 %	33,0 %	22,7 %	31,1 %
<i>darunter:</i>					
(Spät-)Aussiedler	männlich	3,9 %	39,2 %	31,9 %	25,0 %
	weiblich	3,4 %	30,1 %	37,1 %	29,4 %
	insgesamt	3,6 %	34,6 %	34,6 %	27,2 %

Nicht berücksichtigt sind noch in schulischer Ausbildung befindliche Personen sowie Personen ohne Angabe zur Art des Schulabschlusses.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung.

Die wahrscheinlich zu einem großen Teil im Ausland²⁵ erworbenen Abschlüsse der (Spät-)Aussiedler und ihrer mit eingereisten Angehörigen zeigen eine insgesamt günstige Bildungsstruktur. Sie ist relativ stark an die von Personen ohne Migrationshintergrund angenähert. So ist der Anteil der (Spät-)Aussiedler ohne Schulabschluss mit 3,6 % verhältnismäßig gering, vor allem im Vergleich zu den Personen mit Migrationshintergrund

²⁵ Die interviewten Personen werden in der Mikrozensus-Befragung gebeten, im Ausland erworbene Abschlüsse einem aus ihrer Sicht gleichwertigen deutschen Abschluss zuzuordnen. Dies gilt für schulische wie für berufliche Abschlüsse. Inwiefern diese Zuordnungen sachgerecht erfolgen, kann hier nicht beurteilt werden.

insgesamt, wo der Wert mehr als dreieinhalb Mal so hoch liegt. Des Weiteren sind (Spät-)Aussiedler stark in den unteren und mittleren Bildungskategorien (Haupt-, Realschule, Polytechnische Oberschule der früheren DDR²⁶) vertreten, während ihr Akademikeranteil etwas unter dem der beiden Vergleichsgruppen liegt. Die weiblichen (Spät-)Aussiedler sind dabei noch stärker als die Männer bei den höheren Bildungsabschlüssen vertreten. Zu ähnlichen Resultaten kommt auch Weiß (2013b: 41f.) anhand einer Auswertung des Mikrozensus 2010 für Deutsche aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Der Grund für die vorgefundene Struktur dürfte vor allem darin liegen, dass die meisten (Spät-)Aussiedler das Bildungssystem ihrer ehemals kommunistischen Herkunftsländer durchlaufen haben, das in vielen dieser Länder auf einheitlichen allgemeinbildenden Schulen fußte, die mit einem mittleren Abschluss endeten und nur wenige Personen ohne Schulabschluss entließen.²⁷ Zugleich gab es nach Weiß (2013b: 43) zumindest in der früheren Sowjetunion eine Diskriminierung gegenüber der deutschstämmigen Bevölkerung dergestalt, dass diese oft nicht für eine höhere Schul- oder Hochschulbildung zugelassen wurde. Dies könnte den etwas unterdurchschnittlichen Anteil von Abiturienten bzw. von Personen mit Hochschulabschluss (siehe Tabelle 4-2) unter den (Spät-)Aussiedlern erklären, die ja zu einem beträchtlichen Teil aus dieser Herkunftsregion stammen.

Weitere Mikrozensus-Auswertungen anderer Studien

In einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2009 bezüglich „Familien mit Migrationshintergrund“²⁸ für das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend finden sich auch einige Angaben zur schulischen

26 Zur Zuwanderung von Personen deutscher Herkunft aus Polen, insbesondere aber der UdSSR in die DDR vgl. Hirschler-Horáková (2003). Die Autorin schätzt den Gesamtumfang dieser Migration aus der Sowjetunion bis zum Ende der DDR auf ca. 22.000 Personen (Hirschler-Horáková 2003: 381), hauptsächlich im Wege der Familienzusammenführung.

27 Vgl. auch Söhn (2011: 285) zum Effekt der Bildungssysteme in den Herkunftsländern von (Spät-)Aussiedlern.

28 Definiert als Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im eigenen Haushalt, in denen mindestens ein Familienmitglied entweder außerhalb Deutschlands geboren ist oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt (BMFSFJ 2011: 16f.). Es kann sich dabei um Alleinerziehende sowie Eltern in ehelicher oder nichtehelicher Lebensgemeinschaft handeln.

Bildung in (Spät-)Aussiedlerfamilien. So hat in 26 % dieser Familien mindestens ein Elternteil Abitur; bei Familien ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei 31 %, bei den Familien mit Migrationshintergrund insgesamt, zu denen ja die (Spät-)Aussiedlerfamilien zählen, bei 30 % (BMFSFJ 2011: 27). Auch hier ist also der leicht unterdurchschnittliche Anteil von Personen mit Hochschulreife unter den (Spät-)Aussiedlern zu konstatieren, der sich bereits in der eigenen Auswertung des Mikrozensus 2011²⁹ zeigte.

Flake (2013) analysiert mit Daten des Mikrozensus 2007/2008 die Bildungs- und Arbeitsmarktposition von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion (Geburtsjahrgänge 1971 bis 1994), die zwischen 1989 und 1994 nach Deutschland kamen. Unter diesen befinden sich neben (Spät-)Aussiedlern auch „non-German migrants“, wahrscheinlich überwiegend jüdische Zuwanderer (Flake 2013: 10). Beide Zuwanderergruppen haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, einen höheren Bildungsstatus zu erreichen, als die einheimische Vergleichsgruppe. Die jüdischen Zuwanderer weisen jedoch Vorteile gegenüber den (Spät-)Aussiedlern auf, was die Autorin mittels einer Dekompositionsanalyse vor allem mit dem höheren Bildungsniveau von deren Eltern erklärt: Diese waren überwiegend Akademiker, während bei den (Spät-)Aussiedlern handwerklich-technische Berufe überwogen (Flake 2013: 17, 24). Bei den Arbeitsmarktergebnissen zeigt sich der Unterschied zwischen den beiden Zuwanderergruppen aus der ehemaligen Sowjetunion allerdings nicht, das heißt, jüdische Zuwanderer weisen hier keine vorteilhaftere Position auf, was aber möglicherweise mit ihrem längeren Verbleib im Bildungssystem zusammenhängt (Flake 2013: 34).

29 Diese bezieht sich allerdings auf Personen und nicht auf Familien. Aufgrund der relativ starken Eigengruppenorientierung (Homogamie) der Ehepartnerwahl bei (Spät-)Aussiedlern, wie sie im Kapitel 4.6.4 gezeigt wird, kann man jedoch davon ausgehen, dass in Familien, die in der Mikrozensus-Sonderauswertung für das BMFSFJ der Gruppe der (Spät-)Aussiedler zugeordnet wurden, häufig beide Elternteile zu dieser Migrantengruppe gehören werden.

Des Weiteren liegen einige Analysen zu Aussiedlern und Spätaussiedlern mit Daten des Mikrozensus 2005 vor.³⁰ In diesem Jahr war es erstmals möglich, anhand des Frageprogramms „Personen mit Migrationshintergrund“ zu identifizieren und nicht nur wie bislang Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Allerdings wurde 2005 noch nicht explizit der (Spät-)Aussiedlerstatus erhoben, so dass sich entsprechende Analysen bestimmter „Hilfskonstruktionen“ bedienen müssen, um diese Gruppe näherungsweise einzugrenzen (für ein elaboriertes Beispiel vgl. Gresch/Kristen 2011: 223).

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat 2009 einen „Index zur Messung von Integration“ auf Basis des Mikrozensus 2005 vorgelegt, der auf 20 einzelnen Indikatoren beruht (Woellert et al. 2009). Einige davon beziehen sich auf die schulische und berufliche Bildung. Anhand dieser Indikatoren wurden acht Migrantengruppen³¹, darunter auch Aussiedler aus verschiedenen Herkunftsländern, miteinander verglichen. Im Einzelnen fallen die Indikatorwerte wie folgt aus:

- Der Anteil der Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die weder einen schulischen noch einen beruflichen Abschluss erreicht haben, beträgt bei Aussiedlern 3 % und ist damit neben dem von den Migranten aus der EU-25 der niedrigste aller verglichenen Gruppen.
- Der Anteil der 16- bis 20-Jährigen in der gymnasialen Oberstufe (Klasse 11 bis 13) an allen Personen dieser Altersklasse beträgt bei Aussiedlern 23 %. Dies entspricht Rang fünf unter den acht Migrantengruppen.

30 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat in ihrem 7. Lagebericht (erschienen im Dezember 2007) ebenfalls Daten aus dem Mikrozensus 2005 für (Spät-)Aussiedler und deren Nachkommen auf Basis von Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes vorgelegt. Diese beziehen sich auf Indikatoren in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Einkommen und werden z.T. auch im dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 verwendet. Um den hier vorliegenden Bericht nicht zu stark mit älteren Daten aufzublähen, die inhaltlich weitgehend den vorgestellten eigenen Auswertungen aus dem Mikrozensus 2011 entsprechen, wird auf eine detaillierte Darstellung verzichtet. Dies gilt auch für die folgenden Kapitel 4.2 und 4.3.

31 Neben den Aussiedlern Migranten aus der EU-25, dem Fernen Osten, Südeuropa, dem Nahen Osten, dem ehemaligen Jugoslawien, Afrika und der Türkei.

- Der Anteil der Personen zwischen 20 und 39 Jahren mit Fachhochschul- oder Hochschulreife, bezogen auf alle Personen dieser Altersklasse, beträgt bei Aussiedlern 28 %. Dies entspricht ebenfalls Rang fünf der acht Migrantengruppen.
- Ein sogenannter Dynamik-Indikator misst den Anteil von Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife unter den hier Geborenen im Vergleich zu den Zugewanderten. Aussiedler erreichen dabei mit einem Faktor von 1,69 die zweitstärkste Steigerung hinter den Personen mit türkischem Migrationshintergrund (Quelle aller Ergebnisse: Woellert et al. 2009: 49). Insgesamt wird ihnen eine hohe intergenerationale Dynamik der Integration bescheinigt (Woellert et al. 2009: 34), auch anhand anderer Indikatoren wie der Ehepartnerwahl.

Söhn (2011) untersuchte den Einfluss unterschiedlicher Rechtsstatus (insbesondere Aussiedler gegenüber anderen Migrantengruppen) auf den Erfolg von Kindern im deutschen Bildungssystem. Datengrundlagen waren der Mikrozensus 2005 und der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) aus dem Jahr 2003, wobei jeweils nur Migrantenkinder mit eigener Zuwanderungserfahrung untersucht wurden. Berücksichtigt wurden bei den Mikrozensusdaten auch ältere, vor 1990 zugewanderte Aussiedlerkohorten (Söhn 2011: 177).

Empirisches Kernergebnis der Studie ist, dass deutliche Bildungsdisparitäten zwischen Zuwanderergruppen mit und ohne Aussiedlerstatus dergestalt bestehen, dass erstere bessere Ergebnisse erzielen (Söhn 2011: 283). Die Autorin führt dies auf zwei grundsätzliche Mechanismen zurück:

- Selektionswirkungen bei den sozialen Charakteristika der verglichenen Migrantengruppen. So profitierten Aussiedlerkinder von den ausgeprägteren Deutschkenntnissen ihrer Eltern (insbesondere bei Rumäniendeutschen), dem vergleichsweise guten Bildungsstatus und „dass sie seltener als etwa türkische und ex-jugoslawische Migrant(inn)en aus kinderreichen Familien stammten“ (Söhn 2011: 289). Auch das im Schnitt etwas geringere Einreisealter trug dazu bei, die Chancen auf mindestens einen Realschulabschluss zu erhöhen.
- Daneben „konnte gezeigt werden, dass der Rechtsstatus signifikante Auswirkungen hatte und die hiermit verbundenen Zuwanderungs- und Integrationspolitiken die Bildungschancen von Migrantenkindern

beeinflussten“ (Söhn 2011: 291). Für Aussiedlerkinder vorteilhaft wirkten sich u.a. aus: die dauerhafte, gesicherte Bleibeperspektive durch den raschen Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit, die Förderung im schulnahen Bereich durch die sog. Garantiefonds³² und das insgesamt – trotz der Einschnitte seit 1993 – überdurchschnittliche Niveau staatlicher Unterstützungsleistungen, die familial vermittelt auch den Kindern zugute kamen. So hatten die Eltern beispielsweise freien Arbeitsmarktzugang und waren auch dadurch seltener arbeitslos und einkommensarm als etwa Bürgerkriegsflüchtlinge, deren stärkere ökonomische Marginalisierung wiederum dazu beitrug, dass ihre Kinder häufig nur niedrige Bildungsabschlüsse erreichten (Söhn 2011: 289).

Die Beiträge von Schäfer/Brückner (2008) und Gresch/Kristen (2011) auf Grundlage des Mikrozensus 2005 haben ein eher methodisches Interesse, stellen in diesem Rahmen aber auch einige inhaltliche Resultate zur Schul- und Berufsausbildung von (Spät-)Aussiedlern bereit. Schäfer und Brückner zeigen, dass das Chancenverhältnis (sog. *Odds Ratio*) zwischen denjenigen, die die Schule ohne oder nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen haben, und Personen mit höherem Abschluss bei Aussiedlern und deren Nachkommen etwa 1,5 mal größer ist als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Deutsche mit Migrationshintergrund allgemein und vor allem Ausländer haben jedoch ein weitaus höheres Risiko, nur einen niedrigen Schulabschluss zu erreichen (Schäfer/Brückner 2008: 1056). Gresch und Kristen (2011) untersuchen die Bildungsbeteiligung von 18- bis 20-jährigen Personen, die entweder das Abitur anstreben bzw. bereits erlangt haben oder sich unterhalb dieser Bildungstufe befinden. Sie zeigen zunächst, dass ein „Herausrechnen“ der (Spät-)Aussiedler aus den Gruppen mit russischem und polnischem Migrationshintergrund deren Bildungsposition verbessert. Des Weiteren ergibt sich bei einer Berücksichtigung des Generationenstatus, dass bei den (Spät-)Aussiedlern – wie auch bei türkeistämmigen Personen der gleichen Altersgruppe – für die selbst zugewanderten Personen auch mit Berücksichtigung der sozialen Herkunft Nachteile in der Bildungsbeteiligung bestehen bleiben, die sich

32 Dabei handelte es sich um Fördergelder des Bundes im Schul-, Berufsbildungs- und Hochschulbereich, beispielsweise für schulbegleitenden Nachhilfeunterricht, aber auch für Deutschkurse. Die (Spät-)Aussiedler waren nicht die alleinige, aber eine wesentliche Zielgruppe dieser Förderung. Zu Details siehe Söhn (2011: 105ff.)

aber schon in der zweiten Generation in Vorteile gegenüber der deutschen Referenzgruppe verkehren (Gresch/Kristen 2011: 222).

Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)

Tucci (2008/2011) stellt im Rahmen des „Datenreports“³³ Ergebnisse zur schulischen und beruflichen Bildung von (Spät-)Aussiedlern und ihren Nachkommen vor. Grundlage sind die Wellen 2001 und 2006 bzw. 2009 des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Aufgrund von Unterschieden in der Abgrenzung der Untersuchungsgruppe sind die Ergebnisse allerdings nicht im Zeitverlauf vergleichbar.³⁴ Im Folgenden wird deshalb nur auf die aktuellsten Resultate aus dem SOEP 2009 eingegangen, die sich auf 16- bis 45-jährige Personen beziehen, die entweder schon in Deutschland geboren wurden oder zumindest die Schule besucht haben. Die Nachkommen von (Spät-)Aussiedlern sind außerdem mit den Nachkommen anderer osteuropäischer Migranten in einer Kategorie zusammengefasst (Tucci 2011: 195).

Hinsichtlich der schulischen Bildung zeigt sich für diese Gruppe im SOEP 2009, dass bei einem Prozent kein Schulabschluss vorhanden war, zu 16 % Hauptschulabschlüsse, zu 26 % Realschulabschlüsse und zu 57 % Abitur, wobei der zuletzt genannte Anteilswert sogar deutlich über dem von vergleichbaren Personen ohne Migrationshintergrund (39 %) liegt. Der Unterschied bleibt auch dann bestehen, wenn nur Befragte mit ähnlichem elterlichem Hintergrund (Vater hat maximal Hauptschulabschluss) verglichen werden. Dieses Resultat ist jedoch möglicherweise durch die Hinzunahme der Nachfahren anderer osteuropäischer Migranten zur Gruppe der (Spät-)Aussiedler positiv verzerrt, wie z.B. die weiter oben zitierten Resultate von Gresch und Kristen anhand des Mikrozensus nahelegen. Dafür spricht auch, dass sich bei der beruflichen Bildung anhand des SOEP 2009 ebenfalls ein überdurchschnittlicher Akademikeranteil zeigt (Tucci 2011: 195).

33 Der Datenreport ist eine jährliche Gemeinschaftsveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes (Destatis), des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

34 Nach Auskunft der Autorin.

Fuchs und Sixt (2008) nutzen ebenfalls Daten des Sozio-ökonomischen Panels, in diesem Fall die Gesamtstichprobe 1984 bis 2004³⁵, um die Bildungschancen der Kinder von (Spät-)Aussiedlern in dreigenerationaler Perspektive – also unter Mitbetrachtung der Eltern und Großeltern – mit denen von anderen Migrantenkindern und von autochthonen Deutschen zu vergleichen. Sie zeigen, dass auch bei Kontrolle der sozialen Herkunft die Kinder von (Spät-)Aussiedlern und anderen Migranten zu einem geringeren Anteil in Deutschland die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife erreichen als die Kinder der nicht zugewanderten Bevölkerung. Die Aussiedlerkinder schneiden dabei jedoch deutlich besser ab als die übrigen Migrantenkinder (Fuchs/Sixt 2008: 13). Zudem zeigt sich eine Besonderheit bei der untersuchten Population der (Spät-)Aussiedler: Insbesondere Kinder von Eltern, die selbst erstmals in ihrer Familie auf akademisches Niveau aufgestiegen sind, haben nach der Migration nach Deutschland geringere Bildungschancen, während dies für die Kinder „etablierter“ Akademiker, bei denen schon die Großeltern entsprechende Abschlüsse hatten, nicht gilt. Die Autoren führen dies darauf zurück, „dass die Bildungsaufstiege – die weit überwiegend nicht in Deutschland, sondern in den ehemals kommunistischen Gesellschaften vollzogen wurden – dazu geführt haben, dass die üblicherweise in westlichen Gesellschaften mit dem akademischen Abschluss verbundenen sozialen und kulturellen Kapitalien [...] nicht oder nur unzureichend aufgebaut werden konnten“ (Fuchs/Sixt 2008: 19). Dieser Effekt verstärkt sich durch die Nicht-Anerkennung von Bildungsabschlüssen in Deutschland, da den „Neu-Akademikern“ unter den (Spät-)Aussiedlern – im Gegensatz etwa zu deutschen Absteigern aus dem akademischen Milieu – tradierte familiäre Kapitalien fehlten, die einen Wiederaufstieg bzw. eine Beibehaltung des eigenen Bildungsniveaus in der Kindergeneration ermöglichen.

Sonstige Studien und Daten zur schulischen Bildung

Haug und Sauer (2007) befragten im Jahr 2006 im Rahmen einer Untersuchung zum Wohnortzuweisungsgesetz 1.089 (Spät-)Aussiedler in acht deutschen Kommunen. Von den 981 Personen, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen, haben 8 % im Herkunftsland keinen Abschluss

35 Ausgeschlossen wurden Personen, die vor 1995 aus der Panelstudie ausgeschieden sind.

erworben, 24 % einen Pflichtschulabschluss, 31 % einen weiterführenden Schulabschluss und 25 % haben ein Studium absolviert (Haug/Sauer 2007: 98).

Gresch und Becker (2010) arbeiten mit dem Datensatz der TIMSS-Übergangsstudie³⁶, bei der Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse in Regelschulen mittels einer Panelbefragung (zwischen 2006 und 2008) bei ihrem Übergang in die Sekundarstufe I verfolgt wurden. Sie analysieren den Wechsel zum Gymnasium für Kinder ohne Migrationshintergrund, Kinder aus (Spät-)Aussiedlerfamilien und Kinder mit türkischem Elternhaus. Dabei zeigt sich zunächst, dass die beiden Schülergruppen mit Migrationshintergrund grundsätzlich niedrigere Chancen auf den Gymnasialbesuch haben als die einheimische Vergleichsgruppe. Werden jedoch der sozio-ökonomische Status der Familien, die schulischen Leistungen der Kinder sowie die Übergangsempfehlung der Grundschule in Regressionsmodellen berücksichtigt, kehrt sich der negative Herkunftseffekt um: Sowohl die Schüler mit türkischem Migrationshintergrund als auch Kinder aus (Spät-)Aussiedlerfamilien haben dann signifikant höhere Chancen, das Gymnasium zu besuchen, als Kinder ohne Migrationshintergrund (Gresch/Becker 2010: 194). Letztere weisen zudem statistisch signifikant bessere Werte bei standardisierten Testleistungen (Deutsch, Mathematik, Sachkunde) und bessere Mathematiknoten im Vergleich zu den Schülern aus türkischen Elternhäusern auf. Die Kinder beider Migrantengruppen erhalten zwar zu einem deutlich geringeren Anteil Gymnasialempfehlungen, gehen aber – anders als bei den Schülern ohne Migrationshintergrund – teilweise trotz des Fehlens einer solchen Empfehlung³⁷ auf das Gymnasium über (Gresch/Becker 2010: 191).

36 TIMSS (Trends in International Mathematics and Science Study) ist eine international vergleichende Schulleistungsstudie, die alle vier Jahre durchgeführt wird. Die deutsche TIMSS-Übergangsstudie ergänzte die Hauptstudie 2007 um weitere Module, um den Übergang von der Grund- in weiterführende Schulen zu untersuchen. Der Beitrag von Gresch und Becker beruht auf Daten von insgesamt 3.571 Schülern aus 253 Schulen, davon 178 über die Klassenlehrer identifizierte Kinder von (Spät-)Aussiedlern (Gresch/Becker 2010: 188ff.).

37 Einige Bundesländer sehen in solchen Fällen eine formelle Eignungsprüfung des Kindes am Gymnasium vor, andere akzeptieren den Elternwillen nach einer entsprechenden Beratung ohne weitere Prüfungen (Gresch et al. 2010: 202).

Methodisch qualitativ orientiert ist die Arbeit von Schmidt-Bernhard (2008), die sich mit dem „verborgenen“ Bildungserfolg von jungen Frauen aus Spätaussiedlerfamilien beschäftigt. Die Autorin führte mit sechs Spätaussiedlerinnen im Alter von 18 bis 20 Jahren jeweils drei biographisch-narrative, sog. „mehrphasige“ Interviews im Verlauf eines Jahres. Fünf von ihnen besuchten in dieser Zeit die 12. Klasse eines Gymnasiums, eine Interviewpartnerin hatte bereits das Abitur abgelegt und ein Studium begonnen. Motivation der Studie war für die Autorin, die selbst als Lehrerin tätig ist, einerseits das für sie sichtbare ausgeprägte Leistungs- und Erfolgsstreben der jungen Frauen (im Gegensatz zu den jungen Männern ihrer Herkunftsgruppe, die vorwiegend über abweichendes Verhalten und „Nichtfunktionieren“ wahrgenommen wurden), andererseits das Bestreben, ihre Herkunft zu verbergen, und ihre Nicht-Beachtung im öffentlichen Raum (Schmidt-Bernhard 2008: 15ff.). Das Forschungsinteresse richtete sich auf die spezifischen Bedingungen der weiblichen Adoleszenz bei Spätaussiedlerinnen, die familiären Strukturen, die Rolle der Schule und die Frage, welche Faktoren zum Bildungserfolg der jungen Frauen beitragen.

Schmidt-Bernhardt kommt zu dem Ergebnis, dass das fehlende öffentliche Interesse bzw. die fehlende Wertschätzung der Spätaussiedler insgesamt problematisch sind; mehr Anerkennung würde für die interviewten jungen Frauen zu einer erheblichen psychischen Entlastung führen und ihr kreatives Potenzial fördern. Die Schule kann dabei ein wichtiger Ort der Identitätsfindung sein und als Sozialisationsinstanz zwischen den Welten vermitteln. Ein Bewusstsein für die Erfahrungswelten der Spätaussiedlerinnen bei Lehrkräften wäre wichtig, um Offenheit und Förderung im Schulalltag zu ermöglichen. Bezüglich der familiären Strukturen wurde die oft enge Beziehung zu den Müttern für die jungen Frauen als wichtige Ressource identifiziert. Meist sei die transgenerationale Weitergabe kulturellen Kapitals oder besonderer Fähigkeiten auf ein Kind in der Familie, eben die Tochter, konzentriert (Schmidt-Bernhardt 2008: 456; vgl. dazu auch Kapitel 4.6.2).

4.1.2 Berufliche Bildung und Übergang in den Arbeitsmarkt

Tabelle 4-2: Höchster beruflicher Bildungsabschluss bei Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011

		ohne berufsqualifizierenden Abschluss	Lehre/Berufsausbildung im dualen System	Meister/Techniker/Fachschule/Berufsfachschule	Fachhochschule/Universität
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	9,5 %	56,2 %	14,4 %	19,9 %
	weiblich	12,6 %	57,8 %	14,3 %	15,3 %
	insgesamt	11,0 %	57,0 %	14,4 %	17,6 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	36,6 %	40,1 %	8,4 %	14,9 %
	weiblich	42,6 %	32,8 %	9,2 %	15,4 %
	insgesamt	39,6 %	36,4 %	8,8 %	15,2 %
<i>darunter:</i>					
(Spät-)Aussiedler	männlich	23,2 %	53,4 %	11,3 %	12,1 %
	weiblich	26,2 %	48,5 %	12,9 %	12,4 %
	insgesamt	24,7 %	50,9 %	12,1 %	12,3 %

Nicht berücksichtigt sind noch in beruflicher Ausbildung befindliche Personen sowie Personen ohne Angabe zur Art des Berufsabschlusses.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung.

Mehr als die Hälfte der (Spät-)Aussiedler und ihrer mit eingereisten Angehörigen haben ihre berufsqualifizierenden Abschlüsse mittels einer Lehre erworben, ebenso wie es bei den Personen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Auch der Anteil der Meister, Techniker und an Fach- oder Berufsfachschulen ausgebildeten Personen ist in beiden Bevölkerungsgruppen etwa gleich, während er bei den Personen mit Migrationshintergrund jeweils deutlich niedriger liegt. Am stärksten sind die Differenzen zwischen den drei verglichenen Gruppen jedoch hinsichtlich der Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Hier liegen die (Spät-)Aussiedler mit 24,7 % der 25- bis unter 65-Jährigen ziemlich genau in der Mitte zwischen Personen ohne Migrationshintergrund (11,0 %) und Personen mit

Migrationshintergrund (39,6 %). Der Akademiker-Anteil ist mit 12,3 % etwas geringer als in den beiden anderen Gruppen.³⁸

Die stark von einfachen und mittleren Schulabschlüssen geprägte Qualifikationsstruktur der (Spät-)Aussiedler zeigt sich damit auch in den darauf aufbauenden Berufsabschlüssen, bei denen das Schwergewicht ebenfalls im „mittleren“ (nicht-akademischen) Bereich der Facharbeiter, Techniker usw. liegt.³⁹ Ein nicht unbeträchtlicher Anteil hat jedoch auch keinen Berufsabschluss, während der Anteil derjenigen, die eine Fachhochschule oder Universität absolviert haben, etwas unterhalb des Durchschnitts liegt.

Weitere Mikrozensus-Auswertungen anderer Studien

Die bereits bei der schulischen Bildung dargestellte Auswertung des Mikrozensus 2009 für das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zeigt, dass in 21 % der (Spät-)Aussiedlerfamilien beide Eltern keinen (anerkannten) Berufsabschluss haben. Diese Quote liegt deutlich über der bei Familien ohne Migrationshintergrund (7 %), aber unterhalb des Anteils bei Familien mit Migrationshintergrund insgesamt (28 %; BMFSFJ 2011: 29). Das Ergebnis ähnelt damit tendenziell dem oben dargestellten anhand des Mikrozensus 2011.

Woellert et al. (2009: 49) verwenden bei ihrer Auswertung des Mikrozensus 2005 als weiteren Indikator den Anteil der 30- bis 64-Jährigen mit (Fach-)Hochschulabschluss an allen Personen dieser Altersklasse mit Berufsabschluss. Aussiedler liegen dabei mit einem Wert von 16 % (Rang sechs der acht Migrantengruppen) eher im hinteren Bereich, was aber den bisherigen Resultaten eines eher unterdurchschnittlichen Akademikeranteils durchaus entspricht. Schäfer und Brückner (2008), die sich ebenfalls auf den Mikrozensus 2005 stützen, haben analog zu ihrer Analyse für niedrige Schulabschlüsse auch die Wahrscheinlichkeiten analysiert, entweder über keinen beruflichen Abschluss zu verfügen oder nur eine Anlernausbil-

38 Maur (2007: 106) schätzt, dass in absoluten Zahlen seit Beginn der 1990er Jahre etwa 220.000 (Spät-)Aussiedler mit abgeschlossener Hochschulbildung nach Deutschland gekommen sind.

39 Vgl. Savoskul (2007: 96), die anhand qualitativer Interviews mit Spätaussiedlern im Zuge von drei Forschungsprojekten ebenfalls zu der Einschätzung kommt, diese mittlere Qualifikationsebene sei am stärksten vertreten.

dung/ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert zu haben. Auch in diesem Falle liegt das entsprechende Risiko für Aussiedler und ihre Nachkommen zwar über dem der Referenzkategorie „Deutsche ohne Migrationshintergrund“, aber unter dem von Deutschen mit Migrationshintergrund insgesamt und deutlich unter dem von Ausländern (Schäfer/Brückner 2008: 1058). Es zeigt sich also erneut eine „mittlere“ Position der (Spät-)Aussiedler.

Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)

Die Analyse von Tucci (2011) im Rahmen des „Datenreports“ enthält auch Angaben zu den beruflichen Abschlüssen verschiedener Zuwanderergruppen, darunter der im SOEP identifizierbaren Nachkommen von (Spät-)Aussiedlern und anderen osteuropäischen Migranten im Alter zwischen 16 und 45 Jahren. Deren Qualifikationsstruktur stellte sich im Jahr 2009 wie folgt dar: 53 % (noch) ohne Berufsabschluss, 23 % nicht-akademische Berufsausbildung, 24 % akademischer Abschluss. Auffallend ist gegenüber der gleichaltrigen Gruppe von Personen ohne Migrationshintergrund einerseits der sehr hohe Anteil von Personen ohne Berufsabschluss, andererseits der ebenfalls überdurchschnittliche Akademikeranteil. Dies könnte, wie schon bei der schulischen Bildung erörtert, einerseits mit bestimmten Verzerrungen durch die Abgrenzung der Untersuchungsgruppe zusammenhängen, andererseits auch mit Schwierigkeiten der Kinder von (Spät-)Aussiedlern, in eine „normale“ Berufsausbildung einzumünden (siehe dazu die folgenden Ausführungen zum DJI-Übergangspanel).

DJI-Übergangspanel

Lex (2007) stellt erste Ergebnisse einer Paneluntersuchung des Deutschen Jugendinstituts zum Berufsübergang von Hauptschülern vor. Dabei werden Jugendliche deutscher Herkunft mit solchen türkischer Herkunft sowie mit Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien verglichen, wobei es sich bei letzteren fast ausschließlich um selbst zugewanderte Personen han-

delt, die als Kinder mit ihren Familien nach Deutschland kamen.⁴⁰ Der Beitrag von Lex bezieht sich auf die Ergebnisse der ersten drei Befragungen im März, Juni und November 2004. Aussiedlerjugendliche zeigen dabei im Vergleich mit den anderen beiden Gruppen den geringsten Anteil derjenigen, die gern zur Schule gehen; als Problembelastungen wurden von den Mädchen vor allem Zukunftsängste („wusste nicht, was später werden soll“) genannt, von den männlichen Spätaussiedlerjugendlichen Probleme mit Justiz oder Polizei (Lex 2007: 32f.).

Hinsichtlich der Pläne für die Zeit nach der Schule präferieren die Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien zunächst – ähnlich wie die Jugendlichen deutscher Herkunft – eine Berufsausbildung, während Jugendliche türkischer Herkunft von vornherein den Alternativen „weiterer Schulbesuch“ bzw. „Berufsvorbereitung“ einen höheren Stellenwert einräumen. Beiden Gruppen mit Migrationshintergrund ist jedoch gemeinsam, „dass es ihnen weit seltener als Jugendlichen deutscher Herkunft gelingt, ihre Ausbildungspläne ohne Verzögerung zu verwirklichen“ (Lex 2007: 39). Die Platzierungen im November 2004 zeigen, dass sich sowohl junge Aussiedler als auch Jugendliche türkischer Herkunft am häufigsten in weiterer schulischer Ausbildung (jeweils 38 %) oder in berufsvorbereitenden Maßnahmen (jeweils 32 %) befinden, hingegen nur zu 20 % bzw. 18 % in betrieblicher Ausbildung, während der entsprechende Anteil bei den deutschen Hauptschulabgängern bei 35 % liegt (Lex 2007: 37). 6 % der jungen Aussiedlerinnen und Aussiedler waren zu diesem Zeitpunkt weder in Arbeit noch in Ausbildung.

Ein Jahr später, im November 2005, hat sich der Anteil der noch zur Schule gehenden Aussiedlerjugendlichen auf 28 % verringert, ebenso der Anteil der Jugendlichen in berufsvorbereitenden Maßnahmen (17 %). Demgegenüber ist der Anteil der in betrieblicher Ausbildung befindlichen ehemaligen Hauptschüler aus Aussiedlerfamilien deutlich von 20 % auf 43 % gestiegen (Kuhnke/Schreiber 2008a: 23). Gleich geblieben ist der Umfang der Gruppe außerhalb des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes mit

40 Nur 3 % waren bereits in Deutschland geboren, bei der türkeistämmigen Vergleichsgruppe hingegen 80 % (Kuhnke/Schreiber 2008a: 6). Als Aussiedler galten in der Studie Jugendliche, wenn sie selbst, ein Elternteil oder ein Großeltern die deutsche Volkszugehörigkeit besaßen, aufgrund dieser Eigenschaft aus einem anderen Land in die Bundesrepublik eingewandert waren und über einen Aufnahmebescheid verfügten (Eulenberger 2013: 95).

6 %. Die Verteilung der jungen Aussiedler zu diesem Zeitpunkt entsprach damit sehr weitgehend der Verteilung aller befragten Hauptschüler. Die festzustellenden Übergangsraten „verdeutlichen [...] insbesondere bei den jungen Aussiedlern starke Bemühungen, ihre beruflichen Orientierungen umzusetzen“ (Kuhnke/Schreiber 2008: 24), d.h. sie halten an ihrem Ziel einer „normalen“ Berufsausbildung fest, auch wenn sie im Vergleich zu ihren autochthonen Altersgenossen länger benötigen, um in diese einzumünden. Gleichzeitig war bei ihnen der Anteil der Jugendlichen außerhalb von Ausbildung oder Arbeit am geringsten, auch im Vergleich mit Jugendlichen deutscher Herkunft, bei denen dies im November 2005 für 9 % galt.

Weitere Daten auf der gleichen Basis, dem DJI-Übergangspanel, finden sich bei Kuhnke/Schreiber (2008b). So zeigen die Autoren, dass die Aussiedlerjugendlichen zwar – wie schon bei Lex (2007) konstatiert – fast ebenso häufig wie ihre deutschen Altersgenossen eine berufliche Ausbildung präferieren. Sie sind sich aber deutlich häufiger unsicher, ob sie tatsächlich nach der Schule einen Ausbildungsplatz finden werden (Kuhnke/Schreiber 2008b: 40). Die Orientierung an einer klassischen „Lehre“ findet sich darüber hinaus überdurchschnittlich häufig bei den männlichen Aussiedlerjugendlichen, während die jungen Frauen stärker einen weiteren Schulbesuch anstreben. Bei den Motiven für die Berufswahl stehen bei allen Jugendlichen, gleich welcher Herkunft, die Sicherheit des künftigen Arbeitsplatzes und die Chancen auf einen Ausbildungsplatz in diesem Beruf im Vordergrund. Ein Vergleich der konkreten Berufswünsche der befragten Hauptschüler zeigt ebenfalls eine hohe Übereinstimmung aller drei Vergleichsgruppen. Die jugendlichen Aussiedler sind etwas stärker auf Berufe im Gesundheitswesen, im Bereich Organisation und Verwaltung sowie auf technische Ausbildungen fokussiert. Sie haben am häufigsten von allen untersuchten Gruppen Praktika wahrgenommen, bewerten diese aber am wenigsten als hilfreichen Beitrag zur Berufsfindung. Als weitere Besonderheit der Aussiedlergruppe ist zu nennen, dass diese Jugendlichen nach eigenen Angaben am wenigsten Unterstützung von ihren Eltern erfahren, wenn es um Hilfe bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen oder das Üben von Bewerbungsgesprächen geht. Die Autoren führen das auf die möglicherweise fehlende Kompetenz der „ja überwiegend selbst vor nicht allzu langer Zeit immigrierten Eltern“ zurück (Kuhnke/Schreiber 2008b: 48).

Abschließend ist zum DJI-Übergangspanel die Studie von Eulenberger (2013) zu erwähnen. Er untersuchte mit einer Kombination qualitativer

und quantitativer Verfahren die „migrationsbezogenen Disparitäten“ beim Übergang von der Hauptschule in die berufliche Bildung mit speziellem Fokus auf Aussiedlerjugendliche. Besonders interessierte dabei der bereits zitierte Befund, dass Aussiedler mit Hauptschulabschluss zwar ebenso wie Jugendliche mit Migrationshintergrund allgemein weniger häufig direkt in eine betriebliche Ausbildung einmünden als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Sie weisen jedoch ein Jahr nach Beendigung der Schulpflichtzeit einen besonders starken „Aufholeffekt“ auf, sind dann also verstärkt in Ausbildung bzw. Lehre zu finden (Eulenberger 2013: 131). Der Autor unterscheidet anhand seiner Analysen verschiedene (quantitative) Übergangsmuster und (qualitative) Übergangstypen und kommt zu dem Ergebnis, dass jugendliche Aussiedler offenbar verstärkt eine „ausbildungsmarktorientierte Optionserweiterung“ verfolgen, bei der individuelle berufsbezogene Präferenzen auch bei zunächst negativen Erfahrungen auf dem Ausbildungsmarkt beibehalten werden. „Die Handlungsstrategie dieser Jugendlichen besteht vor allem in einer Optimierung und Steigerung der individuellen Marktsignale wie den Erwerb zusätzlicher oder verbesserter Bildungszertifikate“ (Eulenberger 2013: 233), was offenbar längerfristige Erfolge zeitigt.

Sonstige Studien und Daten zur beruflichen Bildung

Mika et al. (2010: 143f.) zeigen anhand von Längsschnittdaten der Deutschen Rentenversicherung, mit denen sich auch die beruflichen Tätigkeiten im Herkunftsland von (Spät-)Aussiedlern abbilden lassen, dass unter diesen Tätigkeiten Beschäftigungen mit einfachem und mittlerem Qualifikationsprofil überwogen. Circa 90 % der (Spät-)Aussiedler waren im Herkunftsland beschäftigt, die wenigsten finden jedoch direkt im Anschluss an die Zuwanderung nach Deutschland wieder eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit. Die mittlere Dauer der Übergangsphase beträgt zwei Jahre. Spätaussiedler brauchen jedoch im Vergleich mit den vor 1993 zugezogenen Aussiedlern eine längere Phase, d.h. ihnen fällt die Einmündung in den deutschen Arbeitsmarkt schwerer. „Die Integrationsleistung des Arbeitsmarktes nimmt folglich für später Zugezogene ab“ (Mika et al. 2010: 145). Baumann und Mika (2012) weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich auch die beruflichen Qualifikationsstrukturen je nach Zuwanderungskohorte der Aussiedler bzw. Spätaussiedler unterscheiden, was wiederum Auswirkungen auf den Arbeitsmarkteinstieg und die spätere Rentenhöhe hat (vgl. die folgenden Kapitel 4.2 und 4.3). So wiesen die

bis zu Beginn der 1990er Jahre gekommenen Aussiedler, vorwiegend aus Polen und Rumänien, in etwas höherem Maße abgeschlossene Berufsausbildungen oder akademische Abschlüsse auf als die Spätaussiedler, die überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion kamen und eher in Agrar- oder einfachen Berufen zu finden waren (Baumann/Mika 2012: 151).

Eine spezifische Problematik bei der Arbeitsmarktintegration für die (Spät-)Aussiedler, die ihre beruflichen Qualifikationen nicht in Deutschland erworben haben, besteht in der Anerkennung ihrer mitgebrachten Abschlüsse. Im Rahmen eines 2008 durchgeführten Zusatzmoduls zur Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union konnten die Befragten des Mikrozensus auf freiwilliger Basis angeben, ob sie versucht haben, einen im Ausland erworbenen Schul- oder Berufsabschluss in Deutschland anerkennen zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt existierte in Deutschland noch keine allgemein gültige Rechtsgrundlage für solche Anerkennungen.⁴¹ Entsprechende Daten liegen für die zugewanderte Bevölkerung insgesamt und für die (Spät-)Aussiedler und die mit ihnen eingereisten Angehörigen vor. Sie haben in etwas überdurchschnittlichem Maße von rund einem Viertel der 25- bis unter 65-Jährigen versucht, eine Anerkennung zu erwirken, was gut 20 % bis zum Befragungszeitpunkt auch gelungen war. Bei den Zuwanderern insgesamt haben nur 14,5 % die Anerkennung ihres Abschlusses erreicht. In beiden Gruppen liegt die Antrags- bzw. Erfolgsquote für Frauen höher als für Männer.

41 Das Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz - BQFG) trat im April 2012 in Kraft. Für (Spät-)Aussiedler gab es jedoch bereits seit 1993 eine Regelung zur Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Befähigungsnachweisen (§ 10 BVFG).

Tabelle 4-3: Antrag auf Anerkennung eines im Ausland erworbenen Schul- oder Berufsabschlusses, Mikrozensus 2008

		Antrag auf Anerkennung der Gleichwertigkeit des Bildungsabschlusses				
		fest- gestellt	(noch) nicht festge- stellt	nicht not- wendig	aus anderen Gründen nicht gestellt	keine Angabe
Zuwanderer insgesamt	männlich	12,6 %	3,5 %	41,8 %	26,8 %	15,2 %
	weiblich	16,6 %	5,9 %	38,0 %	25,8 %	13,6 %
	insgesamt	14,5 %	4,7 %	40,1 %	26,3 %	14,4 %
(Spät-) Aussiedler	männlich	19,6 %	5,2 %	41,7 %	25,3 %	8,2 %
	weiblich	20,6 %	6,7 %	36,1 %	27,8 %	8,7 %
	insgesamt	20,1 %	5,9 %	38,9 %	26,5 %	8,5 %

Basis sind Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010a). Eigene Berechnung.

Fazit zur schulischen und beruflichen Bildung von (Spät-)Aussiedlern

(Spät-)Aussiedler und ihre Nachkommen zeigen eine insgesamt relativ vorteilhafte Struktur ihrer schulischen und beruflichen Qualifikationen. Sie nehmen diesbezüglich eine Mittelposition zwischen Personen ohne Migrationshintergrund einerseits und der Gesamtheit der Personen mit Migrationshintergrund – zu denen sie ja selbst gehören – andererseits ein. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf einfachen und mittleren Schul- und Berufsabschlüssen, während der Anteil der Abiturienten bzw. Akademiker etwas unterdurchschnittlich ausfällt. Hierbei spielen auch Einflüsse des Bildungssystems der Herkunftsländer eine Rolle. Bei der jüngeren Generation und wahrscheinlich insbesondere bei den in Deutschland geborenen Nachkommen, die nur teilweise in den hier benutzten Datenquellen identifizierbar sind, zeigt sich ein „fundamentaler Trend zu höheren Bildungsabschlüssen und zu qualifizierten Berufsabschlüssen und Tätigkeiten“ (Weiß 2013b: 43f.). Dies gilt insbesondere für die jungen Frauen. Die Nachkommen von Aussiedlern und Spätaussiedlern scheinen dabei im Vergleich zu anderen Migrantennachfahren auch vom Rechtsstatus der gesamten Zuwanderergruppe und entsprechenden Fördermaßnahmen sowie von relativ günstigen Bedingungen im Elternhaus (Sprach- und Bildungsvoraussetzungen) profitiert zu haben. Die ältere Generation hatte

dagegen z.T. Schwierigkeiten, mitgebrachte Berufsabschlüsse in Deutschland adäquat nutzen zu können. Diese Anerkennungsproblematik wird auch im nächsten Kapitel zur Arbeitsmarktbeteiligung der (Spät-)Aussiedler deutlich.

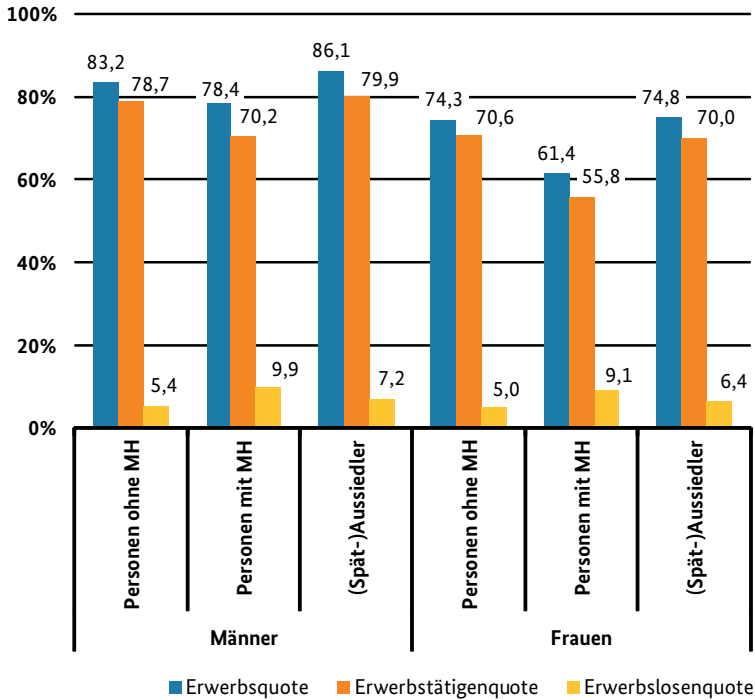
4.2 Arbeitsmarktbeteiligung

Eine Teilnahme am Arbeitsmarkt verschafft sowohl die Möglichkeit, den Lebensunterhalt mittels eines eigenen Einkommens zu bestreiten, als auch soziale Kontakte und soziale Anerkennung. Es handelt sich daher – wie schon bei der „vorgeschalteten“ schulischen und beruflichen Bildung – um ein zentrales Element der strukturellen Integration von Zuwanderern.

Zunächst werden auch in diesem Kapitel eigene Auswertungen des Mikrozensus 2011 vorgestellt. Zu beachten ist dabei, dass sich die im Mikrozensus verwendeten Konzepte der Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit an Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO orientieren und nicht deckungsgleich mit in Deutschland geläufigen Konzepten sind, etwa der Messung von „Arbeitslosigkeit“ durch die Bundesagentur für Arbeit (Seebaß/Siegert 2011: 57 und Statistisches Bundesamt 2012: 374ff.). Arbeitslosendaten der Bundesagentur für (Spät-)Aussiedler werden an späterer Stelle analysiert (Gehricke et al. 2012; Bundesagentur für Arbeit 2013a/b), ebenso Datenquellen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Brück-Klingberg et al. 2007; Hochfellner/Wapler 2010). Zudem finden in diesem Kapitel, wie schon bei der schulischen und beruflichen Bildung, Mikrozensusanalysen im Rahmen anderer Studien Verwendung (Woellert et al. 2009; BMFSFJ 2011), außerdem Analysen des Sozio-ökonomischen Panels (Tucci 2011).

Weitere Literaturschwerpunkte liegen auf arbeitsmarktbezogenen Förderprogrammen, die sich unter anderem an (Spät-)Aussiedler richten (Maur 2007; Schweigard 2008), auf dem Beschäftigungsbereich Zeit- bzw. Leiharbeit (Siebenhüter 2007; 2011) sowie auf Auswirkungen einer beruflichen Dequalifizierung auf die Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung von (Spät-)Aussiedlerinnen (Frik 2012).

Abbildung 4-1: Erwerbs-, Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung und Darstellung.
MH = Migrationshintergrund.

Die **Erwerbsquote** ist der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Sie spiegelt also den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wider, der dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Verfügung steht. Sowohl männliche als auch weibliche (Spät-)Aussiedler weisen nach den Daten des Mikrozensus 2011 eine ausgesprochen hohe Erwerbsquote auf, die sogar über der von entsprechenden Personen ohne Migrationshintergrund liegt (Abbildung 4-1). Vier von fünf (Spät-)Aussiedlern sind erwerbstätig oder suchen eine Beschäftigung. Bei den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt liegt die Quote um zehn Prozentpunkte niedriger, vor allem aufgrund der geringeren Erwerbsquote von Frauen.

Die **Erwerbstätigenquote** berechnet sich als der prozentuale Anteil der tatsächlich erwerbstätigen Personen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Auch bei diesem Indikator weisen (Spät-)Aussiedler gute Werte auf, die bei beiden Geschlechtern praktisch denen von Personen ohne Migrationshintergrund entsprechen. Männer und Frauen zusammen sind zu 75 % erwerbstätig. Personen mit Migrationshintergrund insgesamt, und insbesondere wiederum die Frauen (56 %), sind hingegen in deutlich geringerem Ausmaß beschäftigt.

Eine Betrachtung der **Erwerbslosenquoten** (prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; die Erwerbspersonen setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen) zeigt schließlich eine mittlere Position der (Spät-)Aussiedler. Ihre Quoten liegen mit 7,2 % für die Männer und 6,4 % für die Frauen etwas oberhalb der Werte für Personen ohne Migrationshintergrund, aber unterhalb der Quoten für Personen mit Migrationshintergrund insgesamt.

Die Daten zur Erwerbsbeteiligung anhand des Mikrozensus sagen noch nichts über Umfang und Qualität der Beschäftigungsverhältnisse aus. Tabelle 4-4 zeigt deshalb anhand der gleichen Datenquelle zunächst die Stellung im Beruf für (Spät-)Aussiedler und die Vergleichsgruppen der Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

Tabelle 4-4: Stellung im Beruf von Erwerbstätigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011

		Prozentualer Anteil an den Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe				
		Arbeiter/-innen	Ange-stellte	Selb-ständige	Beamte/-innen	Mithelfende Familien-angehörige
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	31,3 %	47,4 %	14,3 %	6,6 %	0,4 %
	weiblich	13,6 %	72,3 %	7,6 %	5,5 %	0,9 %
	insgesamt	23,0 %	59,0 %	11,2 %	6,1 %	0,6 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	49,0 %	37,0 %	12,5 %	1,2 %	0,3 %
	weiblich	31,0 %	59,7 %	7,5 %	1,0 %	0,7 %
	insgesamt	41,1 %	47,0 %	10,3 %	1,1 %	0,5 %
<i>darunter:</i>						
(Spät-) Aussiedler	männlich	58,5 %	32,4 %	7,1 %	2,0 %	/
	weiblich	34,6 %	59,2 %	4,6 %	1,4 %	/
	insgesamt	47,1 %	45,1 %	5,9 %	1,7 %	/

/ bedeutet, dass der Zahlenwert nicht sicher genug ist und deshalb keine Angabe erfolgt. An 100 % fehlende Werte (Zeilenprozentuierung) sind auf Rundungsfehler bzw. fehlende Werte in einzelnen Kategorien zurückzuführen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung.

Es fällt auf, dass (Spät-)Aussiedler beiderlei Geschlechts überdurchschnittlich häufig als Arbeiterin oder Arbeiter beschäftigt sind. Dies entspricht ihrer beruflichen Qualifikationsstruktur (vgl. Kapitel 4.1). Die Anteile der Arbeiter/-innen sind die höchsten aller verglichenen Gruppen. Demgegenüber sind die Anteile der Angestellten die niedrigsten aller Gruppen, und das Gleiche gilt für die Anteile von Selbständigen. Letzterer Befund ist in der Literatur bekannt und wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass (Spät-)Aussiedler aus ihren Herkunftsländern unternehmerische Selbständigkeit weniger kennen als z.B. Arbeitsmigranten aus südosteuropäischen Staaten (Seebaß/Siegert 2011: 49f. sowie Weiß 2013b: 45). Entsprechend des unterdurchschnittlichen Ausmaßes von Selbständigkeit sind die Zahlen für mithelfende Familienangehörige bei der Gruppe der (Spät-)Aussiedler zu gering für einen Nachweis. Ihr Anteil von Erwerbstätigen in Beamtenpositionen liegt hingegen etwas oberhalb der Werte für die

Personen mit Migrationshintergrund insgesamt, aber deutlich unterhalb des Wertes für Personen ohne Migrationshintergrund. Da (Spät-)Aussiedler bereits kurz nach ihrer Einreise die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, ist für sie der Zugang zum Beamtenstatus leichter als für ausländische Staatsangehörige.

Die Verteilung der Erwerbstätigen auf Wirtschaftsbereiche (Tabelle 4-5) spiegelt die Stellung im Beruf wider. (Spät-)Aussiedler sind von den drei verglichenen Gruppen am häufigsten im produzierenden Gewerbe beschäftigt, insbesondere die Männer, was mit der Stellung des Arbeiters korrespondiert. Der Anteil der Beschäftigten in Handel und Gastgewerbe liegt auf gleichem Niveau wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund, während Personen mit Migrationshintergrund hier insgesamt höhere Anteile erreichen (vermutlich zurückzuführen auf klassische ethnische Nischenökonomien wie Restaurants, Lebensmittelgeschäfte etc.). Die „sonstigen Dienstleistungen“, die keine weiteren Differenzierungen erlauben, zeigen eine weitgehende Übereinstimmung der Anteile zwischen Personen mit Migrationshintergrund insgesamt und den (Spät-)Aussiedlern, wobei es sich jeweils um eine Domäne von Frauen handelt. Weibliche Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund sind sogar zu mehr als 60 % in diesem Wirtschaftsbereich tätig. Die Land- und Forstwirtschaft spielt hingegen als Beschäftigungsbereich insgesamt nur noch eine verschwindend geringe Rolle, insbesondere auch für (Spät-)Aussiedler, bei denen die Beschäftigtenzahlen nicht für eine Ausweisung nach Geschlecht ausreichen.

Tabelle 4-5: Verteilung der Erwerbstätigen auf Wirtschaftsbereiche nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011

		Prozentuale Verteilung der Erwerbstätigen auf die Bereiche ...			
		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Gastgewerbe	Sonstige Dienstleistungen
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	2,3 %	39,2 %	23,8 %	34,7 %
	weiblich	1,3 %	13,8 %	24,5 %	60,3 %
	insgesamt	1,8 %	27,4 %	24,1 %	46,6 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	0,7 %	44,2 %	31,6 %	23,5 %
	weiblich	0,5 %	16,3 %	29,0 %	54,2 %
	insgesamt	0,6 %	32,0 %	30,4 %	37,0 %
<i>darunter:</i>					
(Spät-) Aussiedler	männlich	/	55,0 %	23,6 %	21,1 %
	weiblich	/	18,8 %	25,6 %	55,3 %
	insgesamt	0,4 %	37,9 %	24,5 %	37,2 %

/ bedeutet, dass der Zahlenwert nicht sicher genug ist und deshalb keine Angabe erfolgt. An 100 % fehlende Werte (Zeilenprozentuierung) sind auf Rundungsfehler bzw. fehlende Werte in einzelnen Kategorien zurückzuführen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung.

Abschließend wird nun mit den Daten des Mikrozensus 2011 analysiert, inwiefern sich (Spät-)Aussiedler in so genannten besonderen Beschäftigungssituationen befinden (Tabelle 4-6). Dazu zählen Arbeit an Sonn- oder Feiertagen, Schichtarbeit und ausschließlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.⁴² Entsprechend des schon herausgearbeiteten hohen Anteils von Arbeiter/-innen im produzierenden Gewerbe wäre zu erwarten, dass insbesondere Schichtarbeit unter ihnen häufiger anzutreffen ist. Dies bestätigen die Daten: Fast ein Viertel der erwerbstätigen (Spät-)Aussiedler arbeitet ständig oder regelmäßig⁴³ im Schichtbetrieb, während

42 Grundsätzlich können Beschäftigte allen genannten besonderen Beschäftigungssituationen gleichzeitig ausgesetzt sein, also z.B. regelmäßig am Sonntag Schichtarbeit leisten (Statistisches Bundesamt 2012: 13).

43 „Ständig“ bedeutet beispielsweise, dass jemand jeden Samstag arbeitet, „regelmäßig“ hingegen, dass er oder sie in gleichbleibenden Zeitabständen, aber nicht an jedem Samstag arbeitet (Statistisches Bundesamt 2012: 13).

der Anteil bei Personen ohne und mit Migrationshintergrund bei unter einem Fünftel der Erwerbstätigen liegt. Demgegenüber tritt die Sonn- und Feiertagsarbeit in allen drei verglichenen Gruppen etwa gleich häufig auf. Ausschließlich geringfügige Beschäftigung ist etwas häufiger bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt sowie bei (Spät-)Aussiedlern anzutreffen, vor allem bei Frauen.

Tabelle 4-6: Erwerbstätige in besonderen Beschäftigungssituationen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011

		Prozentualer Anteil von Erwerbstätigen mit ...		
		Arbeit an Sonntagen oder Feiertagen*	Schicht- arbeit*	ausschließlich geringfügiger Beschäftigung
Personen ohne Migrations- hintergrund	männlich	13,6 %	13,3 %	4,9 %
	weiblich	14,3 %	12,5 %	12,9 %
	insgesamt	13,9 %	12,9 %	8,6 %
Personen mit Migrations- hintergrund	männlich	15,9 %	21,1 %	6,5 %
	weiblich	16,7 %	15,1 %	20,6 %
	insgesamt	16,2 %	18,5 %	12,7 %
<i>darunter:</i>				
(Spät-) Aussiedler	männlich	11,9 %	26,6 %	5,0 %
	weiblich	16,4 %	19,1 %	19,0 %
	insgesamt	14,0 %	23,0 %	11,6 %

* Ständig oder regelmäßig (siehe Fußnote 43).

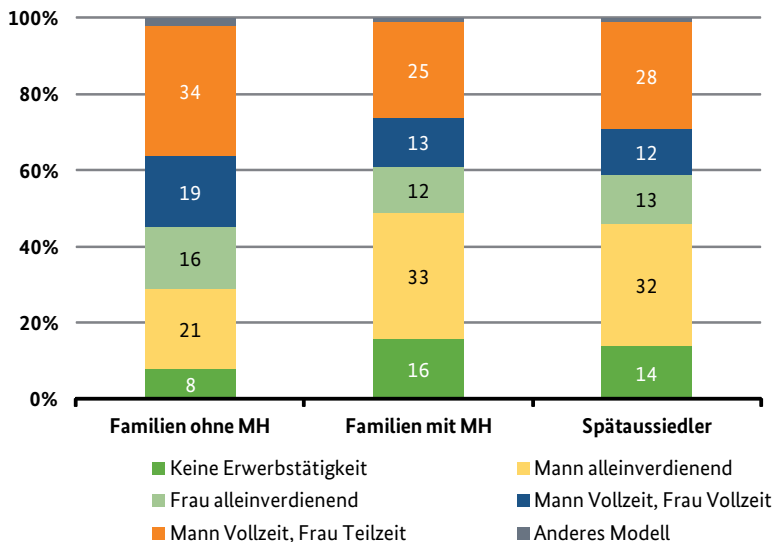
Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung.

Weitere Mikrozensus-Auswertungen anderer Studien

Die bereits zitierte Auswertung des Mikrozensus 2009 untersuchte unter anderem die Erwerbskonstellationen in Familien mit und ohne Migrationshintergrund (BMFSFJ 2011: 53). Dabei zeigt sich, dass Spätaussiedlerfamilien den Familien mit Migrationshintergrund insgesamt ähneln, die eine traditionellere Arbeitsteilung praktizieren als Familien ohne Migrationshintergrund. Bei Letzteren ist die Erwerbskonstellation „Mann Vollzeit – Frau Teilzeit“ mit Abstand die häufigste, während bei den Spätaussiedlern das Modell „Mann alleinverdienend“ an der Spitze steht, allerdings schon relativ dicht gefolgt von „Mann Vollzeit – Frau Teilzeit“. Generell

häufiger ist in Migrantenfamilien auch die Konstellation, dass kein Elternteil erwerbstätig ist (Abbildung 4-2).

Abbildung 4-2: Erwerbskonstellationen der Eltern in Familien nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2009



Anteile von 2 % oder weniger werden nicht ausgewiesen.

Quelle: BMFSFJ (2011: 53). Eigene Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Speziell für Mütter mit Migrationshintergrund zeigt diese Analyse außerdem, dass Mütter mit dem Spätaussiedlerstatus eine Erwerbstätigenquote von 58 % aufweisen (BMFSFJ 2011: 57). Diese liegt zwar deutlich unterhalb der Quote für Mütter ohne Migrationshintergrund (72 %), aber auch deutlich über der Quote für Mütter mit Migrationshintergrund insgesamt (50 %).

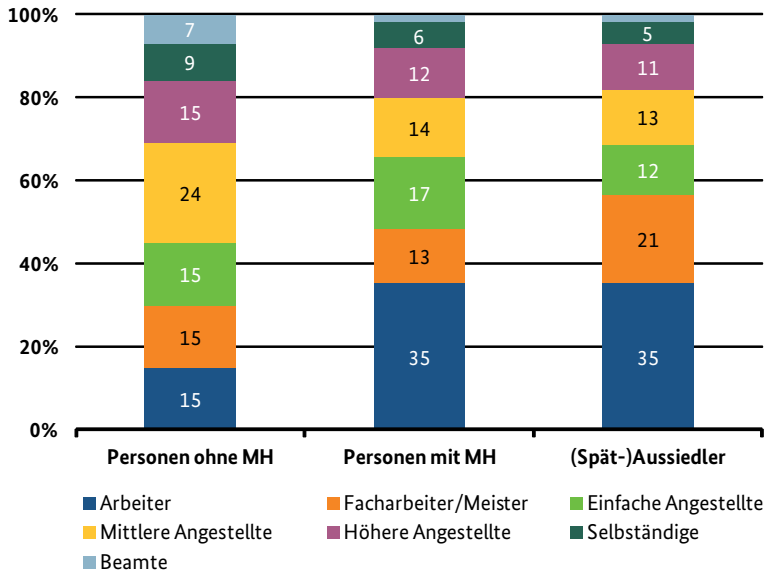
Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Woellert et al. 2009: 49) verwendet bei seiner Analyse der Mikrozensus-Daten 2005 z.T. die gleichen Indikatoren wie oben anhand der eigenen Auswertungen des Mikrozensus 2011 dargestellt. Die Autoren kommen ebenfalls zu günstigen Resultaten hinsichtlich der Beteiligung von Aussiedlern am deutschen Arbeitsmarkt. So erreichen diese bei der Erwerbslosenquote mit 15 % Rang drei der acht verglichenen Migrantengruppen. Die Erwerbsquote liegt mit 75 % auf gleichem Niveau wie die der einheimischen Vergleichs-

gruppe, ebenso die „Hausfrauenquote“ von 20 % (gemessen als Anteil der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren, die weder erwerbstätig sind noch eine Arbeit suchen und bei denen es keine offensichtlichen Gründe für die Abwesenheit vom Arbeitsmarkt gibt, so z.B. der Status als Studentin). Bei diesen beiden Indikatoren schneiden die Aussiedler am besten von allen Migrantengruppen ab. Die Jugenderwerbslosenquote (berechnet für Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren) ist mit 18 % ebenfalls relativ gering, ebenso allerdings die Selbständigenquote, die mit 5 % den kleinsten Wert aller verglichenen Gruppen aufweist. Dies entspricht dem bereits dargelegten Befund, dass unter (Spät-)Aussiedlern relativ wenige Unternehmer anzutreffen sind. Schließlich wird vom Berlin-Institut noch der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an allen Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren als Indikator herangezogen. Hier erreichen die Aussiedler mit einem Anteil von 14 % den Bestwert aller verglichenen Migrantengruppen. Bei der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund sind 21 % im öffentlichen Dienst beschäftigt (Woellert et al. 2009: 32).

Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)

Tucci (2011) gibt mit den Daten des SOEP 2009 einen detaillierteren Einblick in die berufliche Stellung als dies mit den Daten des Mikrozensus möglich ist (Abbildung 4-3). Insbesondere lassen sich die Arbeiter- und Angestelltenpositionen noch einmal differenzieren, was die Besonderheiten der Beschäftigten mit dem Status „(Spät-)Aussiedler“ besser zur Geltung kommen lässt.

Abbildung 4-3: Berufliche Stellung von Erwerbstätigen nach Migrationshintergrund, SOEP 2009



Anteile von 2 % oder weniger werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Tucci (2011: 198). Eigene Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Deutlich erkennbar ist zunächst der im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund höhere Arbeiter- und Facharbeiteranteil unter den (Spät-)Aussiedlern. Eine Differenzierung nach Geschlecht, die nicht in der Abbildung sichtbar ist, zeigt diese Präsenz besonders bei den männlichen (Spät-)Aussiedlern: Über drei Viertel (76 %) von ihnen sind als Arbeiter, Facharbeiter oder Meister tätig, bei den Frauen nur 42 %. Sie arbeiten dafür wesentlich häufiger als Angestellte, was auch bei den Personen ohne und mit Migrationshintergrund insgesamt der Fall ist. In ihrer Gesamtheit sind (Spät-)Aussiedler aber in Angestelltenpositionen etwas unterrepräsentiert, wie auch bei den Selbständigen. Dies entspricht den bisher erarbeiteten Resultaten anhand des Mikrozensus.

Analysen der Bundesagentur für Arbeit und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

In den Daten der Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitslosigkeit in Deutschland wurden Spätaussiedler zwar bislang gesondert erfasst, jedoch nur innerhalb der ersten fünf Jahre nach der Einreise und nur bei den Daten aus BA-IT-Systemen (Brück-Klingberg et al. 2007: 1; Bundesagentur für Arbeit 2013a: 28). Dementsprechend spiegeln diese Zahlen nur die Situation für die zuletzt zugewanderten Spätaussiedlerkohorten und für einen Teil der erfassten Arbeitslosen wider. Wegen der eher geringen Zuwanderung von Spätaussiedlern in den letzten Jahren fallen die Zahlen im aktuellsten verfügbaren Analytik-Bericht der Bundesagentur entsprechend aus: 2011, 2012 und in den ersten vier Monaten 2013 waren zwischen 4.926 und 6.689 Spätaussiedler als arbeitslos gemeldet. Dies entsprach in allen genannten Zeiträumen nur 0,2 % aller Arbeitslosen in Deutschland (Bundesagentur für Arbeit 2013a: 27). Aufgrund der genannten methodischen Einschränkungen ist dieses Bild jedoch unvollständig.

Ende Mai 2013 hat die Bundesagentur erstmals detaillierte Zahlen auf einer anderen Datengrundlage zur Arbeitslosigkeit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland vorgelegt (Bundesagentur für Arbeit 2013b). Sie beruhen auf der seit Mitte 2011 laufenden Erhebung des Merkmals „Migrationshintergrund“ in den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Sukzessive sollen dabei alle Arbeitslosen, Arbeitssuchenden, von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen, Ausbildungssuchende und hilfebedürftige Personen nach dem SGB II nach den entsprechenden Tatbeständen befragt werden (Gehricke et al. 2012: 5ff.), also auch (Spät-)Aussiedler mit bereits länger zurück liegender Einreise. Im Dezember 2012 hatten von den rund 2,8 Millionen registrierten Arbeitslosen in Deutschland etwas über zwei Millionen Personen verwertbare Angaben zum Vorliegen eines Migrationshintergrundes gemacht. (Spät-)Aussiedler⁴⁴ werden dabei als eigene Kategorie in den Auswertungen ausgewiesen. Für sie lassen sich folgende Aussagen treffen:

44 Definiert als Personen, die als Aussiedler oder Spätaussiedler, als dessen Ehegatte oder als dessen Abkömmling die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind (Bundesagentur für Arbeit 2013b: Methodische Hinweise, ohne Seitenzahl). Alle folgenden Angaben sind der genannten Publikation entnommen, teils direkt, teils durch eigene Berechnungen.

- Knapp 118.000 (Spät-)Aussiedler waren zum genannten Zeitpunkt als arbeitslos gemeldet. Dies entspricht 5,7 % der Arbeitslosen mit Angaben zum Migrationshintergrund. Insgesamt machten Personen mit Migrationshintergrund 34,8 % aller Arbeitslosen in Deutschland aus. Entsprechend der Siedlungsstruktur der gesamten Gruppe (vgl. Kapitel 4.4) leben arbeitslose (Spät-)Aussiedler ganz überwiegend im Westen Deutschlands (87 %), vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg.
- Erstaunlicherweise ist Baden-Württemberg trotz seiner wirtschaftlichen Stärke das Bundesland, in dem (Spät-)Aussiedler den höchsten Anteil an den registrierten Arbeitslosen mit Angaben zum Migrationshintergrund aufweisen (8,5 % gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 5,7 %). Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III oder des SGB II⁴⁵ handelt, wobei die Angaben für den Bereich SGB II in Baden-Württemberg mit erhöhter statistischer Unsicherheit behaftet sind (Bundesagentur für Arbeit 2013b: Tabelle 2.6, ohne Seitenzahl).
- Bezogen auf die genannten Rechtskreise sind gut ein Drittel (34,1 %) der arbeitslosen (Spät-)Aussiedler dem SGB III-Bereich zuzuordnen, dementsprechend 65,9 % dem SGB II-Bereich. Dieses Verhältnis ist etwas günstiger als bei allen arbeitslosen Personen mit Migrationshintergrund (26,8 % SGB III/73,2 % SGB II), aber etwas ungünstiger als bei den Arbeitslosen ohne Migrationshintergrund (40,5 % SGB III/59,5 % SGB II).
- Männliche (Spät-)Aussiedler machen gut 51 % aller arbeitslosen (Spät-)Aussiedler aus; dieser leichte Überhang ist auch bei den Personen mit und ohne Migrationshintergrund insgesamt zu beobachten. Ein Spezifikum der (Spät-)Aussiedler ist hingegen, dass vor allem ältere Menschen ab 55 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Sie ma-

45 Das Leistungsspektrum des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) umfasst das Arbeitslosengeld I nach Eintritt der Arbeitslosigkeit, aber auch Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld und Übergangsgeld. Demgegenüber umfasst das 2005 eingeführte Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) die sogenannte Grundsicherung für Arbeitssuchende, also das Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und das Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

chen 28 % aller Arbeitslosen dieser Gruppe aus. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund sind hingegen die 45- bis unter 55-Jährigen am häufigsten arbeitslos (27 %), bei denen mit Migrationshintergrund insgesamt die 35- bis unter 45-Jährigen (ebenfalls 27 %).

- Sowohl bei den (Spät-)Aussiedlern (57 % aller Arbeitslosen) als auch bei den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt (64 % aller Arbeitslosen) sind vor allem Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ohne Beschäftigung. Bei Personen ohne Migrationshintergrund beträgt der entsprechende Anteil nur 31 %, d.h. bei ihnen hat die Mehrheit der Arbeitslosen eine Berufsausbildung oder ein Studium abgeschlossen.
- Von den arbeitslosen (Spät-)Aussiedlern im Rechtskreis SGB II waren im Dezember 2012 48 % langzeitarbeitslos, d.h. ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet, 27 % zwei Jahre oder länger. Diese Anteile fallen etwas ungünstiger als bei den Personen ohne und mit Migrationshintergrund insgesamt aus (jeweils 45 %/24 %). Möglicherweise hängt dies mit der weiter oben erörterten spezifischen Altersstruktur von arbeitslosen (Spät-)Aussiedlern zusammen, da sich ältere Menschen wahrscheinlich besonders schwer tun, (wieder) eine Stelle zu finden.

Brück-Klingberg et al. (2007) haben die „Integrierten Erwerbsbiographien“ (IEB), einen Datensatz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verwendet, um den Erwerbsstatus von Spätaussiedlern, Ausländern und Deutschen (diese unter Ausschluss von Spätaussiedlern) zu untersuchen. Die Analyse bezieht sich nur auf Personen, die in den Jahren 2000 bis 2004 eingereist sind. Die Bilanz für diese Spätaussiedlergruppe fällt vergleichsweise negativ aus: Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen ist deutlich niedriger als bei den beiden Vergleichsgruppen, die Arbeitslosigkeit dagegen deutlich höher (Brück-Klingberg et al. 2007: 2). Insbesondere Akademiker hätten große Schwierigkeiten, eine adäquate bzw. überhaupt eine Beschäftigung zu finden, und seien häufiger arbeitslos als Spätaussiedler mit und ohne Berufsausbildung. Zu diesem Ergebnis kommt auch Seifert (2008) anhand seiner Mikrozensus-Analyse 2007, die sich jedoch nur auf Nordrhein-Westfalen

bezieht.⁴⁶ Er zeigt zudem, dass es Unterschiede je nach Herkunftsland der (Spät-)Aussiedler gibt. Diejenigen, die aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind, – gemäß des gewählten Zuwanderungszeitraums wahrscheinlich die Hauptgruppe bei Brück-Klingberg et al. (2007) – haben deutliche Nachteile gegenüber den Aussiedlern aus Polen, die wesentlich früher nach Deutschland kamen. Für sie ergeben sich „weitgehend gleiche, zum Teil sogar günstigere Werte als für die Bevölkerung insgesamt“ (Seifert 2008: 22). Seifert widerspricht zudem der aus seiner Sicht zu negativen Sicht der IAB-Autoren, indem er darauf hinweist, dass (Spät-)Aussiedlern mit geringen und mittleren Qualifikationen die Arbeitsmarkteinmündung vergleichsweise gut gelingt. Unter dem hohen Anteil der als Arbeiter Beschäftigten dürften sich allerdings z.T. auch Akademiker befinden, die keine ihrer Ausbildung adäquate Tätigkeit in Deutschland fanden und deshalb in andere Beschäftigungsbereiche ausweichen mussten.

Zu dem letztgenannten Ergebnis kommen auch Hochfellner/Wapler (2010) in einer neueren Analyse aus dem IAB, die sich auf Daten des so genannten BASiD-Datensatzes stützt. Dieser kombiniert Daten der Arbeitsverwaltung mit solchen der Deutschen Rentenversicherung, die auch Informationen zur Erwerbsbiographie im Herkunftsland enthalten.⁴⁷ Zwar waren von den in Westdeutschland lebenden Aussiedlern und Spätaussiedlern im Alter zwischen 26 und 54 Jahren 77 % (Aussiedler) bzw. 88 % (Spätaussiedler) seit ihrer Einreise mindestens einmal arbeitslos, jedoch meist nur für relativ kurze Zeit. Insgesamt lag die Arbeitslosenquote für Aussiedler im Jahr 2007 lediglich gut drei Prozentpunkte höher als die von Deutschen ohne Migrationshintergrund (Hochfellner/Wapler 2010: 45). Für Personen, die vor 1998 eingereist sind und sich zum Analysezeitpunkt (2007) also schon mindestens zehn Jahre in Deutschland aufhielten, zeigen die Autoren, dass hochqualifizierte Aussiedler deutlich seltener einer qualifizierten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Diese Gruppe findet aber auch

46 Zu den spezifischen Problemen des Arbeitsmarktzugangs von russlanddeutschen Akademikern und dem darauf gerichteten Akademikerprogramm (AKP) der Otto-Benecke-Stiftung vgl. Maur (2007). Das AKP wurde 2009 in das Programm AQUA („Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt“) überführt, vgl. <http://www.obs-ev.de/programme-und-projekte/abgeschlossene-projekte/akademikerprogramm> (17.05.2013).

47 Vgl. im Kapitel 4.1 die Vorstellung der Ergebnisse von Mika et al. (2010) zu den mitgebrachten beruflichen Qualifikationen von (Spät-)Aussiedlern, die ebenfalls auf Daten der Deutschen Rentenversicherung aufbauen.

verhältnismäßig schnell nach einer Arbeitslosigkeit wieder einen Arbeitsplatz (ungeachtet von dessen Qualifikationsniveau), während Aussiedler ohne oder mit einer nicht-akademischen Berufsausbildung länger für die Einmündung benötigen (Hochfellner/Wapler 2010: 47).

Schweigard (2008) analysiert die Effekte einer Teilnahme an den so genannten ESF-BA-Sprachkursen⁴⁸, die berufsbezogene Deutschkenntnisse fördern sollen, für verschiedene Migrantengruppen, darunter auch Spätaussiedler. Die Studie umfasst den Zeitraum 2004 bis 2006. Spätaussiedler stellten in diesen drei Jahren insgesamt 7,8 % der Teilnehmer mit Migrationshintergrund. Darunter befanden sich vor allem Personen, die in den letzten fünf Jahren vor Maßnahmebeginn zugewandert waren (also ab 1999), sowie deutlich mehr Männer als Frauen (Schweigard 2008: 17, 22). Multivariate Analysen des Verbleibs der Teilnehmer nach Maßnahmeende wurden für Westdeutschland durchgeführt. Sie zeigen, dass Spätaussiedler im Vergleich zur Referenzkategorie der türkischen Migranten bessere Chancen haben, in eine ungeförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einzumünden. Sie erreichen die zweitbesten Resultate nach Deutschen ohne eigene Migrationserfahrung (Schweigard 2008: 31). Zu einer weiteren Verbesserung der Einmündungschancen für diese beiden Gruppen, also auch der Spätaussiedler, führt der Wohnsitz in einer Region mit günstiger Arbeitsmarktlage und hoher Arbeitsmarktdynamik.

Sonstige Studien und Daten zur Arbeitsmarktbeteiligung

Haug/Sauer (2007: 97) kommen anhand ihrer Befragung von (Spät-)Aussiedlern in acht deutschen Kommunen im Jahr 2006 zu dem Ergebnis, dass ein Viertel der rund 1.000 Befragten im Herkunftsland nicht berufstätig war, vor allem die unter 30-Jährigen. Die übrigen Personen haben vor allem als Techniker (13 %), in Dienstleistungsberufen (11 %), als Bürokräfte (10 %) und im industriellen und handwerklichen Bereich gearbeitet (8 %). In den ersten drei Jahren nach dem Zuzug nach Deutschland waren 47 %

48 ESF ist die Abkürzung für den Europäischen Sozialfonds, aus dem die Fördermittel bereitgestellt werden. Mit Beginn der Förderphase 2007 bis 2013 ist die Zuständigkeit für diese Maßnahmen auf das BAMF übergegangen; sie umfassen nunmehr auch über die Sprachvermittlung hinausreichende Maßnahmen wie Praktika (BAMF 2013b).

durchgehend oder mindestens zeitweise erwerbstätig, 16 % durchgehend oder zeitweise arbeitslos und 37 % aufgrund ihres Alters oder einer Tätigkeit als Hausfrau nie erwerbstätig. Zum Befragungszeitpunkt gingen vor allem die Altersgruppen zwischen 30 und 60 Jahren zu über 60 % einer beruflichen Tätigkeit nach, die 20- bis 29-Jährigen zu 48 %. Bei den Personen im Alter zwischen 40 und 59 Jahren lag allerdings auch die Arbeitslosigkeit bei fast einem Drittel (Haug/Sauer 2007: 100).

Siebenhüter (2007/2011) hat sich insbesondere mit Zeit- bzw. Leiharbeit als einem wachsenden Arbeitsmarktsegment in Deutschland beschäftigt. Allerdings lassen die beiden zitierten Publikationen kaum systematische Aussagen zu (Spät-)Aussiedlern zu. So scheinen sie stark unter den Leiharbeitnehmern der Automobilzulieferindustrie in der Region Ingolstadt vertreten zu sein, eine berufliche Position, die wenig Aufstiegs- und Qualifizierungschancen bietet (Siebenhüter 2007). Des Weiteren scheint eine Distanz zu gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu bestehen (Siebenhüter 2007; 2011: 77).

Frik (2012) untersucht die Auswirkungen von Migration auf die berufliche Situation und darüber auf die Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung von (Spät-)Aussiedlerinnen aus der ehemaligen Sowjetunion. Als Mittel dazu dienen problemzentrierte, leitfadengestützte Interviews mit insgesamt 15 Frauen, die zum Zeitpunkt der Ausreise zwischen 30 und 40 Jahre alt waren. Die Gespräche fanden in den Jahren 2005 und 2006 statt; fast alle Interviewpartnerinnen hatten Familie und Kinder und waren wohnhaft in Niedersachsen, Hamburg und Minden (Nordrhein-Westfalen). Im Ergebnis zeigte sich bei den Frauen eine starke Erwerbsorientierung, unabhängig vom schulischen und beruflichen Bildungsniveau. Trotzdem haben sie große Schwierigkeiten, einen qualifikationsadäquaten Arbeitsplatz in Deutschland zu finden, „und werden häufig in eine unfreiwillige Hausfrauenrolle oder in unqualifizierte Tätigkeiten abgedrängt“ (Frik 2012: 64). Dies gilt besonders für Akademikerinnen, z.B. Lehrerinnen, und führt zu Unzufriedenheit und Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens, bis hin zum Infragestellen der Ausreiseentscheidung. Die in der Studie festgestellten Auswirkungen dieser Situation auf die Identitätsentwicklung der betroffenen Frauen werden im Kapitel 4.12.2 noch einmal aufgegriffen.

Fazit zur Arbeitsmarktbeteiligung von (Spät-)Aussiedlern

(Spät-)Aussiedler zeigen eine hohe Bereitschaft, am Arbeitsmarkt in Deutschland zu partizipieren – insbesondere auch die Frauen, für die eine berufliche Tätigkeit in den Herkunftsländern oft eine Selbstverständlichkeit darstellte. Die Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit ist insgesamt verhältnismäßig gering, scheint jedoch insbesondere ältere (Spät-)Aussiedler und Personen ohne beruflichen Abschluss zu betreffen, aber auch Akademiker, die Schwierigkeiten haben, ihr berufliches Qualifikationsniveau in eine adäquate Beschäftigung umzusetzen. Dabei spielt die Problematik der Anerkennung und Transferierbarkeit von Abschlüssen eine Rolle, aber auch die Frage, inwiefern die mit akademischen Tätigkeiten oft verbundenen sprachlichen Anforderungen erfüllt werden können (Seifert 2008; Hochfellner/Wapler 2010). Auch der Anteil an Langzeitarbeitslosen ist unter (Spät-)Aussiedlern etwas erhöht. Berufliche Dequalifizierungserfahrungen können sich negativ auf Psyche und Identitätsentwicklung auswirken (vgl. hierzu auch Kapitel 4.12).

Die berufliche Stellung von erwerbstätigen (Spät-)Aussiedlern konzentriert sich stark auf Tätigkeiten als (Fach-)Arbeiter im produzierenden Gewerbe. Unklar bleibt bisher das Ausmaß prekärer Beschäftigung in Zeit- bzw. Leiharbeit. Angestelltentätigkeiten und Selbständigkeit spielen eine geringere Rolle, wofür z.T. sozialisationsbedingte Ursachen in Betracht kommen. Wie in der Bevölkerung allgemein zeigen sich auch bei den (Spät-)Aussiedlern geschlechtsspezifische Muster dergestalt, dass Frauen häufiger als Männer in Angestelltenpositionen sowie in Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung zu finden sind.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass sich Unterschiede in der Arbeitsmarktbeteiligung je nach Zuwanderungszeitpunkt und – damit verbunden – nach dem Herkunftsland der (Spät-)Aussiedler zeigen. So scheint den früheren Migrantengruppen aus Rumänien und Polen der Arbeitsmarkteintritt vergleichsweise problemlos geglückt zu sein (Seifert 2008), während sich die verstärkt ab den 1990er Jahren zuwandernden Personen aus der ehemaligen Sowjetunion mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert sahen. Dieser Befund wurde für alle Integrationsbereiche bereits im Kapitel 2 im Zusammenhang mit den Zuwanderungszahlen thematisiert und zeigt sich nun auch in den Daten zur Arbeitsmarktbeteiligung.

4.3 Einkommen und Armutsgefährdung

In den Kapiteln 4.1 und 4.2 wurde herausgearbeitet, dass (Spät-)Aussiedler überwiegend einfache und mittlere Bildungs- und Berufsabschlüsse aufweisen und stark erwerbsorientiert sind, auch wenn sie ihre im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen nicht immer adäquat auf dem deutschen Arbeitsmarkt einsetzen können. In diesem Kapitel geht es nun darum, welches Einkommen sie aus Erwerbstätigkeit und anderen Quellen erzielen und inwieweit (Spät-)Aussiedler und ihre Familien durch Armut gefährdet sind. Hierbei finden wiederum der Mikrozensus (eigene Auswertungen sowie Woellert et al. 2009; BMFSFJ 2011), das Sozio-ökonomische Panel (Fertig/Tamm 2007; 2008; Tucci 2011) sowie Daten der Deutschen Rentenversicherung (Baumann/Mika 2012) Verwendung. Eine gesonderte Thematik bildet der Bezug von Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“)⁴⁹, dessen Auswirkungen auf Personen mit Migrationshintergrund eingehend untersucht wurden (Konsortium 2009). Entsprechende Angaben zu „erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ liegen seit Ende Mai 2013 auch seitens der Bundesagentur für Arbeit (2013b) vor.

Tabelle 4-7: Nettoeinkommen von Privathaushalten nach dem Migrationsstatus des Haupteinkommensbeziehers, Mikrozensus 2011

Migrationsstatus des Haupteinkommensbeziehers	Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ... bis unter ...				
	unter 500 Euro	500-1.500 Euro	1.500-3.200 Euro	3.200-4.500 Euro	über 4.500 Euro
Ohne Migrationshintergrund	2,3 %	32,5 %	42,6 %	13,4 %	9,2 %
Mit Migrationshintergrund	3,2 %	37,3 %	43,8 %	10,3 %	5,3 %
<i>darunter:</i>					
(Spät-)Aussiedler	2,0 %	34,8 %	46,8 %	11,5 %	4,8 %

Basis sind Privathaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung.

49 Zum Leistungsspektrum des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und den Unterschieden zum SGB III (Arbeitsförderung) vgl. Fußnote 45.

Betrachtet man die Privathaushalte in Deutschland nach der absoluten Höhe ihres Nettoeinkommens, so zeigen sich zwischen den drei verglichenen Gruppen keine sehr ausgeprägten Unterschiede. Hat der Haupteinkommensbezieher keinen Migrationshintergrund, sind die entsprechenden Haushalte erwartungsgemäß etwas weniger in den unteren Einkommenskategorien vertreten und dafür am stärksten in den beiden oberen Kategorien, insbesondere in der höchsten Klasse mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 4.500 Euro monatlich. Die Haushalte mit einem (Spät-)Aussiedler oder einer (Spät-)Aussiedlerin als Haupteinkommensbezieher weisen den geringsten Anteil in der Niedrigeinkommensklasse bis 500 Euro auf, aber auch den geringsten Wert in der höchsten Einkommensklasse. Am stärksten sind diese Haushalte bei den mittleren Einkommen zwischen 1.500 und 3.200 Euro vertreten, was den im Durchschnitt „mittleren“ Berufspositionen der erwerbstätigen (Spät-)Aussiedler entspricht (vgl. Kapitel 4.2). Allerdings lässt sich anhand dieser Daten das Einkommen nicht mit der Haushaltsgröße in Relation setzen, so dass nicht klar ist, wie viele Personen im Durchschnitt von den angegebenen Beträgen unterhalten werden müssen.⁵⁰

⁵⁰ Die vom Statistischen Bundesamt selbst vorgenommene Berechnung der Armutrisikoquoten (Tabelle 4-9) berücksichtigt hingegen die Haushaltsgröße, vgl. dazu die Erläuterung im entsprechenden Textabschnitt.

Tabelle 4-8: Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011

		Überwiegender Lebensunterhalt durch ...							
		eigene Erwerbstätigkeit	Arbeitslosengeld I	Renten/Pensionen	Unterstützung durch Angehörige	Vermögen, Vermietung, Zinsen	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	Hartz IV	Sonstige Transferleistungen*
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	51,2 %	1,0 %	24,0 %	17,8 %	0,9 %	0,7 %	3,4 %	1,0 %
	weiblich	39,3 %	0,7 %	26,8 %	27,1 %	0,7 %	0,6 %	2,9 %	1,8 %
	insgesamt	45,1 %	0,9 %	25,5 %	22,6 %	0,8 %	0,7 %	3,1 %	1,4 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	46,0 %	1,3 %	10,6 %	31,1 %	0,4 %	1,5 %	7,4 %	1,6 %
	weiblich	32,2 %	0,8 %	10,5 %	45,3 %	0,3 %	1,7 %	7,0 %	2,2 %
	insgesamt	39,1 %	1,1 %	10,6 %	38,2 %	0,4 %	1,6 %	7,2 %	1,9 %
<i>darunter:</i>									
(Spät-) Aussiedler	männlich	61,8 %	1,6 %	17,9 %	9,4 %	/	1,2 %	6,3 %	1,5 %
	weiblich	44,7 %	0,9 %	21,8 %	22,5 %	/	1,4 %	5,8 %	2,6 %
	insgesamt	52,9 %	1,2 %	20,0 %	16,2 %	/	1,3 %	6,1 %	2,1 %

* u.a. BAföG, Elterngeld.

/ bedeutet, dass der Zahlenwert nicht sicher genug ist und deshalb keine Angabe erfolgt. An 100 % fehlende Werte (Zeilenprozentuierung) sind auf Rundungsfehler bzw. fehlende Werte in einzelnen Kategorien zurückzuführen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Teilweise eigene Berechnung.

Von den drei verglichenen Gruppen weisen (Spät-)Aussiedler den höchsten Anteil an Personen auf, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten. Dies gilt besonders stark für die Männer und entspricht den Ergebnissen zur Erwerbs- und Erwerbstätigenquote in Kapitel 4.2. Vergleichsweise am geringsten ist hingegen unter den (Spät-)Aussiedlern der Anteil an Personen, die von der Unterstützung durch Angehörige leben, hier vor allem die Frauen. Ein Fünftel der Gesamtgruppe bestreitet den Lebensunterhalt mit Renten und Pensionen, was deutlich über dem Wert für Personen mit Migrationshintergrund insgesamt, aber etwas unterhalb des Wertes für Personen ohne Migrati-

onshintergrund liegt. Hier spiegeln sich die unterschiedlichen Altersstrukturen der drei Gruppen wider (vgl. Kapitel 3). Die Werte in den übrigen Kategorien sind für die (Spät-)Aussiedler unauffällig. Ihr Anteil für den Bezug von Arbeitslosengeld II bzw. „Hartz IV“ liegt deutlich über dem von Personen ohne Migrationshintergrund, aber etwas unterhalb des Wertes für alle Personen mit Migrationshintergrund. Sonstige Transferleistungen wie BaföG und Elterngeld dienen bei ihnen geringfügig häufiger als Hauptquelle des Lebensunterhalts als in den beiden anderen Gruppen.

Eine gesonderte Betrachtung der älteren Generation (Personen ab 65 Jahre) ergibt für die (Spät-)Aussiedler, dass sie ebenso wie die Senioren ohne Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt ganz überwiegend durch Renten und Pensionen bestreiten (94,4 % der Männer und 87,9 % der Frauen). Allerdings ist damit noch nichts über die Höhe der Altersbezüge ausgesagt. Anteilig etwas häufiger beziehen ältere (Spät-)Aussiedler laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Männer 2,8 %, Frauen 3,0 % gegenüber 0,5 % bei Männern und 0,7 % bei Frauen ohne Migrationshintergrund ab 65 Jahren). Diese Werte liegen aber andererseits unter denen für Personen mit Migrationshintergrund insgesamt (Männer 5,9 %, Frauen 7,4 %). Auffallend wenige ältere (Spät-)Aussiedler geben – wie bereits oben für die gesamte Gruppe festgestellt – an, hauptsächlich durch Angehörige unterhalten zu werden (7,8 % der Frauen, für Männer ist die Fallzahl zu gering für eine Ausweisung). Sowohl bei den Frauen mit als auch bei denen ohne Migrationshintergrund sind dies jeweils 12,4 % (Statistisches Bundesamt 2012).

Abschließend sollen die Daten des Mikrozensus 2011 bezüglich der vom Statistischen Bundesamt errechneten Armutsgefährdungsquoten betrachtet werden (Tabelle 4-9). Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens (Bundesmedian) beträgt. Bei mehreren Personen in einem gemeinsamen Haushalt wird das gesamte verfügbare Einkommen unter Berücksichtigung von Skaleneffekten anteilig auf die einzelnen Personen bezogen, d.h. es wird berücksichtigt, dass ein nominell gleiches Einkommen je nach Zahl und Alter der damit zu versorgenden Menschen eine Armutsgefährdung bedeuten kann oder nicht (Statistisches Bundesamt 2012: 12).

Tabelle 4-9: Armutsgefährdungsquoten nach Migrationshintergrund, Geschlecht und ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen, Mikrozensus 2011

		Armutsgefährdungsquote der jeweiligen Bevölkerung					
		insgesamt	Personen mit Schulabschluss	Personen ohne Schulabschluss	Erwerbstätige	Erwerbslose	Überwiegender Unterhalt durch Rente/eigenes Vermögen
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	11,5 %	10,7 %	39,2 %	5,7 %	61,7 %	10,9 %
	weiblich	13,0 %	12,5 %	37,4 %	7,4 %	51,7 %	14,1 %
	insgesamt	12,3 %	11,6 %	38,3 %	6,5 %	57,3 %	12,6 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	26,0 %	21,5 %	44,7 %	14,1 %	66,8 %	29,0 %
	weiblich	27,2 %	22,6 %	44,3 %	14,1 %	56,1 %	27,1 %
	insgesamt	26,6 %	22,1 %	44,5 %	14,1 %	62,3 %	28,1 %
<i>darunter:</i>							
(Spät-) Aussiedler	männlich	17,5 %	15,7 %	37,3 %	8,9 %	62,3 %	21,7 %
	weiblich	19,9 %	18,1 %	35,5 %	10,6 %	53,3 %	24,5 %
	insgesamt	18,8 %	17,0 %	36,3 %	9,7 %	58,3 %	23,3 %

Basis ist die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz mit gültigen Einkommensangaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012).

Insgesamt ist knapp ein Fünftel der (Spät-)Aussiedlerbevölkerung in Privathaushalten als armutsgefährdet einzustufen, darunter häufiger Frauen als Männer. Dieser Wert liegt deutlich über dem für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber auch deutlich unterhalb des Wertes für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt – es lässt sich hier wieder die typische „Mittelposition“ der (Spät-)Aussiedler feststellen. Bei der Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen zeigen sich ähnliche Muster in allen drei Gruppen. So sind Personen mit Schulabschluss deutlich weniger armutsgefährdet als solche ohne Schulabschluss und Erwerbstätige deutlich weniger als Erwerbslose, die ein insgesamt sehr hohes Armutsrisiko tragen. Eine Besonderheit zeigt sich bei den Personen, die ihren Unterhalt überwiegend durch Rente oder eigenes Vermögen

bestreiten, also hauptsächlich älteren Menschen.⁵¹ Während bei den Personen ohne Migrationshintergrund diese Gruppe nur minimal stärker armutsgefährdet ist als die entsprechende Gesamtbevölkerung, besteht bei den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt und auch bei den (Spät-)Aussiedlern ein etwas größerer Abstand. Ein gutes (28,1 %) bzw. ein knappes Viertel (23,1 %) sind hier als armutsgefährdet einzustufen, was die Schlussfolgerung zulässt, dass zwar ein hoher Anteil von (Spät-)Aussiedlern Renten bezieht (vgl. Tabelle 4-8), die Altersbezüge aber offenbar im Durchschnitt nicht sehr hoch ausfallen. Dies bestätigt ein weiteres Datum zu den Armutsgefährdungsquoten, diesmal in der Differenzierung nach Alter: 24,0 % der (Spät-)Aussiedler im Alter von 65 Jahren und darüber sind armutsgefährdet. Bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt in der gleichen Altersklasse sind es 31,4 %, bei Personen ohne Migrationshintergrund nur 11,5 % (Statistisches Bundesamt 2012).

Weitere Mikrozensus-Auswertungen anderer Studien

Die für das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte Sonderauswertung des Mikrozensus 2009 zeigt, dass das mittlere monatliche Nettoeinkommen (Median) von Familien ohne Migrationshintergrund bei 2.714 Euro liegt. Spätaussiedlerfamilien erreichen ein mittleres Einkommen von 2.128 Euro und liegen damit bei nur etwa 78 % dieses Wertes. Auch Familien mit Migrationshintergrund insgesamt erzielen ein etwas höheres mittleres Nettoeinkommen von 2.208 Euro (BMFSFJ 2011: 36). Es sind jedoch, wie bei den weiter oben dargestellten Auswertungen des Mikrozensus 2011, keine Relationen des Einkommens zur Haushaltsgröße herstellbar. Aufgrund der Definition von „Familien“ in dieser Studie ist lediglich klar, dass jeweils mindestens ein Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt (BMFSFJ 2011: 16).

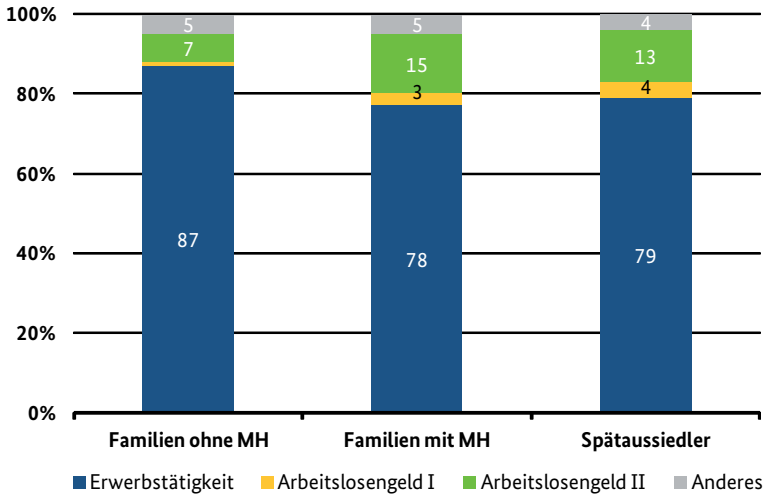
51 Tabelle 4-8 zeigt, dass eigenes Vermögen bzw. Miet- und Zinseinnahmen bei weniger als einem Prozent der Bevölkerung die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts sind. Mithin müssen die Rentenempfänger den Großteil dieser Kategorie ausmachen.

Des Weiteren gibt die Studie Aufschluss über die Armutsgefährdung⁵² von Familien. 2009 hatten von den insgesamt 1,59 Millionen als armutsgefährdet geltenden Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland 45 % einen Migrationshintergrund. Spätaussiedlerfamilien stellen einen Anteil von 6,5 % aller armutsgefährdeten Familien (BMFSFJ 2011: 37). Wird als Bezugsgröße die Gesamtzahl der Spätaussiedlerfamilien gewählt, so sind von diesen 31,2 % armutsgefährdet, was etwas über dem Schnitt aller Familien mit Migrationshintergrund (30,5 %) und sehr deutlich über dem Wert für Familien ohne Migrationshintergrund (14,9 %) liegt (BMFSFJ 2011: 38). Mithin scheint die Problematik der Armutsgefährdung bei den Spätaussiedlern nicht nur ältere Menschen, sondern auch Familien mit minderjährigen Kindern verstärkt zu betreffen. Dies bestätigt ein erneuter Blick auf die Zahlen des Mikrozensus 2011: In der Altersdifferenzierung der Armutsgefährdungsquoten zeigt sich, dass Personen unter 18 Jahren mit dem Spätaussiedlerstatus sogar ein höheres Risiko aufweisen als die weiter oben behandelte Personengruppe ab 65 Jahren. Die Quote beträgt 25,6 % gegenüber 24,0 %. Alle unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund sind zu 30,3 % armutsgefährdet, ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund nur zu 13,7 % (Statistisches Bundesamt 2012).

Die Studie im Auftrag des BMFSFJ enthält außerdem eine Auswertung zu den Haupteinkommensquellen von Familien (Abbildung 4-4), die allerdings etwas weniger differenziert ist als die Analyse anhand des Mikrozensus 2011.

52 Der Berechnungsmodus entspricht dem, der schon im Rahmen der Analysen des Mikrozensus 2011 vorgestellt wurde: Als armutsgefährdet gelten Familien mit weniger als 60 % des Medianeinkommens. Jedoch sind die Ergebnisse nominell nicht vergleichbar, da sich die Analyse des Mikrozensus 2011 auf Personen und nicht auf Familien bezieht.

Abbildung 4-4: Haupteinkommensquellen von Familien nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2009



Anteile von 2 % oder weniger werden nicht ausgewiesen.

Quelle: BMFSFJ (2011: 39, 43). Eigene Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Abbildung 4-4 zeigt, dass die Struktur der Haupteinkommensquellen bei Spätaussiedlerfamilien stark der Struktur bei Familien mit Migrationshintergrund insgesamt ähnelt. Beide Gruppen bestreiten zu jeweils knapp vier Fünfteln ihr Einkommen hauptsächlich aus Erwerbstätigkeit; dieser Anteil liegt bei Familien ohne Migrationshintergrund noch einmal rund zehn Prozentpunkte höher. Spätaussiedler sind im Vergleich zu den beiden anderen Gruppen etwas stärker beim Arbeitslosengeld I vertreten. Der Anteil von Familien dieser Migrantengruppe, die von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) leben, liegt fast doppelt so hoch wie bei den Familien ohne Migrationshintergrund, aber leicht unterhalb des Wertes für alle Familien mit Migrationshintergrund.

Woellert et al. (2009: 32) verwenden in ihrer auf dem Mikrozensus 2005 aufgebauten Indikatorik den Anteil der überwiegend von öffentlichen Leistungen abhängigen Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren an allen Personen dieser Altersgruppe. Dabei ist allerdings kritisch anzumerken, dass zu den „öffentlichen Leistungen“ beispielsweise auch Asylbewerberleistungen und Leistungen aus der Pflegeversicherung zählen, was bedeutet, dass von den verglichenen Migrantengruppen diejenigen mit einem

hohen Anteil von Asylbewerbern oder älteren Menschen per se schlechter abschneiden werden als solche, bei denen das nicht der Fall ist. So können (Spät-)Aussiedler schon definitionsgemäß keine Asylbewerberleistungen beziehen. Sie erreichen mit einem errechneten Anteil von 13 % der überwiegend von öffentlichen Leistungen abhängigen Personen den dritten Platz von den acht verglichenen Gruppen (d.h. fünf andere Kategorien von Migranten sind in höherem Maße von Transferleistungen abhängig). Einheimische weisen einen Anteil von 8 % auf (Woellert et al. 2009: 49).

Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)

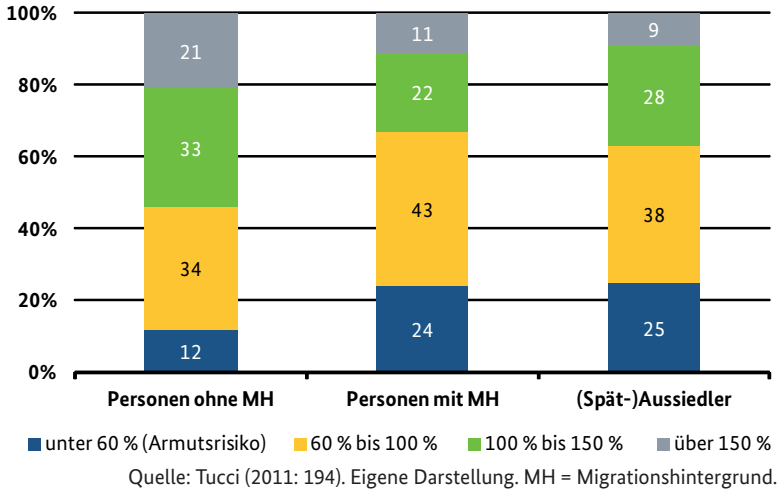
Fertig/Tamm (2007; 2008) untersuchen anhand von Daten des SOEP zwischen 1992 und 2004 die Verweildauern von Kindern bzw. ihren Familien in Armut.⁵³ Bei der Untersuchungspopulation handelt es sich um 2.369 seit 1992 in Deutschland geborene Kinder. Für die Nachkommen von (Spät-)Aussiedlern lässt sich im Vergleich zu Kindern aus deutschen Familien ohne Migrationshintergrund feststellen, „dass diese sowohl eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, in Armut hineingeboren zu werden, und gleichzeitig relativ schnell wieder in Armut eintreten, sobald sie diese verlassen haben“ (Fertig/Tamm 2008: 160). Allerdings ist bei der von den Autoren gewählten definitorischen Abgrenzung unklar, ob es sich ausschließlich um (Spät-)Aussiedler handelt, da hier Haushalte eingeordnet wurden, deren Haushaltsvorstand deutscher Staatsangehöriger ist, aber nicht in Deutschland geboren wurde und nach 1984 zuwanderte (Fertig/Tamm 2007: 12). Diese Definition trifft auch auf eingebürgerte Migranten aus anderen als den Herkunftsstaaten der (Spät-)Aussiedler zu.

Tucci (2011) macht anhand der SOEP-Wellen 2004 und 2009 Angaben zum Haushaltsäquivalenzeinkommen, zur Einkommensverteilung (inklusive Armutsgefährdung) sowie zu den Arbeits- und Renteneinkommen verschiedener Migrantengruppen, darunter auch von (Spät-)Aussiedlern. Ihr Median-Haushaltsäquivalenzeinkommen lag in beiden Jahren mit 1.270 bzw. 1.310 Euro etwas oberhalb der Werte für alle Personen mit Migrationshintergrund (1.190 bzw. 1.280 Euro), aber unterhalb der Einkommen

⁵³ Im Gegensatz zu den übrigen in diesem Kapitel zitierten Quellen legen die Autoren die Einkommensschwelle für Armut bei 50 % des Medianeinkommens fest (Fertig/Tamm 2007: 11).

von Personen ohne Migrationshintergrund (1.510 bzw. 1.640 Euro). Letztere weisen zudem eine deutlich geringere Armutsrisikoquote auf, wie aus Abbildung 4-5 hervorgeht. Die entsprechenden Verteilungen haben sich zwischen 2004 und 2009 kaum verändert (Tucci 2011: 195).

Abbildung 4-5: Einkommensverteilung bezogen auf das Medianeinkommen nach Migrationshintergrund, SOEP 2009



(Spät-)Aussiedler weisen nach den Daten in Abbildung 4-5 den höchsten Anteil von Personen auf, die als armutsgefährdet einzustufen sind. Allerdings sind auch 37 % von ihnen in den beiden obersten Klassen zu finden, wo das Einkommen genau im Durchschnitt oder darüber liegt. Dieser Anteil übersteigt den bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt leicht (33 %), Personen ohne Migrationshintergrund sind allerdings zu über der Hälfte in dieser günstigen Einkommenssituation (54 %).

Betrachtet man speziell die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Renteneinkommen im Jahr 2009, so liegen die durchschnittlichen Nettoerwerbseinkommen von (Spät-)Aussiedlern sowohl insgesamt (1.240 Euro) als auch bei Männern (1.700 Euro) und Frauen (890 Euro) nur knapp unter den Einkommen von Personen mit Migrationshintergrund insgesamt (1.310 Euro gesamt/1.740 Euro Männer/900 Euro Frauen). Personen ohne Migrationshintergrund schneiden jeweils deutlich besser ab, was auch für

die Renteneinkommen gilt (gesetzliche Rente und Knappschaftsrenten). Hier erzielen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Vergleich zu den übrigen ausgewiesenen Migrantengruppen jedoch recht günstige Werte, was die Autorin auf das Fremdretenrecht (siehe den folgenden Abschnitt) zurückführt (Tucci 2011: 197).

Sonstige Studien und Daten zur Einkommenssituation: Ältere (Spät-)Aussiedler

In Deutschland gibt es ein Rentenrecht speziell für (Spät-)Aussiedler, das so genannte Fremdretengesetz (FRG) vom 25. Februar 1960.⁵⁴ Der zugrunde liegende Gedanke ist, dass bei anerkannten Aussiedlern und Spätaussiedlern die gesamte Erwerbstätigkeit einschließlich einer eventuellen Berufsausbildung im Herkunftsland registriert und bewertet wird. Einzelheiten des Prüfungs- und Bewertungsverfahrens durch die deutsche Rentenversicherung können dem Beitrag von Baumann und Mika (2012: 136ff.) entnommen werden. Diese Autoren haben sich mit den Auswirkungen des Fremdretenrechts und der in den 1990er Jahren diesbezüglich erfolgten Änderungen auf die verschiedenen Zuwandererkohorten von Aussiedlern und Spätaussiedlern befasst (vgl. auch Baumann/Mika 2008).

Für die meisten gegenwärtig berenteten (Spät-)Aussiedler spielt die Erwerbskarriere im Herkunftsland und deren Bewertung im Rahmen des Fremdretengesetzes die Hauptrolle für die Höhe der Alterseinkünfte. In absehbarer Zeit vor dem Renteneintritt stehen momentan insbesondere noch „die geburtenstarken und auch in der Versichertenstruktur besonders stark vertretenen Aussiedler- und Spätaussiedler-Geburtskohorten der 1950er Jahre“ (Baumann/Mika 2012: 141). Bei den jüngeren (Spät-)Aussiedlern wird zukünftig aber die Bedeutung der Erwerbskarrieren in Deutschland für die Renteneinkünfte steigen, mithin wird also das Fremd-

54 Gesetz zur Neuregelung des Fremdreten- und Auslandsrentenrechts und zur Anpassung der Berliner Rentenversicherung an die Vorschriften des Arbeiterrenten-Neuregelungsgesetzes und des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes (Fremdreten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz – FANG), BGBl. Teil I (1960), Nr. 9, S. 93ff. Das Fremdretengesetz (FRG) bildet Artikel 1 dieses Gesetzes.

rentenrecht an Bedeutung verlieren – dies auch vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren stark zurückgegangenen Zuwanderungszahlen.

Die Ansprüche aus dem Fremdrechten wurden seit Beginn der 1990er Jahre durch mehrere Reformen schrittweise abgesenkt, einhergehend mit entsprechenden Änderungen des Zuwanderungsrechts (vgl. Kapitel 1). Bis 1990 war es „das erklärte politische Ziel, Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedlerinnen und Aussiedler rententechnisch so zu stellen, als ob sie ihr gesamtes Erwerbsleben in der Bundesrepublik Deutschland verbracht hätten, sodass eine Anhebung der Rente vom Niveau der Herkunftsländer auf das höhere westdeutsche Niveau gewollt war“ (Baumann/Mika 2012: 136). Dabei hatten auch die mit eingereisten Ehepartner einen eigenständigen Rentenanspruch, was bei den ab 1993 zugewanderten Spätaussiedlern nicht mehr der Fall war. Sie sahen sich zudem unter anderem mit Absenkungen der Entgeltpunkte als der Grundlage der Rentenberechnung konfrontiert (Baumann/Mika 2012: 138f.).

Im Ergebnis ihrer empirischen Analysen kommen Baumann und Mika zu dem Ergebnis, dass „vor allem für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler daher von einer drohenden sehr ungünstigen Einkommenssituation im Alter gesprochen werden [muss]“ (2012: 154). Dies liegt zum einen an den angesprochenen veränderten rentenrechtlichen Regelungen, wodurch ihre Ansprüche erheblich niedriger sind als die der vor 1990 zugewanderten Aussiedler. Zudem weisen die ab 1993 mehrheitlich aus der ehemaligen Sowjetunion zugezogenen Spätaussiedler auch eine ungünstigere berufliche Qualifikationsstruktur auf (im Herkunftsland häufig Beschäftigung im Agrarsektor oder als un- oder angelernte Kräfte), die auf dem deutschen Arbeitsmarkt schwerer zu verwerten war als die bei den früheren Aussiedlern aus Polen und Rumänien verbreiteten Berufsausbildungen oder Studienabschlüsse (vgl. Kapitel 4.1). Dies wirkt sich ebenfalls auf die Rentenhöhe aus.

Sonstige Studien und Daten zur Einkommenssituation: Bezug von Leistungen nach dem SGB II

Der Bezug von Leistungen nach dem SGB II wird in der bereits im Kapitel 4.2 verwendeten Publikation der Bundesagentur für Arbeit (2013b) für

den Dezember 2012 dargestellt.⁵⁵ Grundlage ist das Konzept der „erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ (Personen im Alter zwischen 15 Jahren und dem individuellen Renteneintrittsalter, die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben). Zu dieser Personengruppe zählten im Dezember 2012 183.615 (Spät-)Aussiedler, was 6,1 % der rund drei Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entspricht, die bis zu diesem Zeitpunkt Angaben zum Migrationshintergrund gemacht hatten. Über dem Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der (Spät-)Aussiedler in Bayern (8,5 %), Baden-Württemberg (8,3 %)⁵⁶ und Niedersachsen (8,0 %).

Im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit sind unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II mehr Frauen als Männer zu finden. Dies gilt bei den (Spät-)Aussiedlern mit einem Frauenanteil von 55,8 % noch etwas stärker als bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt (53,0 %) und Personen ohne Migrationshintergrund (50,4 %). Bei der Altersstruktur zeigt sich hingegen ein zur Arbeitslosigkeit gleichartiges Phänomen bei der Gruppe der (Spät-)Aussiedler: Personen im Alter von 55 Jahren und älter machen bei ihnen mit 29,9 % die größte Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus, während bei den Personen ohne und mit Migrationshintergrund jeweils jüngere Altersgruppen am stärksten betroffen sind. Es wird damit erneut deutlich, dass insbesondere ältere (Spät-)Aussiedler mit einer problematischen Einkommenssituation konfrontiert sind.

Der Anteil der „Langzeitleistungsbezieher“ (in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate lang hilfebedürftig) an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist bei (Spät-)Aussiedlern mit 74,2 % höher als bei den Per-

55 Die angegebenen Zahlen und Daten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind nicht identisch mit denjenigen für Arbeitslose im Rechtskreis des SGB II, die im Kapitel 4.2 dargestellt wurden. Diese machen nur eine Teilgruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus. Wie auch im Kapitel 4.2 entstammen alle folgenden Angaben entweder direkt der Publikation der Bundesagentur für Arbeit (2013b) oder wurden anhand der angegebenen Daten selbst berechnet.

56 Der Prozentsatz für Baden-Württemberg ist nach Angaben der Bundesagentur mit erhöhter Unsicherheit behaftet aufgrund geringer Teilnahme an der Befragung zum Migrationshintergrund oder unterschiedlichem Teilnahmeverhalten einzelner Gruppen.

sonen ohne Migrationshintergrund (69,7 %) und denen mit Migrationshintergrund insgesamt (70,6 %). Dies korrespondiert mit dem etwas überdurchschnittlichen Anteil an Langzeitarbeitslosen (vgl. Kapitel 4.2) und weist auf eine Verfestigungstendenz bei der Abhängigkeit von Leistungen nach den SGB II hin. Etwas überdurchschnittlich ist bei (Spät-)Aussiedlern jedoch auch der Anteil der erwerbstätigen Bezieher von Arbeitslosengeld II⁵⁷, was wiederum mit ihrer generell starken Erwerbsneigung in Verbindung gebracht werden kann.

Bereits im Jahr 2009 hat ein Konsortium⁵⁸ verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales einen umfangreichen Bericht zu den Wirkungen des 2005 geschaffenen SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund vorgelegt. Die Studie beruht auf insgesamt acht verschiedenen Datenquellen (u.a. Kunden- und Trägerbefragungen sowie Fallstudien von Bedarfsgemeinschaften und Grundsicherungsstellen), die einen Beobachtungszeitraum zwischen Januar 2005 und dem Jahreswechsel 2007/2008 abdecken. Grundsätzlich richtet sich das Interesse auf erwerbsfähige Hilfebedürftige⁵⁹ mit Migrationshintergrund. (Spät-)Aussiedler werden dabei möglichst als eigene Analyseeinheit ausgewiesen, sind aber nicht in allen verwendeten Datensätzen als solche erkennbar. Eine Differenzierung nach dem Zuwanderungszeitpunkt in Aussiedler und Spätaussiedler wird nicht vorgenommen (Konsortium 2009: 58).

Aus den zahlreichen Einzelergebnissen des Berichtes lassen sich folgende Aussagen zu (Spät-)Aussiedlern im SGB II-Leistungsbezug destillieren:

- 57 Landläufig als „Aufstocker“ bezeichnet, was jedoch nichts über das Größenverhältnis von Arbeitseinkommen und Arbeitslosengeld II aussagt (vgl. das Glossar in Bundesagentur für Arbeit 2013b, ohne Seitenzahl). Der Anteil dieser Gruppe an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beträgt bei (Spät-)Aussiedlern 34,6 %, bei den Leistungsberechtigten ohne Migrationshintergrund 29,6 % und bei denen mit Migrationshintergrund 31,2 %.
- 58 Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, Zentrum für Türkeistudien, Team Dr. Kaltenborn, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, TNS Emnid, Prof. Dr. Dorothee Frings sowie Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung.
- 59 Ab 01.04.2011 wird diese Personengruppe als „erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ bezeichnet, siehe die zuvor erörterten Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit (2013b).

- Anhand einer hochgerechneten Kundenbefragung aus dem Jahr 2006 wird der Anteil von (Spät-)Aussiedlern an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auf 4,7 % geschätzt (zum Vergleich noch einmal das Datum der Bundesagentur für Arbeit 2013b: 6,1 %). Ihre durchschnittliche Haushaltsgröße wird mit 2,9 Personen angegeben, was über dem Wert für Hilfebedürftige ohne Migrationshintergrund (2,4 Personen), aber unterhalb des Wertes für die übrigen Hilfebedürftigen mit Migrationshintergrund (3,2 Personen) liegt. Überdurchschnittlich vertreten sind unter den hilfebedürftigen (Spät-)Aussiedlern ältere Frauen und jüngere Männer sowie nach 1990 eingereiste Personen. Eigene Hilfequoten ließen sich für sie mangels einer zuverlässigen Bevölkerungs-Bestandsgröße zum damaligen Zeitpunkt nicht berechnen (Konsortium 2009: 59).
- Im Hinblick auf das Betreuungsziel „Aufnahme einer Beschäftigung“ ergibt sich eine weitgehende Ähnlichkeit der Chancenstrukturen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ohne Migrationshintergrund zu solchen mit Migrationshintergrund aus Mittel- und Osteuropa sowie (Spät-)Aussiedlern. Dies bedeutet u.a., dass Frauen in allen genannten Gruppen eine geringere Chance der Erwerbsintegration haben als Männer. Die Ähnlichkeit der Chancenstrukturen gilt auch für die Zielvariable „Verlassen des Leistungsbezugs“. Bei (Spät-)Aussiedlern wie bei der Migrantengruppe aus Mittel- und Osteuropa gibt es allerdings keinen Zusammenhang zwischen Qualifikation und Aufnahme einer Beschäftigung (Konsortium 2009: 118).
- Die Nichtanerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen oder Studienabschlüssen wird von (Spät-)Aussiedlern und sonstigen Migranten aus Mittel- und Osteuropa einschließlich der GUS deutlich häufiger angegeben als das Fehlen eines Abschlusses (bei (Spät-)Aussiedlern 38,7 % gegenüber 24,3 % ohne Berufsabschluss; Konsortium 2009: 125). Regressionsmodelle zeigen, „dass die fehlende Anerkennung eines vorhandenen Berufsabschlusses die Chancen auf die Überwindung des Leistungsbezuges und den Eintritt in eine Beschäftigung mindestens ebenso stark mindert wie ein fehlender Abschluss“ (Konsortium 2009: 126).
- Der Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung korreliert bei (Spät-)Aussiedlern signifikant negativ mit dem Abgang aus dem Leistungs-

bezug, was die Vermutung einer umgekehrten Kausalität nahelegt: Ein längerer Verbleib im Leistungsbezug erhöht die Wahrscheinlichkeit des Abschlusses einer Eingliederungsvereinbarung. Positiv ist dagegen für diese Zuwanderergruppe der Zusammenhang zwischen dem Erhalt mindestens eines Vermittlungsangebots und der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (Konsortium 2009: 151).

- (Spät-)Aussiedler und andere Migranten aus Mittel- und Osteuropa einschließlich GUS werden nach eigenem Bericht (Kundenbefragungen) beim Leistungsbezug deutlich seltener sanktioniert als Deutsche ohne Migrationshintergrund und andere Migrantengruppen (Konsortium 2009: 146f.). Sie nehmen zudem im ersten Quartal ihres Leistungsbezugs ebenso häufig wie Deutsche ohne erkennbaren Migrationshintergrund an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (u.a. Ein-Euro-Jobs) teil (Konsortium 2009: 164).
- Ebenfalls auf Kundenbefragungsdaten beruhen Angaben zur selbst eingeschätzten Arbeitsfähigkeit der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Arbeitsstunden pro Tag). 82 % der (Spät-)Aussiedler geben hier an, mindestens sechs Stunden pro Tag arbeiten zu können, was praktisch dem Wert für Deutsche ohne Migrationshintergrund (84 %) entspricht. Männliche (Spät-)Aussiedler übertreffen dabei die entsprechende Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund sogar noch (93 % vs. 87 %), die Frauen hingegen liegen deutlich zurück (80 % vs. 70 %), „was angesichts der hohen Frauenerwerbsbeteiligung in den Ursprungsländern erstaunt“ (Konsortium 2009: 77). Allerdings sind die zugrundeliegenden Fallzahlen bei geschlechtsspezifischer Betrachtung z.T. sehr klein, was auch für eine Reihe weiterer Ergebnisse des Berichts gilt, die deshalb an dieser Stelle nicht im Detail dargestellt werden.

Fazit zur Einkommenssituation und zur Armutsgefährdung von (Spät-)Aussiedlern

Die Einkommenssituation von (Spät-)Aussiedlern ist durch eine „mittlere“ Position geprägt, was ihrer Bildungs- und Berufsstruktur entspricht. Diese Struktur und ihre starke Erwerbsorientierung prägen auch die Einkommensquellen: In hohem Maße kann der Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit bzw. bei der älteren Generation durch Renten bestritten werden.

Allerdings zeigt sich auch, dass (Spät-)Aussiedler in nicht unerheblichem Maße armutsgefährdet sind, also die Erwerbs- bzw. Renteneinkommen zum Teil gering ausfallen. Davon scheinen insbesondere ältere Menschen und unter diesen wiederum Frauen und nach 1990 zugewanderte Personen betroffen zu sein. Sehr wahrscheinlich spiegelt sich in diesem Befund die schon mehrfach angesprochene Problematik der Anerkennung mitgebrachter Berufsabschlüsse wider. Sie führte zu mangelhafter Integration auf dem deutschen Arbeitsmarkt und damit auch zu überdurchschnittlichen Anteilen von Langzeitarbeitslosen (Kapitel 4.2) bzw. Langzeitbeziehern von Leistungen nach dem SGB II (Kapitel 4.3). Hinzu kommen Verschlechterungen im Fremdrechten seit Beginn der 1990er Jahre, die im Zuge der allgemeinen Rentenreformen vorgenommen wurden. Das Gesamtniveau der Arbeitslosigkeit bzw. des Transferleistungsbezugs ist zwar bei den (Spät-)Aussiedlern nicht auffällig hoch, jedoch zeigen sich die geschilderten Probleme deutlich für eine spezifische „Generation“ unter ihnen, konkret die Spätaussiedler aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion, die seit den 1990er Jahren bereits in höherem Alter nach Deutschland zuwanderten. Daneben gibt es Hinweise, dass auch Kinder und Jugendliche aus (Spät-)Aussiedlerfamilien verstärkt von Armut bedroht sind.

Innerhalb des SGB II-Bereichs zeigten die (Spät-)Aussiedler jedoch nach der Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Konsortium 2009) eine verhältnismäßig günstige Chancenstruktur, was die Aufnahme einer Beschäftigung bzw. das Verlassen des Leistungsbezugs angeht. Sie wurden zudem im Leistungsbezug relativ wenig sanktioniert und nahmen ebenso häufig wie Deutsche ohne erkennbaren Migrationshintergrund an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil. Die zugrunde liegenden Daten für diese Aussagen sind allerdings schon etwas älter. Voraussichtlich werden mit den nunmehr von der Bundesagentur für Arbeit erhobenen Daten zum Migrationshintergrund zukünftig erweiterte Analysemöglichkeiten zu diesem Themenkomplex zur Verfügung stehen.

4.4 Räumliche Verteilung und Wohnsituation

Für die Integration einer Zuwanderergruppe ist auch von Bedeutung, wie sie sich räumlich im Gebiet des Aufnahmelandes verteilt, inwieweit dabei Siedlungskonzentrationen vorhanden sind und wie sich die unmittelbare Wohnumgebung und die Wohnverhältnisse gestalten. Die Wohnumgebung bietet beispielsweise Möglichkeiten zur Anbahnung von sozialen

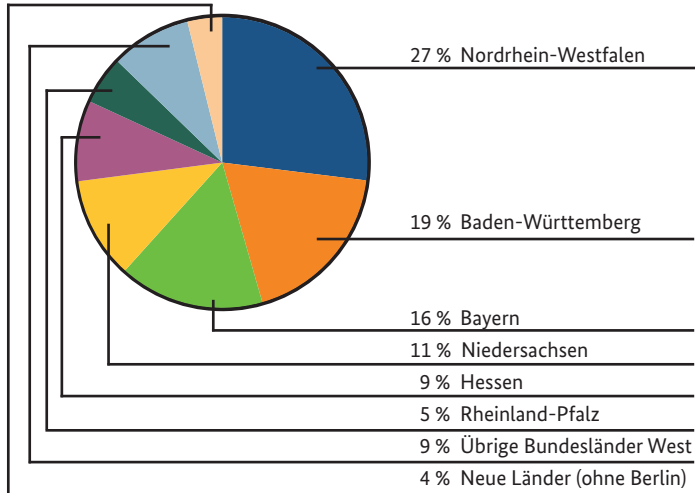
Kontakten, die Wohnverhältnisse spielen vor allem für das subjektive Wohlbefinden und die Lebenschancen der Individuen eine wichtige Rolle (Friedrich 2008: 13; Schönwälder 2007).

Im Folgenden werden zunächst Daten zur räumlichen Verteilung von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland zusammengetragen und der Grad an innerstädtischer Segregation diskutiert. Anschließend folgt eine Analyse zur Wohnsituation von (Spät-)Aussiedlern. Die Daten dafür entstammen überwiegend dem Mikrozensus und dem Sozio-ökonomischen Panel.

4.4.1 Räumliche Verteilung

Daten zur räumlichen Verteilung von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland sind im Mikrozensus 2011 enthalten und dienen im Folgenden als Grundlage für die Darstellung. In Abbildung 4-6 ist zunächst die Verteilung dieser Personengruppe auf die Bundesländer dargestellt. Die (Spät-)Aussiedler sind in den westlichen Bundesländern deutlich stärker repräsentiert als im östlichen Landesteil. Einen Siedlungsschwerpunkt bildet Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Baden-Württemberg und Bayern. Zusammen mit Niedersachsen leben rund drei Viertel der (Spät-)Aussiedler (73 %) in diesen vier Bundesländern, hingegen weniger als 5 % in den neuen Bundesländern ohne Berlin.

Abbildung 4-6: Verteilung der (Spät-)Aussiedler auf die Bundesländer, Mikrozensus 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung und Darstellung.

Wirft man einen Blick auf die absolute Anzahl von (Spät-)Aussiedlern in den einzelnen Regierungsbezirken in Abbildung 4-7, stehen mit einer Anzahl von über 200.000 Personen neben dem Regierungsbezirk Stuttgart folglich auch drei nordrhein-westfälische Regierungsbezirke (Düsseldorf, Arnsberg, Köln) an der Spitze. In den neuen Bundesländern ohne Berlin leben insgesamt nur 124.000 (Spät-)Aussiedler.

Hinsichtlich des Anteils an der Gesamtbevölkerung (Abbildung 4-8) kann man Konzentrationen von über 6 % im nordrhein-westfälischen Regierungsbezirk Detmold, in den hessischen Regierungsbezirken Gießen und Kassel sowie im Stadtstaat Bremen feststellen. Ähnlich hohe Anteile (zwischen 5 % und 6 %) sind in den vier Regierungsbezirken Baden-Württembergs, in den bayerischen Regierungsbezirken Mittelfranken und Unterfranken, im nordrhein-westfälischen Regierungsbezirk Arnsberg sowie im ehemaligen niedersächsischen Regierungsbezirk Weser-Ems zu verzeichnen.

Abbildung 4-7: Anzahl der (Spät-)Aussiedler in den Bundesländern und Regierungsbezirken, Mikrozensus 2011



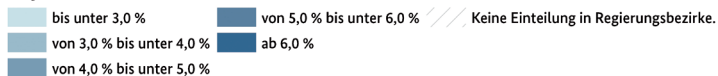
© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2012

Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes, Stand April 2013.
Kartographie und Layout: Ref. 222, BAMF.

Abbildung 4-8: Anteil der (Spät-)Aussiedler an der Gesamtbevölkerung in den Bundesländern und Regierungsbezirken, Mikrozensus 2011



Anteil der (Spät-)Aussiedler an der Gesamtbevölkerung in den Bundesländern und Regierungsbezirken (Angaben in Prozent)



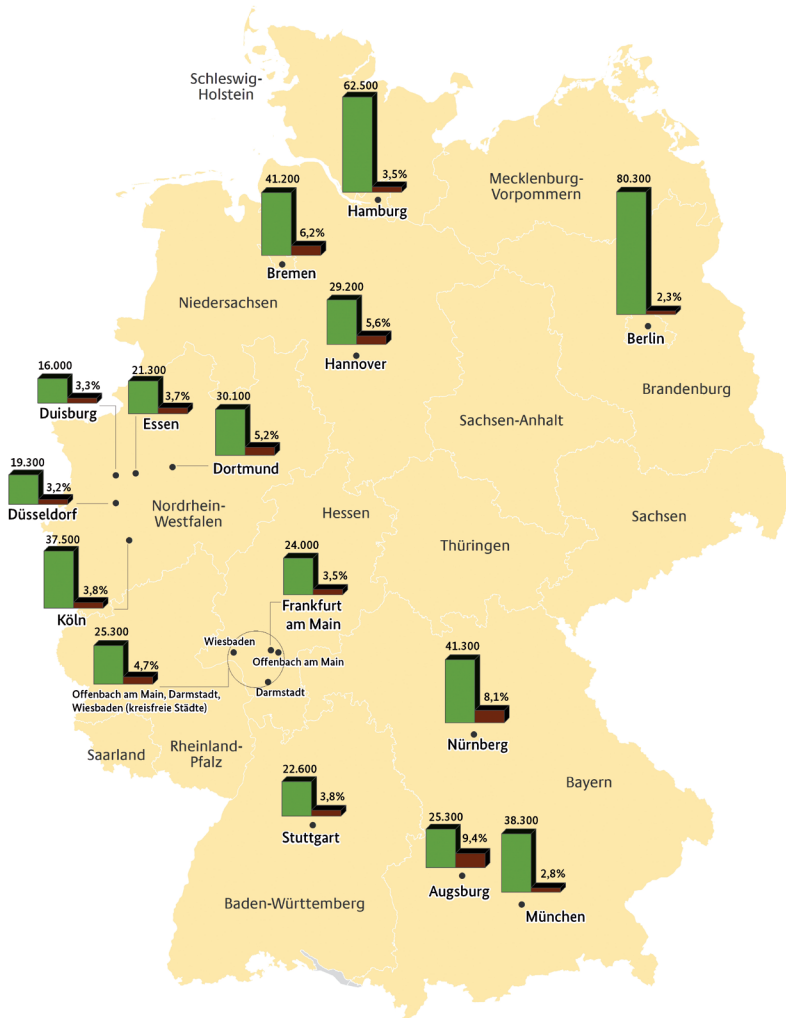
© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2012

Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes, Stand April 2013.
Kartographie und Layout: Ref. 222, BAMF.

Für die räumliche Verteilung der (Spät-)Aussiedler im Bundesgebiet bzw. auf einzelne Kommunen war das 1989 in Kraft getretene Wohnortzuweisungsgesetz bis Ende 2009 ein wesentlicher Faktor. Es wurde geschaffen, um Konzentrationen von (Spät-)Aussiedlern als Folge deren Zuzugs zu bereits in Deutschland lebenden Verwandten und Freunden entgegenzuwirken. Im Rahmen des Gesetzes wurde (Spät-)Aussiedlern und ihren Familien für eine begrenzte Zeit ein Wohnort zugewiesen (vgl. Kapitel 1). Die Effekte des Gesetzes auf die räumliche Verteilung sind nicht abschließend zu beurteilen, jedoch kann die Studie von Haug und Sauer (2007) Aufschlüsse geben. Die Akzeptanz und Einschätzung der Wirkung des Wohnortzuweisungsgesetzes wurden von den Autorinnen anhand einer Befragung von kommunalen Vertretern und (Spät-)Aussiedlern in acht deutschen Kommunen evaluiert. Die Steuerung der räumlichen Verteilung scheint insofern erfolgreich gewesen zu sein, da sich ein großer Teil der Befragten mit dem zugewiesenen Wohnort zufrieden zeigte. Das angestrebte Ziel, durch das Wohnortzuweisungsgesetz eine verbesserte Steuerung der Zuwanderung und eine gleichmäßigere Lastenverteilung mit Blick auf die Sozialhilfearbeit zu ermöglichen, wurde aus Sicht der kommunalen Vertreter erreicht. Bei den befragten (Spät-)Aussiedlern wurde jedoch zum großen Teil Gleichgültigkeit bzw. Unwissenheit festgestellt: 43 % hatten beispielsweise keine Meinung bei der Frage, ob das Gesetz abgeschafft oder beibehalten werden solle, ein großer Teil kannte das Gesetz gar nicht. Von den befragten Experten wurden die Integrationseffekte unterschiedlich bewertet (Haug/Sauer 2007: 158ff.). Zudem zeichnete sich seinerzeit bereits ab, dass durch die sinkenden Zuwanderungszahlen und die Umverteilung von Sozialhilfearbeit von Kommunen hin zum Bund durch die Hartz IV-Reformen die Notwendigkeit für das Wohnortzuweisungsgesetz zunehmend in Frage gestellt wurde, was dann letztendlich auch zu seiner Aufhebung führte.

Als nächstes soll der Blick nun auf die Konzentration von (Spät-)Aussiedlern in deutschen Städten gerichtet werden. Hierzu geben wiederum regionalisierte Daten des Mikrozensus 2011 Aufschluss. Die Anzahl von (Spät-)Aussiedlern in ausgewählten großen Städten Deutschlands ist in Abbildung 4-9 veranschaulicht. In absoluten Zahlen leben viele von ihnen in Berlin (80.300) und Hamburg (62.500), gefolgt von Nürnberg und Bremen mit jeweils ca. 41.000 (Spät-)Aussiedlern. Betrachtet man den Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung in den Städten, steht Augsburg mit 9,4 % an der Spitze, gefolgt von Nürnberg, Bremen, Hannover und Dortmund.

Abbildung 4-9: (Spät-)Aussiedler in ausgewählten großen Städten Deutschlands, Mikrozensus 2011



(Spät-) Aussiedler in ausgewählten großen Städten Deutschlands

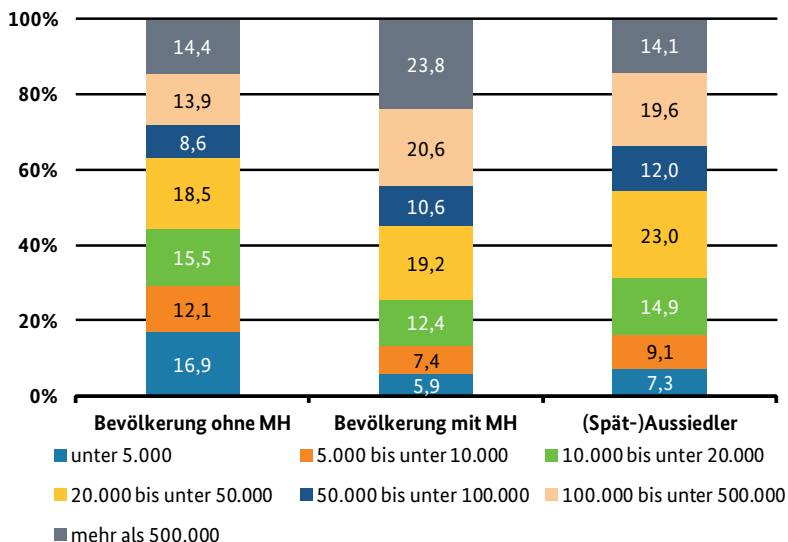
- Absolute Anzahl
- Anteil an der Gesamtbevölkerung

© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2012

Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes, Stand April 2013.
Kartographie und Layout: Ref. 222, BAMF.

Da in Abbildung 4-9 nur Großstädte berücksichtigt sind, stellt sich jedoch die Frage, ob (Spät-)Aussiedler überhaupt mehrheitlich in Großstädten leben. Es ist durchaus denkbar, dass kleinere und mittlere Kommunen einen höheren Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Einwohnerschaft aufweisen. Auch hierzu geben die Daten des Mikrozensus 2011 Aufschluss. Aus Abbildung 4-10 geht hervor, dass (Spät-)Aussiedler beim Vergleich der drei Bevölkerungsgruppen den geringsten Anteil in den Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnern aufweisen. Die höchsten Anteile sind bei ihnen dagegen in Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern und 50.000 bis 100.000 Einwohnern vorzufinden. Auch in Kommunen mit Einwohnerzahlen zwischen 10.000 und 20.000 liegt der Anteil bei den (Spät-)Aussiedlern vergleichsweise hoch. Es ergibt sich damit ein Bild, wonach mehr als die Hälfte der (Spät-)Aussiedler in Städten und Dörfern mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebt und nur etwas mehr als ein Drittel in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Diese großen Städte sind besonders bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt ein wesentlicher Siedlungsraum, während die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund am stärksten in (sehr) kleinen Ortschaften bzw. im ländlichen Raum Deutschlands zu finden ist. Die (Spät-)Aussiedler nehmen diesbezüglich eine Mittelposition ein.

Abbildung 4-10: Verteilung der Bevölkerung in Deutschland auf Gemeindegrößenklassen (Einwohnerzahlen), Mikrozensus 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt (2012). Eigene Berechnung und Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Die Verteilung von (Spät-)Aussiedlern innerhalb der Kommunen steht in engem Zusammenhang mit der Erforschung des Segregationsgrades. In der öffentlichen Diskussion wird eine hohe räumliche Konzentration von Personen mit Migrationshintergrund unter dem Verdacht der Entstehung ethnisch abgeschlossener Gesellschaften kritisch beobachtet (Friedrich 2008: 13f.). Segregation bezeichnet „(...) allgemein die ungleiche Verteilung der Wohnstandorte unterschiedlicher sozialer Gruppen im städtischen Raum“ (Friedrichs 1980, zitiert nach Friedrich 2008: 44). Trotz der Brisanz der Thematik ethnischer Segregationsprozesse im öffentlichen Diskurs sind vorhandene Datenquellen mit entsprechender kleinräumlicher Differenzierung nur begrenzt vorhanden. Bei der Erfassung des Segregationsgrades von (Spät-)Aussiedlern kommt erschwerend hinzu, dass sie aufgrund des in den meisten Publikationen angewendeten Staatsangehörigkeitskriteriums nicht erfasst werden können (Schönwälder/Söhn 2009: 1439ff.). Aufbauend auf den Ergebnissen von städtischen Fallstudien, einer Untersuchung von Schönwälder und Söhn (2007) basierend auf den Daten der innerstädtischen Raubeobachtung (IRB) des Bundesamtes für Bau-

wesen und Raumordnung, und einer weiteren Untersuchung anhand der Daten des Mikrozensus von Janßen und Schroedter (2007) kann insgesamt von einer im internationalen Vergleich geringen Wohnsegregation von Migranten in Deutschland ausgegangen werden. Stadtviertel mit einem hohen Anteil von Zuwanderern sind in Deutschland eher multiethnisch strukturiert (Friedrich 2008: 60). Friedrich (2008: 7) geht jedoch davon aus, dass der Segregationsgrad in Deutschland wahrscheinlich unterschätzt wird aufgrund des den Studien überwiegend zugrundeliegendem Ausländerkonzepts und des damit fehlenden Einbezugs von Deutschen mit Migrationshintergrund.

Vogelgesang (2008) sieht durch die Expertengespräche, Beobachtungen und Erkundungen im Rahmen seiner Studie zu jugendlichen Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion Anhaltspunkte dafür gegeben, „dass sich das Leben der Mehrheit der Aussiedler in relativ geschlossenen Wohngebieten abspielt“ (Vogelgesang 2008: 198). Quantitativ basierte Studien kommen jedoch tendenziell zu anderen Einschätzungen. In der Untersuchung von Schönwälder und Söhn (2007) zu Segregationsprozessen wurden auch Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion einbezogen. Diese Gruppe ist allerdings nicht mit der Gruppe der (Spät-)Aussiedler gleichzusetzen, da neben Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit (unter denen sich hauptsächlich (Spät-)Aussiedler befinden dürften) auch ausländische Staatsangehörige mit Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion eingeschlossen sind. Grundlage der Analyse waren kleinräumige Daten aus insgesamt 29 deutschen Städten (zusammenfassend zur Analysemethode: Friedrich 2008: 46f.). Türkische Staatsangehörige und Doppelstaatler weisen dabei die stärkste Wohnsegregation auf. Je nach angewandtem Kriterium leben 30 % bis 40 % von ihnen in Gebieten, in denen auch viele andere Türkeistämmige leben. An zweiter Stelle steht die Personengruppe aus der ehemaligen Sowjetunion. Geringer ist die festgestellte Siedlungskonzentration bei den ehemals jugoslawischen Staatsangehörigen sowie jugoslawischen Doppelstaatlern, und noch einmal deutlich niedriger bei der italienischstämmigen Gruppe. Insgesamt konstatieren die Autorinnen jedoch, „dass es jeweils nur für eine Minderheit der hier untersuchten Nationalitäten in größeren westdeutschen Städten typisch ist, in Vierteln mit weit überdurchschnittlichen Anteilen eigener Landsleute zu wohnen“ (Schönwälder/Söhn 2007: 22). Insgesamt nur ein Zehntel der Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion lebt in Vierteln mit einem Bevölkerungsanteil dieser Gruppe von 10 % und mehr (Schönwälder/Söhn 2009: 1449). Tucci

(2011: 195) kommt auf Grundlage ihrer Auswertungen des SOEP 2004 und 2009 zu dem Ergebnis, dass Haushalte von (Spät-)Aussiedlern neben denen von Migranten osteuropäischer Herkunft am wenigsten häufig angeben, dass in ihrem Wohngebiet viele ausländische Familien lebten.

4.4.2 Wohnsituation

Die Datenverfügbarkeit im Bereich der Wohnsituation von (Spät-)Aussiedlern ist positiv zu bewerten, da auf amtliche Daten des Mikrozensus und sozialwissenschaftliche Erhebungen zurückgegriffen werden kann (Friedrich 2008: 5, 19). Dabei ist zu beachten, dass im Mikrozensus detaillierte Fragen zur Wohnsituation nur alle vier Jahre gestellt werden, zuletzt im Jahr 2010.

Basierend auf Daten des SOEP betrug im Jahr 2006 die durchschnittliche Haushaltsgröße von (Spät-)Aussiedlern 2,4 Personen. Dies stellte die kleinste Haushaltsgröße innerhalb der untersuchten Migrantengruppen dar. Im Zeitreihenvergleich von 1997 bis 2006 hat zudem die Haushaltsgröße bei (Spät-)Aussiedlern im Gegensatz zur Entwicklung bei anderen Migrantengruppen deutlich abgenommen (Friedrich 2008: 25). Für das Jahr 2009 kommt ebenfalls auf Basis des SOEP Tucci (2011: 194) zu einer durchschnittlichen Haushaltsgröße bei (Spät-)Aussiedlern von 2,1 Personen, was bereits nahezu dem Wert von Personen ohne Migrationshintergrund (2,0) entspricht. Hierin spiegeln sich sozialstrukturelle Anpassungsprozesse wider, insbesondere auch die aufgrund der Altersstruktur wahrscheinlich zunehmende Zahl von alleinlebenden (Spät-)Aussiedlern (vgl. Kapitel 3 zu den Lebensformen).

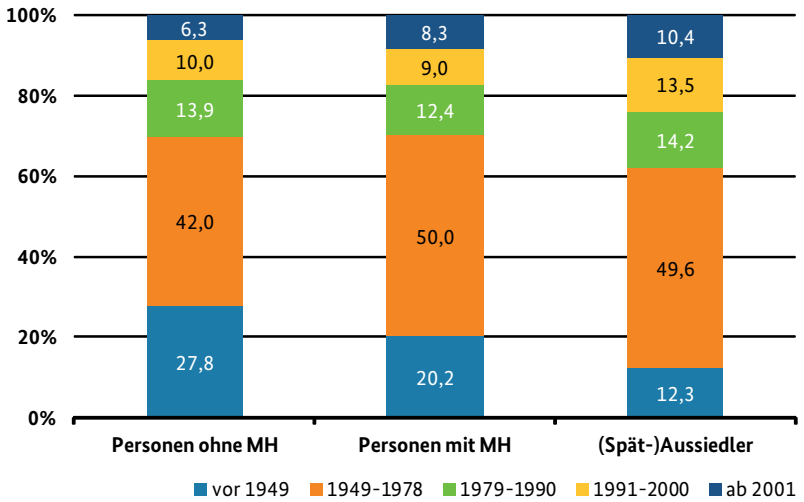
Aus den Daten des Mikrozensus 2010 geht hervor, dass die mittlere Bruttokaltmiete von (Spät-)Aussiedlern 469 Euro beträgt und damit unter den mittleren Bruttokaltmieten von 505 Euro bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt und 487 Euro bei Personen ohne Migrationshintergrund liegt. Damit sind jedoch unterschiedliche durchschnittliche Wohnungsgrößen noch nicht berücksichtigt. Die mittlere Bruttokaltmiete pro Quadratmeter liegt für (Spät-)Aussiedler bei 6,4 Euro, bei Personen mit Migrationshintergrund bei 6,8 Euro und bei Personen ohne Migrationshintergrund bei 6,5 Euro (Statistisches Bundesamt 2011), also auch hier für die (Spät-)Aussiedler leicht unterdurchschnittlich.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße bei (Spät-)Aussiedlern beträgt gemäß des Mikrozensus 2010 74 m² in Mietwohnungen und 121 m² in selbstgenutztem Wohneigentum. Sie liegt damit geringfügig unter den durchschnittlichen Wohnungsgrößen der Gesamtgruppe der Personen mit Migrationshintergrund (76 m²/122 m²) sowie der Personen ohne Migrationshintergrund, denen die meiste Fläche zur Verfügung steht (78 m²/128 m²). Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person liegt bei der Gruppe der (Spät-)Aussiedler zwar mit 35 m² in Mietwohnungen und 44 m² in selbstgenutztem Wohneigentum ebenfalls unter jener der Personen ohne Migrationshintergrund, jedoch über den Werten der Gesamtgruppe von Personen mit Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2011). Hier machen sich vermutlich bereits die im Durchschnitt kleineren Haushalte bemerkbar, die zu mehr Wohnfläche pro Person führen.

Weiß (2013c) beschreibt die besondere Situation von Russlanddeutschen bezüglich des Wohnens: Vor allem aus den beengten Verhältnissen in Mietwohnungen sei deren Bedürfnis nach selbstgenutztem Wohneigentum als adäquater Wohnraum für ihre (zunächst) überdurchschnittlich großen Familien entstanden. Russlanddeutsche nutzten nach ihrer Zuwanderung verwandtschaftliche Netzwerke zum Bau von neuen Häusern, um schließlich durch die Unterstützung im Rahmen von öffentlichen Förderprogrammen einen Anteil von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern von rund einem Drittel zu erzielen, bei Personen ohne Migrationshintergrund sind dies über 50 % (Weiß 2013c: 44ff.; Basis ist hier ebenfalls der Mikrozensus 2010). Vogelgesang spricht in diesem Zusammenhang von einem ethnischen „Kollektivgeist“ (Vogelgesang 2008: 187), der bei dem Hausbau durch die Gemeinschaft seinen Ausdruck fände. In seiner Studie wurde deutlich, dass der Bau des Eigenheims für die Aussiedler bedeutet, dass man nach der Zuwanderung „im Wortsinn wieder Boden unter den Füßen hat“ (Vogelgesang 2008: 187). Auch Weiß führt den Wunsch nach der Neubautätigkeit auf die „Absicht, sich im Land der Herkunft ihrer Urmütter und Urväter auf Dauer niederzulassen“ (Weiß 2013c: 47) zurück sowie auf die gestiegenen Mieten in den 1990er Jahren. Der Autor fasst zusammen, dass „(...) der Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum nicht einer ‚luxuriösen‘ Verbesserung des Wohnstandards dient, sondern dem Erreichen akzeptabler Lebensbedingungen“ und damit „(...) weniger Alleinstehende in überdimensionalen Wohnungen leben wie bei den Einheimischen“ (Weiß 2013c: 48).

Die Hinweise bei Weiß (2013c) zur besonders starken Neubautätigkeit von Russlanddeutschen ab den 1990er Jahren lassen sich anhand des Mikrozensus 2010 nachvollziehen (Abbildung 4-11). Schlüsselte man die einzelnen Bevölkerungsgruppen nach dem Baujahr von deren Wohngebäuden auf, ergibt sich folgendes Bild: Die Gruppe der (Spät-)Aussiedler lebt vor allem in Gebäuden mit Baujahr zwischen 1949 und 1978, wie auch die Personen mit und ohne Migrationshintergrund gesamt. Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen bestehen vor allem hinsichtlich der Anteile in sehr alten und neueren Wohngebäuden. Nur 12,3 % der (Spät-)Aussiedler leben in Wohngebäuden, die vor 1949 errichtet wurden, dagegen sind dies bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt rund 20 % und bei Personen ohne Migrationshintergrund sogar knapp 28 %. Demgegenüber leben 23,9 % der (Spät-)Aussiedler in Wohngebäuden, die ab 1991 errichtet wurden. Bei den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt sind es hingegen nur 16,3 % und bei den Personen ohne Migrationshintergrund 17,3 %. Auch das mittlere Alter der Wohnungen (entsprechend des Baujahrs des Gebäudes) ist sowohl bei Miet- als auch bei Eigentumswohnungen bei (Spät-)Aussiedlern vergleichsweise am geringsten, sie sind also verstärkt in neueren Bauten anzutreffen (Statistisches Bundesamt 2011).

Abbildung 4-11: Anteil der Bevölkerung in Wohngebäuden nach Baujahr, Mikrozensus 2010



Basis ist die Bevölkerung mit Angaben zu Wohnungstyp, -alter und -eigentumsverhältnissen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011). Eigene Berechnung und Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Die Daten des SOEP 2006 zeigen außerdem, dass Haushalte von Aussiedlern mit 28,3 % nach Haushalten von Personen mit einem italienisch geprägten Migrationshintergrund an zweiter Stelle bei der Eigentümerquote innerhalb der untersuchten Migrantengruppen stehen (Friedrich 2008: 40). Aus Tabelle 4-10 geht hervor, dass aufbauend auf Daten des Mikrozensus 2010 knapp 40 % der (Spät-)Aussiedler über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen. Diese Quote liegt höher als die der Gesamtgruppe der Personen mit Migrationshintergrund, unterscheidet sich aber noch von derjenigen der Personen ohne Migrationshintergrund, wo schon mehr als die Hälfte über selbstgenutztes Wohneigentum verfügt.

Tabelle 4-10: Verteilung von Mietern und Eigentümern nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2010

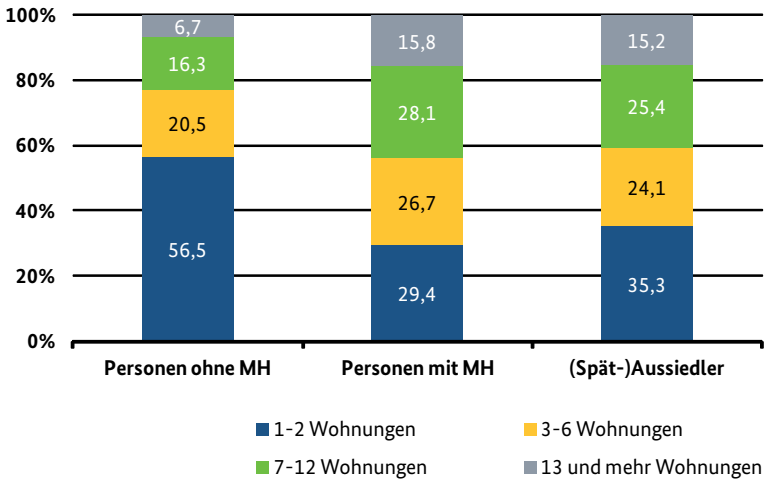
	Selbstgenutztes Wohneigentum	Mietwohnung
Personen ohne Migrationshintergrund	55,3 %	44,7 %
Personen mit Migrationshintergrund	33,3 %	66,7 %
<i>darunter:</i>		
(Spät-)Aussiedler	39,0 %	61,0 %

Basis ist die Bevölkerung mit Angaben zu Wohnungstyp, -alter und -eigentumsverhältnissen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011). Eigene Berechnung.

Ein weiterer Indikator für die Wohnverhältnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen ist die Größe der Wohngebäude. (Spät-)Aussiedler wohnen im Vergleich zur Gesamtgruppe der Personen mit Migrationshintergrund häufiger in Wohngebäuden mit ein bis zwei Wohnungen (was auf Häuser und damit Eigentum hinweist) und weisen dagegen in den Wohngebäuden mit mindestens drei Wohnungen geringere Anteile auf (Abbildung 4-12). Gleichzeitig unterscheiden sich (Spät-)Aussiedler (noch) deutlich von der Gruppe ohne Migrationshintergrund, bei der mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Wohngebäuden mit ein bis zwei Wohnungen wohnt. (Spät-)Aussiedler sowie auch die Gesamtgruppe der Personen mit Migrationshintergrund leben zudem mit mehr als 15 % deutlich häufiger in Gebäuden mit 13 und mehr Wohnungen.

Abbildung 4-12: Verteilung der Bevölkerung in Wohngebäuden nach Anzahl der Wohnungen und Migrationshintergrund, Mikrozensus 2010



Basis ist die Bevölkerung mit Angaben zu Wohnungstyp, -alter und -eigentumsverhältnissen. Nicht berücksichtigt sind Bewohner von Heimen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011). Eigene Berechnung und Darstellung. MH = Migrationshintergrund.

Große Gebäude mit mehr als 13 Wohnungen können ein Hinweis auf städtische Randlagen (Hochhaussiedlungen) oder auch Sozialwohnungen sein. Friedrich (2008) kommt mit den Daten des SOEP 2006 zu dem Ergebnis, dass der hohe Anteil der Haushalte von (Spät-)Aussiedlern in Sozialwohnungen (16,3 %) auffällig sei. Die Gruppe stellt damit den höchsten Anteil innerhalb der verschiedenen Zuwanderergruppen. Im Vergleich dazu beträgt der Anteil von Haushalten von Personen ohne Migrationshintergrund in Sozialwohnungen nur 2,9 % (Friedrich 2008: 35). Bürkner (1998: 61, zitiert nach Friedrich 2008: 35) führt den hohen Anteil von Aussiedlern in Sozialwohnungen darauf zurück, dass sie bei der Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen verstärkt berücksichtigt wurden, da sie nach dem Verlassen der Übergangswohnheime oft als obdachlos eingestuft wurden. Dennoch ist anhand des SOEP ein starker Rückgang des Anteils von (Spät-)Aussiedlerhaushalten in Sozialwohnungen von 1997 (26,7 %) bis 2006 zu beobachten (Friedrich 2008: 36). Mit den zurückgehenden Zuwanderungszahlen und dem Rückgang des Sozialwohnungsbaus in Deutschland während der letzten Jahre sowie mit der beschriebenen

Tendenz zum Erwerb von Wohneigentum dürfte sich diese Entwicklung noch verstärkt haben.

Die Zahl der wohnungslosen Aussiedler ist von 270.000 Personen im Jahr 1997 drastisch auf 2.000 im Jahr 2010 zurückgegangen, wobei hierzu im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vermerkt ist, dass definitorisch (auch) Aussiedler als wohnungslos zählen, „die noch keinen Mietwohnraum finden können und in Aussiedlerunterkünften untergebracht sind“ (BMAS 2008: 326). Auch in der Gesamtbevölkerung konnte in diesem Zeitraum eine deutliche Abnahme von 860.000 auf 248.000 wohnungslose Personen verzeichnet werden, allerdings mit wieder steigenden Zahlen seit 2009. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe hat in einer Pressemitteilung vom 1. August 2013 zudem für die Jahre 2011 und 2012 gar keine Zahlen für Aussiedler mehr angegeben und dazu erläutert, diese würde „wegen Geringfügigkeit nicht mehr ausgewiesen“.⁶⁰

Fazit zur räumlichen Verteilung und zur Wohnsituation von (Spät-)Aussiedlern

Die Daten zur räumlichen Verteilung zeigen innerhalb Deutschlands Siedlungsschwerpunkte von (Spät-)Aussiedlern in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen. Unter den großen Städten mit einer großen absoluten Anzahl von (Spät-)Aussiedlern unter den Einwohnern befinden sich Berlin und Hamburg, gefolgt von Nürnberg und Bremen. Hohe relative Anteile an der Gesamtbevölkerung sind unter anderem in Augsburg, Hannover und Dortmund vorzufinden.

Eine Ansiedelung in Großstädten ist jedoch nicht typisch für (Spät-)Aussiedler, vielmehr sind sie hauptsächlich in Kommunen mittlerer Größe zu finden. Daten zur innerstädtischen Segregation von (Spät-)Aussiedlern sind nur begrenzt vorhanden, da der Großteil der Untersuchungen auf

60 „Zahl der Wohnungslosen in Deutschland weiter gestiegen“, Pressemitteilung vom 01.08.2013 unter <http://www.bagw.de/index2.html> (03.09.2013). Die im Haupttext genannten Zahlen zur Entwicklung der Wohnungslosigkeit bei Aussiedlern zwischen 1997 und 2012 wurden aus dieser Pressemitteilung sowie den Angaben im Dritten (BMAS 2008: 326) und Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS 2013: 486) gewonnen.

Basis des Ausländerkonzepts durchgeführt wurde. Die vorhandenen quantitativen Studien lassen den vorsichtigen Schluss zu, dass (Spät-)Aussiedler, verglichen mit anderen Migrantengruppen in Deutschland, einen durchschnittlichen bis niedrigen Segregationsgrad aufweisen. Aufgrund der ungenügenden Datenlage kann jedoch keine abschließende Beurteilung des Segregationsgrades von (Spät-)Aussiedlern vorgenommen werden.

Die Daten zur Wohnsituation zeigen, dass sich die Haushaltsgröße von (Spät-)Aussiedlern den Werten von Personen ohne Migrationshintergrund annähert. Vergleicht man die Gruppe der (Spät-)Aussiedler mit der Gesamtgruppe der Personen mit Migrationshintergrund, so haben (Spät-)Aussiedler weniger Gesamtwohnfläche, jedoch mehr Fläche pro Person zur Verfügung und wohnen tendenziell in Wohngebäuden mit weniger Wohnungen. Deutlich erkennbar ist eine Tendenz zur Eigentumbildung. Gesondert wurde auch die hohe Neubautätigkeit von russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern seit den 1990er Jahren belegt, was mit dazu beiträgt, dass (Spät-)Aussiedler insgesamt in durchschnittlich neueren Wohnungen als die übrige Bevölkerung leben. Die Anzahl wohnungsloser bzw. in Gemeinschaftsunterkünften lebender (Spät-)Aussiedler ist stark rückläufig.

4.5 Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

Im Gegensatz zu den bisher behandelten Themengebieten dieses Berichts liegen zur politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation von (Spät-)Aussiedlern – wie auch bei anderen Bevölkerungsgruppen – keine amtlichen statistischen Daten vor. Dieses Thema muss daher anhand von Daten aus der empirischen Sozialforschung und Berichten aus der Praxis behandelt werden. Es liegen insgesamt nur wenige Erkenntnisse vor, die sich überwiegend auf die politische Partizipation von (Spät-)Aussiedlern beziehen. Dazu zählen schon etwas ältere, aber Pioniercharakter habende Arbeiten von Andreas M. Wüst (2002; 2003) sowie neuere Analysen von Kroh und Tucci (2009) und wiederum Wüst (2012), die sich mit politischem Interesse, politischer Informiertheit, den Parteibindungen und dem Wahlverhalten von (eingebürgerten) Migranten befassen. Ein neuerer Zweig der Forschung ist die Beschäftigung mit Mandatsträgern mit Migrationshintergrund im deutschen politischen System, sowohl auf Bundes- und Landesebene (Claro da Fonseca 2006; Wüst 2006; Wüst/Saalfeld 2010; Wüst 2014, im Erscheinen) als auch auf kommunaler Ebene (Schönwälder et al.

2011). Hier stellt sich allerdings häufig die Frage, inwieweit (Spät-)Aussiedler unter den Parlamentariern identifizierbar sind.

Datenquellen der genannten Untersuchungen sind unter anderem das Sozio-ökonomische Panel, die Deutsche Wahlstudie (GLES – *German Longitudinal Election Study*), die so genannte Heidelberger Neubürgerstudie 1999, das ZDF-Politbarometer sowie von den Autoren selbst durchgeführte Erhebungen.⁶¹ Eine Studie von Geiling et al. (2011) beruht auf je 30 qualitativen Interviews mit Spätaussiedlern und türkeistämmigen Deutschen in den niedersächsischen Städten Hannover, Cloppenburg und Salzgitter. Diese Untersuchung hat eine milieu- und akteurszentrierte Perspektive und behandelt innerhalb dieser sowohl politische Einstellungen als auch das bürgerschaftliche Engagement der befragten Personen.

Im Bereich der zivilgesellschaftlichen Partizipation von (Spät-)Aussiedlern, die vielfältige Formen annehmen kann, ist zunächst der (Vereins-)Sport zu nennen. Das bereits 1989 vom Deutschen Sportbund aufgelegte Programm „Sport für alle – Sport mit Aussiedlern“ war zunächst ausschließlich an diese Zielgruppe gerichtet. Inzwischen wird unter dem Titel „Integration durch Sport“ und in Verantwortung des Deutschen Olympischen Sportbundes ein breiterer Adressatenkreis angesprochen.⁶² Eine 2009 vorgelegte umfangreiche Programmevaluation enthält auch Aussagen zur Präsenz von (Spät-)Aussiedlern als Sporttreibende und Übungsleiter (Strahle 2009; Mutz 2009; Mutz/Baur 2009).

Zum sonstigen zivilgesellschaftlichen Engagement von (Spät-)Aussiedlern wurden neben der erwähnten Studie von Geiling et al. (2011) nur noch zwei weitere neuere Literaturbeiträge gefunden (Gerometta 2007; Theisselmann/Mittendorf 2007). Ein schon älterer Forschungsüberblick (Huth 2002: 8) weist bereits auf die Schwierigkeit hin, Aktivitäten von (Spät-)Aussiedlern in Netzwerken und Selbstorganisationen zu erfassen, da sie

61 Vgl. Müssig/Worbs (2012) zur Daten- und Forschungslage im Bereich der politischen Einstellungen sowie der politischen Partizipation von Migranten allgemein. Cyrus (2005) gibt im Rahmen des deutschen Länderberichtes für das POLITIS-Projekt einen Überblick zum politischen und gesellschaftlichen Engagement unter anderem von (Spät-)Aussiedlern anhand der bis zu diesem Zeitpunkt erschienenen Literatur (<http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/9810.html>, 13.06.2013).

62 Vgl. <http://www.dosb.de/de/sportentwicklung/integration-durch-sport/> (27.08.2013).

aufgrund der Staatsangehörigkeit in amtlichen Erhebungen als Deutsche zählen. Im so genannten Freiwilligensurvey, einer bundesweiten repräsentativen Untersuchung zu Umfang, Art, Struktur, Bedingungen und Motivation freiwilliger bzw. ehrenamtlicher Tätigkeit der Bevölkerung ab 14 Jahren, wurde im Rahmen der Studie 2009 zwar der Aussiedlerstatus erhoben (Gensicke/Geiss 2010)⁶³, jedoch sind im Bericht selbst keine Auswertungen mit entsprechendem Bezug enthalten. Der nächste Freiwilligensurvey soll Migranten verstärkt einbeziehen, wird aber erst 2014 stattfinden.⁶⁴ Zu einem in der Datenerhebung abgeschlossenen Projekt zum freiwilligen Engagement von Migranten aus der Türkei, den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und Polen, das z.T. auch (Spät-)Aussiedler einschließt,⁶⁵ lagen bei der Erstellung dieses Berichts ebenfalls noch keine Ergebnisse vor.

4.5.1 Politische Partizipation

Gegenüber anderen Zuwanderergruppen weisen (Spät-)Aussiedler die Besonderheit auf, dass sie nach der Einreise in Deutschland rasch die deutsche Staatsangehörigkeit und damit den vollen Umfang an politischen Beteiligungsrechten erhalten. Dazu zählt insbesondere das Wahlrecht auf allen Ebenen, während Drittstaatsangehörige in Deutschland weder das aktive noch das passive Wahlrecht besitzen. EU-Bürger dürfen an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen. (Spät-)Aussiedler können durch ihren Status als Staatsangehörige zudem auch die sogenannten „Deutschenrechte“ im Grundgesetz wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Anspruch nehmen sowie an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Volksentscheiden u.ä. uneingeschränkt teilnehmen (so genannte nicht-elektorale Partizipationsformen; Müssig/Worbs 2012: 11).

Angesichts dieser günstigen Ausgangssituation stellt sich die Frage, inwieweit (Spät-)Aussiedler sich tatsächlich am politischen Leben in Deutschland beteiligen. Dabei ist zu bedenken, dass diejenigen, die erst

63 Anhang zur Studie (Methodenbericht bzw. Fragebogen), z.T. ohne Seitenzahlen.

64 http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/43382758_kw12_pa_buerg_engagement/ (12.06.2013).

65 Vgl. http://www.inbas-sozialforschung.de/projekte/pro_47.htm (12.06.2013); der Projektstatus wurde im Juni 2013 bei der Projektverantwortlichen Susanne Huth erfragt.

im Erwachsenenalter nach Deutschland zuwanderten, politisch in den mittel- und osteuropäischen Herkunftsländern sozialisiert wurden, z.T. noch vor dem Ende des Ost-West-Konflikts. Sie kennen daher aus diesen Kontexten beispielsweise keine demokratischen Wahlen und kaum nicht-elektorale Partizipationsformen und waren zudem als ethnische Minderheit Diskriminierungen ausgesetzt, was das politische Engagement ebenfalls nicht gefördert haben dürfte.⁶⁶ Es kann angenommen werden, dass diese politische Prägung des Herkunftslandes auch im Aufnahmeland fortwirkt, zumindest in der betreffenden Generation der (Spät-)Aussiedler und solange, bis durch eine ausreichende Aufenthaltszeit in Deutschland Gelegenheit war, sich mit den hiesigen politischen Strukturen vertraut zu machen (Müssig/Worbs 2012: 19f.).

Die Arbeiten von Wüst (2002; 2003) beruhen auf der „Heidelberger Neubürgerstudie 1999“ und dem monatlichen ZDF-Politbarometer, das von Februar bis Dezember 1999 um einige Fragen zur Identifikation eingebürgerter Personen ergänzt wurde. In die Publikation 2003 wurden zusätzlich Daten aus einem zwölfmonatigen Screening des Politbarometers 2001/2002 einbezogen. Folgende Erkenntnisse lassen sich festhalten:

- Aussiedler sind politisch weniger interessiert als eingebürgerte Türken, Muslime und unter diesen vor allem in Deutschland geborene Personen. Bei den Aussiedlern waren zudem „mit Ausnahme der Rumäniendeutschen [...] starke Defizite politischer Informiertheit festzustellen“ (Wüst 2002: 163). Diese Defizite zeigten einen deutlichen Zusammenhang mit geringerer Bildung und mangelhaften deutschen Sprachkenntnissen.
- Bei einer Einstufung gemäß des Links-Rechts-Schemas der politischen Grundorientierung verorteten sich Aussiedler in der Mitte und leicht rechts davon; über ein Drittel der Befragten aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion konnte jedoch mit dieser Einordnung nichts anfangen (Wüst 2002: 164), vermutlich aufgrund anderer „Besetzung“ der Begriffe links und rechts während der politischen Sozialisation im Herkunftsland.

66 Vgl. auch die von Wüst (2012: 161ff.) aufgestellten Hypothesen zum politischen Verhalten verschiedener Migrantengruppen. Ähnliche Annahmen hinsichtlich herkunftslandbezogener Effekte bei (Spät-)Aussiedlern gelten hinsichtlich des freiwilligen/zivilgesellschaftlichen Engagements, siehe Kapitel 4.5.2.

- Mit Bezug auf das Parteienspektrum in Deutschland „ließen sich [eindeutig] Tabuzonen feststellen, die bei Aussiedlern links von der SPD und bei eingebürgerten Türken rechts von der CDU beginnen“ (Wüst 2002: 215). Personen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen orientierten sich dabei mehrheitlich in die (rechte) Mitte des Parteiensystems, während sich die Rumäniendeutschen insgesamt deutlich rechts von der Mitte positionierten. Es zeigten sich hier also Differenzierungen zwischen Aussiedlern aus verschiedenen Herkunftsländern bzw. aus verschiedenen Zuwanderungskohorten.
- Insgesamt war eine starke Präferenz von Aussiedlern, vor allem Russlanddeutschen und häufigen Kirchgängern, für die Unionsparteien zu verzeichnen (Wüst 2002: 218). Demgegenüber waren eingebürgerte Türkeistämmige stark der SPD zugeneigt. Das Muster bei den Aussiedlern wird vom Autoren auf die Erfahrungen mit sozialistischen Parteien in den Herkunftsländern zurückgeführt, insbesondere bei Russland- und Rumäniendeutschen, sowie auf die traditionell aussiedlerfreundliche Politik der Union (Wüst 2003: 124f.).
- Der Autor weist aber darauf hin, dass „veränderte Politikangebote der Parteien, wenn auch bekanntermaßen langsamer und zumeist erst durch konkrete Politikergebnisse und damit verbundene politische Erfahrungen, parteipolitische Präferenzen in Gegenwart und Zukunft prägen und dadurch verändern können“ (Wüst 2003: 124). Es kann also längerfristig zu Verschiebungen der Parteibindungen und auch des Wahlverhaltens bei Aussiedlern kommen.

Diese zuletzt genannte Prognose hat sich in späteren Analysen als richtig erwiesen – dies umso mehr, als dass inzwischen nur noch wenig neue Zuwanderung von Spätaussiedlern erfolgt (siehe Kapitel 2) und damit zunehmend die politischen Präferenzen der jüngeren, in Deutschland sozialisierten Generationen in den Vordergrund rücken dürften. Nach den Ergebnissen von Kroh/Tucci (2009) sind die „Herkunftseffekte“ bei der Parteipräferenz anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels zwar nach wie vor relativ stark, d.h. sie liefern unabhängig von individuellen Merkmalen der Migranten wie dem Bildungsstand einen eigenständigen Erklärungsbeitrag (Kroh/Tucci 2009: 826). Jedoch scheint die Bindung der (Spät-)Aussiedler an die CDU/CSU schwächer zu werden: In den 1990er Jahren waren es noch 75 %, die diese Parteien bevorzugten, im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 nur noch 65 % (Kroh/Tucci 2009: 823). Zu

einem ähnlichen Ergebnis kommen Geiling et al. (2011) anhand ihrer qualitativen Studie in Niedersachsen. Insbesondere dem „traditionsorientierten“ Milieu zugeordnete Befragte⁶⁷ sähen die CDU als „Schutzmacht, der sich besonders Spätaussiedler aus historischen Gründen verbunden fühlen [...] In diesem besonderen Näheverhältnis deuten sich aber gewisse Auflösungserscheinungen an: Unter den jüngeren Spätaussiedlern im Milieu der Traditionsorientierten sind auch SPD-Wählerinnen vertreten, die sich von dieser Partei eine höhere soziale Sensibilität für Arbeitnehmer erhoffen“ (Geiling et al. 2011: 280f.).

Wüst (2012: 170) zeigt schließlich in einer neueren Arbeit anhand der Deutschen Wahlstudie GLES⁶⁸, dass sich insbesondere Zuwanderer der ersten Generation aus Herkunftsländern mit „unfreier Herrschaftsordnung“ und mit privilegiertem Zuwanderungsstatus – also Merkmale, die auf (Spät-)Aussiedler zutreffen – seltener an der Bundestagswahl 2009 beteiligt haben, wohingegen sich die zweite Generation diesbezüglich nicht signifikant von der Wahlbevölkerung ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Hinsichtlich der gewählten Parteien wiederholt sich zwar das aus den bisherigen Studien bekannte Muster, dass Arbeitsmigranten und ihre Nachkommen eher Parteien links der Mitte präferieren. Für (Spät-)Aussiedler ergibt sich jedoch eine Verschiebung dergestalt, dass diese keine „strammen Unionswähler“ (Wüst 2012: 174) mehr sind, was auf einen Anpassungsprozess an das Wahlverhalten von Wählern ohne Migrationshintergrund – im Sinne einer stärkeren Diversifizierung der politischen Präferenzen – hindeutet.

Politische Beteiligung umfasst neben dem Wählen und nicht-elektoralen Partizipationsformen auch die Tätigkeit als Mandatsträger in Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Zur diesbezüglichen Präsenz von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland liegen jedoch nur wenige und mit Unsicherheiten behaftete Daten vor. Ein Aufsatz von Wüst (2006) enthält Angaben zu Kandidaten für die Bundestagswahl 2005 mit Migrationshin-

67 Zu den Milieuzuordnungen der (Spät-)Aussiedler und dem damit verbundenen unterschiedlichen Ausmaß an bürgerschaftlichem Engagement siehe Kapitel 4.5.2.

68 Darin enthalten sind 168 Befragte, die als „potenziell deutschstämmig“ und somit dem Migrationssystem Aussiedler zugeordnet sind (Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion und Nachfolgestaaten, Polen, Tschechien, Rumänien und Österreich; Wüst 2012: 165).

tergrund. Insgesamt waren 107 Kandidaten, die einer im Parlament vertretenen Partei angehörten, außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik geboren, davon 13 in „Aussiedlerländern“ (Rumänien, Polen, Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten; Wüst 2006: 232). Diese waren allerdings am häufigsten bei der Linkspartei (fünf Kandidaten) zu finden, was den Befunden zur Parteipräferenz von (Spät-)Aussiedlern widerspricht und möglicherweise ein Hinweis ist, dass es sich bei den entsprechenden Kandidaten um Personen handelt, die nicht als (Spät-)Aussiedler, sondern als Kinder deutscher Eltern im Ausland geboren wurden. Ein noch unveröffentlichter Aufsatz des gleichen Autors (Wüst 2014, im Erscheinen) enthält eine Liste von Parlamentariern mit Migrationshintergrund in den deutschen Länderparlamenten und im Bundestag zwischen 1946 und 2009. Die Zahl von Personen, die möglicherweise (Spät-)Aussiedler oder deren Nachkommen sind, bewegt sich dabei jedoch im einstelligen Bereich.

Claro da Fonseca (2006) stellt anhand des IMMCANDS-Datensatzes⁶⁹, der (gewählte) Kandidaten mit Migrationshintergrund seit den Bundestagswahlen 1998 erfasst, fest, dass der Anteil von Bewerbern aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zwischen 1998 (43,9 % aller Kandidaten mit Migrationshintergrund) und 2005 (24,7 % aller Kandidaten mit Migrationshintergrund) relativ stark zurückging. Es lässt sich jedoch erneut nicht zweifelsfrei sagen, ob es sich in jedem Fall um (Spät-)Aussiedler handelt, da dazu zusätzliche biographische Informationen notwendig wären (Claro da Fonseca 2006: 33). Zudem war der Gesamtanteil der Kandidaten mit Migrationshintergrund an allen Bewerbern um ein Bundestagsmandat gering (1998: 1,6 %, 2005: 2,1 %), so dass die absoluten Fallzahlen klein sind.

In der Studie von Schönwälder et al. (2011) zu Menschen mit Migrationshintergrund in deutschen Kommunalparlamenten⁷⁰ wird für (Spät-)Aussiedler konstatiert, dass deren Anteil möglicherweise bei der schriftlichen Befragung von Ratsmitgliedern, die den Kern der Untersuchung bildete, unterschätzt wird, da eine Identifikation wesentlich über den Namen erfolgte (Schönwälder et al. 2011: 21). Insgesamt konnten jedoch acht Rats-

69 Auf diesem Datensatz beruhen auch die oben zitierten Aussagen von Wüst (2006).

70 Die Studie bezieht sich auf insgesamt 77 deutsche Städte, die am 31.12.2008 mindestens 100.000 Einwohner hatten (Schönwälder et al. 2011: 20).

mitglieder mit polnischem und sieben mit Hintergrund aus der ehemaligen Sowjetunion identifiziert werden, bei denen es sich nach Annahme der Autoren „vielfach um Aussiedler handelt“, die damit im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil deutlich unterrepräsentiert sind (Schönwälder et al. 2011: 42). Von den selbst zugewanderten Ratsmitgliedern gaben insgesamt sechs Personen an, als Aussiedler bzw. dessen Familienangehöriger nach Deutschland gekommen zu sein, also erneut nur eine sehr geringe Zahl (Schönwälder et al. 2011: 44).

4.5.2 Zivilgesellschaftliche Partizipation

Im Bereich des vereinsorganisierten Sports in Deutschland wurde im Rahmen der Evaluation des Programms „Integration durch Sport“ festgestellt, dass (Spät-)Aussiedler bzw. Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nach wie vor einen hohen Anteil der Teilnehmenden des Programms stellen (Strahle 2009: 276; Mutz/Baur 2009: 326). Dies wird neben der Tatsache, dass das Programm ursprünglich für genau diese Zielgruppe konzipiert war, darauf zurückgeführt, „dass es nur wenige eigenethnische Sportvereine für Aussiedler gibt“ (Mutz/Baur 2009: 326f.). Auch stellt diese Gruppe viele Übungsleiter (Mutz 2009: 354) und ist besonders stark in Sportgruppen im Osten Deutschlands vertreten (Mutz/Baur 2009: 328). Dies ist wahrscheinlich eine Wirkung der bis 2009 geltenden Wohnortzuweisung. Strahle (2009: 304ff.) geht neben dieser an sich positiven Bilanz aber auch auf Probleme bei der Zielgruppe der (Spät-)Aussiedler im Programm „Integration durch Sport“ ein, unter anderem aufgrund von Unterschieden zum Sportsystem der ehemaligen Sowjetunion, die insbesondere für ältere (Spät-)Aussiedler relevant sein können.

Theisselmann/Mittendorf (2007) stellen in Bezug auf (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion dar, dass die dortige „engagementbezogene Sozialisation“ eher ungünstige Voraussetzungen für Aktivitäten in Deutschland geschaffen hat: Eigeninitiative wurde nicht gefördert, staatsunabhängige gesellschaftliche Aktivitäten waren kaum möglich. Hinzu kam die bereits bei der politischen Partizipation erörterte Diskriminierung als ethnische Minderheit, die zu einer Verhaltenstendenz führte, „möglichst wenig aufzufallen“ und sich ins Privatleben zurückzuziehen (Theisselmann/Mittendorf 2007: 117). In Deutschland kam hinzu, dass zumindest anfänglich ein Mangel an deutschen Sprachkenntnissen (ins-

besondere bei den mit eingereisten Angehörigen) und fehlende Informationen über hiesige institutionelle Strukturen das Engagement erschweren (Theisselmann/Mittendorf 2007: 120).

Aufgrund der einleitend zum Kapitel 4.5 beschriebenen, sehr überschaubaren Datenlage können belastbare Aussagen zum Gesamtniveau des zivilgesellschaftlichen Engagements von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland nicht getroffen werden. Die Beiträge von Theisselmann/Mittendorf (2007) und Gerometta (2007) stellen die Engagement-Praxis von Russlanddeutschen in Berlin dar, wobei ein Schwerpunkt auf „Hilfe zur Selbsthilfe“ innerhalb der Gruppe zu liegen scheint. Darunter fallen beispielsweise Mentorenprojekte, bei denen Schüler von Studierenden bei Bildungsübergängen begleitet werden (Gerometta 2007; siehe dazu ausführlicher Kapitel 4.11.2). In dem von Weiß (2013a) herausgegebenen Sammelband zu russlanddeutscher Migration und evangelischer Kirche in Deutschland finden sich mehrere Beiträge zum Engagement von (Spät-)Aussiedlern in freikirchlichen Gemeinden (u.a. Lutheraner, Baptisten, Mennoniten). Das religiösen Leben wird ausführlicher in Kapitel 4.13 behandelt.

Geiling et al. (2011: 49ff., 276f.) kommen anhand ihrer qualitativen Befragungsdaten aus Niedersachsen zu dem Ergebnis, dass sich in der Stichprobe „rund 40 Prozent der Spätaussiedler und türkeistämmigen Deutschen mit freiwilligen bürgerschaftlichen Tätigkeiten [engagieren]. Dies entspricht in etwa dem Durchschnitt der niedersächsischen Bevölkerung von 41 Prozent“ (Geiling et al. 2011: 276). Jedoch gibt es deutliche Unterschiede je nach Milieuzugehörigkeit der Befragten. Die im Folgenden genannten Prozentsätze bzw. Angaben zu Unter- und Überrepräsentation von (Spät-)Aussiedlern⁷¹ in den einzelnen Milieus beruhen allerdings auf kleinen Fallzahlen (60 Befragte gesamt, zwischen 9 und 16 Personen pro Milieu):

- Bildungsorientierte (Spätaussiedler stark unterrepräsentiert) sind mit 64 % am stärksten bürgerschaftlich engagiert und tendenziell eher in linksgerichteten/globalen Organisationen (SPD, Linkspartei, UNICEF) aktiv.

71 Im Vergleich zu türkeistämmigen Deutschen, die die andere Hälfte der befragten Personen bildeten.

- Erfolgsorientierte (Spätaussiedler überrepräsentiert) sind zu 55 % engagiert, typischerweise im Nachhilfereinsvorstand, der CDU oder einer Religionsgemeinschaft.
- Teilmodernisierte (Spätaussiedler unterrepräsentiert) sind zu 44 % engagiert. Schwerpunkt ist hier praktische Hilfe zur Selbsthilfe, z.B. als Integrationslotse oder Gruppenleiterin im Frauenverein.
- Traditionsorientierte (diese Gruppe besteht ausschließlich aus Spätaussiedlern) sind zu 22 % engagiert, typischerweise in der Kirchengemeinde oder der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.
- Prekäre (Spätaussiedler überrepräsentiert) sind zu 20 % engagiert und insgesamt stark auf die eigene Alltagsbewältigung ausgerichtet, was ihr insgesamt geringes Beteiligungsausmaß erklärt. Engagement erfolgt hier im Rahmen sozialer Hilfsangebote im eigenen Lebensumfeld, z.B. bei Projekten im Kindergarten.

Fazit zur politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation von (Spät-)Aussiedlern

(Spät-)Aussiedler weisen für die politische Partizipation in Deutschland – sowohl als Bürger als auch als Mandatsträger in Parlamenten – günstige Voraussetzungen auf, da sie im Regelfall rasch die deutsche Staatsangehörigkeit und damit die vollen Beteiligungsrechte erwerben. Mindestens die selbst zugewanderten Personen scheinen jedoch relativ stark von Sozialisierungserfahrungen in den Herkunftsländern geprägt zu sein, die dazu führen, dass das politische Interesse und die politische Aktivität in Deutschland eher gering ausfallen. Es besteht traditionell eine starke Bindung (Parteipräferenz) an die Unionsparteien, besonders bei (Spät-)Aussiedlern aus Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion. Studien aus jüngerer Zeit zeigen jedoch diesbezüglich Öffnungstendenzen zur Mitte bzw. zur linken Seite des politischen Spektrums. Unter Parlamentariern auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene scheinen (Spät-)Aussiedler und ihre Nachkommen ebenfalls nur schwach vertreten zu sein. Hier gibt es jedoch aufgrund der gewählten Identifizierungsmethoden (anhand des Namens und/oder des Geburtsortes von Parlamentariern bzw. Parlamentskandidaten) Unsicherheiten und daher möglicherweise eine „Dunkelziffer“.

Zum zivilgesellschaftlichen Engagement von (Spät-)Aussiedlern liegen insgesamt sehr wenig belastbare Erkenntnisse vor. Auch hier scheinen sich sozialisationsbedingte Faktoren eher negativ auf das Ausmaß des Engagements auszuwirken, verstärkt durch einen (anfänglichen) Mangel an deutschen Sprachkenntnissen und fehlendes Wissen über institutionelle Strukturen in Deutschland. Freiwilliges Engagement scheint daher überwiegend im sozialen Nahbereich (Hilfe zur Selbsthilfe, u.a. durch Mentoringprojekte für Schüler) stattzufinden, daneben auch im Rahmen landmannschaftlicher Organisation sowie in kirchlichen Gemeinden, insbesondere solchen evangelischer Prägung. Erwähnenswert ist zudem das Engagement von (Spät-)Aussiedlern als Sporttreibende bzw. Übungsleiter im Rahmen des ursprünglich speziell für sie konzipierten Projektes „Integration durch Sport“.

4.6 Soziale Kontakte, Netzwerke, Diskriminierung

Der Grad an sozialer Integration von Personen mit Migrationshintergrund kann durch die Struktur ihrer Beziehungsnetzwerke erfasst werden. Die Wahl von Freunden und (Ehe-)Partnern gibt Aufschlüsse über die Ausgestaltung des Beziehungsnetzwerkes. Zur Analyse der sozialen Integration von (Spät-)Aussiedlern wird im folgenden Kapitel in Anlehnung an Haug (2010) der Schwerpunkt auf den Zusammenhang zwischen der Ausstattung mit Sozialkapital (Portes 1995, zitiert nach Haug 2010: 13) und der sozialen Integration von (Spät-)Aussiedlern gelegt. Für die Analyse des Zusammenhangs wird zwischen herkunftslandspezifischem Sozialkapital, das sich aus Kontakten zu Angehörigen der eigenen ethnischen bzw. der eigenen Zuwanderergruppe ergibt, und aufnahmelandsspezifischem Sozialkapital unterschieden, das auf Kontakte zu Angehörigen der Aufnahmegesellschaft zurückzuführen ist. Haug weist ein hohes Maß an aufnahmelandsspezifischem Kapital als Indikator der sozialen Integration aus, da die Kontaktaufnahme zu Einheimischen eine wichtige Bedingung ist, um Ressourcen für den Berufseinstieg und den Alltag zu erwerben. Eine gleichzeitig hohe Ausstattung mit herkunfts- und aufnahmelandsspezifischem Kapital führt darüber hinaus zur Mehrfachintegration und ethnisch heterogenen Netzwerken (Haug 2010: 12ff., 49).

Diskriminierungserfahrungen bei Personen mit Migrationshintergrund können andererseits als Zeichen unzureichender sozialer Integration

gewertet werden. Die Analyse, inwieweit (Spät-)Aussiedler Diskriminierungen in der Aufnahmegesellschaft wahrnehmen, ist deshalb ebenfalls Gegenstand dieses Kapitels. Analysiert wird schließlich auch, inwieweit ethnozentrische bzw. abwertende Einstellungen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen bei ihnen vorhanden sind.

Repräsentative Daten zu Interaktionsmustern im Bereich freundschaftlicher Beziehungen sowie Partnerschaften von (Spät-)Aussiedlern bietet das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP). Einen Einblick in das Wanderungsgeschehen und den Ehegatten- und Familiennachzug erlaubt die Statistik zum Familiennachzug anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Daten zu den bestehenden Ehen sind im Mikrozensus enthalten. Die Anzahl von Eheschließungen in deutschen Standesämtern kann der amtlichen Eheschließungsstatistik als Vollerhebung mit Auskunftspflicht über Alter, Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit der Partner entnommen werden, wobei Eheschließungen im Ausland und in Konsulaten nicht erfasst werden (Haug 2010: 5, 19). Zudem ermöglichen qualitative Untersuchungen, die die Personengruppe der (Spät-)Aussiedler im Blickfeld haben, einen detaillierten Einblick in deren Beziehungsnetzwerke. Unter den hierzu ausgewählten Studien befinden sich die von Frank (2011) zur Analyse sozialer Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern, eine Untersuchung von Gamper/Fenicia (2013) zur Bedeutung von transnationalen Unterstützungsnetzwerken, die Untersuchungen von Schmidt-Bernhardt (2008) und Vogelgesang (2008) zu jugendlichen (Spät-)Aussiedler/innen, eine Studie von Vogel (2012) zum intergenerationalen Austausch bei (Spät-)Aussiedlern sowie die Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (Berg-Lupper 2006). Informationen zu Diskriminierungserfahrungen enthalten eine Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2012) sowie Ergebnisse einer Schülerbefragung des Bundesministeriums des Innern und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (Baier et al. 2010). Im Bereich des Ethnozentrismus bei (Spät-)Aussiedlern ist auf die Arbeiten von Greuel (2009; 2012) zu verweisen.

Einen Schwerpunkt im folgenden Kapitel nimmt die Situation von (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion ein, da der Großteil der qualitativen Studien die Situation dieser Bevölkerungsgruppe beleuchtet. Die relativ große Zahl an Studien zur Analyse der sozialen Beziehungsnetzwerke von (Spät-)Aussiedlern belegt darüber hinaus ein besonderes Forschungsinteresse für diesen Bereich.

4.6.1 Struktur der sozialen Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern

Zur Analyse der sozialen Netzwerke von russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern hat Frank (2011: 12, 60) explorative qualitative Interviews mit sieben Personen im Alter von 22 bis 58 Jahren durchgeführt. Die „Erstnetzwerke“ (Frank 2011: 89) der Befragten in Deutschland bestanden naheliegenderweise aus eigenethnischen und familiären Kontakten, da russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler häufig in einem kernfamiliären Verband nach Deutschland zuwanderten. Auch in den Netzwerken zum Zeitpunkt der Befragung (zwischen fünf und 23 Jahren nach der Einreise) hat die Familie die stärkste Bedeutung. Im Mittelpunkt stehen die Mitglieder der Kernfamilie bzw. die Haushaltsangehörigen. Dieser Teil des Netzwerkes zeichnet sich durch ein hohes Maß an Emotionalität, hoher Kontakthäufigkeit und Nähe aus. Frank schließt aus den Netzwerkkonstellationen auf das Bestreben von (Spät-)Aussiedlern, „einen regen Kontakt mit allen Familienangehörigen aufrechtzuerhalten“ (Frank 2011: 90).

Freunde nehmen ebenso eine wichtige Rolle im Netzwerk der (Spät-)Aussiedler ein. Die Freundschaften sind von Verbundenheit und Emotionalität geprägt und können von einer Intensität sein, die innerfamiliären Beziehungen ähnelt. In der Analyse der Netzwerke fiel auf, dass von Männern wie Frauen fast ausschließlich gleichgeschlechtliche russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler im Freundeskreis genannt wurden. Die Netzwerkbereiche Freizeit und bürgerschaftliches Engagement bestehen ebenso überwiegend aus Kontakten zur eigenen Gruppe. Frank schließt hieraus, dass „Familie und Freunde sowie soziale Beziehungen zu russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern als zentrale Elemente persönlicher Netzwerke russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler gekennzeichnet werden [können]“ (Frank 2011: 91). Als mögliche Erklärung für die starke Bindung innerhalb der eigenen Gruppe führt der Autor die Entstehung einer „kollektive[n] Identität“ (Frank 2011: 96) an, die durch die Verfolgungen in der ehemaligen Sowjetunion und die gemeinsame Migrationsgeschichte der Gruppe begründet ist. Soziales Unterstützungspotenzial ist im persönlichen Netzwerk der befragten (Spät-)Aussiedler in hohem Maße gegeben und insbesondere im Bereich Freunde und Familie stark ausgeprägt. Dagegen wird dem tertiären Netzwerkbereich „Kollegen“ das geringste Potenzial sozialer Unterstützungsleistungen zugeschrieben (Frank 2011: 89ff.).

In ihrer Studie zur Bedeutung von transnationalen Unterstützungsnetzwerken bei (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion haben

Gamper und Fenicia (2013) informelle soziale Beziehungen durch eine qualitative egozentrierte Netzwerkanalyse auf Basis von Interviews mit zehn (Spät-)Aussiedlern (sieben Frauen und drei Männer) im Alter von 25 bis 53 Jahren untersucht. Grundsätzlich konnten verschiedene Arten von Netzwerken bei den befragten Personen identifiziert werden. Der Typus des transnationalen Netzwerkes wird von den Autoren unterteilt in solche Netzwerke, bei denen Kontakte ausschließlich in das Herkunftsland oder ausschließlich in einen Drittstaat bestehen (eindimensional-transnationale Netzwerke), und solche, bei denen Kontakte gleichzeitig in das Herkunftsland und in einen oder mehrere Drittstaaten vorliegen (multidimensional-transnationale Netzwerke). Der Grad an Transnationalisierung erwies sich in den Netzwerkanalysen jedoch generell als schwach, da Kontakte zu im Ausland lebenden Personen für die befragten (Spät-)Aussiedler nur eine geringe Rolle spielen. Demgegenüber haben rein nationale Netzwerke, bei denen ausschließlich Kontakte innerhalb Deutschlands bestehen, eine hohe Bedeutung. Diese Kontakte sind häufig – wie auch bei Frank (2011) festgestellt – innerhalb der eigenen Gruppe oder Familie angesiedelt und mit einer lokalen Konzentration der Netzwerke verbunden, was aus der häufig gemeinsamen Zuwanderung heraus erklärt werden kann (Gamper/Fenicia 2013: 269f.).

Die Art und Ausstattung der Beziehungen mit Sozialkapital variiert innerhalb der Netzwerktypen. Transnationale Beziehungen mit Personen aus dem Herkunftsland sind vor allem auf den Faktor „Smalltalk und Freizeit“ konzentriert. Mit diesen Kontakten werden insbesondere alte Erinnerungen ausgetauscht, oft über das Internet. Durch das Leben der Befragten in Deutschland und den zunehmenden Mangel an gemeinsamen Erfahrungen kann es jedoch zu „kultureller Entfremdung“ (Gamper/Fenicia 2013: 70) kommen. Die Art der Unterstützungsleistung durch Kontakte in Drittländer variiert dagegen stärker. Die Kontaktaufnahme fand hier meistens innerhalb Deutschlands statt, die Kontakte aus dem Drittland sind meist dem russischen Kulturkreis angehörig. Zudem konnte in der Untersuchung gezeigt werden, dass multidimensionale transnationale Netzwerke, die Kontakte in Deutschland, dem Herkunftsland und Drittstaaten einschließen, nur bei als Kleinkind nach Deutschland gekommenen Studierenden vorzufinden waren, die noch eine emotionale Bindung an das Herkunftsland aufweisen. Die entsprechenden Kontakte in Drittländer wurden überwiegend im Rahmen eines Studienaustausches aufgenommen und spielen keine tiefer gehende Rolle hinsichtlich der Intensität der Beziehung (Gamper/Fenicia 2013: 272).

4.6.2 Familiäre Beziehungen

Der Zusammenhalt innerhalb der Familie kann insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund ein wichtiges Unterstützungspotential bieten. Die Migrationsentscheidung ist zum einen in den meisten Fällen von einer Entscheidung innerhalb der Familie getragen, zum anderen spielen bereits in der Aufnahmegesellschaft lebende Verwandte eine Rolle beim Aufbau erster Kontakte (BMFSFJ 2011: 88).

Aus der bereits im Kapitel 4.1.1 zitierten Untersuchung von Schmidt-Bernhardt (2008) mit sechs jugendlichen Spätaussiedlerinnen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion wird deutlich, dass die Familie für die Frauen eine „protektive Ressource“ (Schmidt-Bernhardt 2008: 409) darstellt, wobei Differenzen bei den Bindungsmustern innerhalb der Familie bestehen. Durchgängig wurde in den Befragungen die enge Bindung zur Mutter betont. Sie wird von den jungen Frauen in ihrer Rolle als „kulturelles Kapital“ (Schmidt-Bernhardt 2008: 410) und Ressource für den eigenen Bildungserfolg wahrgenommen. Die Befragten sind dankbar für die Unterstützung der Mütter, die aus der ehemaligen Sowjetunion in allen Fällen eine qualifizierte Ausbildung mitbrachten und nun zugunsten der Zukunft ihrer Töchter berufliche Einschränkungen in Deutschland in Kauf nehmen. Die jungen Frauen fühlen sich daher verantwortlich gegenüber ihren Müttern. Von einer intensiven positiven Bindung zum Vater berichtete dagegen nur eine der Befragten (Schmidt-Bernhardt 2008: 408ff.).

Vogelgesang (2008: 36, 186ff.) führte innerhalb seiner Studie unter anderem eine intra- und interkulturelle Netzwerkanalyse durch. Dabei konnte der solidarische Zusammenhalt in Familien- und Nachbarschaftsverbänden innerhalb der Gruppe der (Spät-)Aussiedler herausgestellt werden, wie er sich z.B. in der gegenseitigen Unterstützung bei Hausbauprojekten zeigt (vgl. Kapitel 4.4.2 zur Wohnsituation). Dennoch ergab sich in Vogelgesangs Untersuchung das Bild, dass sich die traditionell engen Familienbindungen der (Spät-)Aussiedler zunehmend auflösen. In vielen Fällen steht dies im Zusammenhang mit Spannungen aufgrund des niedrigen Lebensstandards, der oft auch zu einem Autoritätsverlust des Vaters innerhalb der Familie führen kann.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels stellt sich weiterhin die Frage, wie (Spät-)Aussiedler den intergenerationalen Austausch in den Familien und die Pflege der steigenden Zahl an älteren Personen orga-

nisieren. Vogel (2012) ging in ihrer Studie der Frage nach, ob die Migrationserfahrung Auswirkungen auf die Gestaltung der Generationenbeziehungen in den Familien von (Spät-)Aussiedlern hat. In der existierenden Literatur konnte Vogel zwei grundlegende Szenarien isolieren. Zum einen wird von einer Intensivierung der Generationenbeziehungen infolge der Migrationserfahrung ausgegangen (Solidarisierungsthese), da durch die Migration weggefallene Kontakte durch familiäre Unterstützung ausgeglichen werden. Zum anderen wird auch die konträre Auffassung vertreten, dass infolge der Migrationserfahrung eine Schwächung der intergenerationalen Familienbeziehungen eintreten könnte (Entsolidarisierungsthese), wenn eine geographische Trennung von den Familienangehörigen erfolgt – entweder weil diese im Herkunftsland verbleiben oder als Folge der bis 2009 geltenden Wohnortzuweisung in unterschiedlichen Regionen Deutschlands leben (vgl. Kapitel 4.4.1). Darüber hinaus könnten im Zuge der Sicherung des eigenen Migrationserfolgs der einzelnen Familienmitglieder die Generationenbeziehungen durch Konflikte innerhalb der Familie belastet werden (Vogel 2012: 289ff.).

Für die eigene empirische Analyse bezieht sich Vogel (2012) auf den *Generations and Gender Survey* (GGS) 2005, der im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) durchgeführt wurde. Unter den 10.017 Befragten waren auch 366 Migranten mit Geburtsort in der ehemaligen Sowjetunion bzw. in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), die die Autorin als „russischsprachig“ identifiziert. Es wird davon ausgegangen, dass der Großteil dieser Gruppe als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland zuwanderte (Vogel 2012: 303). Anhand der Daten können bei den russischsprachigen Migranten „deutlich stärkere Erwartungen an die Familienmitglieder unterschiedlicher Generationen als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund“ (Vogel 2012: 309) aufgezeigt werden. So geben vier Fünftel der russischsprachigen Migranten an, Eltern sollten ihre erwachsenen Kinder bei finanziellen Problemen unterstützen. Bei Personen ohne Migrationshintergrund sind dies nur rund zwei Drittel, wobei in beiden Gruppen die Zustimmung bei den über 60-Jährigen am größten ist. Ebenso stimmen vier Fünftel der russischsprachigen Migranten zu, dass umgekehrt Kinder ihren Eltern bei finanziellen Problemen helfen sollten, was auch drei Fünftel bei den Befragten ohne Migrationshintergrund bejahen. Der Aussage, dass Kinder ihre Eltern zu sich nehmen sollten, wenn diese nicht mehr für sich selbst sorgen können, stimmen über 70 % der russischsprachigen Migranten, aber nur 50 % der Personen ohne Migrationshintergrund zu. Vogel schließt hieraus auf eine „vergleichsweise stär-

kere Familienverpflichtung im Falle der Sorge und Pflege für die Eltern“ (Vogel 2012: 309) bei den russischsprachigen Migranten. Die Befürchtung einer Entsolidarisierung in den Familien dieser Migrantengruppe könne durch diese Ergebnisse entkräftet werden (Vogel 2012: 303ff.).

Stärkere gegenseitige Erwartungen und Verpflichtungen innerhalb der Familien der (Spät-)Aussiedler können auch vor dem Hintergrund kultureller Unterschiede betrachtet werden. Frenzel und Heringer (2007) haben in ihrer Studie, deren Ergebnisse auf einer Befragung von sechs russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern basieren, unterschiedliche Wertemuster zwischen diesen und Einheimischen aufgedeckt. Die Autoren ziehen hierzu Berechnungen des sog. Machtdistanz-Indexwerts nach Hofstede/Hofstede (2006, zitiert nach Frenzel/Heringer 2007: 31) heran, der das Verhältnis des Individuums zur Autorität beschreibt. Der Machtdistanz-Indexwert für die Russische Föderation als Herkunftsland der untersuchten (Spät-)Aussiedler (93) liegt deutlich über dem von Deutschland (35). Höhere Indexwerte geben einen Hinweis darauf, dass „Respekt vor Eltern, Großeltern und anderen Erwachsenen (...) als wichtige Tugend angesehen“ und „die Entwicklung von Unabhängigkeit beim Kind (...) nicht gefördert [wird]“ (Frenzel/Heringer 2007: 31). In die gleiche Richtung deuten Unterschiede bei den Indexwerten für Individualismus gegenüber Kollektivismus: Auf der Individualismus-Skala hat Deutschland deutlich höhere Werte (67) als die Russische Föderation (39). Unabhängigkeit und Ablösung des Kindes von den Eltern werden in individualistischen Gesellschaften stärker gefördert. Das ausgeprägtere Autoritätsbewusstsein innerhalb der Familie sowie ein stärker kollektivistisch orientiertes Wertemuster im Herkunftsland von russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern können somit möglicherweise als eine Erklärung für die stärkeren sozialen Verpflichtungsnormen in diesen Familien gelten.

Abschließend zu den familialen Beziehungen soll die Betreuungssituation der Kinder von (Spät-)Aussiedlern betrachtet werden. Im Rahmen der 2004/2005 durchgeführten Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) wurde auch die Situation von 82 Vorschulkindern aus Aussiedlerfamilien analysiert (Berg-Lupper 2006: 89). Die befragten Elternteile (meistens die Mütter) sind in nahezu allen Fällen auch die Betreuungsperson. Bei den Aussiedlern ist der Partner oder die Partnerin etwas häufiger in die Betreuung eingebunden als bei den übrigen Bevölkerungsgruppen. Kinder von Aussiedlern werden zudem dreimal so oft von Geschwistern betreut, als dies bei Kindern ohne Migrationshintergrund

der Fall ist. Berg-Lupper (2006: 96) führt dies auf die höhere Geschwisteranzahl und die möglicherweise stärkere Verantwortung der Älteren innerhalb der Familie zurück. Insgesamt zeigen die Aussiedlerkinder die geringsten Besuchsquoten sowohl in Kinderkrippen für Kinder unter drei Jahren als auch in Kindergärten für über 3-Jährige (Berg-Lupper 2006: 93), was die Autorin selbst als überraschend wertet, da „ein Hauptgrund für deren Zuwanderung nach Deutschland gerade in den hiesigen besseren Bildungs- und Entwicklungschancen lag“ (Berg-Lupper 2006: 92). Auch die Betreuung durch eine Tagesmutter findet bei Aussiedlerkindern seltener statt als bei Kindern ohne Migrationshintergrund oder solche mit binationalen Eltern (Berg-Lupper 2006: 97). Zu beachten ist jedoch die relativ geringe Zahl der in die Studie einbezogenen Aussiedlerfamilien; die erwähnten 82 Kinder machten nur 1,5 % der Gesamtstichprobe aus.

4.6.3 Freundschaftsbeziehungen

Im Folgenden werden soziale Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern außerhalb der Familie betrachtet. Auf Basis des SOEP 2006 kann gezeigt werden, dass (Spät-)Aussiedler im Vergleich mit anderen Migrantengruppen mit 56,9 % den höchsten Wert hinsichtlich der Befragten aufweisen, die als ihre drei engsten Bezugspersonen außerhalb des Haushalts in allen drei Fällen Personen deutscher Herkunft angeben. Bei den türkeistämmigen Personen war das nur bei 16,8 % der Fall. Umgekehrt gaben nur rund 27,5 % der (Spät-)Aussiedler bei den drei Bezugspersonen gar keine deutschstämmige Person an, bei den Türkeistämmigen liegt dieser Wert bei 62,4 % (Haug 2010: 30).

Wenn als Bezugspersonen solche mit Herkunft aus dem Ausland angegeben wurden, wurde im SOEP weiter nachgefragt, ob sie aus dem gleichen Herkunftsland wie die befragte Person stammen. Nur bei 24 % der (Spät-)Aussiedler stammen alle drei genannten Bezugspersonen aus demselben Herkunftsland wie sie selbst. Über die Hälfte gab dagegen an, keine Bezugsperson mit gleicher Herkunft zu haben. (Spät-)Aussiedler weisen in diesem Bereich die geringsten Werte neben der Gruppe „Sonstige“ auf (Haug 2010: 33). Die Autorin kommt zu der Schlussfolgerung, dass der Freundes- und Bekanntenkreis von (Spät-)Aussiedlern stärker auf deutsche Personen fokussiert und im Falle von ausländischen Freunden eher multikulturell orientiert ist. Sie betont jedoch, dass es ungeklärt bleibt, ob es sich bei den Bezugspersonen, die von den Befragten als Deutsch-

stämmige angegeben wurden, wiederum um (Spät-)Aussiedler handelt, wenn die Befragten die Bezugspersonen „im rechtlichen Sinne korrekt als deutschstämmig einordnen“ (Haug 2010: 31). Auch könnte es sich bei Freunden aus einem „anderen“ Herkunftsland ebenfalls um (Spät-)Aussiedler aus einem anderen GUS-Staat handeln.

Der Annahme einer starken interethnischen Ausrichtung der sozialen Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern stehen zudem Aussagen aus Studien entgegen, die auf ein stärker innerethnisch ausgerichtetes Netzwerk hindeuten (vgl. auch Kapitel 4.6.1). So konnten Tendenzen einer Eigengruppenfavorisierung (Brüss 2006, zitiert nach Gamper/Fencia 2013: 250) oder einer Kolonienbildung (Retterath 2006, zitiert nach Gamper/Fencia 2013: 250ff.) bei (Spät-)Aussiedlern aufgezeigt werden. Auch Vogelgesang (2008), der sich in seiner Studie unter anderem mit Formen sozialer Ausschließung beschäftigte, stellte innerethnische Tendenzen im Freundschaftsnetzwerk von Aussiedlern fest. Gleichaltrigen Gruppen seien für jugendliche Aussiedler vor allem unter den Aspekten der Zugehörigkeit, Anerkennung sowie Grenzziehung von hoher Bedeutung: „Ob bei Festen, im Jugendhaus, auf dem Schulhof, in Parkanlagen oder am Busbahnhof, solche Areale und ihre gewalttätige ‚Verteidigung‘ tragen ganz wesentlich zur Status- und Identitätssicherung der Aussiedlercliquen bei“ (Vogelgesang 2008: 192). Die Zugehörigkeit zu solch einer Jugendgruppe sei für die jungen Aussiedler von größerer Bedeutung als in den Herkunftsländern. Aufbauend auf Analysen von Internetforen durch einen studentischen Mitarbeiter konnte Vogelgesang zudem zeigen, dass das Internet für jugendliche Aussiedler als „mediale Diaspora“ (Vogelgesang 2008: 194) fungiert (vgl. Kapitel 4.8.2 zur Bedeutung von Chats für junge Russlanddeutsche).

In der Untersuchung von Schmidt-Bernhardt (2008) mit sechs jugendlichen Spätaussiedlerinnen mit höheren schulischen Ambitionen wurde dagegen eine Ambivalenz der jungen Frauen im Hinblick auf Gleichaltrigen Gruppen festgestellt. Die jungen Spätaussiedlerinnen berichteten sowohl von identitätsstiftenden als auch hemmenden Elementen für die Integration und Identitätsentwicklung. Sie grenzen sich deutlich von innerethnischen Cliquen ab, die sie mit negativen Auswirkungen auf die Integration verbinden. Transethnische Netzwerke werden hingegen positiv bewertet. Eine besondere Rolle spielen allerdings innerethnische Zweiergruppen als Stütze in der Entwicklung der Befragten. Die intensive Beziehung zu einer innerethnischen Freundin schätzt die Autorin für die jungen Frauen sogar

als bedeutsamer als Liebespartnerschaften ein (Schmidt-Bernhardt 2008: 417ff.).

4.6.4 Partnerschaften, Eheschließungen und bestehende Ehen

Partnerschaften und Eheschließungen sind nach Haug (2010: 16) durch eine bewusste Entscheidung sowie durch eine höhere Intensität in der Beziehung und stärkere soziale Verpflichtung gekennzeichnet als dies in der Regel bei freundschaftlichen Beziehungen der Fall ist. Für die Partnerwahl spielt die Kombination von Präferenzen (z.B. für Partner der gleichen Herkunft) mit individueller Ressourcenausstattung (z.B. hinsichtlich des Einkommens) sowie mit Gelegenheitsstrukturen eine Rolle (Haug 2010: 18).

Aufbauend auf Auswertungen des SOEP von Tucci (2011: 194) sind 60 % der (Spät-)Aussiedler verheiratet und weisen damit neben Personen mit türkischer Herkunft (69 %) die höchste Verheiratetenquote auf. Zum Vergleich dazu sind nur 53 % der Personen ohne Migrationshintergrund verheiratet. Gleichzeitig sind lediglich 21 % der (Spät-)Aussiedler ledig und weisen somit die geringste Quote innerhalb der verglichenen Bevölkerungsguppen auf. Mit einer Geschiedenenrate von 10 % liegt die Gruppe der (Spät-)Aussiedler im Durchschnitt. Ebenso wie auch Personen ohne Migrationshintergrund weisen (Spät-)Aussiedler allerdings mit 9 % einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Verwitweten auf. Tucci (2011) erklärt dies unter Rückbezug auf das höhere Durchschnittsalter dieser Gruppen. Ähnliche Tendenzen konnten mit den Daten des Mikrozensus 2011 bereits im Kapitel 3 aufgezeigt werden.

Auf Basis der Visastatistik des Auswärtigen Amtes wird im Migrationsbericht 2011 unter den Familiennachzugsgruppen mit deutlichen Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr auch die Russische Föderation genannt. 65,6 % des Ehegatten- und Familiennachzugs von Personen aus der Russischen Föderation im Jahr 2011 bezogen sich auf den Nachzug zu deutschen Ehegatten, wobei der Nachzug von Ehefrauen zu deutschen Ehemännern deutlich überwog (BMI/BAMF 2013: 104). Haug (2010: 36) geht davon aus, dass es sich in dieser Gruppe neben der klassischen Heiratsmigration auch um den Nachzug zu (Spät-)Aussiedlern handelt.

Die Daten des Mikrozensus 2011 zeigen neben der generell hohen Verheiratetenquote von (Spät-)Aussiedlern (siehe Kapitel 3), dass die Mehrzahl

der Ehen von Personen mit Migrationshintergrund mit Partnern des gleichen Migrationsstatus geschlossen wird. So sind 74,9 % der weiblichen (Spät-)Aussiedler mit Deutschen mit Migrationshintergrund verheiratet, nur 17,7 % mit Deutschen ohne Migrationshintergrund und 7,4 % mit Ausländern. Bei den männlichen (Spät-)Aussiedlern sind 74,5 % mit Deutschen mit Migrationshintergrund, 13,8 % mit Deutschen ohne Migrationshintergrund und 11,7 % mit Ausländerinnen verheiratet (Statistisches Bundesamt 2012).⁷² Hinter „Deutschen mit Migrationshintergrund“ als Ehepartnern verbergen sich vermutlich häufig ebenfalls (Spät-)Aussiedlerinnen oder (Spät-)Aussiedler. Ähnliche Resultate bezüglich der starken Eigengruppenorientierung (Homogamie) bei der Partnerwahl finden sich auch in Auswertungen früherer Mikrozensus-Jahrgänge zur Gruppe der (Spät-)Aussiedler bzw. zu Migranten aus der früheren Sowjetunion (Haug 2010: 46; Weiß 2013c: 39).

Ob diese Tendenzen auch in der jüngeren, z.T. schon in Deutschland geborenen Generation der (Spät-)Aussiedler dominieren, kann noch nicht abschließend beurteilt werden, da hierzu bisher nur qualitative Resultate vorliegen. In der bereits erwähnten Analyse von Internetplattformen bei Vogelgesang (2008: 196f.) konnte anhand der Diskussion in einer russland-deutschen Single-Börse eine starke Neigung der Teilnehmer zur innerethnischen Partnerwahl festgestellt werden. Auch Schmidt-Bernhardt (2008: 421) zeigt in ihrer Untersuchung, dass die befragten jungen Spätaussiedlerinnen aus der ehemaligen Sowjetunion bis auf eine Ausnahme eine Ehe mit einem russlanddeutschen Mann anstreben. Diese Ergebnisse bedürfen jedoch, wie erwähnt, einer Bestätigung auf breiterer Basis.

4.6.5 Diskriminierung von und Ethnozentrismus bei (Spät-)Aussiedlern

(Spät-)Aussiedler sind wie auch andere Zuwanderer zuweilen Stigmatisierungen ausgesetzt und erleben Diskriminierungen im Alltag. Solche Erfahrungen können als Zeichen unzureichender gesellschaftlicher Integration gewertet werden. Die Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2012: 10) stuft die subjektive Bewertung von Benachteiligung dementsprechend als einen Integrationsindikator ein, in Gestalt des durch

⁷² Eigene Berechnung, basierend auf den Daten von verheirateten Personen, die Angaben zum Migrationsstatus des Ehepartners gemacht haben.

die Zuwanderer wahrgenommenen Grades an Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft.

Der Diskurs der „Einheimischen“ im Hinblick auf die Gruppe der (Spät-)Aussiedler rückte in den 1990er Jahren von einem zunächst vorherrschenden Fokus auf das Bild der Opferrolle der (Spät-)Aussiedler in den Herkunftsländern sowie dem ethnokulturellen Wert von deren Zuwanderung stärker in Richtung der sozialen Folgen der Zuwanderung, die in Zusammenhang mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Kriminalität gebracht wurden (vgl. Kapitel 4.12.1). Diese Verlagerung des Diskurses steigerte aus Sicht von Struck-Soboleva (2006) gleichzeitig die Sensibilität der (Spät-)Aussiedler für Diskriminierung (Struck-Soboleva 2006: 61ff.).

Daten zur Diskriminierungswahrnehmung: SOEP und KFN-Schülerbefragung

Tucci (2011: 198) analysiert die Daten des SOEP im Hinblick auf Benachteiligungserfahrungen. Die wahrgenommene Benachteiligung bei (Spät-)Aussiedlern liegt im Vergleich zu den übrigen Migrantengruppen mit 4 % (Nennung „häufig“) im Jahr 2009 relativ niedrig und hat sich seit 2003 nicht verändert. Dagegen fühlen sich Personen mit Migrationshintergrund aus der Türkei mit 10 % bei der Nennung „häufig“ am stärksten benachteiligt.

In einem gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) wurde im Jahr 2007/2008 eine repräsentative Schülerbefragung mit Jugendlichen der neunten und Kindern der vierten Jahrgangsstufe durchgeführt. Unter den in Westdeutschland lebenden Jugendlichen mit Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen befinden sich mit jeweils rund 60 % überwiegend Aussiedler (Baier et al. 2010: 42). In der Gesamtstichprobe berichteten 14,4 % der befragten Jugendlichen aus Zuwandererfamilien von Diskriminierungserfahrungen im allgemeinen Kontext (schlechtere Wohnungen, weniger Aufstiegschancen), 14,3 % von entsprechenden Erfahrungen im schulischen Umfeld. Jugendliche aus der ehemaligen Sowjetunion waren mit jeweils knapp über 15 % in beiden Bereichen etwas überdurchschnittlich häufig vertreten, solche mit Herkunft aus Polen berichteten dagegen mit 11 % im allgemeinen Kontext und 8,7 % im schulischen Bereich etwas seltener als im Gesamtdurchschnitt von Diskriminierungserfahrungen (Baier et al. 2010: 62f.).

Daten zu Diskriminierungswahrnehmung und Vertrauen in andere Bevölkerungsgruppen: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2012)

In der Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2012) wurden Benachteiligungserfahrungen, Verhaltenstendenzen und generalisiertes Misstrauen bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Ost- und Westdeutschland untersucht. Der Fokus liegt dabei auf subjektiv empfundenen interpersonellen und strukturellen Benachteiligungen in spezifischen Lebensbereichen. Grundlage der Studie ist das Integrationsbarometer 2012 des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).⁷³ Die wichtigsten Ergebnisse für Befragte, die selbst oder deren Eltern als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland kamen, sind im Folgenden dargestellt:

- Auch wenn insgesamt 71,4 % aller Befragten angeben, dass sie sich im letzten Jahr in keinem der acht ausgewählten Lebensbereiche⁷⁴ benachteiligt gefühlt haben, konnten in der Studie deutliche Unterschiede je nach Bevölkerungsgruppe gezeigt werden. So fühlen sich etwa 25 % der Personen ohne Migrationshintergrund⁷⁵, aber 42 % der Personen mit Migrationshintergrund in einem der ausgewählten Lebensbereiche benachteiligt (Antidiskriminierungsstelle 2012: 5). Im Vergleich mit den anderen Zuwanderergruppen sehen sich (Spät-)Aussiedler insgesamt seltener diskriminiert. Insbesondere Zuwanderer der Herkunftsgruppe Afrika, Asien und Lateinamerika sowie der Herkunftsgruppe aus der Türkei berichten häufiger von Benachteiligungserfahrungen (Antidiskriminierungsstelle 2012: 16).
- (Spät-)Aussiedler nehmen eine Benachteiligung am ehesten in den Bereichen Arbeitsmarkt (23,1 %), Ämter und Behörden (20,4 %) sowie in Bildungsstätten (15,2 %) wahr. Im Vergleich zur Gruppe der Perso-

73 Eine ausführlichere Darstellung dieser Datengrundlage, auch mit Blick auf das später zitierte Integrationsbarometer 2010, befindet sich am Beginn von Kapitel 4.14.

74 Bildungsstätten, Arbeitsmarkt, Ämter/Behörden, Nachbarschaft, Religionsausübung, Freizeitaktivitäten, öffentliche Transportmittel, Wohnungssuche.

75 Die Befragung konzentrierte sich auf persönliches Erleben von Benachteiligung innerhalb der letzten zwölf Monate, „aufgrund welcher Merkmale auch immer“ (Antidiskriminierungsstelle 2012: 10). Daher sind auch Personen ohne Migrationshintergrund einbezogen, die eine Benachteiligung beispielsweise aufgrund ihres Alters wahrnehmen können.

nen mit türkischem bzw. mit afrikanischem, asiatischem oder latein-amerikanischem Hintergrund sind die Werte jedoch jeweils deutlich geringer. Besonders gering ist die Diskriminierungswahrnehmung von (Spät-)Aussiedlern in den Bereichen Religionsausübung (4,2 %) und Freizeitaktivitäten (6,8 %), hier fühlen sich Personen ohne Migrationshintergrund sogar jeweils stärker benachteiligt (Antidiskriminierungsstelle 2012: 16).

- Untersucht wurden auch Einstellungen bzw. Verhaltenstendenzen zu ethnischer Heterogenität in verschiedenen Lebensbereichen, also z.B. die Frage, ob man bereit wäre, in einem Unternehmen zu arbeiten, in dem viele Menschen unterschiedlicher Herkunft beschäftigt sind. Im Vergleich der untersuchten Bevölkerungsgruppen konnte insgesamt gezeigt werden, dass „die Mehrheitsbevölkerung einer ethnischen Heterogenität größtenteils skeptischer gegenübersteht als die Zuwandererbevölkerung“ (Antidiskriminierungsstelle 2012: 32). Die Gruppe der (Spät-)Aussiedler befindet sich mit ihren Zustimmungswerten meist im Mittelfeld der verglichenen Gruppen. Bei der Zustimmung zur Arbeit in Unternehmen mit heterogener Belegschaft stimmen sie mit 95,6 % am häufigsten zu, sich dies vorstellen zu können (Antidiskriminierungsstelle 2012: 32).
- Generalisiertes Misstrauen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen kann „den Zusammenhalt einer Gesellschaft gefährden, Konflikte schüren und Ungleichbehandlungen begünstigen“ (Antidiskriminierungsstelle 2012: 37). Insgesamt wird das Ausmaß dieses Phänomens zwar in der Expertise als relativ niedrig eingeschätzt, „das heißt nur wenige Befragte vertrauen Angehörigen einer bestimmten Gruppe gar nicht“ (Antidiskriminierungsstelle 2012: 38). Personen mit Migrationshintergrund haben Misstrauen vor allem gegenüber Personen türkischer (7,9 %) und afrikanischer Herkunft (6,8 %), Personen ohne Migrationshintergrund vor allem gegenüber Personen türkischer Herkunft (3,7 %) und osteuropäischer Herkunft (3,3 %), wobei unter letztere Kategorie auch (Spät-)Aussiedler fallen könnten. Diese wiederum zeigen ein auffällig hohes Misstrauen gegenüber Personen türkischer Herkunft, was auch umgekehrt der Fall ist. Dieses Misstrauen deutet aus Sicht der Autoren der Expertise „auf Konkurrenz um (knappe) Ressourcen, z.B. auf dem Arbeitsmarkt und um Anerkennung, hin“ (Antidiskriminierungsstelle 2012: 40). Im SVR-Integrationsbarometer 2010 hatte es bezüglich des Verhältnisses der beiden größten Zuwan-

derergruppen Deutschlands bereits ähnliche Resultate gegeben, wenn auch mit Verbesserungen des Vertrauensverhältnisses in der zweiten Generation (SVR 2010: 58f.).⁷⁶

Ethnozentrismus

Greuel (2009; 2012) sieht ethnozentristische Einstellungen von Aussiedlerjugendlichen als „subjektiv funktional, um Stigmatisierungen und Diskriminierungen, also Formen von Ausgrenzungen aufgrund der eigenen ethnischen Zugehörigkeit, zu verarbeiten“ (Greuel 2012: 64). Für seine qualitative Studie (Greuel 2009) wertete er 13 problemzentrierte Interviews mit jugendlichen Russlanddeutschen, die zum Zeitpunkt der Interviews in Thüringen lebten und zwischen 17 und 21 Jahre alt waren, aus.

Für den Autor ist das zentrale Merkmal des Ethnozentrismus die Unterscheidung von Eigengruppe und Fremdgruppen, wobei die Eigengruppe aufgewertet und idealisiert wird, die Fremdgruppen hingegen abgelehnt und abgewertet werden (Greuel 2012: 55). Die Abwertung anderer Einwanderergruppen sei davon geprägt, dass diese von den Befragten als unintegriert eingestuft werden. „Die Eigengruppe der Aussiedler wurde hingegen jeweils als gut integriert beschrieben“ (Greuel 2012: 56). In der Ausprägung von Vorurteilen gegenüber „Fremdgruppen“ in Deutschland sieht Greuel eine Neuanpassung von vorliegenden negativen Vorurteilen, die schon in den Herkunftsländern der Befragten geläufig waren (etwa gegenüber Personen, die aus asiatischen beziehungsweise eher ländlich geprägten Republiken der GUS stammen), an die neue Umgebung. Damit komme es auch zu Binnenstigmatisierungen: „So werteten die Aussiedlergruppen aus Russland bzw. der Ukraine die Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Kasachstan als rückständig und unmodern ab [...] von einer Befragten

76 Babka von Gostomski (2006) zeigt korrespondierend dazu in einer Längsschnittstudie mit Daten aus Nordrhein-Westfalen zu 784 Aussiedlerjugendlichen aus den GUS-Staaten, 405 Aussiedlerjugendlichen aus Polen und 1.783 Jugendlichen deutscher Herkunft aus den Jahren 2001 bis 2003, dass auch nach Kontrolle vieler integrationsrelevanter Sachverhalte Aussiedlerjugendliche aus den GUS-Staaten etwas weniger Sympathien gegenüber türkischen Jugendlichen zeigten als die beiden anderen Vergleichsgruppen. Gleichzeitig hatten Aussiedlerjugendliche aus den GUS-Staaten aber auch weniger Neidgefühle und Ressourcenängste gegenüber türkischen Jugendlichen als die beiden Vergleichsgruppen.

[wurden] ‚Türken‘ und ‚Araber‘ in Deutschland mit ‚Aserbaidschanern‘ und ‚Georgiern‘ in Kasachstan gleichgesetzt und mit identischen Argumenten abgewertet“ (Greuel 2012: 58f). Aber auch andere Einwanderergruppen, insbesondere „Ausländer“ oder „Asylanten“, wurden als Konkurrenten um als für die Eigengruppe legitim erachtete Rechte wahrgenommen.

Letztlich dienten diese Einstellungen dazu, sich die Anerkennung der einheimischen Deutschen zu verschaffen, denn häufig wurde von den Befragten das Fehlen dieser Anerkennung beklagt (Greuel 2012: 60). Aber zuweilen wurde in den 13 Interviews auch Abwertung gegenüber einheimischen Deutschen sichtbar. Während die Eigengruppe von einigen Aussiedlerjugendlichen als familien- und gemeinschaftsorientiert wahrgenommen wurde, werden einheimischen Deutschen Eigenschaften wie „oberflächlich und egoistisch“ zugeschrieben. Insgesamt führe dies dazu, dass die Eigengruppe insgesamt als moralisch höherwertig gesehen werde (Greuel 2012: 61). In der Schülerbefragung des Bundesministeriums des Innern und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen konnte dagegen gezeigt werden, dass Jugendliche aus der ehemaligen Sowjetunion Nachbarn deutscher Herkunft sogar als angenehmer einstufen als Aussiedler-Nachbarn (Baier et al. 2010: 14).

Fazit zur sozialen Integration bei (Spät-)Aussiedlern

Im sozialen Netzwerk von (Spät-)Aussiedlern nimmt die Familie eine zentrale Rolle ein und beinhaltet ein hohes Potenzial an sozialen Unterstützungsleistungen. Es konnten stärkere Erwartungen an die Familienmitglieder und stärkere Verpflichtungsnormen zwischen den Generationen als bei Personen ohne Migrationshintergrund aufgezeigt werden, was möglicherweise mit einer „importierten“, stärker kollektivistischen Wertehaltung zusammenhängt. Auch die Kinderbetreuung wird in (Spät-)Aussiedlerfamilien im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen häufiger von Geschwistern oder Großeltern übernommen. Die Datengrundlage dieser Aussage ist allerdings klein und schon etwas älter. Zwischenzeitlich haben sich – auch vor dem Hintergrund der in Kapitel 4.2 gezeigten hohen Erwerbsbeteiligung von (Spät-)Aussiedlern – möglicherweise Wandlungen in Richtung einer stärkeren Inanspruchnahme institutioneller Kinderbetreuung vollzogen.

(Spät-)Aussiedler geben als engste Bezugspersonen außerhalb des eigenen Haushalts im Vergleich mit anderen Migrantengruppen am häufigsten deutschstämmige Personen an. Dabei kann jedoch nicht abschließend geklärt werden, ob es sich bei den genannten Personen wiederum um (Spät-)Aussiedler handelt. Aus einigen Studien werden eine Favorisierung von innerethnischen Kontakten und der Zusammenschluss zu entsprechenden Cliquen gerade bei jungen (männlichen) (Spät-)Aussiedlern deutlich. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung geben dagegen punktuelle Hinweise darauf, dass insbesondere junge Frauen mit höherem Bildungsabschluss innerethnische Gleichaltrigengruppen bewusst meiden. Verbreitet ist jedoch bei beiden Geschlechtern eine Präferenz für Ehepartner der gleichen Herkunftsgruppe.

Diskriminierungserfahrungen, die als Zeichen der Wahrnehmung unzureichender gesellschaftlicher Integration gewertet werden können, sind bei (Spät-)Aussiedlern im Vergleich mit anderen Migrantengruppen relativ gering ausgeprägt. Ihre Haltung gegenüber ethnischer Heterogenität ist als durchschnittlich zu bewerten. Im Bereich der vorurteilsbehafteten Einstellungen fällt das vergleichsweise hohe gegenseitige Misstrauen von (Spät-)Aussiedlern und Personen türkischer Herkunft auf, das im Zusammenhang mit einer Konkurrenzsituation im Integrationsprozess in Deutschland stehen könnte.

4.7 Sprachkenntnisse und Spracherwerb

Kenntnisse der Sprache des Aufnahmelandes nehmen einen besonders hohen Stellenwert im Integrationsprozess ein. Ihre Bedeutung ergibt sich aus ihrer mehrfachen Funktionalität: Sprache ist ein Medium der Kommunikation, eine Ressource zur Erlangung von Wissen und Können und wirkt zudem als Symbol von Zusammengehörigkeit (Esser 2006, zitiert nach Steiz 2011: 26). Durch die PISA-Studie 2000 konnte beispielsweise gezeigt werden, dass bei gleicher sprachlicher Kompetenz beim Übertritt von der Primarstufe in eine andere Schule keine Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Bedeutung der Sprachkompetenz insbesondere für die schulische Laufbahn deutlich (Haug 2008: 21). Deutsche Sprachkenntnisse nehmen für (Spät-)Aussiedler zudem eine konstitutionelle Bedeutung im Rahmen des Aufnahmeverfahrens ein: Bis vor kurzem waren in der Familie vermittelte deutsche Sprachkenntnisse ein entscheidendes Krite-

rium für die Anerkennung als deutscher Volkszugehöriger im Sinne des BVFG. Mit der aktuellen Gesetzesänderung vom Juni 2013 wurde jedoch die strikte Fokussierung auf die familiäre Vermittlung der deutschen Sprache aufgegeben, ein entsprechender Kenntnissnachweis ist nun auch auf anderer Grundlage möglich (vgl. Kapitel 1). Ehegatten und Abkömmlinge von Spätaussiedlern müssen nach wie vor ebenfalls Grundkenntnisse der deutschen Sprache für eine Einbeziehung in den Aufnahmebescheid aufweisen, allerdings seit neuestem mit Ausnahmen für minderjährige Abkömmlinge sowie Personen mit körperlichen, geistigen und seelischen Krankheiten.

Steiz (2011) betont die historische Komponente, die insbesondere bei einer Analyse der Sprachkompetenz von Russlanddeutschen berücksichtigt werden sollte. In seiner Studie mit dem Fokus auf Personen, die in den 1990er Jahren als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland zuwanderten, stellt er die Hypothese auf, dass deren unzureichende Deutschkenntnisse „(...) in der Sowjetunion mit verursacht und in Deutschland mit bedingt“ wurden und dass diese sprachlichen Defizite negative Folgen für die Integration haben (Steiz 2011: 13). Die deutsche Sprache stand im Mittelpunkt des Kampfes der stalinistischen Herrschaft gegen die Russlanddeutschen: „Die deutsche Sprachkultur wurde zwanzig Jahre lang despotisch unterdrückt, geächtet und ist teilweise ausgelöscht worden“ (Steiz 2011: 116). In der poststalinistischen Zeit wurde der freie Gebrauch der deutschen Sprache trotz des offiziell wieder genehmigten deutschsprachigen Schulunterrichts dennoch aus politisch-ideologischen Beweggründen behindert. Diese über die Nachkriegszeit hinaus fehlende Berücksichtigung der sprachlichen Bedürfnisse der Russlanddeutschen führte zu einem „(...) fortschreitenden Verfall der deutschen Sprachkultur in den Generationen“ (Steiz 2011: 116). Nach der Zuwanderung nach Deutschland wurden die Russlanddeutschen unter anderem aufgrund dieser Defizite häufig sozial ausgegrenzt, was durch die Reduzierung von Sprachfördermaßnahmen in den 1990er Jahren noch verstärkt wurde (Steiz 2011: 120f.).

Da im Bereich der sprachlichen Integration von (Spät-)Aussiedlern keine amtlichen Daten vorliegen, stammen die vorliegenden Daten vorwiegend aus sozialwissenschaftlichen Umfragen und Einzelstudien. Eine Ausnahme bilden Erkenntnisse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über (Spät-)Aussiedler in Integrationskursen. In sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen wie dem SOEP werden Sprachkenntnisse überwiegend im Rahmen von Selbsteinschätzungen erhoben (Haug 2008; Tucci

2011). Eine weitere Studie, die Aufschlüsse über die sprachliche Integration erbringt, ist die Untersuchung von Haug/Sauer (2007) zur Bewertung des Wohnortzuweisungsgesetzes, in deren Rahmen auch Integrationsindikatoren bei 1.089 Aussiedlern erhoben wurden (u.a. Familiensprache und Sprachkompetenz in Alltagssituationen). Als weitere Einzelstudien werden im folgenden Kapitel eine Untersuchung von Frenzel und Heringer (2007) und eine Online-Umfrage von Schnar (2010) zur Untersuchung der Relation zwischen russischer Sprache und ethnischer Identitätskonstruktion verwendet. Zudem bietet die Studie von Steiz (2011) mit ihrem Fokus auf Russlanddeutsche einen Überblick über weitere, teils ältere einschlägige Untersuchungen. Diese Übersicht macht bereits deutlich, dass sich ein Großteil des verwendeten Materials mit der sprachlichen Integration von (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion beschäftigt. Die übrigen Herkunftsländer wie Polen und Rumänien stehen weniger im Mittelpunkt der sprachbezogenen Forschung.

4.7.1 Deutschkenntnisse von (Spät-)Aussiedlern

Anhand der Daten des SOEP liegen Analysen zu den deutschen Sprachkenntnissen von (Spät-)Aussiedlern von Haug (2008) sowie Tucci (2011) vor, die den Zeitraum zwischen 1995 und 2009 abdecken. Haug zeigt, dass Aussiedler neben einer aus verschiedenen sonstigen Ländern zusammengesetzten Zuwanderergruppe ihre mündlichen und schriftlichen Deutschkenntnisse am höchsten einstuften (Haug 2008: 30). Zwischen 1997 und 2003 haben sich die mündlichen und schriftlichen Sprachkenntnisse zudem jeweils verbessert. Betrachtet man Männer und Frauen getrennt, so stuften im Zeitraum von 1999 bis 2003 zwischen 70 % und 80 % der Männer in der Gruppe der Aussiedler ihre mündlichen Deutschkenntnisse als gut bis sehr gut ein, bei den Frauen lagen die Werte sogar noch höher (Haug 2008: 28f.). Mit Blick auf die schriftlichen Deutschkenntnisse liegen die Werte bei Männern aus der Gruppe der Aussiedler im Vergleich zu anderen Migrantengruppen ebenso deutlich höher: Bezogen auf das Jahr 2003 schätzen etwa 65 % ihre Kenntnisse als gut bis sehr gut ein. Bei Männern aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei befanden sich weniger als 50 % in dieser Kategorie. Die schriftlichen Deutschkenntnisse der Frauen ergeben eine noch größere Streuung innerhalb der Migrantengruppen: 2003 schätzten ca. 75 % der Aussiedlerinnen ihre schriftlichen Deutschkenntnisse als gut bis sehr gut ein, bei Migrantinnen aus der Türkei waren dies nur knapp über 40 % (Haug 2008: 29f.). Die Ergebnisse von

Tucci (2011: 198) zeigen ergänzend, dass (Spät-)Aussiedler – diesmal ohne Geschlechtsdifferenzierung – ihre mündlichen Deutschkenntnisse im SOEP 2009 zu 81 % als gut oder sehr gut einstufen, ihre Nachfahren sogar zu 99 %.

Haug und Sauer (2007) kommen zu dem Ergebnis, dass die für ihre Studie in acht deutschen Kommunen befragten rund 1.000 Aussiedler ihre Deutschkenntnisse zum überwiegenden Teil als ausreichend bewerten, um Alltagssituationen zu bewältigen. Die sprachlichen Anforderungen beim Einkauf in Geschäften stellen sich für sie als unproblematisch heraus. Dagegen wird es als am schwierigsten empfunden, Sendungen im Fernsehen oder Radio zu folgen. Die Berechnung eines Summenindex aus sechs Lebensbereichen zeigt auf einer Skala von null (in keinem Bereich kompetent) bis sechs (in allen sechs Alltagsbereichen kompetent) einen durchschnittlichen Indexwert bei der Gruppe der Aussiedler von 5,42 (Aussiedlerinnen mit 5,45 und männliche Aussiedler mit 5,38; Haug 2008: 43). Als weiteres Indiz für die Deutschkenntnisse im Alltagsgebrauch kann die entsprechende Nutzung der Sprachversion im Fragebogen der Studie von Haug und Sauer (2007) gewertet werden. 33,7 % der männlichen Aussiedler und 30,7 % der Aussiedlerinnen füllten den Fragebogen auf Russisch aus, überwiegend ältere Menschen (Haug 2008: 44).

Trotz dieser in quantitativen Studien gewonnenen, weitestgehend positiven Ergebnisse weisen einige Untersuchungen auch auf Schwierigkeiten im Zusammenhang mit mangelnden Sprachkenntnissen von (Spät-)Aussiedlern hin. Frenzel und Heringer (2007) führten im Rahmen des Projekts „Interkulturell basierte Schwierigkeiten russischer Aussiedler in Deutschland“ halbstrukturierte, problemzentrierte Interviews mit sechs Russlanddeutschen (je drei Männer und Frauen) durch, um Alltagssituationen aufzuspüren, die den Befragten Schwierigkeiten bereiten. Neben anderen Themenbereichen wurden Schwierigkeiten im Bereich der sprachlichen Integration identifiziert. Ihre mangelnden deutschen Sprachkenntnisse belasten die Befragten und verhindern den Aufbau und die Aufrechterhaltung von sozialen Kontakten. Von einigen Befragten wird die Sprache sogar als Kernproblem der Integration ausgewiesen. Ihnen fällt es vor allem schwer, Gefühle in der Zweitsprache auszudrücken. Frenzel und Heringer heben die Bedeutung der Sprachkenntnisse auch insofern hervor, da die Tendenz, im Wertesystem des Herkunftslandes verortet zu bleiben, durch einen Mangel an deutschen Sprachkenntnissen verstärkt werden kann (Frenzel/Heringer 2007: 23f., 30f.).

Auch die berufliche Integration kann entscheidend von den Sprachkenntnissen beeinflusst werden. Insbesondere weibliche (Spät-)Aussiedlerinnen waren in den 1990er Jahren, als Sprachfördermaßnahmen reduziert wurden, häufig arbeitslos oder mussten einen Berufsumstieg mit damit oft in Verbindung stehender Dequalifizierung hinnehmen, da sie im Herkunftsland vorwiegend Berufe mit hohem Kommunikationsanteil ausgeübt hatten (Steiz 2011: 120f.). Dieser Autor weist auch auf einige teils ältere Studien mit jungen Aussiedlern hin, die deren Sprachprobleme thematisieren (z.B. Dietz/Roll 1998). Dietrich und Selke führten 2007 eine Untersuchung zu russlanddeutschen Jugendlichen an Hauptschulen unter dem Titel „Begleiten statt ausgrenzen“ durch. Die Ergebnisse zeigen, dass die Jugendlichen Hemmungen beim mündlichen Sprachgebrauch haben, was durch die Spezifika der Schulsprache gegenüber der Umgangssprache verstärkt wird. Der Bereich der Schriftsprache ist eine weitere Herausforderung, da sich die russlanddeutschen Schüler auf das lateinische Alphabet umstellen müssen (Dietrich/Selke 2007, zitiert nach Steiz 2011: 97).

Abschließend zu den Deutschkenntnissen soll auf das staatliche Angebot der Integrationskurse eingegangen werden, an denen Spätaussiedler nach Bestätigung durch das Bundesverwaltungsamt ebenfalls teilnehmen können. Die Verbesserung der deutschen Sprachkompetenz ist ein zentrales Ziel der seit 2005 bundesweit angebotenen Kurse. Gemäß der Integrationskursgeschäftsstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2013a) wurde im Jahr 2012 1.289 Spätaussiedlern die Teilnahmeberechtigung bestätigt, was 1 % an allen ausgestellten Berechtigungen entspricht. Es wurden 977 Spätaussiedler als neue Kursteilnehmer registriert, dies entspricht ebenfalls 1 % aller neuen Kursteilnehmer im Jahr 2012. Betrachtet man die Anzahl der Absolventen in den Integrationskursen, so sind es 966 Personen bzw. 1,4 % aller Absolventen. Für den gesamten Zeitraum 2005 bis 2012 liegen die entsprechenden Anteile für (Spät-)Aussiedler bei 4,7 % (ausgestellte Teilnahmeberechtigungen), 5,2 % (neue Kursteilnehmer) und 6,9 % (Kursabsolventen). Sie machen also insgesamt keine sehr bedeutsame Teilnehmergruppe aus, was mit den stark sinkenden Zuwanderungszahlen insbesondere ab 2006 in Verbindung gebracht werden kann (vgl. Kapitel 2).

Auswertungen der Prüfungsergebnisse 2012 des Deutsch-Tests für Zuwanderer durch das BAMF ergeben, dass insgesamt 93.010 Personen (Kurswiederholer eingeschlossen) die Prüfung absolvierten. Die Bestehensquote für erstmalige Kursteilnehmer (ohne Kurswiederholer), die sich auf das

Erreichen des B1-Niveaus bezieht, liegt bei der Gruppe der Spätaussiedler bei 58,7 % und bewegt sich damit nahe dem Durchschnitt der Teilnehmer aller Statusgruppen von 60,9 %. Mit Blick auf die Spätaussiedler muss allerdings berücksichtigt werden, dass sie im Gegensatz zu einigen anderen Statusgruppen nicht zur Teilnahme an den Prüfungen verpflichtet sind.

4.7.2 Bedeutung der Herkunftssprache und Mehrsprachigkeit

Neben der zentralen Bedeutung der Sprache des Aufnahmelandes dürfen auch die Kenntnisse der Sprache(n) des Herkunftslandes nicht aus dem Blickfeld geraten. Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit für den Integrationsverlauf ist zwar umstritten, ungeachtet dessen kann sie jedoch im Alltag von Zuwanderern einen hohen Stellenwert einnehmen (Haug 2008: 5).

Die Analysen von Haug (2008) mit Daten des SOEP machen deutlich, dass die verschiedenen untersuchten Migrantengruppen im Zeitraum 1995 bis 2005 jeweils zu (deutlich) über 80 % angeben, gute bis sehr gute mündliche Kenntnisse in der Herkunftssprache zu haben. Dies gilt für beide Geschlechter. Bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern ist jedoch seit 1999 ein rückläufiger Trend zu beobachten: Sie schätzen 2003 ihre mündlichen Kenntnisse in der Herkunftssprache nur noch zu je etwa 75 % als gut oder sehr gut ein. Die gleiche Entwicklung – ein Abwärtstrend und die im Vergleich mit anderen Migrantengruppen kleinste Gruppe mit positiver Einschätzung – ist bei den schriftlichen Kenntnissen zu verzeichnen. Im Jahr 2003 geben nur noch 60 % der männlichen und etwa 64 % der weiblichen Aussiedler an, gut oder sehr gut in der Herkunftssprache zu schreiben. 1997 lagen die entsprechenden Werte noch bei deutlich über 70 % (Haug 2008: 33f.)

Aus dem zurückgehenden Trend darf jedoch nicht auf einen gänzlichen Bedeutungsverlust der Herkunftssprachen, insbesondere des Russischen, geschlossen werden. Aus der Studie von Haug und Sauer (2007) geht hervor, dass in nur 13 % der befragten Familien von Aussiedlern Deutsch als ausschließliche Familiensprache gesprochen wird. 34,6 % sprechen in der Familie einen Mix aus der Sprache des Herkunftslandes und Deutsch, 24,1 % verwenden ausschließlich die Sprache des Herkunftslandes und 28,4 % wechseln die Sprache personenbezogen, wobei die Eltern die Personen sind, mit denen überwiegend in der Muttersprache gesprochen

wird. Haug führt die geringe (ausschließliche) Verwendung der deutschen Sprache in den Aussiedlerfamilien auf den Umstand zurück, dass deren Zuwanderung relativ spät und im Familienverband erfolgt ist (Haug 2008: 41), während in den damit verglichenen Haushalten von Ausländern (anhand einer anderen Studie, die jedoch mit identischen Frageformulierungen arbeitete) andere Zuwanderungs- und Generationenstrukturen zu anderen Sprachverwendungsmustern beitragen.

Schnar (2010) untersuchte im Rahmen einer Online-Umfrage die Relation zwischen der russischen Sprache und der ethnischen Identitätskonstruktion von russlanddeutschen Jugendlichen. Auch wenn über die Hälfte der Befragten ihre Deutschkenntnisse als gut oder sehr gut einschätzen, verwenden 55 % das Russische in der täglichen Kommunikation, insbesondere innerhalb der Familie (Schnar 2010: 9, 93). Allerdings nimmt die Verwendung der russischen Sprache mit steigender Aufenthaltsdauer ab (Schnar 2010: 94). Daraus leitet die Autorin die Prognose ab, dass „das zwar gegenwärtig noch dominante Russische wohl eher als temporärer Ethnizitätsmarker zur Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft und mögliche Hilfe zur Aufarbeitung der Übersiedlungstraumata bei der jungen Einwanderergeneration dient, jedoch langfristig als Gruppensprache aufgegeben werden wird“ (Schnar 2010: 98). Steiz (2011) konstatiert unter Rückbezug auf eine Aussage von Berend (1998), dass der Spracherwerbsprozess von jungen (Spät-)Aussiedlern bestimmt ist „durch eine hohe Bedeutung des Russischen im sozialen Nahbereich und eine wachsende Bedeutsamkeit der deutschen Sprache im öffentlichen Leben“ (Steiz 2011: 118).

Derselbe Autor verweist außerdem auf generationsspezifische Effekte, indem er sich auf eine Studie von Meng (2001) bezieht. Diese zeigte in ihrer Studie „Russlanddeutsche Sprachbiographien“, die auf 66 sprachbiographischen Interviews zwischen 1992 und 1995 mit 147 Aussiedlern aus der Sowjetunion bzw. der GUS basiert, dass die Sprachkompetenz historisch bedingt innerhalb der Generationen variiert: Urgroßeltern (geboren bis 1924) verfügten bei der Einreise über gute (auch schriftsprachliche) Deutschkenntnisse und verbesserten diese in Deutschland. Bei der Generation der Großeltern (geboren zwischen 1921 und 1950) führte die von ihnen gesprochene russlanddeutsche Mundart zu Kommunikationsproblemen mit Einheimischen. Ihre Defizite bei Lese- und Schreibfähigkeiten verzögerten den Prozess des Spracherwerbs. Die Elterngeneration (geboren zwischen 1948 und 1972) stand vor den größten Herausforderungen. Eine alltägliche Kommunikation war erst im fünften oder sechsten Auf-

enthaltensjahr möglich, in den Familien wurden in Abhängigkeit von den Sprachkompetenzen Deutsch und Russisch gesprochen. Mengs Ergebnisse zeigen jedoch auch die Bemühung einiger Eltern, in der Familie mit den Kindern deutsch zu sprechen (Meng 2001, zitiert nach Steiz 2011: 66ff.). Diese Einstellung der Eltern im Blick auf die „Vorzugssprache“ für ihre Kinder konnte durch die Ergebnisse einer Untersuchung von Berend bestätigt werden, in der knapp 80 % der Eltern die hochdeutsche Standardsprache als Vorzugssprache für ihre Kinder nannten (Berend 1998, zitiert nach Steiz 2011: 70).

Fazit zu Sprachkenntnissen und Spracherwerb von (Spät-)Aussiedlern

Die Kenntnisse der Sprache des Aufnahmelandes sind für den Integrationsprozess von großer Bedeutung und spielen insbesondere für die schulische und berufliche Integration sowie für die soziale Interaktion mit Einheimischen eine entscheidende Rolle. In quantitativ basierten Studien wie dem SOEP schätzen (Spät-)Aussiedler ihre deutschen Sprachkenntnisse im Vergleich mit anderen Migrantengruppen häufiger als gut oder sehr gut ein. Auch die sprachliche Bewältigung von alltäglichen Situationen in Deutschland wird als weitestgehend unproblematisch empfunden. In den bundesweiten Integrationskursen sind (Spät-)Aussiedler keine quantitativ bedeutsame Teilnehmergruppe, weisen aber anhand der Resultate bei den Prüfungen „Deutsch-Test für Zuwanderer“ einen guten Lernerfolg auf.

Dessen ungeachtet können in der Kommunikation und sozialen Interaktion mit Einheimischen auch Schwierigkeiten aufgrund mangelnder deutscher Sprachkenntnisse auftreten. Barrieren werden von einigen (Spät-)Aussiedlern z.B. darin wahrgenommen, Gefühle im Deutschen nicht angemessen ausdrücken zu können. Auch der Zugang zum Wertesystem der Aufnahmegesellschaft kann durch mangelnde Sprachkenntnisse behindert werden. Im schulischen Bereich sind vor allem die Besonderheiten der deutschen Schulsprache eine Herausforderung für die jungen (Spät-)Aussiedler. Bei Personen aus der ehemaligen Sowjetunion konnten zudem generationsspezifische Effekte hinsichtlich Sprachkenntnissen und Spracherwerb isoliert werden.

Die Befunde zur Nutzung der Sprache des Herkunftslandes (insbesondere des Russischen) zeigen, dass diese in den (Spät-)Aussiedlerfamilien zunächst einen hohen Stellenwert einnimmt, im Zeitverlauf jedoch an

Bedeutung verliert, was mit der zunehmenden Bedeutung der Deutschkenntnisse für die (Spät-)Aussiedler im öffentlichen Leben in Verbindung stehen könnte. Die Analysen des SOEP zeigen für diese Zuwanderergruppe eine besonders deutlich sinkende Tendenz in den selbst eingeschätzten Kenntnissen in der Sprache des Herkunftslandes.

4.8 Mediennutzung

Medien in „klassischer“ (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften) und „moderner“ Form (Internet, soziale Netzwerke etc.) sind Träger der gesellschaftlichen Kommunikation und spielen auch für die Integration von Zuwanderern eine wichtige Rolle. Sie können Wissen, soziale Normen und nicht zuletzt Sprache vermitteln, aber auch negative Wirkungen entfalten, beispielsweise durch eine überwiegend problembezogene Berichterstattung über Migration und Integration (Worbs 2010: 15f.). Bei der Nutzung von Medien durch Migranten und ihre Nachkommen in Deutschland wird vor allem die Frage diskutiert, inwieweit eine Nutzung muttersprachiger Angebote stattfindet – also z.B. von russischsprachigen Zeitungen oder Fernsehkanälen⁷⁷ –, und ob dies den Integrationsprozess beeinträchtigt.

Die Mediennutzung wird in keiner amtlichen Statistik erfasst, weshalb auf entsprechende Daten der empirischen Sozial- und Marktforschung zurückgegriffen werden muss. Worbs (2010) bietet einen Überblick über den seinerzeitigen Forschungsstand, wobei auch eine Reihe von Ergebnissen zu (Spät-)Aussiedlern referiert wird. Seitdem sind kaum neue Erkenntnisse hinzugekommen. Zwar haben einige der bei Worbs (2010) dargestellten Untersuchungen Neuauflagen erfahren, insbesondere die von ARD und ZDF beauftragte Studie „Migranten und Medien“, die 2011 ein zweites Mal nach 2007 durchgeführt wurde, und der sogenannte „(N)Onliner-Atlas“ der Initiative D21, der jährlich das Internetnutzungsverhalten der Bevölkerung in Deutschland abbildet. In der ARD/ZDF-Studie wurden jedoch 2011 „Spätaussiedler nicht als gesonderte Stichprobe gezogen, stattdessen wurden Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der Russischen Föderation bzw. den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR einbezogen“

⁷⁷ Einen Überblick über die russischsprachige Medienlandschaft in Deutschland bietet Kissau (2008: 117ff.). Ihre empirische Untersuchung zur Internetnutzung und deren Integrationspotenzial ist jedoch auf jüdische Zuwanderer und nicht auf (Spät-)Aussiedler bezogen.

(Simon/Neuwöhner 2011: 459), so dass die hier interessierende Gruppe in den Ergebnissen nicht abgegrenzt werden kann. Im Rahmen des (N)Onliner-Atlas wurde seit 2008 keine weitere Sonderauswertung nach dem Migrationshintergrund vorgelegt.⁷⁸

Die folgende Darstellung fasst daher im Wesentlichen Ergebnisse aus Worbs (2010) im Hinblick auf die Gruppe der (Spät-)Aussiedler zusammen und differenziert dabei nach der Mediennutzung von Erwachsenen einerseits sowie Kindern und Jugendlichen andererseits.

4.8.1 Mediennutzung erwachsener (Spät-)Aussiedler

Bei der Mediennutzung von (Spät-)Aussiedlern im Erwachsenenalter werden zunächst Fernsehen, Radio und Zeitungen betrachtet. Während deren Nutzung überwiegend mit quantitativ-standardisierten Methoden erfasst wird, so im Rahmen der ARD/ZDF-Untersuchung „Migranten und Medien 2007“, gibt es zur Internetnutzung zusätzlich auch qualitative Arbeiten (Kissau 2007; Kissau/Hunger 2009).

Fernsehen, Radio, Zeitungen

Die Untersuchung „Migranten und Medien 2007“ (zur methodischen Beschreibung: Worbs 2010: 17f.) hat zunächst die so genannten Tagesreichweiten verschiedener Medien in der Bevölkerung ab 14 Jahren erfasst. Das Fernsehen nimmt dabei, wie auch neuere Studien bestätigen, eindeutig eine dominierende Stellung ein. 89 % der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sehen nach eigenen Angaben täglich fern, der Prozentsatz bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt etwas

⁷⁸ <http://www.d21-digital-index.de/> (25.07.2013).

geringer bei 83 %. Für Spätaussiedler wurden 80 % gemessen.⁷⁹ Bezüglich des Hörfunks gibt es hingegen ausgeprägte Reichweitenunterschiede: 84 % der Deutschen, aber nur 47 % der Migranten hören täglich Radio. Die große Differenz ist vor allem durch die geringe Radio-Affinität von türkischstämmigen Migranten bedingt (22 %), während Spätaussiedler mit 56 % über dem Durchschnitt aller Migrantengruppen liegen, aber immer noch deutlich von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund entfernt sind (ARD/ZDF-Medienkommission 2007: 11 und 13).

Besonders intensiv nutzen Medien in der Konzeption der ARD/ZDF-Untersuchung die so genannten Stammnutzer, die ein Medium an vier bis sieben Tagen in der Woche einschalten bzw. zur Hand nehmen. Für sie liegen auch Daten darüber vor, ob sie nur auf deutschsprachige, deutsch- und heimatssprachige oder nur auf heimatssprachige Angebote zurückgreifen. Tabelle 4-11 zeigt die entsprechenden Werte für Spätaussiedler.

Tabelle 4-11: Fernseh-, Radio- und Tageszeitungsnutzung bei Spätaussiedlern, Studie „Migranten und Medien 2007“

	Fernsehen	Radio	Tageszeitungen
Keine Stammnutzer*	16 %	42 %	63 %
Nur deutschsprachig	61 %	56 %	35 %
Deutsch- und heimatssprachig	19 %	1 %	2 %
Nur heimatssprachig	5 %	1 %	0 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %

* Nutzung des entsprechenden Mediums an weniger als vier Tagen in der Woche.
Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Walter et al. (2007: 438); ARD/ZDF-Medienkommission (2007: 18); Simon (2007: 433).

79 Über die Signifikanz (statistische Bedeutsamkeit) der genannten Gruppenunterschiede kann hier nichts ausgesagt werden. Der inhaltlichen Tendenz nach sind sie möglicherweise dadurch zu erklären, dass die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Deutschland besonders viele ältere Menschen aufweist, die mehr zeitliche Ressourcen zum Fernsehen haben (vgl. Abbildung 3.1 zur Altersstruktur). Die etwas unterdurchschnittliche Fernsehnutzung der Spätaussiedler hängt eventuell mit ihrer starken Präsenz in den mittleren Altersgruppen und der ausgeprägten Erwerbsneigung zusammen (vgl. die Kapitel 3 und 4.1). Sie weisen von allen untersuchten Gruppen auch die geringste durchschnittliche tägliche Sehdauer von 165 Minuten auf (Walter et al. 2007: 437).

Zunächst fällt auf, dass – wie auch in anderen Bevölkerungsgruppen – das Fernsehen von mehr als 80 % der Spätaussiedler an vier bis sieben Tagen in der Woche genutzt wird, während bei Radio und Tageszeitungen deutlich höhere Anteile an Personen das entsprechende Medium seltener konsumieren. Dies gilt insbesondere für die Tageszeitungen, wo beinahe zwei Drittel der befragten Spätaussiedler nicht als Stammnutzer einzuordnen sind. Bei den verbleibenden Personen ist jedoch bei allen drei Medien die rein deutschsprachige Nutzung dominant. Lediglich beim Fernsehen erreicht der „gemischte“ Konsum deutscher und heimat Sprachiger Sender noch einen etwas größeren Anteilswert von 19 %. Im Vergleich mit anderen Zuwanderergruppen in der Studie „Migranten und Medien 2007“ sind beim Fernsehkonsum nur noch Befragte mit Hintergrund aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Polen stärker auf rein deutschsprachige Angebote orientiert als die Spätaussiedler (68 % bzw. 66 %). Beim Radio und bei Tageszeitungen sind entsprechende Vergleiche wegen des hohen bzw. stark variierenden Anteils von Nicht-Stammnutzern in den einzelnen Gruppen nicht zielführend.

Anhand des SOEP stellt Tucci (2008: 206) Daten zum Lesen von Tageszeitungen in verschiedenen Migrantengruppen zur Verfügung, jedoch ohne dabei nach der Nutzungsintensität zu differenzieren. Auch anhand dieser Daten nutzen Aussiedler überwiegend deutsche Zeitungen (70 % im Jahr 2000, 65 % im Jahr 2006), deutlich häufiger als dies bei Migranten aus der Türkei, Südwesteuropa und dem ehemaligen Jugoslawien der Fall ist. Parallel dazu ist allerdings im genannten Zeitraum die Gruppe von Aussiedlern, die überwiegend Zeitungen aus dem Herkunftsland liest, deutlich von drei auf 17 % angewachsen. Neben methodischen Unterschieden zur Studie „Migranten und Medien 2007“ könnte dieses Ergebnis auch mit der veränderten Zusammensetzung der Zuwanderung seit etwa Mitte der 1990er Jahre zusammenhängen, also mit dem höheren Anteil von – insbesondere russischsprachigen – Angehörigen (Worbs 2010: 32).

Internet

Die Untersuchung „Migranten und Medien 2007“ weist für das Internet eine Tagesreichweite von 23 % bei den Spätaussiedlern auf, ein eher durchschnittlicher Wert (Deutsche ohne Migrationshintergrund: 28 %, übrige Migrantengruppen zwischen 20 % und 29 %; ARD/ZDF-Medienkommission 2007: 13). 38 % der seinerzeit untersuchten Spätaussiedler wurden als

Stammnutzer des Internets an vier bis sieben Tagen in der Woche identifiziert. Von ihnen gab die große Mehrheit (29 %) an, ausschließlich deutschsprachige Webseiten zu besuchen. Auch dieses Muster ist im Vergleich mit den übrigen untersuchten Migrantengruppen – mit türkischem, ehemals jugoslawischem, italienischem, griechischem und polnischem Migrationshintergrund – insgesamt unauffällig (Simon 2007: 433). Jedoch lag die durchschnittliche tägliche Surfdauer bei den Spätaussiedlern mit 47 Minuten insgesamt am höchsten (Lins/Kempf 2009: 25).

Eine weitere Besonderheit der Spätaussiedler wie auch der türkeistämmigen Migranten ist ein relativ ausgeprägter Geschlechterunterschied: In beiden Gruppen lag der Anteil der männlichen Stammnutzer jeweils mehr als 20 Prozentpunkte über dem der weiblichen. Jeweils nur etwa ein Viertel der Frauen in beiden Gruppen waren zum Untersuchungszeitpunkt häufig im Internet unterwegs (Spätaussiedlerinnen: 27,6 %, Türkinnen: 24,8 %), hingegen beispielsweise Frauen mit polnischem Hintergrund zu 44,4 % (Lins/Kempf 2009: 32). Anhand neuerer Studien ist allerdings bekannt, dass es in den letzten Jahren nochmals starke Nutzungszuwächse beim Internet gegeben hat, gerade auch bei Migranten und allgemein bei Bevölkerungsgruppen, die zunächst weniger auf dieses Medium zugegriffen haben, wie Frauen, ältere Menschen und solche mit geringer formaler Bildung (Worbs 2012: 227). Es kann deshalb angenommen werden, dass die weiblichen Spätaussiedlerinnen mindestens einen Teil ihres noch 2007 konstatierten Rückstandes aufgeholt haben.

Die Sonderauswertung des (N)Onliner-Atlas 2008 nach dem Migrationshintergrund von Internetnutzern (Initiative D21 2008) sowie die Arbeiten von Kissau (2007) bzw. Kissau/Hunger (2009) zur politischen Partizipation im Internet weisen bezüglich (Spät-)Aussiedlern den Nachteil auf, dass nur „postsowjetische“ Migranten allgemein betrachtet werden und nicht ersichtlich ist, welchen Anteil (Spät-)Aussiedler unter diesen Befragten jeweils ausmachen. Bei Kissau (2007: 5) findet sich immerhin der Hinweis, dass bei ihrer Nutzerbefragung von zehn ausgewählten Webseiten, an der 136 Personen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion teilnahmen, rund 22 % ihren ethnischen Hintergrund als „deutsch“ angaben, also vermutlich zu der hier interessierenden Gruppe gehören. In dieser Studie (umfassende Ergebnisse in Kissau/Hunger 2009) wurde erstens eine quantitative und qualitative Webseitenanalyse (99 postsowjetische, 108 türkische und 102 kurdische Webseiten, von denen wiederum je zehn für die qualitative Analyse ausgewählt wurden), vorgenommen. Zweitens wurden

die Anbieter dieser insgesamt 30 Webseiten schriftlich befragt, etwa zu den anvisierten Zielgruppen und zur Vernetzung mit und Kenntnis von ähnlichen politischen Seiten. Dritter Bestandteil der Untersuchung war schließlich die schon erwähnte Online-Nutzerbefragung. Erhoben wurden u.a. soziodemographische Merkmale der Nutzer, ihre Internetgewohnheiten, politische Interessen, Kommunikationsverhalten, Beziehungen zum Herkunftsland sowie Offline-Aktivitäten im Zusammenhang mit der Internetnutzung.

Im Resultat konstatieren die Autoren, dass das Internet tatsächlich zu einer Veränderung der politischen Partizipation von Migranten in Deutschland geführt habe. Es seien unterschiedliche Formen von Online-Öffentlichkeiten abseits der (Offline-)Mainstreammedien entstanden, die deren Informationsangebote ergänzen bzw. in einigen Fällen auch korrigieren. Bei den Migranten aus der früheren Sowjetunion lässt sich dies – ähnlich wie in der Untersuchung von Kissau (2008) – am ehesten als „transnationale Online-Community“ beschreiben: Diese Gruppe nutzt das Internet überwiegend zur Kommunikation mit anderen russischsprachigen Nutzern in den Herkunfts- und in anderen Ländern der Welt, wobei die russische Sprache und Kultur wichtige verbindende Elemente darstellen. Politische Themen interessieren sowohl in Bezug auf das Herkunfts- als auch auf das Aufnahmeland, eine Rückkehr ins Herkunftsland steht jedoch nicht im Zentrum (Kissau/Hunger 2009: 11f. und 123).

4.8.2 Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche aus (Spät-)Aussiedlerfamilien gehören ebenso wie ihre Altersgenossen in Deutschland zur „Multimedia-Generation“ (Lampert et al. 2007: 643), mit einer großen Bedeutung insbesondere elektronischer Medien für das Alltagsleben. Im Folgenden werden drei Studien vorgestellt, bei denen die Altersspanne der untersuchten Personen von acht bis 29 Jahren reicht.

Zusatzuntersuchung zum DJI-Kinderpanel

Im Rahmen des Kinderpanels des Deutschen Jugendinstituts (DJI) wurden 2003 insgesamt rund 500 türkische Familien sowie russlanddeutsche Aussiedlerfamilien mit Kindern im Grundschulalter (acht bis neun Jahre)

untersucht, die zunächst wegen mangelnder deutscher Sprachkenntnisse nicht an der Hauptstudie teilnehmen konnten (Alt 2006). Beisenherz (2006) hat mit den Daten dieser Befragung die Mediennutzung im Zusammenhang mit dem Spracherwerb und der Sprachverwendung der untersuchten Kinder und ihrer Familien analysiert. Die Nutzung von Medien (Fernsehen, Radio, Zeitschriften und Bücher) wird dabei als Indikator der sprachlich-kulturellen Integration angesehen. Sowohl in der türkisch- als auch in der russischsprachigen Gruppe attestieren sich die meisten der befragten Grundschul Kinder (über 70 %) in der Selbsteinschätzung gute Deutschkenntnisse im Verstehen, Sprechen, Lesen und Schreiben, obwohl in den Familien jeweils relativ wenig Deutsch gesprochen wird. Dabei gibt es eine Differenz in der Sprachverwendung dahingehend, dass für die türkeistämmigen Kinder Deutsch eher die Sprache bei Außenkontakten und innerhalb der eigenen Generation (Geschwister) ist, während mit den Eltern und Großeltern überwiegend türkisch gesprochen wird. Für die Aussiedler Kinder existiert hingegen diese generationale Differenzierung so nicht: „Entweder sie reden deutsch – dann auch in der Familie – oder sie beherrschen es nicht, dann reden sie auch mit Geschwistern oder im Interview russisch“ (Beisenherz 2006: 46).

Hinsichtlich der Mediennutzung zeigte sich, dass Kinder beider Gruppen überwiegend zu den starken Nutzern deutschsprachiger Medien gehören (51 % der türkeistämmigen und 62 % bei den Aussiedlerkindern), türkeistämmige Kinder jedoch auch zu 23 % starke Nutzer von herkunftssprachigen Medien sind, was nur auf 5 % der Aussiedler Kinder zutrifft. Dies hat mit unterschiedlich umfangreichen Angeboten für beide Migrantengruppen zu tun, aber offenbar auch mit unterschiedlichen Rezeptionsmustern: Aussiedler Kinder sehen vergleichsweise häufig allein und dann auf Deutsch fern, wodurch dieses Medium eine Art „Tutor“ beim Deutschlernen sein dürfte (Beisenherz 2006: 63). Türkeistämmige Kinder geben hingegen häufiger an, im Familienverbund oder mit Freunden fernzusehen, wobei dann mit den Eltern eher türkische Kanäle als „familiäre Vergewisserung der Herkunftskultur“ geschaut werden.⁸⁰

80 Eggert (2010: 214) betont hingegen, dass gemeinsame Medienrezeption auch bei den von ihr untersuchten Aussiedlerfamilien aus der ehemaligen Sowjetunion einen hohen Stellenwert habe.

Anhand der gleichen Daten hat Steinbach (2006) untersucht, welchen Einfluss die Sozialintegration in verschiedenen Lebensbereichen, darunter die Mediennutzung, auf den Schulerfolg der Kinder hat. Betrachtet wurden dabei deutsche bzw. eigenethnische Zeitschriften (Kinder) bzw. Tageszeitungen (Eltern) sowie Radio- und Fernsehsender. Die Kinder in beiden Gruppen nutzen – wie bereits von Beisenherz festgestellt – deutsche Medien stärker als solche aus dem Herkunftsland der Eltern, türkischstämmige Kinder aber in stärkerem Maße auch türkische Fernsehsender. Bei ihren Müttern ist festzustellen, dass sie alle Medienarten stärker in der Muttersprache als auf Deutsch konsumieren, was bei den Vätern ebenfalls im Hinblick auf Tageszeitungen und Fernsehen gilt. In den Aussiedlerfamilien nutzen die Eltern hingegen deutsche Medien durchgängig häufiger als russischsprachige (Steinbach 2006: 202). Sie neigen daher – ebenso wie ihre Kinder – überwiegend einem „assimilativen“ (rein deutschsprachigen) Mediennutzungsverhalten zu (Steinbach 2006: 203).

Untersuchung im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM)

Auch eine Ende 2008 durchgeführte Untersuchung im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) fokussierte auf Kinder und Jugendliche türkischer und russlanddeutscher Herkunft. Im Mittelpunkt stand diesmal – im Vergleich zum DJI-Kinderpanel – jedoch eine ältere Gruppe (12 bis 29 Jahre), und es sollten insbesondere auch „der Umgang mit und die Einstellung zu neuen Medien wie Internet, Computerspiele und Handy“ thematisiert werden (Trebbe et al. 2010: 10). Die folgende Tabelle 4-12 zeigt für die Gruppe der 12- bis 19-Jährigen Daten zur Ausstattung mit Massen- und Funktionsmedien, wobei die Daten der genannten Studie aus Nordrhein-Westfalen mit solchen zur Gesamtbevölkerung in Deutschland (anhand einer anderen Studie) verglichen werden.

Tabelle 4-12: Individuelle Ausstattung mit Massen- und Funktionsmedien bei 12- bis 19-Jährigen im Jahr 2008

	Spätaussiedler (Russische Föderation)	Türkischer Migrations- hintergrund	Gesamt- bevölkerung
Fernsehgerät	58 %	58 %	61 %
Radiogerät	34 %	25 %	77 %
Zeitungsabonnement*	28 %	15 %	59 %
Computer	65 %	66 %	71 %
Internetzugang	48 %	56 %	51 %
Handy	93 %	89 %	95 %
Spielkonsole	37 %	44 %	45 %
Mobile Spielkonsole	25 %	33 %	41 %

* Nur auf Ebene der Haushalte erhoben.

Quelle: Trebbe et al. (2010: 178f.).

Die Ergebnisse lassen zunächst erkennen, dass es bei der Ausstattung mit eigenen Fernsehgeräten, Computern und Handys kaum Unterschiede zwischen jungen Spätaussiedlern, Gleichaltrigen mit türkischem Migrationshintergrund und der Gesamtbevölkerung gibt.⁸¹ Auch einen eigenen Internetzugang besitzt ungefähr jeder zweite in allen drei Gruppen. Differenzen bestehen vor allem bei Radiogeräten und Zeitungsabonnements (im Haushalt), die in der Gesamtbevölkerung der 12- bis 19-Jährigen weitaus stärker verbreitet sind als in den beiden Gruppen mit Migrationshintergrund. Hier erreichen Spätaussiedler zwar jeweils einen höheren Ausstattungsgrad als die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus türkischen Familien, liegen aber immer noch deutlich hinter den Gleichaltri-

81 Baier et al. (2010: 23) kommen anhand einer Befragung von Schülern der neunten Jahrgangsstufe durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen zu ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich der Ausstattung mit Computern, Fernsehern und Spielkonsolen. Verglichen wurden dabei ebenfalls Jugendliche deutscher und türkischer Herkunft sowie solche aus der ehemaligen Sowjetunion, welche mehrheitlich aus Aussiedlerfamilien stammen. Circa 60 % bis 70 % der befragten Neuntklässler haben einen Computer und/oder Fernseher im eigenen Zimmer, bei den Spielkonsolen liegt der Wert für die Jugendlichen aus der ehemaligen Sowjetunion mit 41 % am niedrigsten (deutsche Jugendliche: 45 %, türkeistämmige Jugendliche: 48 %). Gewaltspiele werden in allen drei Gruppen hauptsächlich von Jungen gespielt (Baier et al. 2010: 30).

gen insgesamt zurück. Sie besitzen zudem im Vergleich der drei Gruppen am wenigsten häufig eigene Spielkonsolen.

Die Mediennutzungsmuster folgen weitgehend der Ausstattung (Trebbe et al. 2010: 179). Die jungen Spätaussiedler nutzen zu 86 % an mindestens vier Tagen in der Woche den Fernseher, zu 75 % das Handy und zu 73 % das Internet, hingegen deutlich weniger Spielkonsolen (16 %) und Zeitungen (12 %). Bei ihrer Internetnutzung ist die im Vergleich mit den beiden anderen Gruppen starke Frequentierung von Chats auffällig (Trebbe et al. 2010: 182); in projektbegleitend durchgeführten Gruppendiskussionen wurde darauf hingewiesen, dass dies einen kostengünstigen Austausch mit Freunden und Verwandten im Herkunftsland ermögliche. Hinsichtlich der Relevanz, die dem Internet zugeschrieben wird, und der Selbsteinschätzung, über das Medium Bescheid zu wissen, unterscheiden sich die Spätaussiedler nicht wesentlich von den beiden Vergleichsgruppen (Trebbe et al. 2010: 184). Für alle untersuchten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, gleich welcher Herkunft, ist der (eigene) Computer vor allem ein Mittel für den Zweck des Internetzugangs. Junge Spätaussiedler haben jedoch auf der Einstellungsebene ein vergleichsweise geringes Interesse an häufigerer Computernutzung (Trebbe et al. 2010: 187). Insgesamt kann man, so die Autoren, jedoch „auf keinen Fall pauschal von einer Kluft zwischen der Mediennutzung und Medienkompetenz junger Migranten auf der einen und ihrer Altersgenossen in der Gesamtbevölkerung auf der anderen Seite sprechen“ (Trebbe et al. 2010: 192). Vielmehr unterscheiden sich die beiden in der LfM-Studie untersuchten Gruppen, also die Spätaussiedler und Befragte mit türkischem Hintergrund, teilweise stärker untereinander als gegenüber den Gleichaltrigen in der Gesamtbevölkerung. Spezifisch ist beispielsweise, wie schon erwähnt, die stärkere Chat-Affinität der jungen Russlanddeutschen, während die türkeistämmigen Befragten häufiger E-Mails schreiben und das Handy nutzen (Trebbe et al. 2010: 193).

Studie zur Rolle der Medien im Integrationsprozess von Heranwachsenden aus der ehemaligen Sowjetunion

Eggert (2010) führte eine explorative Studie mit 24 Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 16 Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion durch, davon 19 aus Spätaussiedlerfamilien. Sie lebten im Untersuchungszeitraum (2003/2004) seit höchstens vier Jahren in Deutschland und sämtlich in Augsburg, einer bayerischen Großstadt mit einem hohen Bevölke-

rungsanteil von (Spät-)Aussiedlern (vgl. Kapitel 4.4). Neben qualitativen Interviews wurden Expertengespräche durchgeführt und eine Inhaltsanalyse von deutsch- und russischsprachigen Medienangeboten vorgenommen. Hauptfragestellung war, welchen Beitrag Medien zur Integration der Kinder und Jugendlichen leisten.

Im Ergebnis stellt die Autorin fest, dass Medien in allen drei von ihr unterschiedenen Integrationsdimensionen – kognitive, soziale sowie identifikatorische Integration – positive wie negative Wirkungen entfalten können (Eggert 2010: 210ff.). Hierzu einige Beispiele:

- Im Bereich der kognitiven Integration unterstützen insbesondere audiovisuelle Medien, aber auch Bücher den Erwerb der deutschen Sprache bei den Kindern und Jugendlichen. Zugleich werden Kenntnisse von Normen und Regeln des Alltagslebens in Deutschland vermittelt, was die Verhaltenssicherheit unterstützt.
- Im Bereich der sozialen Integration schaffen Medienangebote die Möglichkeit der „Anschlusskommunikation“ mit anderen Gleichaltrigen. Die Medienvorlieben der untersuchten Kinder und Jugendlichen „stimmen [...] über weite Strecken mit den Präferenzen der einheimischen Kinder und Jugendlichen überein. Sie schwärmen für die gleichen Stars, hören die gleiche Musik und wenden sich den gleichen Fernsehserien zu“ (Eggert 2010: 219), was Anknüpfungspunkte für Gespräche bietet und zugleich auch die identifikatorische Integration (Vermittlung eines Zugehörigkeitsgefühls in Deutschland) stärkt.
- Chats im Internet werden einerseits genutzt, um sich mit Jugendlichen, die ebenfalls mit ihren Familien aus der ehemaligen Sowjetunion kamen, über die ähnliche Lebenssituation in Deutschland auszutauschen. Andererseits werden so auch Kontakte mit einheimischen Jugendlichen geknüpft und solche aus dem Herkunftsland (Familienangehörige, Freunde)⁸² aufrechterhalten.

82 Siehe auch die weiter oben dargestellten Ergebnisse von Trebbe et al. (2010) zur Nutzung von Chats bei russlanddeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

- Die Rezeption von Musik oder anderen Medienangeboten aus dem Herkunftsland „kann dazu beitragen, sich der kulturellen Identität zu versichern bzw. diese zu überprüfen“ (Eggert 2010: 222). Eine zu starke Zuwendung zu solchen Angeboten kann aber auch die Gefahr der Abgrenzung in sich bergen, wenn deutschsprachige Medien nur noch ergänzend oder gar nicht genutzt werden.
- Auch deutschsprachige Medienangebote können jedoch negative Integrationswirkungen zeitigen, beispielsweise indem in bestimmten Formaten (u.a. Gerichtsshow) verzerrte Abbilder von „Realität“ bzw. „Normalität“ in Deutschland geboten werden. Eine negative Darstellung von Migration kann zudem bei den Kindern und Jugendlichen den Eindruck erwecken, im Aufnahmeland nicht willkommen zu sein (Eggert 2010: 223).

Fazit zur Mediennutzung von (Spät-)Aussiedlern

Das Mediennutzungsverhalten von (Spät-)Aussiedlern und ihren Nachkommen in Deutschland zeigt insgesamt kaum Auffälligkeiten. Wie in der Gesamtbevölkerung ist Fernsehen das wichtigste Alltagsmedium, während Radio und Tageszeitungen weniger häufig in Anspruch genommen werden. Hier wie auch bei der Internetnutzung scheint der deutschsprachige Gebrauch dominant zu sein, was aber nicht ausschließt, dass es in bestimmten Bereichen heimatssprachige „Inseln“ gibt, die von Teilgruppen der (Spät-)Aussiedler genutzt werden. Dies gilt besonders für den russischsprachigen Bereich, sei es bei Printmedien oder bei Online-Foren und Chats, die insbesondere bei Jugendlichen Anklang finden und unter anderem dazu genutzt werden, Kontakte ins Herkunftsland zu pflegen. Auch im politischen Bereich gibt es eigene post-sowjetische „Online-Öffentlichkeiten“.

Bei der nachwachsenden Generation zeigt sich insgesamt eine große Ähnlichkeit zu ihren Altersgenossen in Deutschland, was beispielsweise den Besitz und die Nutzung elektronischer Geräte angeht, aber auch die Mediennutzungsvorlieben. Davon geht nicht zuletzt auch eine starke identifikatorische Wirkung aus. Für Kinder und Jugendliche, die noch nicht sehr lange in Deutschland leben, können deutschsprachige Massenmedien auch die Sprachvermittlung und die Vermittlung von Werten und Normen der Aufnahmegesellschaft unterstützen.

4.9 Gesundheit und Sterblichkeit

Gesundheit bzw. der subjektiv empfundene Gesundheitszustand sind als Indikatoren für die Integration von Zuwanderern anzusehen, da zahlreiche andere Lebensbereiche – so die Teilhabe am Arbeitsleben – davon beeinflusst werden (Engels et al. 2011: 121ff.). Menschen mit Migrationshintergrund weisen im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund teilweise höhere gesundheitliche Risiken auf (RKI 2008; Kohls 2012). Aber es ist in der Regel nicht die Migration an sich, die diese erhöhten Risiken bedingt. In einer umfassenden Sichtweise können vielmehr die erlebten Bedingungen im Herkunftsland, die Motive und Umstände der Migration sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen. Dennoch sind Personen mit Migrationshintergrund nicht grundsätzlich „kränker“ als Personen ohne Migrationshintergrund (RKI 2008: 129; Knipper/Bilgin 2009: 34; Kohls 2011: 212; Kohls 2012: 63). Auch bei der großen Migrantengruppe der (Spät-)Aussiedler lässt sich kein grundsätzlich schlechterer Gesundheitszustand erkennen.

Die Gesundheits- und Sterberisiken der (Spät-)Aussiedler lassen sich allerdings vergleichsweise schwer messen, weil diese mit der Anerkennung des Aussiedlerstatus in der Regel die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen und daher z.B. in der amtlichen Sterbefallstatistik nicht mehr von der deutschen Bevölkerung zu unterscheiden sind (Kohls 2008: 18). Im Mikrozensus ist seit 2005 eine Differenzierung nach Personen mit Migrationshintergrund und eine Identifizierung von (Spät-)Aussiedlern⁸³ möglich. Ebenfalls seit dem Jahr 2005 werden alle vier Jahre Fragen zur Gesundheit gestellt, deren Beantwortung allerdings freiwillig ist.

83 Eine explizite Frage nach dem (Spät-)Aussiedlerstatus wird im Mikrozensus allerdings erst seit 2007 gestellt (vgl. Kapitel 3). Auswertungen früherer Mikrozensus-Jahrgänge, wie die weiter unten dargestellte von Kreft/Doblhammer (2011), beruhen dementsprechend immer auf näherungsweise Eingrenzungen der Gruppe über die angegebene(n) Staatsangehörigkeit(en), deren Erwerb und das Zuzugsjahr.

Durch die Verknüpfung von Daten der Aussiedler-Aufnahmestellen und der Todesursachenstatistiken war es in Nordrhein-Westfalen möglich, Sterberisiken von (Spät-)Aussiedlern nach Todesursachen zu analysieren (Kyobutungi et al. 2005: 376; Ronellenfitsch et al. 2006: 4).

(Subjektiv empfundener) Gesundheitsstatus

In einer Auswertung des Mikrozensus für das Jahr 2005 zeigte sich, dass (Spät-)Aussiedler mit einer kurzen Aufenthaltsdauer (weniger als 15 Jahre) einen besseren Gesundheitsstatus (Krankenstand in den letzten vier Wochen) aufwiesen als Personen ohne Migrationshintergrund (Kreft/Doblhammer 2011: 15). Bei (Spät-)Aussiedlern mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 30 Jahren war dagegen ein schlechterer Gesundheitsstatus als bei Personen ohne Migrationshintergrund festzustellen. Hier spielt neben der Annahme, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer soziale Abstiegsprozesse zu höheren Gesundheitsrisiken führen, vermutlich auch die heterogene Zusammensetzung der (Spät-)Aussiedler eine Rolle (Kreft/Doblhammer 2011: 19).

Eigene Auswertungen des Mikrozensus 2009 zeigen (vgl. Tabelle 4-13), dass Personen mit Migrationshintergrund nach eigenen Angaben in den letzten vier Wochen vor der Befragung zu einem geringeren Anteil krank waren als Personen ohne Migrationshintergrund (12,6 % vs. 15,1 %). Dieser Unterschied ist vor allem durch die unterschiedliche Altersverteilung der Gruppen bedingt: Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional in jüngeren Altersstufen vertreten, in denen der Krankenstand im Allgemeinen niedriger als in höheren Altersstufen ist (RKI 2008: 46). Innerhalb der Personen mit Migrationshintergrund haben (Spät-)Aussiedler einen vergleichsweise höheren Krankenstand, der wiederum mit dem insgesamt höheren Durchschnittsalter dieser Gruppe zu erklären ist (zur Altersstruktur siehe Kapitel 3). Er liegt aber unterhalb des Wertes für Personen ohne Migrationshintergrund und ist damit unauffällig.

Tabelle 4-13: Anteil der kranken/unfallverletzten Personen in den letzten vier Wochen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2009

		krank/unfallverletzt in den letzten 4 Wochen
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	14,4 %
	weiblich	15,8 %
	insgesamt	15,1 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	12,6 %
	weiblich	12,5 %
	insgesamt	12,6 %
<i>darunter:</i>		
(Spät-)Aussiedler	männlich	14,2 %
	weiblich	14,9 %
	insgesamt	14,6 %

Basis sind die Personen, die die freiwilligen Fragen zum Gesundheitszustand beantwortet haben.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b). Eigene Berechnung.

Die eigene, subjektive Beurteilung des Gesundheitszustandes gibt Hinweise auf das Gesundheitserleben, die individuelle Bedeutsamkeit von Gesundheit und die Wahrnehmung der eigenen Befindlichkeit. Neben Alter und Geschlecht wird die Einschätzung der eigenen Gesundheit auch durch sozioökonomische Faktoren wie Bildungsstatus und Einkommen beeinflusst. Für (Spät-)Aussiedler zeigte sich anhand von Analysen des Sozioökonomischen Panels für die Jahre 1995 und 2000, dass vor allem für Ältere (ab 55 Jahren) ihre Zufriedenheit im Zeitverlauf stärker gesunken ist als bei Deutschen, obwohl sich im Zeitverlauf der sozioökonomische Status verbessert hat (Ronellenfitsch/Razum 2004: 8). Dies führen die Autoren überwiegend auf die (eher ungünstigeren) Gesundheitsbedingungen und das (eher „ungesündere“) Gesundheitsverhalten im Herkunftskontext zurück. Diese drücken sich langfristig und vor allem im fortgeschrittenen Alter in einem schlechteren Gesundheitszustand und damit verbunden auch in subjektiv wahrgenommenem „kränkerem“ Befinden aus.

Infektionserkrankungen

Bei Migrantinnen und Migranten sind Infektionskrankheiten im Vergleich zu Nichtmigranten überproportional zu verzeichnen (Kohls 2012: 63). Dies ist vermutlich auch dadurch begründet, dass viele Herkunftsregionen von zugewanderten Personen durch eine höhere Verbreitung von Infektionskrankheiten im Vergleich zu Deutschland geprägt sind. So ist sowohl die Häufigkeit als auch das Neuerkrankungsrisiko von Tuberkulose bei Ausländern und Spätaussiedlern höher als bei der einheimischen Bevölkerung (Kohls 2011: 62). Verschiedene Faktoren wirken hier vermutlich zusammen: Eine Primärinfektion, die möglicherweise bereits im Herkunftskontext erfolgte, sowie die soziale Lage, die verbunden mit beengten Wohnverhältnissen und qualitativ mangelhafter Ernährung die allgemeine Immunabwehr schwächt (RKI 2008: 39). Infolge der erhöhten Risiken werden auf der Basis des Infektionsschutzgesetzes „Risikogruppen“ (zu denen Spätaussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge zählen) bei der Einreise nach Deutschland präventiv einem Tuberkulose-Screening unterworfen (RKI 2008: 38).

Eine Infektion mit dem Bakterium „*Helicobacter pylori*“ kann zu chronischen Magenentzündungen (Gastritis) und Geschwürbildungen führen und ist mit Krebserkrankungen des Magens verbunden. Untersuchungen zeigen, dass diese deutlich häufiger bei türkischen und osteuropäischen Kindern und Erwachsenen als bei der deutschen Bevölkerung auftreten (RKI 2008: 41).

Lebensstil, Risiko- und Gesundheitsverhalten

Die Gesundheit von Migrantinnen und Migranten wird auch durch deren Lebensgewohnheiten beeinflusst. So wurde festgestellt, dass bei männlichen (Spät-)Aussiedlern aus den ehemaligen GUS-Staaten der Alkoholkonsum im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund annähernd gleich ist, hierbei jedoch der Genuss hochprozentiger Getränke überwiegt (Aparicio et al. 2005).

Übergewicht und Adipositas gehen mit einem erhöhten Risiko für Bluthochdruck und weitere Krankheiten einher (RKI 2008: 52). Mit Hilfe des Body Mass Index (BMI) lässt sich ein erhöhtes Gewicht vom Normalgewicht abgrenzen. Bei einer Gegenüberstellung von Personen mit und ohne

Migrationshintergrund anhand des Mikrozensus 2009 zeigen sich faktisch keine Unterschiede (Tabelle 4-14). Bei einem Blick auf die (Spät-)Aussiedler wird jedoch ersichtlich, dass bei dieser Gruppe Übergewicht eine etwas größere Rolle spielt, vor allem wenn man den Anteil der Personen mit (starkem) Übergewicht (BMI-Werte über 25) betrachtet. Vor allem weibliche (Spät-)Aussiedlerinnen weisen einen durchschnittlich höheren BMI als Frauen ohne Migrationshintergrund und auch im Vergleich zu den Frauen mit Migrationshintergrund insgesamt auf. Dies ist möglicherweise mit einem unterschiedlichem Gewichtsverständnis und Körperbild sowie einer geringeren körperlichen Aktivität bei zugewanderten Frauen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung zu erklären (RKI 2008: 54). Bei Männern sind die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund weniger ausgeprägt, jedoch haben auch hier die (Spät-)Aussiedler beim Anteil der (stark) übergewichtigen Personen den höchsten Wert.

Tabelle 4-14: Body-Mass-Index und Anteil der (stark) übergewichtigen Personen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2009

		Durchschnittlicher Body-Mass-Index (BMI)*	Anteil Personen mit (starkem) Übergewicht**
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	26,3	58,6 %
	weiblich	24,9	41,4 %
	insgesamt	25,6	49,9 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	26,1	57,3 %
	weiblich	24,9	41,2 %
	insgesamt	25,5	49,3 %
<i>darunter:</i>			
(Spät-)Aussiedler	männlich	26,5	62,2 %
	weiblich	25,7	48,5 %
	insgesamt	26,1	55,0 %

Basis sind Personen ab 16 Jahren, die die freiwilligen Fragen zu Größe und Körpergewicht beantwortet haben.

* Berechnet als Körpergewicht in kg/Körpergröße in cm zum Quadrat.

** BMI von 25 oder mehr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b). Eigene Berechnung.

Im Mikrozensus 2009 wurden weiterhin Angaben zum aktuellen und früheren Rauchverhalten erfragt. Bei der Analyse nach dem Migrationshintergrund zeigt sich, dass zwar insgesamt ein höherer Anteil der Personen mit Migrationshintergrund zum Befragungszeitpunkt geraucht hat, jedoch bei Männern höhere und bei Frauen niedrigere Anteile als bei Menschen ohne Migrationshintergrund festzustellen waren (Tabelle 4-15). Hinsichtlich des Anteils besonders starker Raucher (mehr als 20 Zigaretten täglich) sind generell bei Personen ohne Migrationshintergrund höhere Anteile zu finden. Damit werden frühere Auswertungen des Mikrozensus 2005 bestätigt. Lampert (2010: 114) vermutet, dass die höhere Verbreitung des Rauchens bei Männern mit Migrationshintergrund mit der schlechteren sozialen Lage im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund zusammenhängt, während die niedrigeren Anteile bei Frauen mit Migrationshintergrund auf die Bedeutung kultureller Besonderheiten schließen lassen.

Innerhalb der Gruppe mit Migrationshintergrund fallen die leicht höheren Raucheranteile bei männlichen sowie die niedrigeren Raucheranteile bei weiblichen (Spät-)Aussiedlern auf. Der Anteil starker Raucher ist in dieser Gruppe insgesamt geringer (Tabelle 4-15).

Tabelle 4-15: Anteil der (starken) Raucher nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2009

		Anteil der Raucher gesamt	Anteil der starken Raucher*
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	29,4 %	14,6 %
	weiblich	21,3 %	8,1 %
	insgesamt	25,2 %	11,8 %
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	35,7 %	12,6 %
	weiblich	19,8 %	6,0 %
	insgesamt	27,7 %	10,3 %
<i>darunter:</i>			
(Spät-) Aussiedler	männlich	33,9 %	9,8 %
	weiblich	15,3 %	5,0 %
	insgesamt	24,1 %	8,2 %

Basis sind Personen ab 15 Jahren, die die freiwilligen Fragen zum Rauchverhalten beantwortet haben.

* Regelmäßiger Konsum von täglich mehr als 20 Zigaretten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b). Eigene Berechnung.

Psychische Belastungen

Die Gründe und Umstände der Migration werden auch bei körperlicher Gesundheit als psychische Belastung erlebt. Eine Befragung von 300 neu eingereisten (Spät-)Aussiedlern kam 2005 zu dem Ergebnis, dass sie über mehr körperliche Beschwerden berichteten als eine deutsche Vergleichsgruppe. Hingegen zeigten sich keine Unterschiede in Bezug auf die Häufigkeit von Krankheiten, die zu einem Arztbesuch führten (Wittig et al. 2004: 92). In einer weiteren Übersichtsstudie wurden (Spät-)Aussiedler mit Einreise in den 1990er Jahren in den Blick genommen. Insgesamt wurden sie als Risikogruppe für psychische Erkrankungen erkannt, unter anderem aufgrund unerwarteter Schwierigkeiten bei der Integration dieser teilweise mit hohen Erwartungen zugewanderten Migrantengruppe (Kornischka et al. 2008: 60).

Sterblichkeit

Bei Analysen zu (Spät-)Aussiedlern wurden geringere Sterberisiken gegenüber der deutschen Bevölkerung beobachtet, sowohl bei der Gesamt- als auch bei der Herz-Kreislauf-Sterblichkeit. Auch bei häufigen Krebserkrankungen (mit Ausnahme von Lungenkrebs bei Männern) lagen die Risiken niedriger. Besonders gering waren die Sterberisiken in höherem Alter sowie mit fortschreitender Aufenthaltszeit (Klug et al. 2003: 248; Kyobutungi et al. 2005: 378; Ronellenfitsch et al. 2006: 5; Becher et al. 2007: 1659).

Vor dem Hintergrund einer hohen „Krisensterblichkeit“ in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist dies ein überraschendes Ergebnis. Eine Erklärung könnte sein, dass die Gruppe der (Spät-)Aussiedler in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine im besonderen Maße selektierte Bevölkerungsgruppe darstellt, die ein anderes Gesundheits-, Risiko- und Sozialverhalten aufweist als die Mehrheit der Bevölkerung in der ehemaligen Sowjetunion (Kohls 2011: 76).

Fazit zu Gesundheit und Sterblichkeit von (Spät-)Aussiedlern

Aufgrund der höheren Verbreitung von Tuberkulose in den Herkunftsregionen ist sowohl die Häufigkeit als auch das Neuerkrankungsrisiko von Tuberkulose bei (Spät-)Aussiedlern höher als bei der einheimischen

Bevölkerung. Auswertungen des Mikrozensus 2009 weisen nach, dass innerhalb der Personen mit Migrationshintergrund (Spät-)Aussiedler einen vergleichsweise hohen Krankenstand haben, der allerdings mit dem insgesamt höheren Durchschnittsalter zu erklären ist. (Spät-)Aussiedler weisen geringere Sterberisiken gegenüber der deutschen Bevölkerung auf, sowohl bei der Gesamt- als auch bei der Herz-Kreislauf- und Krebssterblichkeit. Besonders gering waren die Sterberisiken in höherem Alter sowie mit fortschreitender Aufenthaltszeit.

Im Hinblick auf das Gesundheitsverhalten zeigt sich, dass bei männlichen (Spät-)Aussiedlern der Genuss hochprozentiger Alkoholika verbreiteter und die Raucheranteile höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund sind. Bei (Spät-)Aussiedlerinnen ist Übergewicht im Vergleich zu Frauen ohne Migrationshintergrund häufiger anzutreffen, jedoch sind die Raucheranteile deutlich geringer.

4.10 Kriminalität und abweichendes Verhalten

Strafrechtlich relevantes Verhalten kann als ein Hinweis auf Integrationsprobleme gesehen werden. Im Jahr 2008 legten Haug et al. (2008a) eine umfassende Bestandsaufnahme der damals vorhandenen Daten zur Kriminalität von Aussiedlern vor (zusammenfassend auch Haug et al. 2008b: 222ff.). Diese Erkenntnisse werden im Folgenden punktuell anhand neuerer Studien ergänzt. Im Bereich der Kriminalität ist die Unterscheidung nach dem polizeilich bekannten Hellfeld (vgl. Kapitel 4.10.1) und dem nicht ins Visier der Strafverfolgung gelangten Dunkelfeld (vgl. Kapitel 4.10.2) wichtig. Kapitel 4.10.3 behandelt (jugendliche) Aussiedler im Strafvollzug sowie die Problematik des Gebrauchs von illegalen Drogen.

4.10.1 Hellfeldstudien

Die wichtigste Datenquelle im Hellfeld in Deutschland ist die jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Es handelt sich bei der PKS um eine Tatverdächtigen-Statistik. Sie ist „eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen strafrechtlichen Sachverhalte unter Beschränkung auf ihre erfassbaren wesentlichen Inhalte (...)“. Die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik wird besonders dadurch eingeschränkt, dass der Polizei ein Teil der begangenen Straftaten nicht bekannt wird. Der

Umfang dieses Dunkelfeldes hängt von der Art des Deliktes ab und kann sich unter dem Einfluss variabler Faktoren im Zeitablauf ändern“ (Bundeskriminalamt 2012: 7).

In der PKS wird allerdings nur eine Unterscheidung nach Deutschen und Ausländern vorgenommen, keine Unterscheidung nach dem Migrationshintergrund. Damit ist auch keine bundesweite Betrachtung des Hellfeldes zu (Spät-)Aussiedlern vergleichend mit Deutschen insgesamt oder Ausländern möglich. Zudem werden auch weitere Vorbehalte gegen die PKS vorgebracht.⁸⁴ Diese betreffen nicht nur die bundesweiten Daten, sondern auch bundesländer-, regionalbezogene und/oder auf bestimmte Altersgruppen gerichtete Auswertungen der PKS.

In den meisten Bundesländern werden Aussiedler in der PKS nicht gesondert ausgewiesen (so in Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen).⁸⁵ Zudem werden Aussiedler bei PKS-basierten Analysen – anders als früher (Haug et al. 2008a) – auch mit Blick auf bestimmte Altersgruppen, etwa im Hinblick auf junge Menschen als Tatverdächtige und Opfer von Straftaten, nicht (mehr) gezielt analysiert (dies gilt ebenfalls für die oben genannten Bundesländer mit Ausnahme des Saarlands; siehe dazu auch Kemme et

84 So weist das Bundeskriminalamt (2012: 7 und 122) darauf hin, dass eine Bewertung der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung von Ausländern im Vergleich zu Deutschen wegen verschiedener Faktoren nur eingeschränkt möglich ist. Dabei kann zwischen statistikimmanenten Faktoren (Kriminalität illegal Aufhältiger wird erfasst, Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz können nur Ausländer begehen), soziodemographischen Faktoren (unterschiedliche Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur der Migranten) und weiteren einschränkenden Faktoren (u.a. häufigere Kontrollen und Anzeigen bei Migranten) unterschieden werden. Das Hellfeld ist auch abhängig von Änderungen in der Rechtslage, der Intensität polizeilicher Ermittlungsarbeit und dem Anzeigeverhalten der Bevölkerung. „Die Polizeiliche Kriminalstatistik bietet also kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität“ (Bundeskriminalamt 2012: 8).

85 Für alle aufgeführten Länder wurde eine Internetrecherche bei den entsprechenden Landeskriminalämtern durchgeführt. Es ergaben sich keinerlei Treffer bezüglich Aussiedlern in den entsprechenden Jahresberichten für das Jahr 2011, die zumeist Mitte/Ende des Jahres 2012 veröffentlicht wurden.

al. 2011: 161).⁸⁶ Für Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen, wo noch einige neuere aussiedlerspezifische Ergebnisse vorliegen, werden diese im Folgenden dargestellt.

Baden-Württemberg

Wurden in den Jahresberichten 2006 und 2007 zur Jugendkriminalität in Baden-Württemberg noch vergleichsweise viele Ergebnisse zu Aussiedlern berichtet (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2007; 2008), so wurde diese intensive Berichterstattung mit dem Jahresbericht 2008 eingestellt.⁸⁷ In den Jahresberichten 2008 bis 2010 finden sich nur noch wenige Ausführungen zu Intensivtätern in Bezug auf Aussiedler (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2009a: 13, 76; 2010: 10, 80; 2011: 11, 80), in den Folgejahren sind dann ähnliche Abhandlungen nicht mehr vorhanden.

Betrachtet man die aufgeklärten Straftaten im Jahre 2007 (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2008: 29), dann beträgt deren Summe 477.732. Von erwachsenen Aussiedlern wurden 24.055 der aufgeklärten Straftaten begangen, 1.195 von Kindern, 4.394 von Jugendlichen, 4.407 von Heranwachsenden⁸⁸ und 9.615 von unter 21-jährigen Aussiedlern. Dies entspricht in der Summe 43.666 Fällen bzw. 9,1 % der Gesamtzahl. Heranwachsende und unter 21-jährige Aussiedler sind innerhalb ihrer jeweiligen Altersgruppe beim Anteil an den aufgeklärten Straftaten in etwas höherem Maße (10,0 % bzw. 9,6 %) vertreten.

Die Straftaten der Aussiedler scheinen sich darüber hinaus dadurch auszuzeichnen, dass sie im Vergleich zu Deutschen gesamt sowie Nicht-deutschen verstärkt in Mehrtäterschaft, unter Alkoholeinfluss und wohnortnah verübt werden (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2008:

86 Auch hier wurde für alle aufgeführten Länder eine Internetrecherche bei den entsprechenden Landeskriminalämtern bezüglich Jugendkriminalität durchgeführt. Es ergaben sich keinerlei Treffer bezüglich jugendlichen Aussiedlern in den entsprechenden Jahresberichten für das Jahr 2011, die zumeist Mitte/Ende des Jahres 2012 veröffentlicht wurden.

87 Für eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse aus dem Jahresbericht 2006 (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2007) sei auf Haug et al. (2008a: 10f) verwiesen.

88 Die genaue Altersabgrenzung der genannten Gruppen ist in der Publikation nicht erläutert.

29).⁸⁹ Insgesamt gab es von 2006 auf 2007 eine Zunahme der aufgeklärten Fälle bei Kindern (+13,5 %, aber nur eine kleine Gruppe insgesamt, siehe oben) und Erwachsenen (+6,2 %), während diese bei Jugendlichen (-6,1 %), Heranwachsenden (-8,7 %) und unter 21-jährigen Aussiedlern (-4,7 %) zurückgingen.

Für das Jahr 2010 wurde im Jahresbericht zur Jugendkriminalität in Baden-Württemberg das letzte Mal eine Differenzierung nach Aussiedlern beim sogenannten Initiativprogramm „Jugendliche Intensivtäter“ (JUGIT)/Schwellentäter vorgenommen. Zum 31. Dezember 2010 wurden insgesamt 421 Intensivtäter im Initiativprogramm betreut. Von den 251 Intensivtätern mit deutscher Staatsangehörigkeit waren 31 (12,4 %) Spätaussiedler (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2011: 11). 2009 waren es noch 14,7 % gewesen.⁹⁰

Hingegen wird im Jahresbericht 2012 zur Rauschgiftkriminalität in Baden-Württemberg weiter auf Aussiedler eingegangen (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2013: 7). Von 2011 auf 2012 sind die Rauschgift-Todesfälle insgesamt von 139 auf 127 gesunken. Bei den Aussiedlern gab es einen Rückgang auf 22 (2011: 35) Todesfälle. Dominierend sind dabei Personen aus Kasachstan mit 13 (2011: 20) Opfern. Bei den ausländischen Staatsangehörigen liegt die Zahl der Todesfälle wie 2011 unverändert bei 16 (vgl. zu weiteren Analysen mit dem Fokus auf illegale Drogen: Kapitel 4.10.3).

Hessen

Anhand einer Aktenanalyse von 1.328 14- bis 63-jährigen Mehrfach- und Intensivtätern in Hessen mit Daten aus dem Jahr 2006 vermuten Koch-Arzberger et al. (2008: 81), dass darunter etwa 10 % Aussiedler, 60 % (andere) Deutsche, 23 % Ausländer und rund 7 % Doppelstaater sind. Ob

⁸⁹ Koch-Arzberger et al. (2008: 162) kommen auf Grundlage von Experteninterviews ebenfalls zu dem Ergebnis, dass insbesondere Mehrfach- und Intensivtäter unter Spätaussiedlern verstärkt Taten unter Alkoholeinfluss begehen würden. Zudem werden von den Experten im höheren Maße Suchtprobleme bei dieser Personengruppe wahrgenommen (vgl. Kapitel 4.10.3).

⁹⁰ Dieser Rückgang mag ein Grund dafür sein, dass ab dem Jahresbericht 2011 zur Jugendkriminalität bei JUGIT nicht mehr nach Aussiedlern differenziert wird.

Aussiedler bei den Mehrfach- und Intensivtätern über- oder unterproportional vertreten sind, lässt sich nicht genau sagen, da keine entsprechenden Daten zur Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehen. Eine vertiefende Auswertung (Koch-Arzberger et al. 2010: 214) zeigt, dass Mehrfach- und Intensivtäter mit Aussiedlerhintergrund weniger häufig als etwa türkische Mehrfach- und Intensivtäter bei Rohheitsdelikten Waffen mitführen. Hingegen sind Belastungsfaktoren wie Drogen- oder Alkoholabhängigkeit bei ihnen ein verstärktes Problem. Ähnlich häufig (etwa zu 95 %) wie türkische Mehrfach- und Intensivtäter haben Aussiedler als Mehrfach- und Intensivtäter bereits mindestens eine Straftat gemeinschaftlich begangen (bei einheimischen deutschen Mehrfach- und Intensivtätern hingegen „nur“ knapp 90 %).

Niedersachsen

Seit dem 1. Januar 1998 werden in Niedersachsen Aussiedler in der PKS erfasst. Insgesamt ist die Zahl der tatverdächtigen Aussiedler jedoch seit Jahren rückläufig (Haug et al. 2008a: 13), so auch von 2009 (18.274 tatverdächtige Aussiedler) über 2010 (17.382) auf 2011 (15.778) (Landeskriminalamt Niedersachsen 2010: 56; 2011: 56; 2012: 55). Im Jahr 2011 waren mehr als 50 % der tatverdächtigen Aussiedler zwischen 21 und 39 Jahren alt (Landeskriminalamt Niedersachsen 2012: 55). Aussagen zum Anteil der Aussiedler an der deutschen Gesamtbevölkerung in Niedersachsen sind nicht möglich, da keine Stichtagszählung stattfindet.

4.10.2 Dunkelfeldstudien

Die bereits in den Kapiteln 4.6 und 4.8 zitierte Schülerbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (Baier al. 2010) beschäftigte sich unter anderem mit Bedingungsfaktoren von Jugendgewalt. Einige wenige Angaben sind dabei auch zu Schülerinnen und Schülern aus der neunten Jahrgangsstufe mit einem Aussiedlerstatus möglich. Wird nach Migrationshintergrund hinsichtlich der von den Jugendlichen selbstberichteten Prävalenz im Bereich der Gewaltdelinquenz (leichte und schwere Körperverletzung, Raub, Erpressung, sexuelle Gewalt) differenziert, dann sind Aussiedlerjugendliche eher als durchschnittlich bis unterdurchschnittlich gewalttätig anzusehen. Für den Zeitraum der letzten zwölf Monate vor der Befragung gaben folgende Anteile der Jugendlichen aus

Westdeutschland eine Gewalttäterschaft an: Aussiedlerjugendliche aus der ehemaligen Sowjetunion 17,8 %, Aussiedlerjugendliche aus Polen 16,6 %. Deutlich geringer liegen die Werte unter anderem für einheimische deutsche Jugendliche (11,4 %) und solche mit asiatischem Hintergrund (10,2 %), deutlich höher für solche aus Südeuropa (23,4 %) und Italien (20,8 %) (Baier et al. 2010: 77f.). Auch für die Mehrfachtäterschaft (mindestens fünf Gewalttaten im Zwölf-Monats-Zeitraum) ergibt sich eine Mittelposition der Aussiedlerjugendlichen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie Polen mit 6,3 % bzw. 5,5 % Nennungen (einheimische deutsche Jugendliche: 3,2 %, Asien: 2,6 %, Arabien/Nordafrika: 9,0 %, Nordamerika: 8,2 %). Weitere Analysen, bei denen der Grad der Integration mit der (Mehrfach-)Gewalttäterschaft in Zusammenhang gesetzt wird, zeigen, dass sich das Risiko, als (Mehrfach-)Täter in Erscheinung zu treten, mit zunehmender Integration verringert (Baier et al. 2010: 79f.).

Zdun (2007) nimmt eine qualitative Analyse gewalttätiger Verhaltensweisen in Cliques junger Russlanddeutscher vor. Dazu wurden Gespräche mit zwölf 16- bis 25-jährigen Russlanddeutschen geführt. Ein Merkmal für die Auswahl der Befragten war, dass diese entweder über eigene Gewalterfahrungen verfügten oder Gewalt, etwa im Freundeskreis oder in der Diskothek, beobachtet hatten. Zudem lebten die befragten russlanddeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen schon mehrere Jahre in Deutschland und sprachen Deutsch (Zdun 2007: 60).⁹¹ Der Autor kommt zu dem Schluss, dass dem Gewaltverhalten ein bestimmtes Regelwerk, das der „Straßenkultur“, zugrunde liegt. Die Eskalationsdynamik von Gewalt verläuft über 1) Beleidigung/Ehrverletzung, 2) Diskussion, 3) Eskalation, 4) Schlägerei und schließlich 5) soziale Anerkennung durch Freunde. „Jegliches Verhalten, das als feige und schwach interpretiert werden kann, kann zu einem Verlust von Ehre und von sozialer Anerkennung oder zum Ausschluss aus dem Freundeskreis führen, da es den Zusammenhalt des Kollektivs gefährden kann“ (Zdun 2007: 207). Körperliche Gewalt wird dabei als Männersache erachtet, Frauen kommen eher als Auslöser der gewalthaften Konflikte vor, denn „es erfordert gemäß der Straßenkultur der Ehre der Männer, sich für die Freundinnen einzusetzen, wenn diese

91 Besonders das Auswahlkriterium der eigenen Gewalterfahrungen beziehungsweise von beobachteter Gewalt im näheren sozialen Umfeld macht deutlich, dass es sich in der Untersuchung von Zdun um eine selektive Zielgruppe handelt. Sie darf nicht als repräsentativ für alle 16- bis 25-jährigen Russlanddeutschen angesehen werden, was aber auch nicht die Absicht des Autors ist.

beleidigt oder angepöbelt werden“ (Zdun 2007: 207).⁹² Die Gewalt bleibt zumeist innerhalb von Gleichgesinnten, wobei „Gleichgesinnte“ nicht im Sinne einer ethnischen Gruppe zu verstehen sind, sondern hinsichtlich der Einstellungsmuster und des Wissens um die „Regeln der Straße“ (Zdun 2007: 208). Ein gemeinsames Merkmal ist eher eine gewisse Randständigkeit oder Prekarität, nicht alleine die ethnische Herkunft. Allerdings geht diese Prekarität nicht selten im sozialen Umfeld mit einer Verfestigung ethnisch homogener Wohnquartiere einher. Insofern gibt die Analyse von Zdun (2007) einen Einblick in Gewaltverhalten, welches aber in dieser Form nicht nur bei jungen Russlanddeutschen, sondern – unter vergleichbaren Bedingungen des Aufwachsens – auch bei anderen migrantischen Jugendlichen in randständiger Lage ablaufen könnte.⁹³

4.10.3 (Jugendliche) Aussiedler im Strafvollzug/Gebrauch von illegalen Drogen

Bannenberg (2009: 164f.) berichtet, dass sich die Situation mit Aussiedlern im Jugendstrafvollzug seit etwa 2002 leicht beruhigt habe (ähnlich Stelly/Walter 2011: 50). Allerdings wird in einigen Studien von einer Problemverlagerung in den Erwachsenenstrafvollzug berichtet. Eine besondere Herausforderung stelle der Drogenkonsum von Inhaftierten dar: „Im Einklang mit anderen Untersuchungen wird beschrieben, dass die Jugendlichen bereits nach kurzer Zeit harte Drogen (Heroin) konsumieren und entsprechende gesundheitliche Folgen davontragen“ (Bannenberg 2009: 165). Immer wieder finden sich in Studien Hinweise darauf, dass der Gebrauch von illegalen Drogen verstärkt bei (jugendlichen) (Spät-)Aussiedlern auftritt (so auch Vogelgesang 2008: 157; zur Suchtprävention vgl. Kapitel 4.11.1). Mit neueren Daten bis 2009 zeigen Stelly/Walter (2011: 51f.) jedoch, dass – zumindest in der von ihnen betrachteten Jugendstrafanstalt Adelsheim – Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz von 38 % aller Hauptdelikte russlanddeutscher Jugendlicher im Jahr 1999 auf 20 % im Jahr 2009 zurückgegangen sind (insgesamt inhaftierte Personen im Jugendstrafvoll-

92 Zum gewaltaffinen Männlichkeitsbild bei bestimmten Gruppen von Aussiedlerjugendlichen siehe auch Vogelgesang (2008a: 176ff.); Kemme et al. (2011: 41); Stelly/Walter (2011: 52).

93 Zdun mahnt entsprechend auch in seinen Schlussworten an: „Künftig sind Daten darüber zu gewinnen, in welchen Maße die Straßenkultur in verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt ist (...)“ (Zdun 2007: 212).

zug in Adelsheim mit einem Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz: 1999 26 %, 2009 12 %). Hingegen war 2009 häufiger als früher Diebstahl das Hauptdelikt der inhaftierten russlanddeutschen Jugendlichen (1999: 24 %, 2009: 30 %, zum Vergleich alle: jeweils 27 %). Bei einem am Zugangstag in die Jugendstrafanstalt Adelsheim ausgefüllten Fragebogen berichteten jedoch 2009 noch immer rund 75 % in dieser Gruppe von gelegentlichem oder regelmäßigem Drogenkonsum.⁹⁴ Kemme et al. (2011: 158) befanden demgegenüber anhand von Expertengesprächen in Bayern, dass der Bereich der Rauschgiftkriminalität im Vollzug zurückgehe, es also weniger Tatverdächtige aus der Gruppe der Aussiedler als noch Anfang der 2000er Jahre gäbe.

Disziplinarisch sind russlanddeutsche Gefangene in der JVA Adelsheim etwas überdurchschnittlich auffällig, aber nicht häufiger gewalttätig als andere Gefangene (Stelly/Walter 2011: 51). Die genannten Autoren gehen für das Jahr 2009 davon aus, dass junge Aussiedler im Strafvollzug im Verhältnis zu ihrem Anteil an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung etwa um das Zwei- bis Zweieinhalbfache überrepräsentiert seien. Ob dies daran liegt, dass junge Aussiedler häufiger und gegebenenfalls schwerere Straftaten begehen, schneller zur Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt werden oder ihr abweichendes Verhalten von der Gesellschaft und ihren Institutionen eher wahrgenommen und sanktioniert wird, ist letztlich ungeklärt. Wahrscheinlich spielen alle genannten Faktoren eine Rolle.

Vogelgesang (2008: 159ff.) berichtet zudem mit Bezug auf andere ältere Studien und ergänzt durch qualitative Interviews mit Gefängnismitarbeitern der Jugendvollzugsanstalt Wittlich von vergleichsweise stark hierarchischen Strukturen, geheimen Machtsymbolen und Schweigekodexen unter (deutsch)russischen Häftlingen und einer „russischen Subkultur“ (Vogelgesang 2008: 164) im Strafvollzug. Stelly/Walter (2011) konstatieren

94 Für das Jahr 2008 sah das Landeskriminalamt Baden-Württemberg noch Anlass zur Sorge, dass Spätaussiedler aus den GUS-Nachfolgestaaten verstärkt im Bereich der organisierten Kriminalität tätig seien. „Landesweit werden Ermittlungsverfahren gegen Spätaussiedler aus den GUS-Nachfolgestaaten geführt, die den Handel mit Heroin dominieren. Kennzeichnend für diese Gruppierungen sind die extreme Abschottung, strikte Trennung der Lieferanten und Verteilerebenen sowie ein hohes Droh- und Gewaltpotential, das bis in die Justizvollzugsanstalten reicht“ (Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2009b: 8). Solche Passagen finden sich jedoch nicht mehr im Jahresbericht zur organisierten Kriminalität für das Jahr 2011.

hingegen „eine gewisse Emanzipation der jungen Russlanddeutschen aus subkulturellen Strukturen“ (Stelly/Walter 2011: 53) im Jugendstrafvollzug. Insgesamt sehen diese Autoren durch weniger Sprachprobleme und verstärkten Zugang zu (höheren) Schulabschlüssen eine deutlich weniger angespannte Lage bei jungen Aussiedlern im Jugendstrafvollzug als noch in den 1990er und frühen 2000er Jahren (Stelly/Walter 2011: 53).

Fazit zu Kriminalität und abweichendem Verhalten von (Spät-)Aussiedlern

Es werden aktuell kaum noch Hellfeldstudien zu (Spät-)Aussiedlern und ihren Nachkommen durchgeführt. In amtlichen Kriminalstatistiken werden sie meist nicht mehr gesondert ausgewiesen. Die wenigen, auf einzelne Bundesländer bezogenen Analysen deuten auf rückläufige Zahlen hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung von (Spät-)Aussiedlern und ihren Nachkommen hin. Allerdings sind die Ergebnisse nur beschränkt aussagekräftig, da nicht klar ist, ob diese Gruppe immer korrekt identifiziert werden kann.

Mit Bezug auf Steffen/Elsner (2000: 1) und ihrer Aussage „Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern eine Frage von Lebenslagen“ ist auch heute noch darauf hinzuweisen, dass die etwas höhere Gewaltbereitschaft bei jugendlichen – meist männlichen – Aussiedlern im Vergleich zu einheimischen jugendlichen Deutschen nicht allein als Hinweis auf die ethnische Herkunft, sondern auch auf weiterhin vorhandene problematische Lebenslagen verstanden werden sollte. Die noch in den frühen 2000er Jahren oft berichteten Probleme von Aussiedlern mit illegalen Drogen und Rauschgiftkriminalität scheinen sich etwas reduziert zu haben. Allerdings ist die Problematik immer noch vorhanden, aber nach den vorliegenden punktuellen Befunden nicht mehr so virulent. Mit einer Angleichung an die Lebensverhältnisse der einheimischen Deutschen scheinen in der Regel auch Kriminalität, abweichendes Verhalten und vorurteilsbehaftete Einstellungen (siehe dazu Kapitel 4.6.5) gegenüber anderen Gruppen abzunehmen.

4.11 Soziale Arbeit, Mentoring, Beratung

Soziale Arbeit „begleitet, berät, unterstützt, pflegt und betreut Personen, die der Hilfe bedürfen, sie versucht aber auch soziale Situationen bzw. die

sozialen Bedingungen des Lebens zu verändern“ (Rauschenbach/Züchner 2002, zitiert nach Frank 2011: 16). Die Vielfalt an Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit kommt in dieser Definition deutlich zum Tragen. Neben einer Analyse von Forschungsergebnissen zum Verhältnis von professionell Tätigen und der Klientel der (Spät-)Aussiedler in der psychosozialen Versorgung wird im folgenden Kapitel auch auf präventive Maßnahmen im Bereich Sucht bei jugendlichen (Spät-)Aussiedlern sowie auf psychosomatische Symptome bei der älteren Generation als Folge ihrer Migrationserfahrung eingegangen. Des Weiteren sollen die sozialen Netzwerke sowie Mentoringansätze in ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit mit (Spät-)Aussiedlern anhand der vorhandenen Forschungsergebnisse bewertet werden.

4.11.1 Psychosoziale Versorgung von (Spät-)Aussiedlern

Grothe (2008) beschäftigt sich mit der Interaktion zwischen einheimischen Beratern und Klienten aus der ehemaligen Sowjetunion in der psychosozialen Versorgung. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung von psychosozialen Regelinstitutionen war das Ziel der Studie, „augenscheinlich gelungene Berater-Klienten-Beziehungen zu untersuchen, um herauszufinden, wie es einheimische Berater konkret meistern, den Zugang zur Klientel mit Migrationshintergrund zu erhalten und darüber hinaus eine tragfähig auf Kontinuität beruhende Beziehung aufzubauen“ (Grothe 2008: 223). Die Analysen beruhen auf der Aufzeichnung von Beratungsgesprächen sowie Einzelinterviews mit Klienten und Beratern in einer Suchtberatungsstelle. Insgesamt wurden elf Gespräche analysiert.

Als für den Beziehungsaufbau bedeutsam stellte sich die Fähigkeit des Beraters heraus, auf den Klienten in russischer Sprache zugehen zu können, wobei nicht ausschlaggebend ist, dass die Beratung durchgehend in russischer Sprache durchgeführt wird. Vielmehr wird auch die nur teilweise Verwendung der russischen Sprache von den Klienten als „symbolischer Akt“ (Grothe 2008: 224) anerkannt. Wichtig seien weiterhin niedrigschwellige Angebote und eine früh einsetzende Phase des Kontakt- und Vertrauensaufbaus in ungezwungener Atmosphäre. Mit Blick auf die Relevanz für die Soziale Arbeit sei letztendlich die Anerkennung der Einzigartigkeit der Klienten bedeutsam sowie die kontinuierliche Selbstreflexion der professionell Tätigen, um Vorurteilen entgegenzuwirken und „Gewohnheiten in

den Handlungspraxen der professionellen Akteure, die sich über längere Arbeitsjahre ‚eingeschlichen‘ haben, aufzudecken sowie eigene Überschätzungen aufzuspüren“ (Grothe 2008: 229).

Generell sind Personen mit Migrationshintergrund sowohl als Klienten als auch als professionelle Akteure in der Gesundheitsversorgung in Deutschland unterrepräsentiert (Bundesweiter Arbeitskreis Migration und öffentliche Gesundheit 2005, zitiert nach Fischer 2008: 267). Ausgehend davon führte Fischer (2008) zwölf leitfadengestützte, biographisch-narrative Interviews mit russlanddeutschen, russischen und ukrainischen Migranten, die in der psychosozialen Versorgung von russischen Staatsangehörigen und Russlanddeutschen in einer ostdeutschen Region tätig sind. Der Fokus des Interesses liegt also in diesem Fall auf den Beratern, nicht auf den Klienten. Integrationsarbeit sowie eine Form des *peer counselling* gehören maßgeblich zur beruflichen Praxis der befragten Personen, auch wenn diese Aspekte keine expliziten Ziele ihrer Tätigkeit sind. *Peer counselling* wird dabei als „Beratung durch Menschen [verstanden], die in ihrem Leben vergleichbaren Problemstrukturen ausgesetzt sind oder in der Vergangenheit ausgesetzt waren“ (Wienstroer 1999, zitiert nach Fischer 2008: 269). Im Kontext der Arbeit von Migranten mit Migranten kann der Aspekt von „Betroffenheit“ ein wesentliches Element in der Beratungsarbeit darstellen. Die befragten Berater weisen aufgrund der gemeinsamen Erstsprache, der Sozialisation in der ehemaligen Sowjetunion sowie der Zugehörigkeit zu einer (ethnischen) Minderheit in Deutschland einen „biographischen Erfahrungsraum und Erwartungshorizont“ (Koselleck 1992, zitiert nach Fischer 2008: 271) auf, der sie mit ihren Klienten verbindet.⁹⁵ Beratungskompetenz im Sinne einer „Betroffenheit“, aber auch damit in Verbindung stehende Risiken wie beispielsweise eine Überidentifikation mit den Klienten spiegeln sich in der Beratungsarbeit wider (Fischer 2008: 267ff., 275f.).

Auf Basis der Auswertung von drei Interviews (Fischer 2008: 276, 278ff.) konnte gezeigt werden, dass das Wissen, welches in Verbindung mit der Herkunft steht, von den Befragten als Expertenwissen eingestuft und dadurch gewissermaßen „das Fachwissen der Lebenserfahrung unterge-

95 Reitemeier (2007; 2011) thematisiert demgegenüber Kommunikationsprobleme, die bei der Interaktion „einheimischer“ Sozialarbeiter bzw. Berater mit (Spät-)Aussiedlern auftreten können. Vgl. dazu auch Kapitel 4.12.1.

ordnet [wird]“ (Fischer 2008: 278). Die eigene Migrationserfahrung dient den Befragten zwar als Motivation für die berufliche Tätigkeit, kann jedoch auch zu einer Belastung werden. Dies bezieht sich darauf, dass die Identität der Befragten als Migranten durch ihre berufliche Tätigkeit kontinuierlich „aufgerufen“ werde, wobei mit Blick auf die Pole „russisch“ und „deutsch“ statt „eindeutiger Zugehörigkeiten [...] eine kulturelle Positionierung dazwischen statt[findet]“ (Fischer 2008: 281; Hervorhebung durch die Autorin). Der berufliche Alltag könne jedoch gleichzeitig eine Chance bieten, sich mit der eigenen Identität und Migrationserfahrung auseinander zu setzen. Vor allem aber sei durch diese Berater eine Chance gegeben, „anderen Migranten praktisch durch ihre Erfahrungen zu helfen, eine symbolische Vorbildrolle einzunehmen, Selbsthilfe zu organisieren und eine bessere Vernetzung herzustellen“ (Fischer 2008: 284).

Als Zielgruppe von Maßnahmen der Sozialen Arbeit wird in der wissenschaftlichen Diskussion insbesondere die Gruppe jugendlicher männlicher (Spät-)Aussiedler angeführt. Aus Sicht von Rabe (2006: 11) stehen diese verstärkt in einem Konflikt zwischen „staatsbürgerlichem Status (deutsch) und psycho-sozial-ethnischem Status [...] Diejenigen unter ihnen, die diesen Widerspruch nicht auflösen, sind in Gefahr zu einer problematischen Klientel Sozialer Arbeit zu werden, wenn sie sich in einer parallelen Lebenswelt der Segregation mit eigenen Gesetzen organisieren“ (vgl. zu Tendenzen desintegrativer Selbstethnisierung auch Vogelgesang 2008: 30). Zum Zeitpunkt des Erscheinens der Publikation von Rabe gab es eine intensive und polarisierte Diskussion um das Devianz- und Delinquenzrisiko von jugendlichen (Spät-)Aussiedlern, wobei dieser Autor von einer Tendenz ausgeht, dass jugendliche (Spät-)Aussiedler eine erhöhte Delinquenzrate aufweisen (Rabe 2006: 12). Die aktuelle Gesamtschau von Forschungsergebnissen deutet jedoch darauf hin, dass es diesbezüglich zu einer Beruhigung gekommen ist (vgl. Kapitel 4.10.3). Dickmann (2006) schildert in ihrem Beitrag zum Modellprojekt „Sekundäre Suchtprävention für spät ausgesiedelte junge Menschen“ Möglichkeiten der Präventionsarbeit bezüglich des Umgangs mit Alkohol und illegalen Drogen. An der Alice-Salomon-Hochschule Berlin wird momentan ein Projekt mit ähnlicher Zielgruppe durchgeführt, in diesem Fall mit Fokus auf dem Inanspruchnahmeverhalten junger russischsprachiger Migranten gegenüber institutionellen Hilfeangeboten.⁹⁶

⁹⁶ Siehe dazu <http://www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte/rusmub/> (28.08.2013).

Windel (2006) beschäftigt sich in seiner Studie mit der älteren Generation der Russlanddeutschen. Diese war von Trennungs- und Gewalterfahrungen in ihrer Migrationsgeschichte besonders betroffen. Aus der Sicht des Autors werden diese historischen Kontexte der älteren Russlanddeutschen jedoch in der klinischen Praxis zum Großteil nicht berücksichtigt. Er verdeutlicht anhand von Patientenbeispielen die therapeutischen Implikationen in dieser Bevölkerungsgruppe und beschreibt sie als „Menschen mit beeindruckenden Lebensläufen, die durch psychogene Symptombildung auffallen können, (...) allerdings teilweise durch Abwehrhaltungen schwer oder nur eingeschränkt therapierbar [sind]“ (Windel 2006: 91). Der Autor berichtet von Symptomen russlanddeutscher psychisch Erkrankter, die insbesondere depressive Störungen, Angststörungen und somatoforme (Schmerz-)Störungen einschließen. Vor dem Hintergrund der biographischen Erfahrungen müssten auch posttraumatische Belastungsstörungen in Erwägung gezogen werden. Diese Symptome könnten auf eigene oder über Generationen weitergegebene Traumaerfahrungen zurückzuführen sein oder im Zusammenhang mit Trennungserfahrungen stehen. „Die Würdigung der überstandenen und durchlittenen Belastungen und die Achtung der Abwehr ist förderlich für einen tragfähigen Patientenkontakt“ (Windel 2006: 89). Aus den Patientenbeispielen seiner Studie hebt er „neben dem (gelegentlich problematisch engen) Familiensystem auch (rigide) religiöse Überzeugungen oder ein[en] übertriebene[n] Altruismus und ein besonderes Leistungsverhalten“ (Windel 2006: 89f.) in ihrer Rolle als stabilisierende Ressourcen der Russlanddeutschen hervor. Gerade religiöse Auffassungen können die Nutzung psychotherapeutischer Angebote jedoch auch beeinträchtigen, weil sie eine ablehnende Haltung gegenüber solchen Maßnahmen fördern (Windel 2006: 81f., 88ff.).

4.11.2 Bedeutung von sozialen Netzwerken und Mentoring

Frank (2011) führte in seiner Studie zur Analyse von sozialen Netzwerken explorative qualitative Interviews mit sieben russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern im Alter von 22 bis 58 Jahren (vgl. ausführlicher dazu Kapitel 4.6.1). Dabei konnte er zeigen, dass Angebote aus der Sozialen Arbeit bei den untersuchten Personen als „Letztinstanz der Ressourcenaquirierung“ (Frank 2011: 95) bewertet werden: Im Falle dessen, dass sie Probleme nicht selbst in den Griff bekommen, werden in einem zweiten Schritt Unterstützungspotenziale im persönlichen sozialen Netzwerk aufgerufen und erst dann institutionelle Angebote. Dieses Verhalten dürfte zwar der

Tendenz nach auch in anderen Bevölkerungsgruppen vorliegen, scheint aber bei (Spät-)Aussiedlern besonders ausgeprägt zu sein.

Durch dieses hohe Maß an Selbstverantwortung sollte aus Sicht des Autors eine an der Lebensrealität dieser Gruppe orientierte Soziale Arbeit als „subsidiäre Dienstleistung angesehen werden und als Letztinstanz schnelle flexible Unterstützungsangebote bereitstellen, die darauf zielen, Selbstorganisation zu stärken, aktives Hilfesuchverhalten in den eigenen Netzwerken zu aktivieren und hierdurch zu einer lösungsorientierten Nutzung vorhandener Unterstützungspotenziale beizutragen“ (Frank 2011: 95). Daneben besteht Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Informationsangebote, da die mangelnde Inanspruchnahme auch mit einem Informationsmangel und einem Mangel an Vertrauen in die Institutionen in Verbindung stehen könnte. Für eine effektivere Verbreitung von Informationen sollten auch Schnittstellen zu Netzwerken der Russlanddeutschen, wie z.B. Kirchen, Vereine oder Migrantenselbstorganisationen, genutzt werden (Frank 2011: 95ff.).

Die Bedeutung sozialer Netzwerke zur besseren Einbindung von (Spät-)Aussiedlern in institutionelle Beratungsangebote wird auch durch Ergebnisse einer Studie von Struck-Soboleva (2008; 2009) belegt. Die Autorin führte leitfadengestützte Interviews mit 22 jugendlichen Aussiedlern im Alter von 15 bis 25 Jahren (Russlanddeutsche) und zehn Experten der Jugendmigrationsdienste und der Migrationsberatung durch. Ziel der Studie war es, die Kommunikation in eigenethnischen Freundschaftsnetzwerken zu analysieren. In den ersten Monaten nach der Einreise dominierte bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Diskurs über Deutschland, der vor allem durch wenig konkrete oder unrealistische Vorstellungen („Zuwanderungsparadies“) gekennzeichnet war. Da Erwartungen z.B. bezüglich der Anerkennung von Berufsabschlüssen teilweise enttäuscht wurden, wandelte sich der Diskurs und war nun vor allem geprägt von Themen der Benachteiligung der Aussiedler durch deutsche Institutionen. Schwierigkeiten im Zugang zu offiziellen Informationen und fehlende Inanspruchnahme von Hilfen, wie beispielsweise der Migrationsberatung, führten bei einigen Befragten dazu, dass „ethnische Netzwerke die einzige verfügbare Quelle von Informationen sind“ (Struck-Soboleva 2009: 39). Da diese Informationen häufig nicht verlässlich sind, können negative Diskurse verstärkt werden. Im Gegensatz dazu konnte in der Studie gezeigt werden, dass jugendliche Aussiedler, die frühzeitig Migrationsberatungsstellen in Anspruch genommen hatten, die Leistungen

dieser Institutionen schätzen, was zu einer positiven Einstellung führt. Im Idealfall können diese Jugendlichen überdies eine Multiplikatorenrolle im ethnischen Netzwerk einnehmen (Struck-Soboleva 2008: 10ff.,40; 2009: 38f.).

Ein spezifisches Beispiel zur Nutzung von Ressourcen im sozialen Netzwerk ist der Mentoringansatz. Mentoring ist „der Prozess gegenseitiger Beratung zwischen einer erfahrenen und einer wenig erfahrenen Person, dem oder der Mentor/in und dem oder der Mentee“ (Neuhäuser-Metternich 2007: 183). Zur Veranschaulichung eines Mentorings für die Integration von (Spät-)Aussiedlern wird im Folgenden das Projekt „Fit für Bildung – und für die Bürgergesellschaft“ vorgestellt, welches im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf das Ziel verfolgte, die Potenziale von jungen Russlanddeutschen insbesondere mit Blick auf Bildungserfolge und bürgerschaftliches Engagement zu fördern (Gerometta 2007; vgl. auch Kapitel 4.5.2).

Insgesamt konnten in den ersten beiden Projektjahren zwischen 45 und 60 Schüler von 15 Mentoren betreut werden. Als solche wurden Studenten in der Funktion von Lotsen für den Übergang zu höherer Bildung ausgewählt. Ein Mentor war für die Betreuung von zwei bis vier Schülern zuständig, wobei entweder der Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II oder der Übergang von der Schule zur Hochschule begleitet wurde. Die Treffen fanden in Kleingruppen in einem Abstand von zwei bis vier Wochen statt und wurden unter anderem für Recherchen, Beratungsgespräche, Besuche an der Universität oder kulturelle Aktivitäten genutzt. Die Evaluation des ersten Projektjahres ergab, dass die Schüler die Kenntnisse über die Bedingungen und notwendigen Fähigkeiten für ein Studium erweitern konnten. „Die Mentoren haben die Schüler kreativ und geplant dabei begleitet, ihre Fächer zu finden, ihre Noten zu verbessern, sich beruflich zu orientieren, Bewerbungen zu schreiben und Studienplätze zu suchen und in einigen Fällen bereits auch zu finden“ (Gerometta 2007: 216). Zwei Drittel der betreuten Schüler zeigten sich anschließend motiviert für einen zukünftigen Einsatz als Multiplikatoren für das Projekt. Auch das Ziel, relevante Institutionen zu einer interkulturellen Öffnung zu bewegen, konnte insofern erreicht werden, da die Schulen bereit waren, das Projekt stärker in den Schulalltag zu integrieren. Zudem hatten sich die Sichtweisen der Akteure im Bildungs- und Integrationsbereich auf die Gruppe der russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler verbessert (Gerometta 2007: 207ff.).

Fazit zu Sozialer Arbeit mit und psychosozialer Versorgung von (Spät-)Aussiedlern

Die Erkenntnisse dieses Kapitels beruhen zum Großteil auf Ergebnissen qualitativer Forschung und projektbezogener Fallstudien. (Spät-)Aussiedler sind als Klienten sowie auch als professionell Tätige bei Angeboten psychosozialer Versorgung offenbar unterrepräsentiert. In den vorhandenen Forschungspublikationen wird die niedrige Inanspruchnahme entsprechender Leistungen zum einen mit einer ungenügenden Informationspolitik, zum anderen mit einer hohen Selbstverantwortung von (Spät-)Aussiedlern in Verbindung gebracht, wodurch Angebote Sozialer Arbeit erst als „letzte Instanz“ in Anspruch genommen werden. Vor diesem Hintergrund spielt der Einbezug der sozialen Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern eine wichtige Rolle. Multiplikatoren in der Gruppe der (Spät-)Aussiedler, die über valide Informationen zu vorhandenen Angeboten verfügen und diese weitergeben, sowie Angebote von Mentoring können dazu verhelfen, diese Personengruppe intensiver an sozialarbeiterische und pädagogische Interventionen heranzuführen. Insbesondere die Betreuung im Rahmen eines *peer counselling* – durch andere, professionell tätige (Spät-)Aussiedler – beinhaltet aufgrund des gemeinsamen Erfahrungsraums Chancen für Beratungs- und Therapieprozesse. Allerdings bestehen hier auch Gefahren psychischer Belastung für die entsprechenden Beschäftigten.

Der Bedarf an und die Ausrichtung von Maßnahmen variiert jedoch innerhalb der Generationen. Insbesondere männliche jugendliche (Spät-)Aussiedler stehen als Klienten vor allem im Bereich Prävention von/ Intervention bei Kriminalität und Suchtphänomenen im Fokus der wissenschaftlichen Diskussion (vgl. auch Kapitel 4.10.3). Die ältere Generation der (Spät-)Aussiedler findet als Klientel in der psychosozialen Versorgung weniger Beachtung. Jedoch sind Angehörige dieser Generation nicht selten mit klinischen Störungsbildern belastet, die im Zusammenhang mit Migrations- und Trennungserfahrungen stehen können. Dieser biographische Kontext sollte im Diagnose- und Therapieprozess berücksichtigt werden.

4.12 Akkulturation und Identitätsentwicklung

Der Begriff der Identität hat in der wissenschaftlichen Diskussion einen Wandel von einem statischen hin zu einem prozessualen Verständnis

erfahren. Er kann verstanden werden „als das individuelle Rahmenkonzept einer Person, innerhalb dessen sie ihre Erfahrungen interpretiert und das ihr als Basis für alltägliche Identitätsarbeit dient“ (Keupp 2002, zitiert nach Schmidt-Bernhardt 2008: 125). In seinem Modell zur Gliederung der Makrostruktur der ethnischen Identität differenziert Haarmann (1996, zitiert nach Schnar 2010: 20f.) zwischen unveränderbaren Komponenten, wie z.B. der Abstammung, und veränderbaren Komponenten wie beispielsweise Kulturmustern (Sprache, Lebensstil) und Wertvorstellungen. Bausinger (1986, zitiert nach Kiel 2009: 58) spricht im Zusammenhang von Migration von einer kulturellen Leistung, Strategien zum Umgang mit Widersprüchlichkeiten zu entwickeln, die sich durch die Orientierung an der Herkunftskultur einerseits und die Konfrontation mit der Kultur des Aufnahmelandes andererseits ergeben können.

4.12.1 Bedeutung des Migrationskontextes

Die Analyse der Identitätsentwicklung bei (Spät-)Aussiedlern erfordert den Einbezug der historischen Komponente. Im Folgenden wird besonderes Augenmerk auf die Bedeutung des Migrationskontextes bei russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern gelegt, da diese Gruppe im Mittelpunkt der neueren einschlägigen Forschungen steht.

Reitemeier (2007: 69f.) benennt als kontextuelle Besonderheit die Notwendigkeit des Nachweises der deutschen Volkszugehörigkeit für die Aufnahme in Deutschland (vgl. Kapitel 1). Darauf basierend formuliert er die Identitätsproblematik der Aussiedler folgendermaßen: „Sie befinden sich in einer Identitätslage, in der biographisch und kulturell Fremdheit herrscht und in der zugleich Vorstellungen und Zugehörigkeit zur Kultur und Kollektivität der Deutschen orientierungswirksam sind“ (Reitemeier 2007: 69). Neben dem Druck, ihre Identität als Deutsche „beweisen“ zu müssen, bestehe außerdem die Gefahr, dass ein offenes Zeigen von Leiden unter dem Fremdsein von der Aufnahmegesellschaft als Undankbarkeit interpretiert werde. Der Autor sieht hierdurch die biographische Aufarbeitung, die für eine gelingende Identitätsentwicklung notwendig ist, gefährdet und spricht von einer „Identitätslage der verdeckten Fremdheit“ (Reitemeier 2007: 70). Die besondere Situation von russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern spiegelt sich auch in folgender Einschätzung von Klekowski von Koppenfels wider: *„Most damaging of all for identity and successful integration, ethnic Germans have often been raised in the belief that they are*

Germans and that their true home is Germany. Brought up on stories of the ancient German homeland and raised in a German ethnocultural tradition, Aussiedler often arrive in Germany only to experience, once again, exclusion and negative public opinion, leading them to determine that, although they may not be Russian, neither are they German” (Klekowski von Koppenfels 2008: 118).

Kiel (2009) untersucht in ihrer Studie den Prozess der Identitätsbildung in russlanddeutschen Aussiedlerfamilien und bildet Typen mit Blick auf deren ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit. Es wurden Gruppendiskussionen und teilstandardisierte Interviews durchgeführt und Tischgespräche in sieben Familien aufgezeichnet. Entgegen der ursprünglichen Erwartung bei ihrer Aussiedlung, der Kulturgemeinschaft Deutschlands anzugehören, betonten russlanddeutsche Familien in der Befragung ihren tatsächlichen Minderheitenstatus in Deutschland. Die ethnische Dimension der kulturellen Identität der Russlanddeutschen spiegelt sich vor allem in der „Wahrnehmung eines Status als Opfer“ (Kiel 2009: 182) wider. Die Autorin spricht hierbei von einer Art „Schicksalsgemeinschaft“ (Kiel 2009: 182) infolge der Maßnahmen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg in der ehemaligen Sowjetunion kollektiv gegen die deutschen Volkszugehörigen ergriffen wurden. Dieser Opferstatus werde von den Großeltern übermittelt und in schwächerer Form sogar noch in der Kindergeneration neu ausgebildet. Die Wahrnehmung variiere jedoch je nach positiver oder negativer Selbstdefinition der Aussiedler (Kiel 2009: 62, 76, 180ff.).

Klekowski von Koppenfels (2008) verweist darüber hinaus auf die unterschiedliche Situation zwischen den Zuwanderungskohorten der (Spät-)Aussiedler. Insbesondere jene Personen, die erst nach dem Ende des Kalten Krieges nach Deutschland kamen, erlebten aufgrund ihrer schlechteren Deutschkenntnisse im Vergleich zu den früher Zugewanderten die Integration als eine große Herausforderung. Auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft veränderten sich die Wahrnehmungen: Wurden Aussiedler zur Zeit des Kalten Krieges noch willkommen geheißen, da die Aufnahme dieser Migrantengruppe aus den kommunistischen Ländern als selbstverständlich galt, sah man entsprechende Zuwanderer ab den 1990er Jahren nur noch begrenzt als „geschädigte“ deutsche Volkszugehörige (Klekowski von Koppenfels 2008: 114ff., 126). Junge (Spät-)Aussiedler erlebten insbesondere in den 1990er Jahren „(...) fehlende Akzeptanz, scheiternde Sozialkontakte, schulische Misserfolge und räumliche Marginalisierung, die beinahe unweigerlich zu psychischen Anspannungen führen mussten”

(Steiz 2011: 120). Ein weiteres Zitat verdeutlicht das (damalige) Empfinden eines Großteils der (Spät-)Aussiedler: „In der Sowjetunion waren wir die Deutschen, hier sind wir die Russen“ (Rosenberg/Weydt 1992, zitiert nach Steiz 2011: 86).

Auch die Stellung der Gruppe im Gesamtkontext der deutschen Migrations- und Integrationspolitik hat sich im Zeitverlauf verändert: *„Aussiedler are now increasingly seen as immigrants like any others [...] They are not returning 'home' but are being accepted for a historical reason in an immigration country. Not only have admission requirements for Aussiedler been tightened, but integration assistance and other benefits have also been severely cut back“* (Klekowski von Koppenfels 2008: 120). In ähnlicher Weise spricht Weiß mit Blick auf die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion von einer „[...] zunehmenden Ambivalenz von Politik und Gesellschaft gegenüber diesem Phänomen. Die immer wieder vollzogenen Änderungen der Gesetze und der Verwaltungspraxis hatten die Tendenz von der ausgeprägten Großzügigkeit zu einer Egalisierung auf das Niveau der übrigen Zuwanderergruppen“ (Weiß 2013b: 32). Diese veränderte Stellung der (Spät-)Aussiedler in der gesellschaftlichen und politischen Wahrnehmung hat auch Auswirkungen auf ihre Identitätsbildung.

4.12.2 Einflussfaktoren bei der Identitätsentwicklung

In der bereits zitierten Untersuchung von Kiel (2009) in Aussiedlerfamilien wurde die Generationenzugehörigkeit als einer der Einflussfaktoren auf die Identitätsentwicklung herausgearbeitet. Die Ergebnisse (Kiel 2009: 183ff.) zeigen, dass in der Generation der Großeltern die ethnische Komponente wesentlichen Einfluss auf den Identitätsbildungsprozess nimmt. Für diese Generation bestand bei der Zuwanderung eine große Diskrepanz zwischen der ursprünglichen Eigenwahrnehmung als deutsche Volkszugehörige und der tatsächlichen Erfahrung der Differenzen zwischen der eigenen Kultur und der der Mehrheitsbevölkerung in Deutschland. Bei einem gleichzeitigen Mangel an nicht-ethnischen Identitätsressourcen wie Bildung oder Religion kommen Angehörige dieser Generation „beinahe zwangsläufig zu einer Negativdefinition, indem sie sich im Vergleich zu der Gruppe der einheimischen Deutschen als ‚nicht richtig deutsch‘ definieren“ (Kiel 2009: 184).

In der Elterngeneration nimmt die ethnische Komponente in der Identitätsbildung ebenso einen hohen Stellenwert ein, jedoch verfügen Angehörige dieser Generation durch ihren stärkeren Einbezug in das sowjetische Erziehungs- und Bildungssystem vor ihrer Zuwanderung nach Deutschland über zusätzliche Identitätsmuster. Die Wahrnehmung als deutsche Volkszugehörige sei dementsprechend nicht mehr so stark ausgeprägt wie in der Generation der Großeltern: „Die im Rahmen der Migration durch die Konfrontation mit der bundesdeutschen Gesellschaft zutage tretenden kulturellen Unterschiede können daher durch das Vorhandensein einer zusätzlichen kulturellen Komponente begründet werden und führen somit nicht zwangsläufig zu der Annahme, über ein ‚nicht richtiges Deutschtum‘ zu verfügen“ (Kiel 2009: 184). Die Kindergeneration ist schließlich jene Gruppe, bei der im Generationenvergleich die ethnische Dimension am geringsten ausgeprägt ist. Im Falle einer förderlichen Ausstattung mit nicht-ethnischen Ressourcen wie Bildung gelangen Angehörige dieser Generation eher zu einer positiven Selbstdefinition, da der Identitätsbildungsprozess nicht durch eine vergleichsweise starke Verunsicherung mit Blick auf die ethnische Zugehörigkeit gekennzeichnet ist. Liegt allerdings ein Mangel an solchen Ressourcen vor, kann sogar stärker als bei der Elterngeneration „die Bildung einer Minderheitenposition und der bewusste Rückzug in die ethnische Eigengruppe“ hervortreten, da „der ethnische Bereich dominant [wird] und das damit eng verknüpfte Element der Wahrnehmung eines Opferstatus identitätsstiftend genutzt [wird]“ (Kiel 2009: 185). Die Ergebnisse der Studie von Schnar (2010) zeigen in diesem Zusammenhang, dass die von ihr befragten 16- bis 30-jährigen Aussiedler über ein „stark abstammungsorientiertes ethnisches Selbstkonzept“ (Schnar 2010: 9) und ein ausgeprägtes Minderheitenbewusstsein verfügen. 51,7 % gaben in der Untersuchung an, sich als Russlanddeutsche zu betrachten. Am geringsten ist das Minderheitenbewusstsein bei einer Einreise nach Deutschland im Kindesalter und im jungen Erwachsenenalter ausgeprägt, bei einer Einreise im Alter von elf bis 20 Jahren trat es dagegen am deutlichsten hervor (Schnar 2010: 95).

Mit Blick auf den Einfluss der nicht-ethnischen Identitätsressourcen zeigen die Ergebnisse von Kiel (2009) weiterhin, dass ein hoher Bildungsstand einen positiven Einfluss hat. Die eigene kulturelle Andersartigkeit wird von (Spät-)Aussiedlern mit hohem Bildungsstand sogar oft als Bereicherung wahrgenommen; die Autorin bezeichnet das Identitätsgefühl der betroffenen Befragungsteilnehmer als „Deutsche mit russischem Glanz“ (Kiel 2009: 186). Auch der Einfluss einer stark ausgeprägten Religiosität

wurde belegt, da kulturelle Differenzen zu den Einheimischen von religiösen (Spät-)Aussiedlern häufig im Sinne einer geringeren Frömmigkeit der Einheimischen interpretiert werden. Die befragten religiösen Russlanddeutschen definieren sich dementsprechend selbst als die „wahren Deutschen“ (Kiel 2009: 186). Gleichzeitig konnte Kiel zeigen, dass Russlanddeutsche, die weder einen hohen Bildungsstand besitzen noch besonders religiös sind, eine negative Selbstdefinition vornehmen und sich aufgrund der kulturellen Differenzen als „Deutsche[n] mit Makel“ (Kiel 2009: 187) fühlen. Mit Blick auf zukünftige Integrationsbemühungen fasst die Autorin ihre Studienergebnisse dahingehend zusammen, dass „die Bereitschaft zu integrativem Verhalten maßgeblich davon abhängig ist, ob die Russlanddeutschen hinsichtlich der ethnischen Zugehörigkeit zu einer positiven oder negativen Selbstdefinition gelangen“ (Kiel 2009: 188).

Die Bedeutung des beruflichen Erfolgs für eine gelingende Identitätsentwicklung kann durch die bereits im Kapitel 4.2 vorgestellte Studie von Frik (2012) belegt werden. In einer regionalen Studie zur Identitätsentwicklung führte die Autorin problemzentrierte Interviews mit 15 Spätaussiedlerinnen. Aus den Ergebnissen wird deutlich, dass „sich hinter dem beruflichen Abstieg [...] massive Konfliktpotentiale und Schwierigkeiten verbergen, was die Gesamtsituation und das Wohlbefinden der Frauen und deren Familien langfristig beeinflusst“ (Frik 2012: 68). Jene Frauen, die im Herkunftsland beruflich integriert waren, in Deutschland aber arbeitslos wurden oder unter ihrem beruflichen Qualifikationsniveau arbeiten, identifizieren sich stärker mit dem Herkunftsland. Eine Beschäftigung unter dem Qualifikationsniveau führe auch dazu, dass die Betroffenen prinzipiell unzufriedener und pessimistischer gestimmt sind. Dagegen trage eine berufliche Tätigkeit, die dem Bildungs- und Qualifikationsniveau der Frauen entspricht, zur Steigerung des Selbstbewusstseins bei. Die Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass Frauen ohne einen akademischen Abschluss diesbezüglich geringere Schwierigkeiten haben, da Anpassungsstrategien, die Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung haben, nicht in dem hohen Maße notwendig waren wie bei den Akademikerinnen (Frik 2012: 24ff., 66ff.).

Jugendliche (Spät-)Aussiedler sind in Verbindung mit der Migrationserfahrung ihrer Familien besonders hohen Anforderungen bei der Identitätsentwicklung ausgesetzt, da die Adoleszenz hierfür generell eine entscheidende Phase darstellt. Im Kapitel 4.11.1 wurde anhand der Arbeiten von Rabe (2006) und Vogelgesang (2008) bereits auf entsprechende Her-

ausforderungen für die Soziale Arbeit insbesondere mit männlichen Jugendlichen aus (Spät-)Aussiedlerfamilien verwiesen. Die schon mehrfach zitierte Arbeit von Schmidt-Bernhardt (2008) konzentriert sich hingegen auf sechs junge Frauen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion im Alter zwischen 18 und 20 Jahren. Mit Blick auf die Identitätskonstruktionen beschreibt die Autorin die geringen Kenntnisse der Befragten über die Vergangenheit der Familie und der Volksgruppe als auffällig, da die jungen Frauen ansonsten sehr gebildet seien. Zudem versuchten sie, ihre Herkunft und „Andersartigkeit“ weitestgehend zu verstecken, was beispielsweise durch die Bemühungen um eine akzentfreie Aussprache in den Interviews zum Ausdruck kam. Als unterstützende Ressourcen für die Identitätsentwicklung wurden vor allem die Mütter und Freundinnen aus der eigenen Zuwanderungsgruppe identifiziert. Auch gemischte Freundschaftsgruppen aus unterschiedlichen Kulturkreisen sind in der Wahrnehmung der jungen Frauen positiv besetzt, da in diesen ein „neuer Raum kultureller Identität, der hybriden Identität“ (Rohr 2005, zitiert nach Schmidt-Bernhardt 2008: 419) erschlossen wird. Mit Blick auf den Bildungsbereich zieht Schmidt-Bernhardt aus ihrer Untersuchung die Erkenntnis, dass es vor allem bedeutsam sei, „dass die Mädchen in ihrer Differenz anerkannt werden und das Nebeneinander ihrer unterschiedlichen Anteile als Nebeneinander leben können, ohne Identitätsanteile verstecken zu müssen oder sich gar um krampfhaftige Integration aller Anteile vergeblich bemühen zu müssen“ (Schmidt-Bernhardt 2008: 457). In den Interviews konnte als Gemeinsamkeit bei den jungen Spätaussiedlerinnen festgestellt werden, dass sie auf der Suche nach gesellschaftlicher Anerkennung sind und das Bildungssystem als Weg zum Erreichen dieses Ziels gewählt wird. Die Identitätsarbeit der jungen Frauen wird somit vorrangig durch die Hoffnung auf Chancenvielfalt bzw. durch ein hohes Maß an Bildungsaspiration bestimmt: „Die Bildung ist die heimliche Liebe! Und es ist die von den Eltern hoch geschätzte und anerkannte Liebe!“ (Schmidt-Bernhardt 2008: 423ff.).⁹⁷

97 Vgl. hierzu auch die Ergebnisse bei Arnold/Maier (2010: 17) auf Basis einer Untersuchung von Sinus Sociovision: 84 % der befragten jungen Spätaussiedler beiderlei Geschlechts messen Bildung eine hohe Bedeutung zu. Dabei verfügen die jungen Frauen im Alter von 14 bis 29 Jahren „nicht nur über die besseren Bildungsabschlüsse, sie sind auch deutlich zielstrebtiger als ihre männlichen Altersgenossen [...] Etwa 35 Prozent dieser jungen Spätaussiedlerinnen sind beruflich und intellektuell ambitioniert mit internationalen Perspektiven und ausgeprägtem individualistischem Leistungsethos und Karriereansprüchen“ (Arnold/Maier 2010: 35).

Fazit zu Akkulturation und Identitätsentwicklung bei (Spät-)Aussiedlern

Bedingt durch Thematik und Datenlage stammen die Erkenntnisse in diesem Kapitel praktisch ausschließlich aus qualitativen Untersuchungen. Sie erlauben damit keine repräsentative Aussagen zur Akkulturation und Identitätsentwicklung von (Spät-)Aussiedlern, zeigen aber in der Tendenz übereinstimmende Ergebnisse.

Die Situation der (Spät-)Aussiedler in Deutschland ist durch eine spezifische „Zweidimensionalität“ (Kiel 2009: 181f.) gekennzeichnet, da ihr Selbstverständnis als deutsche Volkszugehörige und die Wahrnehmung von Seiten der Aufnahmegesellschaft voneinander abweichen können. Die dadurch möglichen Konflikte und Widersprüchlichkeiten bei der Identitätsentwicklung stellen die (Spät-)Aussiedler vor eine besondere Herausforderung, die jedoch generationenspezifisch variable Formen annehmen kann. So befindet sich auf der einen Seite vor allem die ältere Generation in einem Spannungsverhältnis zwischen der ursprünglichen Selbstwahrnehmung als Deutsche und der tatsächlichen Erfahrung der Differenzen mit der Kultur der Mehrheitsbevölkerung. Auf der anderen Seite werden die jüngere Generation der (Spät-)Aussiedler bzw. diejenigen, die nach dem Ende des Kalten Krieges nach Deutschland kamen, von Seiten der Aufnahmegesellschaft nur noch begrenzt als Opfer von Vertreibung und Verfolgung wahrgenommen. Da die Adoleszenz eine prägende Phase der Identitätsentwicklung ist, können Widersprüchlichkeiten und Diskrepanzen mit Blick auf die kulturelle Zugehörigkeit der jungen (Spät-)Aussiedler zu Formen verstärkter Selbstethnisierung oder zu einem „Verstecken“ von Identitätsanteilen und dadurch gesteigerter Suche nach Anerkennung führen.

Für den Identitätsbildungsprozess sind neben abstammungs- und migrationsbedingten Faktoren zudem nicht-ethnische Ressourcen wie Bildung, berufliche Integration und religiöse Bindungen von Bedeutung. Fehlen zugewanderten Personen wie auch nicht-ethnische Ressourcen, besteht die Gefahr einer negativen Selbstdefinition und der Betonung eines Minderheitenstatus bei (Spät-)Aussiedlern. Gleichzeitig kann eine förderliche Ausstattung mit nicht-ethnischen Identitätsressourcen, z.B. über entsprechende Bildungserfolge, die Identitätsentwicklung und die Integration positiv beeinflussen.

4.13 Religiöses Leben

Glaubenspraxis und religiöses Leben in der Gemeinde kann – auch unter den Aspekten des zivilgesellschaftlichen Engagements (vgl. Kapitel 4.5.2) und der Identitätsbildung (vgl. Kapitel 4.12.2) – den Integrationsprozess von (Spät-)Aussiedlern beeinflussen. Die vorliegenden Studien zum religiösen Leben von (Spät-)Aussiedlern beziehen sich zum Großteil auf die Gruppe der Russlanddeutschen, so die Untersuchung von Theis (2006) und der Sammelband von Weiß (2013a) zu russlanddeutscher Migration und evangelischen Kirchen in Deutschland. Auch Vogelgesang (2008: 124ff.) hat sich im Rahmen seiner Studie zu jugendlichen Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion mit Religion als „Integrations- und Desintegrationsfaktor“ beschäftigt. Aus der Schülerbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (Baier et al. 2010: 83ff.) stehen Daten zur konfessionellen Zugehörigkeit, zur Religiosität und zum Zusammenhang von Religiosität und Integration bei Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe aus polnischen und russischen Familien (mehrheitlich Aussiedler) zur Verfügung.

Das Bundesverwaltungsamt stellt im Rahmen seiner Jahresstatistiken⁹⁸ zum Zuzug von (Spät-)Aussiedlern auch Daten zur Religionszugehörigkeit bereit, die im Zuge des Aufnahmeverfahrens⁹⁹ erhoben werden. Eine eigene Auswertung der Jahresstatistiken 2001 bis 2012 ergibt folgende Werte: Insgesamt haben 83 % der in diesem Zeitraum eingereisten rund 385.000 Spätaussiedler angegeben, einer christlichen Konfession anzugehören. Die größte Gruppe machen mit 47 % die evangelischen Christen aus, gefolgt von Mitgliedern der orthodoxen (19 %) und der römisch-katholischen Kirche (17 %). Die übrigen Personen gehören zu den Gruppen „andere Bekenntnisse“ (4 %), „kein Bekenntnis“ (10 %) und „ohne Angabe“ (3 %). Diese Daten decken sich den Größenverhältnissen nach mit Angaben von Vogelgesang (2008: 125) zur konfessionellen Zusammensetzung der 2005 nach Deutschland zugewanderten (Spät-)Aussiedler. Sowohl diese Daten als auch die weiter oben genannten für den Gesamtzeitraum 2001 bis 2012

98 Die Berichte bis zum Jahr 2011 sind unter http://www.bva.bund.de/cln_341/nn_2171676/DE/Aufgaben/Abt_III/Spaetaussiedler/statistik/Jahre/Jahre_gesamt_inhalt.html?_nn=true (29.08.2013) abrufbar.

99 Vogelgesang (2008: 125) verweist darauf, dass die Angaben zur Religionszugehörigkeit in diesem Kontext auch strategisch motiviert sein können, um damit die Gewährung der Ausreise nach Deutschland voranzutreiben.

beziehen sich fast ausschließlich auf Personen aus der ehemaligen Sowjetunion. Nach Angaben von Weiß (2013d: 254f.) befinden sich unter den Russlanddeutschen evangelischen Glaubens zudem rund 25 % bis 30 % Mitglieder von kleineren kirchlichen Gemeinschaften, wie z.B. Baptisten, Mennoniten, Pfingstler oder Adventisten.

Über die religiöse Zugehörigkeit von (Spät-)Aussiedlern, die nicht aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland kamen, können keine gesicherten Angaben gemacht werden. Zu vermuten wäre, dass beispielsweise die früheren Aussiedlerkohorten aus Polen eher katholisch geprägt waren. Die KFN-Schülerbefragung von Jugendlichen aus neunten Klassen zeigt in Übereinstimmung mit dieser Annahme, dass in der Schülergruppe polnischer Herkunft 93,8 % angeben, christlich zu sein, davon 82,1 % katholisch.¹⁰⁰ Auch bei den Schülern aus der ehemaligen Sowjetunion fällt der Anteil der Christen mit 82,0 % hoch aus, wovon 55,6 % der evangelischen Glaubensrichtung angehören (Baier et al. 2010: 83f.).

4.13.1 Religiöse Orientierungen von (Spät-)Aussiedlern im Migrationskontext

Theis (2006) führte im Rahmen ihrer Studie zur Religiosität von Russlanddeutschen narrative Interviews mit vier Männern und sieben Frauen im Alter von 24 bis 88 Jahren aus Hessen und Niedersachsen sowie in einer Gemeinde in der Russischen Föderation. Letztere wurde bewusst einbezogen, um Brüche mit Blick auf die religiöse Orientierung der (Spät-)Aussiedler nach der Ausreise erfassen zu können. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Religiosität der untersuchten Personen nur unter Einbezug der im Herkunftsland gelebten Religionskultur nachvollzogen werden kann. Der Glaube nimmt eine konstitutive Bedeutung im familiären Kontext ein, was auf eine „spezifisch russlanddeutsche Religiosität im Prozess der Generationen“ (Theis 2006: 241) hindeutet: Durch die Verfolgung und Unterdrückung in der ehemaligen Sowjetunion erfolgte ein Bruch in der Weitergabe religiöser Traditionen innerhalb der Generationen. Die ältere Generation der Befragten war überwiegend einem brüdergemeinschaftlichen Luthertum in Verbindung mit einer Ablehnung

¹⁰⁰ Eigene Angaben der Schüler zur Religionszugehörigkeit bzw. zur Religionszugehörigkeit der Eltern (Baier et al. 2010: 83).

der Volkskirche verpflichtet, wohingegen sich die jüngere Generation neu und teilweise areligiös orientierte.

Aufbauend auf den Ergebnissen ihrer Untersuchung führt Theis die Distanz der Russlanddeutschen zur deutschen „Amtskirche“ auf diese brüdergemeinschaftliche Struktur der Diaspora sowie ein Misstrauen gegenüber staatlichen Autoritäten infolge der Verfolgung und Repression in der ehemaligen Sowjetunion zurück. Zudem spielen Unterschiede in den sprachlichen und liturgischen Formen aufgrund der verschiedenen Entwicklungen in der Theologie- und Kirchengeschichte im Osten und Westen eine Rolle (Theis 2006: 30ff., 240ff.).

Einen punktuellen Einblick in das Gemeindeleben von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland ermöglicht die bereits bei der Frage der Konfessionszugehörigkeit zitierte Untersuchung von Vogelgesang (2008). Seine Ausführungen zum religiösen Leben beruhen auf Gesprächen mit zwei Geistlichen der protestantischen Gemeinde Bitburg in Rheinland-Pfalz sowie einem ausführlichen Interview mit dem Landesbeauftragten für Aussiedlerfragen der evangelischen Kirche Rheinland-Pfalz. Es zeigte sich, dass der Großteil der Russlanddeutschen in der genannten Kirchengemeinde der älteren Generation angehört. Wie Theis (2006) betont auch Vogelgesang, dass die Verbundenheit der älteren Generation zur Kirche durch die Religionsverbote und darauf bezogene Verfolgungen in der ehemaligen Sowjetunion geprägt ist. Als Folge wurden dort Hausgemeinschaften in einer Art „Untergrundkirche“ (Vogelgesang 2008: 126) gebildet, deren Abgeschlossenheit dazu führte, dass die Glaubensgemeinschaften der Russlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion von kirchlichen Wandlungsprozessen isoliert blieben. Nach der Aussiedlung wurden die (Spät-)Aussiedler in deutschen Gemeinden dann mit solchen Wandlungsprozessen konfrontiert, die in den westlichen Ländern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stattfanden. Neben den Unterschieden mit Blick auf Ritus und Zeremonie traten in Bitburg auch Schwierigkeiten im Gemeindealltag aufgrund kultureller Differenzen auf.

Hauschildt (2013) beschreibt Prozesse der mangelnden Integration von Russlanddeutschen infolge der wahrgenommenen Unterschiede zwischen der Gottesdienstatmosphäre der westdeutschen evangelischen „Großkirchen“ und der in der ehemaligen Sowjetunion gelebten Tradition der Brüderbewegung. Durch die zunehmende Ansiedlung von Russlanddeutschen in Deutschland bot sich die Gelegenheit, Dorfkirchengemeinschaften in

Tradition der in der Sowjetunion gelebten Familien- und Nachbarschaftsgemeinschaften aufzubauen, was letztendlich zur Bildung von russlanddeutschen Gemeinden oder zur Abspaltung von russlanddeutschen Gruppen innerhalb der kirchlichen Großgemeinde führte (Hauschildt 2013: 246f.). Diese Aktivitäten repräsentieren nach Vogelgesang „prototypische Beispiele für einen starken Trend unter den Russlanddeutschen, ihre freikirchliche Tradition auch in Deutschland fortzuführen“ (Vogelgesang 2008: 142). Mitglieder dieser Freikirchen entstammen zu großen Teilen aus Familien, „die unter dem Druck des kommunistischen Regimes in Untergrundkirchen durch Festhalten an überlieferten Frömmigkeitsformen ihre landsmannschaftliche Identität und ihren siedlungsmäßigen Zusammenhalt in der erzwungenen russischen Diaspora sicherten“ (Vogelgesang 2008: 142).

Allerdings darf nicht in Vergessenheit geraten, dass Mitglieder von Freikirchen mit einer besonders strengen Glaubenspraxis¹⁰¹ auch unter den Russlanddeutschen nur eine Minderheit ausmachen (vgl. die einleitend zum Kapitel 4.13 zitierten Angaben von Weiß 2013d). Rund die Hälfte von ihnen gehört nicht-evangelischen oder gar keiner Glaubensgemeinschaft an, und hinsichtlich des Engagements in „normalen“ evangelischen Kirchengemeinden vermerkt Weiß (2013d: 256), dass sich „der größere Teil wie die einheimischen Gemeindemitglieder [verhält], nämlich passiv“. Es kann also vermutet werden, dass sich die von Erfahrungen im Herkunftsland geprägte spezifische Religiosität insbesondere älterer (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion im Generationenverlauf und mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland an die hiesigen Gegebenheiten anpassen wird. Zu diesem Ergebnis kommt auch Hauschildt (2013: 251) anhand seiner Milieuanalyse unter russlanddeutschen evangelischen Christen: „Viele der derzeit bestehenden Differenzen zur Mehrheitsgesellschaft werden sich abschleifen. Will man die Differenz bewahren, dann

101 Vgl. hierzu Vogelgesang (2008: 143), der am Beispiel einer russlanddeutschen Baptistengemeinde in der Eifel konstatiert, dass „theologisch konservative Einstellungen und eine strenge Ethik sich hier zu einem rigiden und sinnenfeindlichen Lebensstil [verbinden] [...] Konsumgüter und Medien, Sport und Freizeitvergnügungen werden kategorisch abgelehnt.“ Vereinzelt ist in den letzten Jahren in Deutschland auch über Fälle berichtet worden, in denen Kinder aus streng religiösen (Spät-)Aussiedlerfamilien nach dem Willen ihrer Eltern keine öffentlichen Schulen mehr besuchen sollten, vgl. z.B. <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/schulboykott-baptisten-eltern-verlieren-sorgerecht-a-517836.html> (29.08.2013).

wird man sie auf Dauer immer weniger kulturell stilisieren können, sondern wird sie als spezifisch religiöse, konfessionelle oder typisch freikirchliche Differenz ausbauen.“

4.13.2 Zusammenhang von Religiosität und Integration

Der Zusammenhang zwischen der Religiosität von Zuwanderern und ihrer Integration in die Aufnahmegesellschaft ist äußerst vielschichtig und nicht als eindeutig positiv oder negativ beschreibbar, weder bei (Spät-)Aussiedlern noch bei anderen Migrantengruppen. In den vorhergehenden Kapiteln dieses Berichts wurden bereits einige Aspekte angesprochen, die zunächst einen eher negativen Zusammenhang bei (Spät-)Aussiedlern nahelegen, so z.B. die im Kapitel 4.11.1 vorgestellte Untersuchung von Windel (2006), der zeigt, dass religiöse Überzeugungen einer Inanspruchnahme professioneller psychotherapeutischer Hilfe entgegen stehen können. Ein weiterer Aspekt sind soziale Separierungstendenzen in russland-deutschen freikirchlichen Gemeinden. Weiß (2013d: 257) spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer „organisierte[n] kirchliche[n] Parallelgesellschaft“ in Deutschland, die sich infolge des „Kulturschocks, der Neudefinition der Selbstidentität und der mangelhaften Integrationskraft der Aufnahmegesellschaft“ entwickelt habe. Folge davon sei eine kirchliche Milieubildung in Form eines „Ethnokonfessionalismus“ (Weiß 2013d: 255). Vogelgesang (2008: 147) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass insbesondere jugendliche Angehörige freikirchlicher Gemeinden mit einem ambivalenten Lebensumfeld konfrontiert seien: „Auf der einen Seite die extrem religiös geprägte und durch Verzicht und Unterordnung bestimmte Lebensführung in der evangelikalen (Gesinnungs-)Gemeinde, auf der anderen Seite ein kaum noch durch Glaubensvorschriften beeinflusstes laizistisches Umfeld [...] eine offene Optionenwelt“ (Vogelgesang 2008: 147). Solche Widersprüche, die im Übrigen auch bei Angehörigen von konservativ ausgerichteten Glaubensgemeinschaften nicht-christlicher Prägung auftreten können, können zu Verunsicherungen junger (Spät-)Aussiedler bei der Orientierung in der neuen Heimat Deutschland führen.

Andererseits können Kirchengemeinden neben anderen Einrichtungen „Übergangsräume darstellen, in denen Migranten und Migrantinnen kulturelle Kontinuität erfahren und so Möglichkeiten finden, die durch die Migration bewirkten Traumata und Brüche zu verarbeiten“ (Theis 2006: 243). Die Migrantengemeinden bilden damit Kristallisationspunkte der

sozialen Integration „in eine identitätsstiftende Gemeinschaft, die eine Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft bildete“ (Weiß 2013d: 257). Damit ist eine klassische Funktion so genannter ethnischer Kolonien als „eine Art ‚Erstaufnahmелager‘“ (Häußermann 2009: 235) für Neuzuwanderer angesprochen, von dem aus die nächsten Integrationsschritte gewagt werden können. Diese Funktion dürfte wiederum besonders für die älteren (Spät-)Aussiedler wichtig sein.

Zum Zusammenhang von Religiosität und Integration bei den jüngeren Altersgruppen können Ergebnisse der Schülerbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Aufschlüsse geben, wobei nur Schüler der neunten Jahrgangsstufe berücksichtigt sind. „Religiosität“ wurde anhand von vier Einzelfragen zur persönlichen religiösen Praxis (Beten, Gotteshausbesuche), zur Wichtigkeit von Religion im Alltagsleben und zur Wichtigkeit von Religion bei der Erziehung im Elternhaus gemessen (Baier et al. 2010: 86). Bei einem Vergleich der Schülergruppen mit evangelischem Bekenntnis zeigte sich, dass evangelische Schüler aus der ehemaligen Sowjetunion mit 27,9 % im Vergleich mit deutschen evangelischen Schülern den höchsten Anteil religiöser und sehr religiöser Befragter aufweisen. Innerhalb der Gruppe katholischer Schüler weisen Jugendliche polnischer Herkunft mit 40,3 % ebenso den höchsten Anteil religiöser und sehr religiöser Schüler auf. Beide Herkunftsgruppen sind mehrheitlich von Aussiedlern geprägt (vgl. Kapitel 4.6.5). Durch Korrelations- und Regressionsanalysen können Baier et al. außerdem zeigen, dass bei evangelischen Jugendlichen, insbesondere bei denen aus der ehemaligen Sowjetunion, stärkere Religiosität mit höheren Integrationserfolgen einhergeht. Bei den katholischen Jugendlichen geht hingegen stärkere Religiosität mit geringeren Integrationserfolgen einher, wobei sich der Zusammenhang nach Kontrolle von weiteren integrationsrelevanten Faktoren deutlich abschwächt (Baier et al. 2010: 104). Die Autoren der Studie weisen aber darauf hin, dass die Analysen keine Kausalaussagen zur Wirkung von Religiosität auf Integration zulassen, da die Auswertungen auf Basis von Querschnittsdaten durchgeführt wurden.

Fazit zur Religiosität von (Spät-)Aussiedlern

Der Großteil der (Spät-)Aussiedler gehört christlichen Glaubensrichtungen an, wobei innerhalb der in den letzten zwei Jahrzehnten mehrheitlich aus der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten Personen mehr als

40 % der evangelischen Konfession zuzuordnen sind. Vor allem die ältere Generation der (Spät-)Aussiedler hat sich deutschen Kirchengemeinden angeschlossen.

Die meisten Untersuchungen zum religiösen Leben von (Spät-)Aussiedlern beziehen sich auf die Gruppe der evangelischen Russlanddeutschen. Durch die religiöse Verfolgung in der ehemaligen Sowjetunion bildeten sich in dieser Gruppe vermehrt Hausgemeinschaften mit brüdergemeinschaftlicher Ausrichtung. Dies führte dazu, dass das Milieu der russlanddeutschen Kirchengemeinden durch eine starke Traditionsorientierung und eine Isolierung gegenüber kirchlichen Wandlungsprozessen gekennzeichnet ist. Demzufolge wurde diese Gruppe der (Spät-)Aussiedler nach ihrer Zuwanderung mit theologischen und liturgischen Unterschieden in deutschen Kirchengemeinden konfrontiert. Diese Differenzen, die durch ein in der ehemaligen Sowjetunion geprägtes Misstrauen gegenüber staatlichen Autoritäten verstärkt wurden, veranlassten viele Russlanddeutsche dazu, eigenständige Migrantengemeinden und eine Vielzahl von freikirchlichen Gemeinden zu bilden.

Mit Blick auf den Zusammenhang von religiösem Leben und Integration werden in der Forschung zwei unterschiedliche Tendenzen diskutiert. Die genannten historisch bedingten Unterschiede in der Glaubenspraxis führten mitunter zu Belastungen bei der Integration von (Spät-)Aussiedlern in deutsche Kirchengemeinden und auch zu segregativen Prozessen infolge einer Vermischung ethnischer und religiöser Merkmale („Ethnokonfessionalismus“). Gleichzeitig richten andere Untersuchungen die Aufmerksamkeit auf förderliche Aspekte der Religion bei der Integration und legen einen Zusammenhang von Religiosität und höherem Integrationserfolg nahe. Kirchengemeinden könnten zudem für die (Spät-)Aussiedler Übergangsräume in die Aufnahmegesellschaft darstellen.

4.14 Lebenszufriedenheit und Beurteilung der Integrationspolitik in Deutschland

Zur Analyse der Lebenszufriedenheit von (Spät-)Aussiedlern und ihrer Beurteilung der Integrationspolitik in Deutschland werden für das folgende Kapitel hauptsächlich Ergebnisse des Integrationsbarometers des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) als Datengrundlage herangezogen. Das Integrationsbarometer er-

scheint in zweijährigem Rhythmus als Teil des SVR-Jahresgutachtens. Im Integrationsbarometer 2010 wurden insgesamt 5.673 Personen sowohl aus der Zuwandererbevölkerung (80 % der Gesamtstichprobe) als auch aus der Mehrheitsbevölkerung (20 %) mittels computergestützter telefonischer Interviews befragt. Die Stichprobe beschränkte sich räumlich auf die drei Regionen Rhein-Ruhr, Rhein-Main sowie Stuttgart. Im Integrationsbarometer 2012 wurden 9.200 Personen aus der Zuwandererbevölkerung (76,8 %) und der Mehrheitsbevölkerung (23,2 %) befragt. Diese Untersuchung wurde auf zwei ostdeutsche Ballungsräume (Halle-Leipzig und Berlin-Brandenburg) ausgeweitet. Personen, die selbst oder bei denen Eltern(-teile) als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland eingewandert sind, machten in beiden Erhebungen rund 16 % der Stichprobe aus (SVR 2010: 31; 2012: 28).

Daneben werden zur Frage der Bleibeabsichten Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (Tucci 2011) und aus einer Studie von Sinus Sociovision (Arnold/Maier 2010) herangezogen.

4.14.1 Lebenszufriedenheit, „Integrationsklima“ und Bleibeabsichten

(Spät-)Aussiedler geben im Integrationsbarometer 2010 unter allen befragten Gruppen – neben Personen ohne Migrationshintergrund und Zuwanderern aus der EU-27 – die höchste Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland an. Auf einer Skala von 0 („fühle mich gar nicht wohl“) bis 3 („fühle mich sehr wohl“) liegt der Mittelwert ihrer Angaben bei 2,6. Die zweite Generation der (Spät-)Aussiedler ist dabei mit einem Wert von 2,7 noch etwas zufriedener als die erste Generation mit einem Wert von 2,6. Am unzufriedensten mit ihrem Leben in Deutschland äußert sich mit einem Mittelwert von 2,4 die Gruppe der Türkeistämmigen (SVR 2010: 48f.). Aus dem Integrationsbarometer 2012 liegen keine entsprechend differenzierten Daten vor.

In beiden Erhebungen (2010 und 2012) wurde zudem ein Integrationsklima-Index (IKI) aus den „erlebten Integrationsrealitäten“ (SVR 2012: 43) in der Nachbarschaft, am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und bei sozialen Nahbeziehungen gebildet. (Spät-)Aussiedler schätzen das Klima des Zusammenlebens in den abgefragten Lebensbereichen tendenziell positiv ein: Auf einer Skala von 0 („schlechtestes vorstellbares Integrationsklima“) bis 4 („Bestbewertung in allen Bereichen“) liegt der Wert der befragten

(Spät-)Aussiedler in Westdeutschland im Integrationsbarometer 2012 bei 2,89 und damit über dem der Mehrheitsbevölkerung (2,66) und der türkeistämmigen Befragten (2,73). Lediglich Personen mit Migrationshintergrund aus der EU-27 weisen mit 2,92 eine noch positivere Bewertung des Integrationsklimas auf. Im Vergleich zu den Ergebnissen des Integrationsbarometers 2010 sind die Werte bei allen untersuchten Gruppen in Westdeutschland geringfügig gesunken, auch bei den (Spät-)Aussiedlern mit einem seinerzeitigen Wert von 2,98. Dies ist nach Angaben der Autoren jedoch nicht statistisch signifikant. In den ostdeutschen Befragungsgebieten ist die Wahrnehmung eines „freundlichen Integrationsklimas“ allerdings weniger verbreitet, auch in der Gruppe der dort untersuchten (Spät-)Aussiedler mit einem Indexwert von 2,79 (SVR 2012: 44).

Betrachtet man auf Basis der Auswertungen des SOEP von Tucci (2011: 198) die Daten zur Absicht von (Spät-)Aussiedlern, sich in Deutschland dauerhaft niederlassen zu wollen, so weist diese Gruppe mit 92 % Bleibewilligen im Jahr 2009 den höchsten Wert aller untersuchten Migranten- und Migrantengruppen auf. Dies war auch schon 2003 der Fall, wo die Zustimmung mit 97 % noch höher lag. Bei den Nachkommen von (Spät-)Aussiedlern, in diesem Fall allerdings zusammengefasst mit Nachkommen anderer osteuropäischer Migranten, ist im gleichen Zeitraum eine Zunahme des Anteils der Bleibewilligen von 80 % auf 90 % zu verzeichnen; auch sie sind damit innerhalb ihrer Vergleichsgruppen führend. Übereinstimmend dazu führen Arnold/Maier (2010: 19) aus, dass nur fünf Prozent der in einer Studie von Sinus Sociovision befragten jungen Spätaussiedler unsicher seien, ob sie später ins Herkunftsland der Eltern zurückkehren wollen.

4.14.2 Beurteilung der Integrationspolitik und der öffentlichen Integrationsdiskussion

Als weiteres Ergebnis des SVR-Integrationsbarometers 2012 zeichnet sich gruppen- und regionenübergreifend ab, dass aus mehrheitlicher Sicht der Befragten die öffentliche Integrationsdiskussion zu negativ geführt wird, wobei diese Auffassung bei der Mehrheitsbevölkerung sogar stärker ausgeprägt ist als bei der Zuwandererbevölkerung. (Spät-)Aussiedler bewegen sich mit einem Wert von 1,8 auf einer Skala von 0 („viel zu negativ“) bis 4 („viel zu positiv“) mit ihrer Bewertung auf durchschnittlichem Niveau, sehr ähnlich zu den befragten Personen mit Migrationshintergrund aus der EU-27, dem übrigen Europa und aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Mit diesen Gruppen hat die Gruppe der (Spät-)Aussiedler auch gemeinsam, dass sie die Diskussion um die Integration häufiger als zutreffend oder angemessen bewertet (d.h. weder zu positiv noch zu negativ), vor allem im Vergleich zu Befragten mit einem türkischen Migrationshintergrund (SVR 2012: 39).

Die Annahme, dass „gerade der von der Integrationspolitik zentral betroffene Bevölkerungsanteil, die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund, den politischen Eliten auf Bundes- und Länderebene ein gewisses Grundmisstrauen entgegenbringen könnte“ (SVR 2012: 51), wird im Integrationsbarometer 2012 nicht bestätigt. Hinsichtlich der Einschätzung des integrationspolitischen Engagements von Politikern in Bund, Ländern und Kommunen fällt vielmehr auf, dass alle befragten Personengruppen – also auch (Spät-)Aussiedler – das Engagement von Landes- und Bundespolitikern höher einschätzen als jenes von Kommunalpolitikern. (Spät-)Aussiedler weisen jedoch für alle drei Politikergruppen insgesamt die höchsten Werte auf, d.h. sie schätzen deren Engagement auf einer Skala von 0 („gar nicht“) bis 4 („voll und ganz“) am stärksten ein mit Mittelwerten von jeweils 2,6 (Bundes- und Landespolitiker) bzw. 2,2 für Kommunalpolitiker.

Aus den Ergebnissen des SVR-Integrationsbarometers 2010 geht außerdem hervor, dass (Spät-)Aussiedler die deutsche Integrationspolitik der letzten fünf Jahre tendenziell positiv wahrnehmen. Auf einer Skala von 0 („wesentlich verschlechtert“) bis 4 („wesentlich verbessert“) bewerten sie deren Beitrag zur Verbesserung der Integration mit einem Mittelwert von 2,4 (zweite Generation: 2,5). Damit weisen sie ähnliche Werte wie die anderen befragten Gruppen mit Ausnahme der Türkeistämmigen auf, die die Integrationspolitik der letzten fünf Jahre etwas negativer mit einem Mittelwert von 2,2 bewerten (SVR 2010: 35). Bei einer Einschätzung der Bedeutung verschiedener politischer Maßnahmen stufen (Spät-)Aussiedler insbesondere Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit senken, als wichtig ein. Des Weiteren bewerten sie die Bedeutung von solchen Maßnahmen hoch, die Bildungschancen verbessern, Diskriminierungen bekämpfen sowie das Angebot an Sprachkursen verbessern. Befinden sie sich in den letztgenannten Bereichen im Durchschnitt aller befragten Personen, so heben sie sich durch die höheren Werte mit Blick auf Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit etwas von den restlichen Gruppen ab (SVR 2010: 37). Als am wenigsten wichtig schätzen (Spät-)Aussiedler Einbürgerungserleichterungen ein, was allerdings angesichts ihres vergleichsweise problemlosen Zugangs zur deutschen Staatsangehörigkeit auch nicht überrascht.

Des Weiteren wurde im Integrationsbarometer 2010 danach gefragt, wem die Befragten die Verantwortlichkeit für Integrationserfolg zuschreiben. Die befragten (Spät-)Aussiedler der ersten Generation sehen auf einer Skala von 0 („gar nicht“) bis 4 („voll und ganz“) mit einem Mittelwert von 3,5 am stärksten die Zuwandererbevolkerung selbst in der Verantwortung, gefolgt von der Zuschreibung an den deutschen Staat mit einem Wert von 3,0 und an die Mehrheitsbevölkerung mit einem Wert von 2,7. Die Werte für die zweite Generation sind fast identisch. Im Vergleich zu anderen befragten Migrantengruppen sehen (Spät-)Aussiedler und ihre Nachkommen damit etwas weniger Integrationsverantwortung beim deutschen Staat und bei der Mehrheitsbevölkerung. Bei ihrer Bewertung der Verantwortung bei den Zuwanderern selbst liegen sie im Durchschnitt der übrigen Befragten (SVR 2010: 43).

Fazit zu Lebenszufriedenheit, Bleibeabsichten und Beurteilung der deutschen Integrationspolitik durch (Spät-)Aussiedler

Im Vergleich mit anderen Zuwanderergruppen haben (Spät-)Aussiedler am häufigsten langfristige Zukunftspläne für ein Leben in Deutschland. Sie sind im Vergleich mit anderen Migrantengruppen zufriedener mit ihrer Lebenssituation und beurteilen das Integrationsklima in Deutschland überdurchschnittlich häufig positiv, auch im Vergleich mit der Mehrheitsbevölkerung. Wie auch bei anderen Bevölkerungsgruppen zu beobachten ist, gilt dies allerdings stärker in West- als in Ostdeutschland. Ebenfalls dem Trend in der Gesamtbevölkerung folgend beurteilen (Spät-)Aussiedler die Integrationsdiskussion, wie sie in der Öffentlichkeit geführt wird, als eher zu negativ ausgerichtet. Die deutsche Integrationspolitik und das Engagement von Politikern bewerten sie tendenziell positiv. Dies tritt insbesondere im Vergleich mit der zweiten bedeutenden Zuwanderungsgruppe, den Türkeistämmigen, deutlich hervor, die sich kritischer zur Integrationspolitik äußern. Die Integrationsverantwortung schreiben (Spät-)Aussiedler vor allem den Zuwanderern selbst und im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen etwas seltener der Mehrheitsbevölkerung und dem deutschen Staat zu.

5 Rück- und Ausblick

(Spät-)Aussiedler stellen zahlenmäßig eine der bedeutendsten und aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit immer noch eine besondere Zuwanderergruppe in Deutschland dar. Ein großer Teil dieser Menschen ist zwischen Ende der 1980er Jahre und dem Jahr 2005 in die Bundesrepublik gekommen, wobei sich der Herkunftsländer-Schwerpunkt in dieser Zeit stark auf die ehemalige Sowjetunion verschoben hat. Dementsprechend weisen viele der jüngeren Forschungsarbeiten einen Fokus auf Russlanddeutsche auf. Demgegenüber haben Polen und Rumänien als früher dominante Herkunftsländer stark an Bedeutung verloren.

Die Integration von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland seit den 1950er Jahren kann aufgrund der vorliegenden Daten und Forschungsergebnisse insgesamt als Erfolgsgeschichte gesehen werden – wenn auch mit Unterschieden je nach Zeitpunkt der Zuwanderung, den damit verbundenen vorgefundenen Integrationsbedingungen und mit unterschiedlichen Herausforderungen für die einzelnen Generationen. Verliefen die Integrationsprozesse bis etwa Mitte der 1990er Jahre weitgehend „geräuschlos“, so kam es danach etwa ein Jahrzehnt lang zu verstärkten Problemen bzw. Problemwahrnehmungen, unter anderem im Bereich der Kriminalität. Dies hing mit Umfang und Zusammensetzung der zugewanderten Bevölkerung, aber auch mit verringerten staatlichen Unterstützungsleistungen zusammen. Seit etwa 2006 ist es zu einer deutlichen Abnahme der Zuwanderungszahlen und zu einer Beruhigung im Integrationsgeschehen bei (Spät-)Aussiedlern gekommen. Gerade die „Unauffälligkeit“ dieser Gruppe spricht für ihren Integrationserfolg. Charakteristisch ist in statistischen Daten zur Integration, sofern sie eine Identifizierung von (Spät-)Aussiedlern erlauben, dass diese eine „Mittelposition“ zwischen den Deutschen ohne Migrationshintergrund und sonstigen Migrantengruppen einnehmen. In den letzten Jahren hat sich einerseits die Datenlage verbessert, indem beispielsweise im Mikrozensus und in Daten der Bundesagentur für Arbeit (Spät-)Aussiedler eigens ausgewiesen werden. Andererseits finden offenbar in der empirischen Sozialforschung kaum noch Primärerhebungen zu dieser Gruppe statt. Es dominieren inzwischen qualitative Arbeiten zu Aspekten wie Sprache und Identitätsbildung oder Sammelbände wie

die von Ipsen-Peitzmeier/Kaiser (2006) zu Integrationsaspekten oder Weiß (2013a) zum religiösen Leben.

Aufgrund der „Zweidimensionalität“ (Kiel 2009) der kulturellen Zugehörigkeit – der Migrationskontext einerseits und die deutsche Volkszugehörigkeit andererseits – können im Prozess der Identitätsbildung bei (Spät-)Aussiedlern Widersprüche zwischen der Selbstwahrnehmung als Deutsche und anderslautenden Fremdzuschreibungen in der Interaktion mit Angehörigen der Aufnahmegesellschaft auftreten. Dabei ist nicht nur an Deutsche ohne Migrationshintergrund, sondern z.B. auch an Türkeistämmige zu denken, mit denen offenkundig ein Konkurrenzverhältnis besteht (vgl. hierzu Kapitel 4.6.5). Ebenso ist künftig der Blick auf in diesem Bericht aufgezeigte Probleme in der Einkommenssituation insbesondere älterer (Spät-)Aussiedler zu richten, die Einfeld (2013: 57) als „übersehene“ bzw. „verlorene Generation“ bezeichnet. Aufgrund der Altersstruktur und der nur noch geringen Neuzuwanderung wird sich der Wahrnehmungsfokus allerdings in den nächsten Jahren wahrscheinlich auf die jüngeren, z.T. schon in Deutschland geborenen Generationen aus (Spät-)Aussiedlerfamilien verschieben, die eine starke soziale Aufstiegsorientierung zeigen.

Literatur

Alt, Christian (Hg.) (2006): Kinderleben – Integration durch Sprache? Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.) (2012): Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Ost-West-Vergleich. Expertise des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin, Online: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/expertise-Ost-West-Vergleich.pdf?__blob=publicationFile (23.07.2013).

Aparicio, Mary L./Döring, Angela/Mielck, Andreas/Holle, Rolf (2005): Unterschiede zwischen Aussiedlern und der übrigen deutschen Bevölkerung bezüglich Gesundheit, Gesundheitsversorgung und Gesundheitsverhalten: eine vergleichende Analyse anhand des KORA-Surveys 2000, in: Sozial- und Präventivmedizin, (50), 107-118.

ARD/ZDF-Medienkommission (2007): Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF-Medienkommission, Online: http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/ZDF_ARD_Migranten_und_Medien_2007_Handout_neu.pdf (25.07.2013).

Arnold, Norbert/Maier, Wolfgang (Hg.) (2010): Lebenswelten Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Herausforderungen und Perspektiven, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

- Babka von Gostomski, Christian** (2006): In Vorurteilen gegenüber türkischen Jugendlichen vereint? Eine desintegrationstheoretisch geleitete Längsschnittanalyse zur Entwicklung von Einstellungen gegenüber türkischen Jugendlichen bei Jugendlichen deutscher Herkunft und Aussiedler-Jugendlichen mit Daten des IKG-Jugendpanels 2001-2003, Dissertation, Online: <http://pub.uni-bielefeld.de/publication/2305897> (22.08.2013).
- Bade, Klaus J.** (Hg.) (1990): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster: Westfälischer Heimatbund.
- Bade, Klaus J.** (Hg.) (1994): Ausländer – Aussiedler – Asyl. Eine Bestandsaufnahme, München: Verlag C.H. Beck.
- Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen** (Hg.) (1999): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa, Göttingen: V und R Unipress.
- Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Rabold, Susann/Simonson, Julia/Kappes, Cathleen** (2010): Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN, Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Online: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob109.pdf> (23.07.2013).
- Bannenberg, Britta** (2009): Kriminalität bei jungen Migranten (insbesondere Spätaussiedlern) und Präventionsansätze, in: Das Jugendkriminalrecht vor neuen Herausforderungen? Jenaer Symposium 9.-11. September 2008, veranstaltet vom Bundesministerium der Justiz gemeinsam mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie, 155-186, Online: http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/StudienUntersuchungenFachbuecher/Tagungsband_Das_Jugendkriminalrecht_vor_neuen_Herausforderungen.pdf?__blob=publicationFile (23.07.2013).

- Baraulina, Tatjana** (2013): Einführung – Rückkehr aus Deutschland. Zentrale Ergebnisse einer Befragung von Rückkehrern in der Türkei, Georgien und der Russischen Föderation, in: Baraulina, Tatjana/Kreienbrink, Axel (Hg.): Rückkehr und Reintegration. Typen und Strategien an den Beispielen Türkei, Georgien und Russische Föderation. Beiträge zu Migration und Integration, Band 4, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 7-82.
- Baumann, Jochen/Mika, Tatjana** (2008): Die sozialstaatliche Integration von Aussiedlern durch das Fremdrentenrecht. Ein Vergleich der Zuwanderungskohorten, in: Deutsche Rentenversicherung, (5), 462-484.
- Baumann, Jochen/Mika, Tatjana** (2012): Steigende Ungleichheit unter Aussiedlern und Spätaussiedlern im Alter, in: Baykara-Krumme, Helen/Motel-Klingebiel, Andreas/Schimany, Peter (Hg.): Viele Welten des Alterns. Ältere Migranten im alternden Deutschland, Wiesbaden: Springer VS, 127-157.
- Bausinger, Hermann** (1986): Kulturelle Identität – Schlagwort und Wirklichkeit, in: Bausinger, Hermann (Hg.): Ausländer – Inländer. Arbeitsmigration und kulturelle Identität, Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde, 141-160.
- Becher, Heiko/Razum, Oliver/Kyobutungi, Catherine/Laki, Judit/Jördis, Jennifer/Ronellenfitsch, Ulrich/Winkler, Volker** (2007): Mortalität von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion. Ergebnisse einer Kohortenstudie, in: Deutsches Ärzteblatt, (104), 1655-1661.
- Beisenherz, Gerhard** (2006): Sprache und Integration, in: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Integration durch Sprache? Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Kinderpanel, Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, 39-70.
- Berend, Nina** (1998): Sprachliche Anpassung. Eine soziolinguistische-dialektologische Untersuchung zum Rußlanddeutschen. Studien zur deutschen Sprache. Forschungen des Instituts für deutsche Sprache (IdS), Band 14, Tübingen: Gunter Narr Verlag.

- Berg-Lupper, Ulrike** (2006): Kinder mit Migrationshintergrund. Bildung und Betreuung von Anfang an?, in: Bien, Walter/Rauschenbach, Thomas/Riedel, Birgit (Hg.): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim/Basel: Beltz Verlag, 84-104.
- Brück-Klingberg, Andrea/Burkert, Carola/Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger** (2007): Verkehrte Welt: Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter arbeitslos, IAB-Kurzbericht Nr. 8.
- Brüss, Joachim** (2006): Miteinander oder Nebeneinander? Zum Einfluss von Akkulturationspräferenzen und Eigengruppenfavorisierung auf die Kontakte zwischen deutschen, türkischen und Aussiedler-Jugendlichen, in: Ipsen-Peitzmeier, Sabine/Kaiser, Markus (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland, Bielefeld: transcript Verlag, 63-86.
- Bundesagentur für Arbeit** (2013a): Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer April 2013. Analytikreport der Statistik, Online: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201304.pdf> (24.07.2013).
- Bundesagentur für Arbeit** (2013b): Arbeitsmarkt in Zahlen – Migrationshintergrund nach § 281 Abs. 2 SGB III, Deutschland, Dezember 2012, Nürnberg, Online: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201212/iiii4/migrationshintergrund-migh/migh-d-0-xls.xls> (24.07.2013).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** (2013a): Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2012, Online: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/Kurstraeger/Statistiken/2012-quartal4_integrationskursgeschaeftsstatistik_bund.pdf?__blob=publicationFile (05.08.2013).

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** (2013b): Berufsbezogene Deutschförderung. Das ESF-BAMF-Programm, Online: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/broschuere-esf-bamf-programm.pdf?__blob=publicationFile (05.08.2013).
- Bundeskriminalamt** (2012): Polizeiliche Kriminalstatistik 2011. Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2011, Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bundesministerium des Innern (BMI)** (Hg.) (2011): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland, Berlin.
- Bundesministerium des Innern (BMI)/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** (2013): Migrationsbericht 2011, Berlin und Nürnberg.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)** (Hg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)** (Hg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (Hg.) (2011): Familien mit Migrationshintergrund. Lebenssituationen, Erwerbsbeteiligung, und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 2. Auflage, Berlin.
- Bundesweiter Arbeitskreis Migration und öffentliche Gesundheit** (2005): Positionspapier, August 2005, Online: <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/downloads/Leitbild/uebergreifend/positionspapier.pdf> (04.09.2013).

- Bürkner, Hans-Joachim** (1998): Kleinräumliche Wohnsegregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft Jg. 23, 1/1998, 55-69.
- Claro da Fonseca, Sara** (2006): Neue Bürger – neue Kandidaten? Die Parteien im Wettstreit um Migrantenstimmen, in: WZB-Mitteilungen, (114), 32-35.
- Cyrus, Norbert** (2005): Active Civic Participation of Immigrants in Germany. Country Report prepared for the European research project POLITIS, Oldenburg, Online: <http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/Germany.pdf> (05.08.2013).
- Dickmann, Ludmilla** (2006): Sekundäre Suchtprävention für spät ausgesiedelte junge Menschen – SeM, in: Kind, Jugend, Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz, 51(1), 24-26.
- Diefenbach, Heike/Weiß, Anja** (2006): Menschen mit Migrationshintergrund. Datenerfassung für die Integrationsberichterstattung. Gutachten im Auftrag der Stelle für interkulturelle Arbeit, Sozialreferat und des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt München, Online: http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/203_gutachtenmigration.pdf (04.09.2013).
- Dietrich, Ingrid/Selke, Sylvia** (2007): Begleiten statt Ausgrenzen. Lernbegleitung von russlanddeutschen Spätaussiedler-Jugendlichen an Hauptschulen, Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Dietz, Barbara/Roll, Heike** (1998): Jugendliche Aussiedler. Porträt einer Zuwanderergeneration, Frankfurt am Main und New York: Campus Verlag.
- Eggert, Susanne** (2010): Medien im Integrationsprozess: Motor oder Bremse? Die Rolle der Medien bei der Integration von Heranwachsenden aus der ehemaligen Sowjetunion, München: kopaed.
- Eisfeld, Alfred** (2013): (Spät-)Aussiedler in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63(13-14), 51-57.

- Engels, Dietrich/Köller, Regine/Koopmans, Ruud/Höhne, Jutta** (2011): Zweiter Integrationsindikatorenbericht, erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Köln und Berlin.
- Esser, Hartmut** (2006): Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten, Frankfurt a. M. [u.a.]: Campus Verlag.
- Eulenberger, Jörg** (2013): Migrationsbezogene Disparitäten an der ersten Schwelle: junge Aussiedler im Übergang von der Hauptschule in die berufliche Bildung, Wiesbaden: VS Springer.
- Fertig, Michael/Tamm, Marcus** (2007): Always Poor or Never Poor and Nothing in Between? Duration of Child Poverty in Germany, RWI Discussion Papers 56, Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Fertig, Michael/Tamm, Marcus** (2008): Die Verweildauer von Kindern in prekären Lebenslagen, in: Bertram, Hans (Hg.): Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, München, 152-166.
- Fischer, Cornelia** (2008): Peer counselling in der psychosozialen Versorgung von Migranten in Ostdeutschland, in: Hunger, Uwe/Aybek, Can M./Ette, Andreas/Michalowski, Ines (Hg.): Migrations- und Integrationsprozesse in Europa. Vergemeinschaftung oder nationalstaatliche Lösungswege?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 267-286.
- Flake, Regina** (2013): Young FSU Migrants in Germany: Educational Attainment and Early Labour Market Outcomes. Ruhr Economic Papers No. 425, Online: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/ruhr-economic-papers/REP_13_425.pdf (27.08.2013).
- Frank, Fabian** (2011): Soziale Netzwerke von (Spät-)Aussiedlern: eine Analyse sozialer Unterstützung aus sozialarbeiterischer Perspektive, Freiburg: Centaurus.

- Frenzel, Nataliya/Heringer, Hans-Jürgen** (2007): „Ich lächle zurück“: Interkulturell basierte Schwierigkeiten russischer Aussiedler in Deutschland, in: *Deutsch als Zweitsprache*, (1), 23-32.
- Friedrich, Lena** (2008): Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. Working Paper 21 (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Friedrichs, Jürgen** (1980): *Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Frik, Olga** (2012): *Identitätsentwicklung von Spätaussiedlerinnen. Ergebnisse einer regionalen empirischen Studie*, München: AVM.
- Fuchs, Marek/Sixt, Michaela** (2008): *Die Bildungschancen von Aussiedlerkindern. SOEPpapers on multidisciplinary data research at DIW Berlin Nr. 105*, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Gamper, Markus/Fenicia, Tatjana** (2013): *Transnationale Unterstützungsnetzwerke von Migranten. Eine qualitative Studie zu Spätaussiedlern aus der ehemaligen UdSSR*, in: Schönhuth, Michael/Gamper, Markus/Kronenwett, Michael/Stark, Martin (Hg.): *Visuelle Netzwerkforschung. Qualitative, quantitative und partizipative Zugänge*, Bielefeld: transcript Verlag, 249-276.
- Gehricke, Matthias/Fritz, Joachim/Roß, Herrmann** (2012): *Arbeitslose mit Migrationshintergrund. Methodenbericht der Statistik der BA*, Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit, Online: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Arbeitslose-Migrationshintergrund-2012.pdf> (24.07.2013).
- Geiling, Heiko/Gardemin, Daniel/Meise, Stephan/König, Andrea** (2011): *Migration – Teilhabe – Milieus. Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine** (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, München: TNS Infratest.
- Gerometta, Julia** (2007): Fit für Bildung – und fit für die Bürgergesellschaft. Mentoring durch bürgerschaftliches Engagement für bildungsorientierte Russlanddeutsche, in: Dettling, Daniel/Gerometta, Julia (Hg.): Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 207-217.
- Gresch, Cornelia/Baumert, Jürgen/Maaz, Kai** (2010): Empfehlungsstatus, Übergangsempfehlung und der Wechsel in die Sekundarstufe I: Bildungsentscheidungen und soziale Ungleichheit, in: Maaz, Kai/Baumert, Jürgen/Gresch, Cornelia/McElvany, Nele (Hg.): Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten, Bildungsforschung Band 34, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, 201-227.
- Gresch, Cornelia/Becker, Michael** (2010): Sozial- und leistungsbedingte Disparitäten im Übergangsverhalten bei türkischstämmigen Kindern und Kindern aus (Spät-)Aussiedlerfamilien, in: Maaz, Kai/Baumert, Jürgen/Gresch, Cornelia/McElvany, Nele (Hg.): Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten, Bildungsforschung Band 34, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, 181-200.
- Gresch, Cornelia/Kristen, Cornelia** (2011): Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund? Ein Vergleich unterschiedlicher Operationalisierungsweisen am Beispiel der Bildungsbeteiligung, in: Zeitschrift für Soziologie, 40(3), 208-277.
- Greuel, Frank** (2009): Ethnozentrismus bei Aussiedlerjugendlichen: eine explorative, qualitative Studie in Thüringen, Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

- Greuel, Frank** (2012): Ethnozentrismus bei Aussiedlerjugendlichen, in: Greuel, Frank/Glaser, Michaela (Hg.): Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Erscheinungsformen und pädagogische Praxis in der Einwanderungsgesellschaft, Halle: Deutsches Jugendinstitut, 54-65.
- Grothe, Jana** (2008): Psychosoziale Beratung und kulturelle Differenz. Eine qualitative Studie zur Kommunikation zwischen einheimischen Beratern und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion, Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Haarmann, Harald** (1996): Identität, in: Goebel, Hans/Nelde, Peter H./Starý, Zdeněk /Wölck, Wolfgang (Hg.): Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung, erster Handband, Berlin und New York: de Gruyter, 218-233.
- Haug, Sonja** (2008): Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland. Working Paper 14 (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja** (2010): Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland. Working Paper 33 (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja/Baraulina, Tatjana/Babka von Gostomski, Christian** (2008a): Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme. Working Paper 12 der Forschungsgruppe des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja/Rühl, Stefan/Babka von Gostomski, Christian** (2008b): Migranten als Täter und Opfer von Gewalt und Kriminalität, in: Bewährungshilfe. Soziales – Strafrecht – Kriminalpolitik, 55(3), 211-227.
- Haug, Sonja/Sauer, Lenore** (2007): Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern. Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes. Forschungsbericht 3, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

- Hauschildt, Eberhardt** (2013): Russlanddeutsche aus der Milieuperspektive, in: Weiß, Lothar (Hg.): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 238-253.
- Häußermann, Hartmut** (2009): Behindern ‚Migrantenviertel‘ die Integration?, in: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 235-246.
- Hensen, Jürgen** (2009): Zur Geschichte der Aussiedler- und Spätaussiedleraufnahme, in: Bergner, Christoph/Weber, Matthias (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven, München: Oldenbourg, 47-61.
- Hirschler-Horáková, Nicole** (2003): ‚Neue Arbeitskräfte aus dem Osten‘. ‚Repatriierung‘ und Familienzusammenführung von Personen deutscher Herkunft aus der UdSSR in die DDR 1977, in: Oltmer, Jochen (Hg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, IMIS-Schriften Band 12, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien, 377-397.
- Hochfellner, Daniela/Wapler, Rüdiger** (2010): Licht und Schatten: Die Situation von Aussiedlern und Spätaussiedlern auf dem deutschen Arbeitsmarkt, in: IAB-Forum, (2), 44-49.
- Hofstede, Geert/Hofstede, Gert Jan** (2006): Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Huth, Susanne** (2002): Freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von MigrantInnen im Kontext wissenschaftlicher Diskussion. Vortrag im Rahmen einer Fachtagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Berlin, Online: <http://www.inbas-sozialforschung.de/download/FE-MigrantInnen-Vortrag.pdf> (26.07.2013).

- Initiative D21** (2008): Internetnutzung und Migrationshintergrund in Deutschland. Eine Sonderauswertung zum (N)ONLINER Atlas 2008, Online: http://www.initiatived21.de/wp-content/uploads/alt/08_NOA/NOA_Migration.pdf (22.11.2013)
- Ipsen-Peitzmeier, Sabine/Kaiser, Markus** (Hg.) (2006): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland, Bielefeld: transcript Verlag.
- Janßen, Andrea/Schroedter, Julia H.** (2007): Kleinräumliche Segregation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland: Eine Analyse auf der Basis des Mikrozensus, in: Zeitschrift für Soziologie, 36(6), 453-472.
- Kemme, Stefanie/Hanslmaier, Michael/Stoll, Katharina** (2011): Kriminalitätsentwicklung 1995 bis 2008: Ergebnisse einer Expertenbefragung. Zwischenbericht des Projekts „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kriminalitätsentwicklung sowie die Arbeit der Polizei, der Strafjustiz, des Strafvollzugs und der Bewährungshilfe“, Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Online: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob112.pdf> (23.07.2013).
- Keupp, Heiner** (u.a.) (2002): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne, Reinbek: Rowohlt.
- Kiel, Svetlana** (2009): Wie deutsch sind Russlanddeutsche? Eine empirische Studie zur ethnisch-kulturellen Identität in russlanddeutschen Aussiedlerfamilien, Münster, München, Berlin [u.a.]: Waxmann.
- Kissau, Kathrin** (2007): Politische Internetnutzung von Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion. PPI Working Paper 5, Münster: Westfälische Wilhelms-Universität (Institut für Politikwissenschaften).
- Kissau, Kathrin** (2008): Das Integrationspotential des Internet für Migranten, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kissau, Kathrin/Hunger, Uwe** (2009): Politische Sphären von Migranten im Internet. Neue Chancen im „Long Tail“ der Politik, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Klekowski von Koppenfels, Amanda** (2008): From Germans to Migrants: Aussiedler Migration to Germany, in: Tsuda, Takeyuki (Hg.): Diasporic Homecomings: Ethnic Return Migrants in Comparative Perspective, Palo Alto: Stanford University Press, 103-132.
- Klug, Stefanie/Zeeb, Hajo/Blettner, Maria** (2003): Neue Möglichkeit der Recherche von Todesursachen in Deutschland über Statistische Landesämter am Beispiel einer retrospektiven Kohortenstudie, in: Das Gesundheitswesen, (65), 243-249.
- Knipper, Michael/Bilgin, Yasar** (2009): Migration und Gesundheit, Sankt Augustin/Berlin: Konrad Adenauer Stiftung e.V..
- Koch-Arzberger, Claudia/Bott, Klaus/Kerner, Hans-Jürgen/Reich, Kerstin** (2008): Mehrfach- und Intensivtäter in Hessen. Basisbericht. Kriminalistisch-kriminologische Schriften der hessischen Polizei Band 1, Wiesbaden: Hessisches Landeskriminalamt, Online: <http://www.polizei.hessen.de/icc/internetzentral/nav/2a6/binarywriterservlet?imgUid=2c7639b5-ac5b-8214-13bd-512109241-c24&uBasVariant=11111111-1111-1111-1111-111111111111> (23.07.2013).
- Koch-Arzberger, Claudia/Bott, Klaus/Kerner, Hans-Jürgen/Reich, Kerstin/Vester, Thaya** (2010): Mehrfach- und Intensivtäter in Hessen. Abschlussbericht. Kriminalistisch-kriminologische Schriften der hessischen Polizei Band 2, Wiesbaden: Hessisches Landeskriminalamt, Online: <http://www.polizei.hessen.de/icc/internetzentral/nav/bd4/binarywriterservlet?imgUid=bb7639b5-ac5b-8214-13bd-512109241c24&uBasVariant=11111111-1111-1111-1111-111111111111> (23.07.2013).
- Kohls, Martin** (2008): Leben Migranten wirklich länger? Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten in Deutschland. Working Paper 16, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

- Kohls, Martin** (2011): Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland. Forschungsbericht 9, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kohls, Martin** (2012): Demographie von Migranten in Deutschland. Challenges of Public Health 63, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Konsortium „Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund“** (2009): Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Projekt Ila1 – 04/06. Abschlussbericht – Hauptband – Auftraggeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Duisburg.
- Kornischka, Jürgen/Assion, Hans-Jörg/Ziegenbein, Marc/Agelink, Marcus W.** (2008): Psychosoziale Belastungsfaktoren und psychische Erkrankungen bei Spätaussiedlern, in: Psychiatrische Praxis 35(2), 60-66.
- Koselleck, Reinhart** (1992): Erfahrungsraum und Erwartungshorizont – zwei historische Kategorien, in: Koselleck, Reinhart (Hg.): Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 349-376.
- Kreft, Daniel/Doblhammer, Gabriele** (2011): Individual and contextual determinants of health among Aussiedler and native Germans in the year 2005. Rostock Center Discussion Paper No. 29, Rostock: Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels.
- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid** (2009): Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, in: DIW Wochenbericht, (47), 821-828.
- Kuhnke, Ralf/Schreiber, Elke** (2008a): Inklusionsstrategien für junge Aussiedler im Übergang Schule-Beruf. Zu den Lebenslagen und Bewältigungsstrategien von Aussiedlerjugendlichen. Zwischenbericht, Halle: Deutsches Jugendinstitut.

Kuhnke, Ralf/Schreiber, Elke (2008b): Zwischen Integration und Ausgrenzungsrisiken. Aussiedlerjugendliche im Übergang Schule-Beruf. Ein Handbuch für die Praxis, Halle: Deutsches Jugendinstitut.

Kyobutungi, Catherine/Ronellenfitsch, Ulrich/Razum, Oliver/Becher, Heiko (2005): Mortality from external causes among ethnic German immigrants from former Soviet Union countries in Germany, in: *European Journal of Public Health*, (16), 376-382.

Lampert, Thomas (2010): Soziale Determinanten des Tabakkonsums bei Erwachsenen in Deutschland, in: *Bundesgesundheitsblatt*, 53(2), 108-116.

Lampert, Thomas/Sygyusch, Ralf/Schlack, Robert (2007): Nutzung elektronischer Medien im Jugendalter. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS), in: *Bundesgesundheitsblatt*, 50(5/6), 643-652.

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2007): Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Baden-Württemberg. Jahresbericht 2006, Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Online: http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/Documents/JAHRESBERICHT-Jugendkriminalitaet_2006.pdf (23.07.2013).

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2008): Jugendkriminalität und Jugendgefährdung. Jahresbericht 2007, Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Online: http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/Documents/JAHRESBERICHT-Jugendkriminalitaet_2007.pdf (23.07.2013).

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2009a): Jugendkriminalität und Jugendgefährdung. Jahresbericht 2008, Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Online: http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/Documents/JB_Jugend_2008.pdf (23.07.2013).

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2009b): Organisierte Kriminalität. Jahresbericht 2008, Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Online: http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/Documents/JB_OK_2008.pdf (23.07.2013).

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2010): Jugendkriminalität und Jugendgefährdung. Jahresbericht 2009, Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Online: http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/Documents/2009_JB_Jugend.pdf (23.07.2013).

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2011): Jugendkriminalität und Jugendgefährdung. Jahresbericht 2010, Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Online: http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/Documents/2010_JB_Jugend.pdf (23.07.2013).

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2013): Rauschgiftkriminalität. Jahresbericht 2012, Stuttgart: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Online: http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/Documents/2012_Rauschgiftkriminalitaet.pdf (23.07.2013).

Landeskriminalamt Niedersachsen (2010): Polizeiliche Kriminalstatistik. Jahrbuch 2009, Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen, Online: http://www.lka.niedersachsen.de/statistik/polizeiliche_kriminalstatistik_2009/polizeiliche-kriminalstatistik-des-landes-niedersachsen-fuer-das-jahr-2009-769.html (23.07.2013).

Landeskriminalamt Niedersachsen (2011): Polizeiliche Kriminalstatistik. Jahrbuch 2010, Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen, Online: http://www.lka.niedersachsen.de/statistik/polizeiliche_kriminalstatistik_2010/polizeiliche-kriminalstatistik-des-landes-niedersachsen-fuer-das-jahr-2010-634.html (23.07.2013).

Landeskriminalamt Niedersachsen (2012): Polizeiliche Kriminalstatistik. Jahrbuch 2011, Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen, Online: http://www.lka.niedersachsen.de/statistik/polizeiliche_kriminalstatistik_2011/polizeiliche-kriminalstatistik-des-landes-niedersachsen-fuer-das-jahr-2011-790.html (23.07.2013).

Lederer, Harald W. (1997): Migration und Integration in Zahlen. Ein Handbuch im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien.

- Lex, Tilly** (2007): Migrantenjugendliche auf dem Weg von der Schule ins Arbeitsleben: AussiedlerInnen, Jugendliche türkischer sowie Jugendliche deutscher Herkunft im Vergleich, in: Jugend-Beruf-Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, 58(1), 30-40.
- Lins, Cornelia/Kempf, Ute** (2009): Online-Kompetenz für Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Ergebnisse der Bestandsaufnahme. Kurzversion, Bielefeld: Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit, Online: <http://www.kompetenzz.de/Digitale-Integration/Migrantinnen/Features/Bestandsaufnahme> (26.07.2013).
- Maur, Dagmar** (2007): Russlanddeutsche Zuwanderer mit akademischem Abschluss – eine Erfolgsgeschichte mit Hindernissen, in: Dettling, Daniel/Gerometta, Julia (Hg.): Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 105-114.
- Meng, Katharina** (2001): Russlanddeutsche Sprachbiographien. Untersuchungen zur sprachlichen Integration von Aussiedlerfamilien. Studien zur deutschen Sprache. Forschungen des Instituts für deutsche Sprache (IdS), Band 21, Tübingen: Gunter Narr Verlag.
- Mika, Tatjana/Hering, Linda/Hochfellner, Daniela** (2010): Welche berufliche Qualifikation und Erfahrung brachten Aussiedler und Spätaussiedler bei der Zuwanderung mit?, in: Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (Hg.): Gesundheit, Migration und Einkommensungleichheit. Bericht vom siebten Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) am 18. und 19. Juni 2010 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), DRV-Schriften Nr. 55/2010, 131-148.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne** (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 10), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

- Mutz, Michael** (2009): Miteinander oder nebeneinander? Analysen zur ethnischen Zusammensetzung der Sportgruppen, in: Baur, Jürgen (Hg.): Evaluation des Programms "Integration durch Sport", Band 1, Potsdam, 333-358, Online: http://www.integration-durch-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/ids/files/downloads_pdf/downloads_2009/Gesamtbericht_Band_1.pdf (27.08.2013).
- Mutz, Michael/Baur, Jürgen** (2009): Die Größenordnung des IdS-Programms: Analysen zu Teilnehmerzahlen und Teilnehmerkonstellationen, in: Baur, Jürgen (Hg.): Evaluation des Programms "Integration durch Sport", Band 1, Potsdam, 321-332, Online: http://www.integration-durch-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/ids/files/downloads_pdf/downloads_2009/Gesamtbericht_Band_1.pdf (27.08.2013).
- Neuhäuser-Metternich, Sylvia** (2007): Berufs- und Lebensplanung durch Mentoring, in: Dettling, Daniel/Gerometta, Julia (Hg.): Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 183-192.
- Portes, Alejandro** (1995): Economic Sociology and the Sociology of Immigration: A Conceptual Overview, in: Portes, Alejandro (Hg.): The Economic Sociology of Immigration: Essays on Networks, Ethnicity, and Entrepreneurship, New York: Russell Sage Foundation, 1-4.
- Rabe, Uwe** (2006): Männliche Spätaussiedlerjugendliche – eine problematische Klientel für die Soziale Arbeit, in: Kind, Jugend, Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz, 51(1), 11-18.
- Rauschenbach, Thomas/Züchner, Ivo** (2002): Sozialarbeit/Sozialpädagogik, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit, Frankfurt am Main: Eigenverlag, 842-846.
- Reitemeier, Ulrich** (2007): Verdeckte Fremdheit bei russlanddeutschen Aussiedlern. Zur kommunikativen Wirkungsentfaltung einer problematischen Identitätsslage, in: Psychotherapie & Sozialwissenschaft, Zeitschrift für qualitative Forschung und klinische Praxis, 9(2), 65-82.

- Reitemeier, Ulrich** (2009): Auswahlbibliographie – Aufnahme und Integrationsprozess von Spätaussiedlern in Deutschland, in: Bergner, Christoph/Weber, Matthias (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven, München: Oldenbourg, 263-287.
- Reitemeier, Ulrich** (2011): Russlanddeutsche Spätaussiedler in der Kommunikation mit Hiesigen – zur Identitätsproblematik der verdeckten Fremdheit, in: Machleidt, Wielant (Hg.): Praxis der interkulturellen Psychiatrie und Psychotherapie: Migration und psychische Gesundheit, München: Elsevier, Urban & Fischer, 111-114.
- Retterath, Hans-Werner** (2006): Chancen der Koloniebildung im Integrationsprozess russlanddeutscher Aussiedler?, in: Ipsen-Peitzmeier, Sabine/Kaiser, Markus (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland, Bielefeld: transcript Verlag, 129-149.
- Robert Koch-Institut (RKI) in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt** (2008): Schwerpunktbericht: Migration und Gesundheit, Berlin: Robert Koch-Institut.
- Rohr, Elisabeth** (2005): Chancen und Risiken interkultureller Erziehung, in: Kinder- und Jugendförderung Odenwaldkreis (Hg.): Veränderte Bedingungen in der Schule. Lernprozesse zeitgemäß gestalten. Eine Aufgabe für Jugendhilfe und Schule. Dokumentation der Fachtagung vom 15. April 2005, 16-27.
- Ronellenfitch, Ulrich/ Kyobutungi, Catherine/Becher, Heiko/Razum, Oliver** (2006): All-cause and cardiovascular mortality among ethnic German immigrants from the Former Soviet Union: a cohort study, in: BMC Public Health, 6(16), 1-12.
- Ronellenfitch, Ulrich/Razum, Oliver** (2004): Deteriorating health satisfaction among immigrants from Eastern Europe to Germany, in: International Journal of Equity Health, 3(4), 1-10.
- Rosenberg, Peter/Weydt, Harald** (1992): Sprache und Identität, in: Meissner, Boris/Neubauer, Helmut/Eisfeld, Alfred (Hg.): Die Russlanddeutschen. Gestern und heute, Köln: Markus-Verlag, 217-238.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2010): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer, Berlin.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2012): Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer, Berlin.

Savoskul, Maria (2007): Drei Profile der Russlanddeutschen in Deutschland – Drei Integrationswege. Eine Studie über die Adaptionsfaktoren und -modelle von Spätaussiedlern, in: Dettling, Daniel/ Gerometta, Julia (Hg.): Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 89-104.

Schäfer, Heiner (2006): Von Russland nach Deutschland: männliche Jugendliche als Herausforderung für die pädagogische Arbeit, in: Kind, Jugend, Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz, 51(1), 19-23.

Schäfer, Thomas/Brückner, Gunter (2008): Soziale Homogenität der Bevölkerung bei alternativen Definitionen von Migration. Eine Analyse am Beispiel von Bildungsbeteiligung, Erwerbstätigkeit und Einkommen auf der Basis von Mikrozensusdaten, in: Wirtschaft und Statistik, (12), 1046-1066.

Schmidt-Bernhardt, Angela (2008): Jugendliche Spätaussiedlerinnen: Bildungserfolg im Verborgenen, Marburg: Tectum Verlag.

Schnar, Natalie (2010): Sprache als Kriterium ethnischer Identität. Eine empirische Studie zum Stellenwert des Russischen im Ethnizitätskonzept russlanddeutscher Jugendlicher in der Diaspora Deutschland, Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

Schönhuth, Michael (2008a): Remigration von Spätaussiedlern. Ethnowissenschaftliche Annäherungen an ein neues Forschungsfeld, in: IMIS-Beiträge, (33), 61-83.

- Schönhuth, Michael** (2008b): Rückkehrstrategien von Spätaussiedlern im Kontext sich wandelnder Migrationsregime. Ein Beitrag zur Modelltheorie. COMCAD Arbeitspapier Nr. 55, Bielefeld.
- Schönwälder, Karen** (2007): Siedlungskonzentrationen und Integration: Eine Zwischenbilanz, in: Residential Segregation and the Integration of Immigrants: Britain, the Netherlands and Sweden. WZB/AKI Discussion Paper Nr. SP IV 2007-602.
- Schönwälder, Karen/Sinanoglu, Cihan/Volkert, Daniel** (2011): Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Schriften zur Demokratie Band 27, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Schönwälder, Karen/Söhn, Janina** (2009): Immigrant Settlement Structures in Germany: General Patterns and Urban Levels of Concentration of Major Groups, in: Urban Studies, 46(7), 1439-1460.
- Schönwälder, Karen/Söhn, Janina unter Mitarbeit von Nadine Schmid** (2007): Siedlungsstrukturen von Migratengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen. WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2007-601.
- Schweigard, Eva** (2008): Berufsbezogene ESF-BA-Sprachförderung für Arbeitslose mit Migrationshintergrund. Zielgruppenerreichung und Verbleib nach Maßnahmeende. IAB-Forschungsbericht 4/2008, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel** (2011): Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Working Paper 36 (aus der Reihe "Integrationsreport", Teil 9), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Seifert, Wolfgang** (2008): Aussiedlerinnen und Aussiedler – neue Erfassungsmöglichkeiten und sozioökonomisches Profil, in: Statistische Analysen und Studien NRW Band 53, Düsseldorf: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, 11-23.

- Siebenhüter, Sandra** (2007): Wenn deutsche Kollegen nur russisch sprechen. Aussiedler als Beschäftigte in der Automobilzulieferindustrie in der Region Ingolstadt. Präsentation auf dem Workshop „Integrationschancen von Spätaussiedlern“, 29./30. März 2007, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg.
- Siebenhüter, Sandra** (2011): Integrationshemmnis Leiharbeit. Auswirkungen von Leiharbeit auf Menschen mit Migrationshintergrund. OBS-Arbeitsheft, (69), Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Simon, Erk** (2007): Migranten und Medien 2007. Zielsetzung, Konzeption und Basisdaten einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF-Medienkommission, in: Media Perspektiven, (9), 426-435.
- Simon, Erk/Neuwöhner, Ulrich** (2011): Migranten und Medien 2011. Zielsetzung, Konzeption und Basisdaten einer repräsentativen Untersuchung der ARD/ZDF-Medienkommission, in: Media Perspektiven, (10), 458-470.
- Söhn, Janina** (2011): Rechtsstatus und Bildungschancen. Die staatliche Ungleichbehandlung von Migrantengruppen und ihre Konsequenzen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Statistisches Bundesamt** (2010a): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2008. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt** (2010b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt** (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt** (2012): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

- Steffen, Wiebke/Elsner, Erich** (2000): Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern eine Frage von Lebenslagen. Kriminalität junger Ausländer, in: Deutsches Polizeiblatt, (5), 1-15, Online: <http://www.polizei.bayern.de/content/4/3/7/jungeausl.pdf> (23.07.2013).
- Steinbach, Anja** (2006): Sozialintegration und Schulerfolg von Kindern aus Migrantenfamilien, in: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Integration durch Sprache? Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Kinderpanel, Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185-218.
- Steiz, Dmitri** (2011): Vertraute Fremdheit - fremde Heimat. Deutsche Sprache und soziale Integration russlanddeutscher Spätaussiedler in Geschichte und Gegenwart, Marburg: Tectum Verlag.
- Stelly, Wolfgang/Walter, Joachim** (2011): Russlanddeutsche im Jugendstrafvollzug – was ist aus ihnen geworden?, in: Neue Kriminalpolitik, 23(2), 50-54, Online: http://www.neue-kriminalpolitik.nomos.de/fileadmin/nk/doc/Aufsatz_NK_11_02.pdf (23.07.2013).
- Strahle, Yvonne** (2009): Zur Erreichbarkeit der Zielgruppen: Die Sicht der Landeskoordinatoren, in: Baur, Jürgen (Hg.): Evaluation des Programms "Integration durch Sport", Band 1, Potsdam, 285-312, Online: http://www.integration-durch-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/ids/files/downloads_pdf/downloads_2009/Gesamtbericht_Band_1.pdf (27.08.2013).
- Struck-Soboleva, Julia** (2006): Controversies surrounding. Language policy and the integration process of Russian Germans in Germany, in: Language and Intercultural Communication, 6(1), 57-75.
- Struck-Soboleva, Julia** (2008): Zum Einfluss ethnischer Freundschaftsnetzwerke von Aussiedlerjugendlichen auf ihre Integrationschancen. Eine diskursanalytische Studie, München: Deutsches Jugendinstitut.
- Struck-Soboleva, Julia** (2009): „Niemand sagt uns etwas...“: Eigenethnische Kommunikation als Nutzen für die Integration jugendlicher Aussiedler, in: DJI-Bulletin, (85), 38-39.

- Theis, Stefanie** (2006): *Religiosität von Russlanddeutschen*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Theisselmann, Olga/Mittendorf, Anna** (2007): *Russlanddeutsche helfen Russlanddeutschen. Kritische Einblicke in die Engagement-Praxis*, in: Dettling, Daniel/Gerometta, Julia (Hg.): *Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 115-131.
- Trebbe, Joachim/Heft, Annett/Weiß, Hans-Jürgen** (2010): *Mediennutzung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Umfragen und Gruppendiskussionen mit Personen türkischer Herkunft und russischen Aussiedlern im Alter zwischen 12 und 29 Jahren in Nordrhein-Westfalen*. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Band 63, Berlin: VISTAS.
- Tucci, Ingrid** (2008): *Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen in Deutschland*, in: Statistisches Bundesamt/Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): *Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 200-207.
- Tucci, Ingrid** (2011): *Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen*, in: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): *Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 193-199.
- Vogel, Claudia** (2012): *Generationenbeziehungen der (Spät-)Aussiedler – Forschungsstand und exemplarische Befunde zu Einstellungen in Bezug auf familiäre Unterstützungsleistungen*, in: Baykara-Krumme, Helen/Motel-Klingebiel, Andreas/Schimany, Peter (Hg.): *Viele Welten des Alterns. Ältere Migranten im alternden Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, 289-313.

- Vogelgesang, Waldemar unter Mitarbeit von Marc Elfert, Nina Krämer, Christina Maas, Julita Przygoda und Sabine Vellemann** (2008): Jugendliche Aussiedler. Zwischen Entwurzelung, Ausgrenzung und Integration, Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Walter, Mignon/Schlinker, Ute/Fischer, Christiane** (2007): Fernsehnutzung von Migranten. Ergebnisse der ARD/ZDF-Studie „Migranten und Medien 2007“, in: Media Perspektiven, (9), 436-451.
- Weber, Matthias** (2009): Deutsche Minderheiten in der europäischen Siedlungsgeschichte, in: Bergner, Christoph/Weber, Matthias (Hg.): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven, München: Oldenbourg, 33-45.
- Weiß, Lothar** (Hg.) (2013a): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Weiß, Lothar** (2013b): Die "Rücksiedlung" der Russlanddeutschen nach Deutschland, in: Weiß, Lothar (Hg.): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 30-36.
- Weiß, Lothar** (2013c): Die wirtschaftliche und soziale Lage der (Spät-)Aussiedler aus der Sowjetunion, in: Weiß, Lothar (Hg.): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 37-55.
- Weiß, Lothar** (2013d): Zusammenfassung, in: Weiß, Lothar (Hg.): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 254-264.
- Wienstroer, Gabriele Naxina** (1999): Peer Counselling – das neue Arbeitsprinzip emanzipatorischer Behindertenarbeit, in: Günther, Peter/Rohrmann, Eckhard (Hg.): Soziale Selbsthilfe: Alternative, Ergänzung oder Methode sozialer Arbeit?, Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter, 165-180.

- Windel, Klaus** (2006): Ältere russlanddeutsche Aussiedler und die Bedeutung psychosomatischer Grundversorgung im Rahmen medizinischer Behandlung, in: Psychotherapie im Alter, (3), 79-92.
- Wittig, Ulla/Merbach, Martin/Siefen, Reiner Georg/Brähler, Elmar** (2004): Beschwerden und Inanspruchnahme des Gesundheitswesens von Spätaussiedlern bei Einreise nach Deutschland, in: Das Gesundheitswesen, 66(2), 85-92.
- Woellert, Franziska/Kröhnert, Steffen/Sippel, Lilli/Klingholz, Reiner** (2009): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Worbs, Susanne** (2010): Mediennutzung von Migranten in Deutschland. Working Paper 34 der Forschungsgruppe des Bundesamtes (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Worbs, Susanne** (2012): Mediennutzung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland: Sind vor dem Bildschirm alle gleich?, in: Migration und soziale Arbeit, 34(3), 223-230.
- Wüst, Andreas M.** (2002): Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.
- Wüst, Andreas M.** (2003): Eingebürgerte als Wähler: Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland, in: Wiener Hefte – Migration und Integration in Theorie und Praxis, 1(1), 113-126.
- Wüst, Andreas M.** (2006): Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Der Bürger im Staat, (4), 228-234.
- Wüst, Andreas M.** (2012): Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009, in: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hg.): Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift (PVS), Sonderheft 45, Baden-Baden: Nomos Verlag, 157-178.

- Wüst, Andreas M.** (2014): A lasting impact? On the legislative activities of immigrant-origin parliamentarians in Germany, in: *The Journal of Legislative Studies*, 20(4), im Erscheinen.
- Wüst, Andreas M./Saalfeld, Thomas** (2010): Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden: Opportunitäten und Politikschwerpunkte, in: Edinger, Michael/Patzelt, Werner (Hg.): *Politik als Beruf. Politische Vierteljahresschrift (PVS), Sonderheft 44*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 312-333.
- Zdun, Steffen** (2007): *Ablauf, Funktion und Prävention von Gewalt. Eine soziologische Analyse gewalttätiger Verhaltensweisen in Cliques junger Russlanddeutscher*, Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang.

Abkürzungsverzeichnis

AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BGBL	Bundesgesetzblatt
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVA	Bundesverwaltungsamt
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
DJI	Deutsches Jugendinstitut
ESF	Europäischer Sozialfonds
FRG	Fremdrentengesetz
GER	Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten

IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
ILO	International Labour Organization
IRB	Innerstädtische Raumbewachung
KfbG	Kriegsfolgenbereinigungsgesetz
KFN	Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
SVR	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1:	Zusammensetzung der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach den wichtigsten Herkunftsländern, 1950-2012	29
Abbildung 2-2:	Verlauf der Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern nach Deutschland seit 1950 (kumulierte Zehn-Jahres-Zeiträume)	35
Abbildung 3-1:	Altersstruktur der Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2011	41
Abbildung 3-2:	Familienstand der Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	43
Abbildung 3-3:	Lebensformen der Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2011	44
Abbildung 4-1:	Erwerbs-, Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	65
Abbildung 4-2:	Erwerbskonstellationen der Eltern in Familien nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2009	71
Abbildung 4-3:	Berufliche Stellung von Erwerbstätigen nach Migrationshintergrund, SOEP 2009	73
Abbildung 4-4:	Haupteinkommensquellen von Familien nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2009	88
Abbildung 4-5:	Einkommensverteilung bezogen auf das Medianeinkommen nach Migrationshintergrund, SOEP 2009	90

Abbildung 4-6	Verteilung der (Spät-)Aussiedler auf die Bundesländer, Mikrozensus 2011	99
Abbildung 4-7:	Anzahl der (Spät-)Aussiedler in den Bundesländern und Regierungsbezirken, Mikrozensus 2011	100
Abbildung 4-8:	Anteil der (Spät-)Aussiedler an der Gesamtbevölkerung in den Bundesländern und Regierungsbezirken, Mikrozensus 2011	101
Abbildung 4-9:	(Spät-)Aussiedler in ausgewählten großen Städten Deutschlands, Mikrozensus 2011	103
Abbildung 4-10:	Verteilung der Bevölkerung in Deutschland auf Gemeindegrößenklassen (Einwohnerzahlen), Mikrozensus 2011	105
Abbildung 4-11:	Anteil der Bevölkerung in Wohngebäuden nach Baujahr, Mikrozensus 2010	110
Abbildung 4-12:	Verteilung der Bevölkerung in Wohngebäuden nach Anzahl der Wohnungen und Migrationshintergrund, Mikrozensus 2010	112

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1:	Die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern insgesamt und nach den wichtigsten Herkunftsländern, 1950-2012	28
Tabelle 2-2:	Zuzug von Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern, 1950-1989	31
Tabelle 2-3:	Zuzug von (Spät-)Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern, 1990-2012 (Teil 1)	32
Tabelle 2-3:	Zuzug von (Spät-)Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern, 1990-2012 (Teil 2)	33
Tabelle 3-1:	Zusammensetzung der (Spät-)Aussiedlerpopulation nach früherer Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2011	38
Tabelle 4-1:	Höchster allgemeiner Schulabschluss bei Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	46
Tabelle 4-2:	Höchster beruflicher Bildungsabschluss bei Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	56
Tabelle 4-3:	Antrag auf Anerkennung eines im Ausland erworbenen Schul- oder Berufsabschlusses, Mikrozensus 2008	63
Tabelle 4-4:	Stellung im Beruf von Erwerbstätigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	67

Tabelle 4-5:	Verteilung der Erwerbstätigen auf Wirtschaftsbereiche nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	69
Tabelle 4-6:	Erwerbstätige in besonderen Beschäftigungssituationen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	70
Tabelle 4-7:	Nettoeinkommen von Privathaushalten nach dem Migrationsstatus des Haupteinkommensbeziehers, Mikrozensus 2011	81
Tabelle 4-8:	Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2011	83
Tabelle 4-9:	Armutsgefährdungsquoten nach Migrationshintergrund, Geschlecht und ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen, Mikrozensus 2011	85
Tabelle 4-10:	Verteilung von Mietern und Eigentümern nach Migrationshintergrund, Mikrozensus 2010	111
Tabelle 4-11:	Fernseh-, Radio- und Tageszeitungsnutzung bei Spätaussiedlern, Studie „Migranten und Medien 2007“	150
Tabelle 4-12:	Individuelle Ausstattung mit Massen- und Funktionsmedien bei 12- bis 19-Jährigen im Jahr 2008	156
Tabelle 4-13:	Anteil der kranken/unfallverletzten Personen in den letzten vier Wochen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2009	162
Tabelle 4-14:	Body-Mass-Index und Anteil der (stark) übergewichtigen Personen nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2009	164
Tabelle 4-15:	Anteil der (starken) Raucher nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2009	165

Publikationen der Forschungsgruppe

Working Paper

- 1/2005** Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung
Verfasserin: Sonja Haug
- 2/2005** Illegalität von Migranten in Deutschland
Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany
- 3/2005** Jüdische Zuwanderer in Deutschland
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany
- 4/2005** Die alternde Gesellschaft
Verfasser: Peter Schimany
- 5/2006** Integrationskurse
Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung
Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger
- 6/2006** Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland
Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz
- 7/2006** Einheitliche Schulkleidung in Deutschland
Verfasser: Stefan Theuer
- 8/2007** Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf

-
- 9/2007** Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasserinnen: Barbara Heß und Lenore Sauer
- 10/2007** Familiennachzug in Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
- 11/2007** Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland
Verfasser: Christian Babka von Gostomski
- 12/2008** Kriminalität von Aussiedlern
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina,
Christian Babka von Gostomski unter Mitarbeit von
Stefan Rühl und Michael Wolf
- 13/2008** Schulische Bildung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1
Verfasser: Manuel Siegert
- 14/2008** Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2
Verfasserin: Sonja Haug
- 15/2008** Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Martin Kohls
- 16/2008** Leben Migranten wirklich länger?
Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 17/2008** Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3
Verfasserin: Susanne Worbs

-
- 18/2008** Die Datenlage im Bereich der internationalen Migration in Europa und seinen Nachbarregionen
Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit von Wiebke Breustedt
- 19/2008** Das Integrationspanel
Ergebnisse zur Integration von Teilnehmern zu Beginn ihres Integrationskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 20/2008** Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen ausländischer Nationalität in Deutschland
Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische, griechische und polnische Frauen sowie Frauen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens
Verfasserin: Anja Sticks
- 21/2008** Wohnen und innerstädtische Segregation von Zuwanderern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4
Verfasserin: Lena Friedrich
- 22/2009** Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 5
Verfasser: Manuel Siegert
- 23/2009** Das Integrationspanel
Entwicklung von alltagsrelevanten Sprachfertigkeiten und Sprachkompetenzen der Integrationskursteilnehmer während des Kurses
Verfasserin: Nina Rother
- 24/2009** Förderung der Bildungserfolge von Migranten: Effekte familienorientierter Projekte
Abschlussbericht zum Projekt Bildungserfolge bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch Zusammenarbeit mit den Eltern
Verfasser: Lena Friedrich und Manuel Siegert unter Mitarbeit von Karin Schuller

-
- 25/2009** Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland
Studie I/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 26/2009** Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland Aufnahme, Rückkehr und Integration
Studie II/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 27/2009** Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6
Verfasser: Stefan Rühl
- 28/2009** Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung
Verfasserin: Barbara Heß
- 29/2010** Das Integrationspanel
Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmenden zu Beginn ihres Alphabetisierungskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 30/2010** Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung in Deutschland
Studie II/2009 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 31/2010** Rückkehrunterstützung in Deutschland
Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten
Studie I/2009 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Axel Kreienbrink

-
- 32/2010** Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider
- 33/2010** Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften
und Ehen von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7
Verfasserin: Sonja Haug
- 34/2010** Mediennutzung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8
Verfasserin: Susanne Worbs
- 35/2011** Zirkuläre und temporäre Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Bernd Parusel
- 36/2011** Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 9
Verfasser: Katharina Seebaß und Manuel Siegert
- 37/2011** Der Einfluss des Integrationskurses auf die Integration rus-
sisch- und türkischstämmiger Integrationskurs-
teilnehmerinnen
Verfasserin: Karin Schuller
- 38/2011** Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen
und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen
Verfasserin: Barbara Heß
- 39/2011** Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer
Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten
Verfasser: Waldemar Lukas
- 40/2011** Visumpolitik als Migrationskanal
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider

-
- 41/2012** Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 42/2012** Das Integrationspanel
Entwicklung der Deutschkenntnisse und Fortschritte der Integration bei Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother unter Mitarbeit von Denise Hörner
- 43/2012** Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller
- 44/2012** Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Arbeitsmigranten
Verfasserin: Barbara Heß
- 45/2012** Klimamigration
Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion
Verfasser: Bettina Müller, Marianne Haase, Axel Kreienbrink und Susanne Schmid
- 46/2012** Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland
Verfasserinnen: Stephanie Müssig und Susanne Worbs
- 47/2012** Zuwanderung von internationalen Studierenden aus Drittstaaten
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Matthias M. Mayer, Sakura Yamamura, Jan Schneider und Andreas Müller

- 48/2012** Zuwanderung von selbständigen und freiberuflichen Migranten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasser: Andreas H. Block und Isabell Klingert
- 49/2012** Migration und Entwicklung
Verfasser: Tatjana Baraulina, Doris Hilber und Axel Kreienbrink
- 50/2013** Ausländische Wissenschaftler in Deutschland
Verfasser: Isabell Klingert und Andreas H. Block
- 51/2013** EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller
- 52/2013** Das Integrationspanel
Langfristige Integrationsverläufe von ehemaligen Teilnehmenden an Integrationskursen
Verfasser: Susanne Lochner, Tobias Büttner und Karin Schuller
- 53/2013** Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Matthias M. Mayer
- 54/2013** Türkei
Migrationsprofil und migrationspolitische Entwicklungen
Verfasser: Marianne Haase und Johannes Obergfell
- 55/2013** Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller

- 56/2013** Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr
Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasserin: Ulrike Hoffmann

Forschungsberichte

- 1/2005** Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft
Verfasser: Manfred Kohlmeier und Peter Schimany
- 2/2005** Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland
Verfasser: Annette Sinn, Axel Kreienbrink und Hans-Dietrich von Loeffelholz unter Mitarbeit von Michael Wolf
- 3/2007** Abschlussbericht
Zuwanderung und Integration von Spätaussiedlern – Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes
Verfasserinnen: Sonja Haug und Lenore Sauer
- 4/2007** Rückkehr aus Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink, Edda Currie, Ekkehart Schmidt-Fink, Manuela Westphal und Birgit Behrensen unter Mitarbeit von Magdalena Wille und Mirjam Laaser
- 5/2007** Migration und demographischer Wandel
Verfasser: Peter Schimany
- 6/2009** Muslimisches Leben in Deutschland
Verfasserinnen: Sonja Haug, Stephanie Müssig und Anja Sticks

- 7/2009** Vor den Toren Europas?
Verfasserin: Susanne Schmid unter Mitarbeit
von Kevin Borchers
- 8/2010** Fortschritte der Integration
Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden
Ausländergruppen
Verfasser: Christian Babka von Gostomski
- 9/2011** Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 10/2011** Generatives Verhalten und Migration
Verfasser: Susanne Schmid und Martin Kohls
- 11/2011** Das Integrationspanel
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und
Nina Rother
- 12/2012** Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen
bei Migranten im demographischen Wandel
Verfasser: Martin Kohls
- 13/2012** Islamisches Gemeindeleben in Deutschland
Verfasser: Dirk Halm, Martina Sauer, Jana Schmidt und
Anja Stichs
- 14/2012** Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisationen:
Potenziale für die Integration in Deutschland?
Verfasserinnen: Marianne Haase und Bettina Müller
- 15/2012** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und
Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu
Optionspflichtigen
Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011
Verfasser: Martin Weinmann, Inna Becher und
Christian Babka von Gostomski

- 16/2012** Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen
Qualitative Studie
Verfasserinnen: Susanne Worbs, Antonia Scholz und Stefanie Blicke
- 17/2012** Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union
Verfasserin: Susanne Schmid
- 18/2012** Ältere Migrantinnen und Migranten
Verfasser: Peter Schimany, Stefan Rühl und Martin Kohls
- 19/2013** Warum Deutschland?
Einflussfaktoren bei der Zielstaatsuche von Asylbewerbern – Ergebnisse einer Expertenbefragung
Verfasserin: Antonia Scholz

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

E-Mail: info@bamf.bund.de

Internet: www.bamf.de

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss
Dr. Christian Babka von Gostomski

Verfasser:

Susanne Worbs, Eva Bund, Martin Kohls und Christian Babka von Gostomski

Stand:

November 2013

Druck:

Bonifatius GmbH, Druck-Buch-Verlag, Paderborn

Layout:

Gertraude Wichtrey

Bildnachweis:

istockphoto | track5

Zitat:

Worbs, Susanne/Bund, Eva/Kohls, Martin/Babka von Gostomski, Christian (2013): (Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Forschungsbericht 20. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

ISBN:

978-3-944674-01-8

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

